image
not
available






BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

Großherzogtum Baden.

Vergleichende Darstellung

der

Budgetsätze und Rechnungsergebnisse

für die Jahre

1900 und 1901.



466

Karlsruhe.
Buchdruckerei von Malsch & Vogel.
1903.

Inhalts-Verzeichnis

Erster Abschnitt.

Vergleichende Darstellung derjenigen Verwaltungszweige, deren Rechnungsergebnisse in der Hauptstaatsrechnung erscheinen.

Zweiter Abschnitt.

Bericht des Finanzministeriums

an

Seine Königliche Hoheit den Großherzog.

Die Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsergebnissen für die Jahre 1900 und 1901 betreffend.

Euerer Königlichen Hoheit legen wir in dem beifolgenden gedruckten Hefte die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1900 und 1901 ehrerbietigst vor.

Die Oberrechnungskammer hat die ihr bezüglich dieser Rechnungsablage zukommende Prüfung vollendet und sowohl bei jeder getrennt dargestellten Abteilung des Budgets die Übereinstimmung der Darstellung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen beurkundet unter Verweisung auf die einzelnen außeretatmäßigen Buchungen, als auch im Sinne des Artikel 18 Ziffer 2 des Gesetzes vom 25. August 1876 am Schlusse der beiden letzten Abteilungen dieses Heftes die Erklärung abgegeben, daß weitere als die bei den Spezialdarstellungen erwähnten Abweichungen vom genehmigten Budget für 1900 und 1901 bei der Rechnungsabhör nicht festgestellt worden, auch Abweichungen von den Bestimmungen der auf die Staatseinnahmen und Ausgaben, oder auf die Erwerbung, Benützung oder Veräußerung von Staatseigentum bezüglichen Gesetze und wichtigeren Vorschriften nicht hervorzuheben seien.

Die Hauptergebnisse der vergleichenden Darstellungen beehren wir uns im nachstehenden zusammenzufassen.

Erster Abschnitt.

Ergebnisse des allgemeinen Staatshaushalts.

A. Ordentlicher Etat.

Die ordentlichen Ausgaben haben in den Jahren 1900 und 1901 nach Abteilung VII Seite 158 dieses Heftes betragen:

unter Abteilung	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
I. Staatsministerium	42 206 944	43 526 583	91	1 319 639	91	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	551 300	590 343	65	39 043	65	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	35 562 238	37 529 885	52	1 967 647	52	—	—
IV. Ministerium des Innern	29 054 848	29 450 417	48	395 569	48	—	—
V. Finanzministerium	43 264 196	45 934 552	24	2 670 356	24	—	—
VI. Oberrechnungskammer	210 260	214 537	91	4 277	91	—	—
Summe der Ausgabe	150 849 786	157 246 320	71	6 396 534	71	—	—

Die ordentlichen Ausgaben haben hiernach den Voranschlag um 4,2 Prozent überstiegen.

Die ordentlichen Einnahmen haben betragen:

unter Abteilung	Voranschlag für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
I. Staatsministerium	33 344 300	33 209 035	39	—	—	135 264	61
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	10 133 814	10 509 474	94	375 660	94	—	—
IV. Ministerium des Innern	7 544 790	7 753 007	30	208 217	30	—	—
V. Finanzministerium	99 282 940	116 341 559	81	17 058 619	81	—	—
VI. Oberrechnungskammer	864	1 605	28	741	28	—	—
Summe der Einnahme	150 306 708	167 814 682	72	17 643 239	33	135 264	61
				135 264	61		
				17 507 974	72		

Hiernach haben die ordentlichen Einnahmen den Voranschlag um 11,6 Prozent überstiegen.

Nach dem Budget war eine Mehrausgabe im ordentlichen Etat im Betrag von . 543 078 ℳ — ₰
zu erwarten, während sich in Wirklichkeit eine Mehreinnahme von . . . . . 10 568 362 „ 01 „
sonach ein um . . . . 11 111 440 ℳ 01 ₰
günstigerer Abschluß ergab.

Die wesentlichsten Unterschiede zwischen Budgetsatz und Rechnungsergebnis finden in folgenden Verhältnissen ihre Erklärung:

Beim Staatsministerium ergibt sich eine Mehrausgabe von . . . 1 319 639 ℳ 91 ₰
und eine Mindereinnahme von . . . . 135 264 „ 61 „
sonach ein um . . . . 1 454 904 ℳ 52 ₰
ungünstigerer Abschluß. Derselbe ist in der Hauptsache durch das Ergebnis der Abrechnung mit dem Reich veranlaßt, indem die Matrikularbeiträge um 1 272 456 ℳ höher waren, als bei Aufstellung des Budgets angenommen wurde,

und die Überweisungen aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer um 703 546 ℳ 78 ₰ hinter dem Budgetsatz zurückblieben, während diejenigen aus dem Ertrag der Branntweinsteuer einen Mehrertrag von 310 522 ℳ 23 ₰ und diejenigen aus dem Ertrag der Reichsstempelabgaben einen solchen von 257 759 ℳ 94 ₰ lieferten. Die Abrechnung mit dem Reich schließt daher im ganzen um 1 407 720 ℳ 61 ₰ ungünstiger ab. Außerdem waren an Apanagen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen einschließlich der zusätzlichen Erhöhung 37 925 ℳ 16 ₰ über den Budgetsatz hinaus zu bestreiten.

Beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten stellt sich der Abschluß wegen Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln um . . . . . . 39 043 ℳ 65 ₰ ungünstiger.

Beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ergab sich ein um 1 591 986 „ 58 „ ungünstigerer Abschluß, herrührend von einer Mehrausgabe von . . . . 1 967 647 „ 52 „
abzüglich einer Mehreinnahme von . . . . 375 660 „ 94 „

Von der Mehrausgabe entfallen auf den Titel V. Amtsgerichte und Notare . . 985 487 „ 98 „
hauptsächlich herrührend aus 280 754 ℳ 57 ₰ Mehraufwand für Gebührenanteile der Notare, 81 726 ℳ 22 ₰ für Vergütungen des nicht etatmäßigen Personals, 425 214 ℳ 97 ₰ für Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, 154 423 ℳ 75 ₰ für Stellvertretung und Dienstaushilfe und 115 766 ℳ 36 ₰ für sachliche Amtsunkosten. Dieser Mehraufwand wird zu einem Teile ausgeglichen durch Ersparnisse bei den Gehalts- und Wohnungsgeldetats im Betrage von 117 051 ℳ 23 ₰.

Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege . . . . 759 531 „ 39 „
(hierunter 60 547 ℳ 82 ₰ Miet- und Wasserzinse, 42 746 ℳ 02 ₰ Erfordernisse in den Kreis- und Amtsgefängnissen, 443 380 ℳ 41 ₰ Kosten der Rechtspflege, hauptsächlich infolge der Zunahme der Civilprozesse, sowie des Aufwands für Liefern der neuen Grundbuchhefte und Einbinden der Grundbücher, und 126 898 ℳ 18 ₰ für Porto).

Titel VII. Strafanstalten . . . . 110 153 „ 81 „
(hauptsächlich infolge Steigerung des Gewerbebetriebs, woraus sich auch eine erhöhte Einnahme ergeben hat; siehe unten).

Titel IX. Unterrichtswesen . . . . 66 793 „ 38 „
(darunter 22 886 ℳ 22 ₰ für unständige Staatsbeiträge an Realmittelschulen, 29 906 ℳ 42 ₰ Vergütungen der Unterlehrer).

Titel XII. Verschiedene und zufällige Ausgaben . . . . 60 604 „ 82 „
Dagegen weist Titel VIII. Kultus eine Ersparnis von . . . . 66 880 „ 40 „
auf.

Von der oben erwähnten Mehreinnahme entfallen 126 081 ℳ 34 ₰ auf Titel I. Justizverwaltung (hauptsächlich infolge Zunahme der Untersuchungskosten und des Arbeitsbetriebs in den Kreis- und Amtsgefängnissen) und 204 736 ℳ 54 ₰ auf Titel II. Strafanstalten (im Zusammenhange mit der bezeichneten Mehrausgabe infolge gesteigerten Gewerbebetriebs) und 44 843 ℳ 06 ₰ auf Titel III. Unterrichtswesen (hauptsächlich infolge Errichtung neuer Lehrerstellen an Volksschulen).

Im Geschäftskreis des Ministeriums des Innern ergab sich nach Abrechnung der Minderverwendungen im ganzen eine Mehrausgabe von . . . . 395 569 ℳ 48 ₰
und eine Mehreinnahme von . . . . 208 217 „ 30 „

so daß sich der Abschluß um . . . . 187 352 ℳ 18 ₰
ungünstiger gestaltet.

Die hauptsächlichsten Mehrausgaben sind entstanden:

bei Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei mit . . . . 699 176 ℳ 92 ₰
und zwar 26 759 ℳ 64 ₰ Mehraufwand bei den sonstigen persönlichen Ausgaben, hauptsächlich infolge vermehrten Bedarfs für Stellvertretung und Dienstaushilfe, 34 092 ℳ 69 ₰

Mehraufwand an Tagegeldern, Reise- und Zugskosten wegen Geschäftssteigerung, 58683 ℳ. 42 ₰ Mehraufwand an sachlichen Amtsunkosten, hauptsächlich infolge der Geschäftszunahme, 40341 ℳ. Mehraufwand für Staatsbeiträge an bedürftige Gemeinden wegen dringender Bedürfnisse (Beschaffung der Räume für Grundbuchämter), 124683 ℳ. 40 ₰ Mehraufwand für die Medizinalpolizei (hauptsächlich infolge Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierseuchen), 26950 ℳ. 14 ₰ und 294727 ℳ. 03 ₰ Mehraufwand auf Wiederersatz für auf polizeiliche Anordnung getötete und für versicherte Tiere, 199383 ℳ. 35 ₰ Mehraufwand in Verwaltungs- und Polizeisachen (von welchen rund 53000 ℳ. auf die Kosten des Verfahrens in Verwaltungs- und Polizeisachen, rund 10500 ℳ. auf die Kosten der Zwangserziehung, rund 39000 ℳ. auf die Gebühren der Bezirksbaukontrolleure infolge der gesteigerten Bautätigkeit, rund 58500 ℳ. auf die Gebühren der Bauschätzer in Feuerversicherungssachen und rund 17300 ℳ. auf die Tagegelder und Reisekosten der Bezirkstierärzte für Mitwirkung bei der Gemeindefarrenschau entfallen); dagegen 127731 ℳ. 47 ₰ Minderaufwand an Gehalt und Wohnungsgeld und 37602 ℳ. 53 ₰ Minderaufwand für Bezüge des nicht etatmäßigen Personals;

bei Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten . . . . 33957 ℳ. 97 ₰
hauptsächlich infolge Übergangs der Erziehungsanstalt Flehingen in staatliche Verwaltung;

bei Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten . . . . 42582 „ 53 „
darunter 19383 ℳ. 43 ₰ Mehraufwand infolge der Ausdehnung des Ökonomiebetriebes der Anstalten Illenau und bei Emmendingen, dem eine entsprechende Mehreinnahme gegenübersteht, 27103 ℳ. 73 ₰ Mehraufwand an Heilkosten infolge des hohen Krankenstandes und Herstellung kohlensäurehaltiger Getränke in eigener Regie und 47429 ℳ. 39 ₰ Mehraufwand an Heizungskosten wegen hoher Preise der Feuerungsmaterialien, dagegen 69367 ℳ. 76 ₰ Minderaufwand bei den Bezügen des nicht etatmäßigen Personals;

bei Titel XXI. Verschiedene und zufällige Ausgaben . . . . 23535 „ 51 „

Dagegen weisen Minderausgaben auf:

Titel X. Allgemeine Sicherheitspolizei (hauptsächlich bei den Gehalten und beim Wohnungsgeld) . . . . 21080 „ 66 „

Titel XIII. Polizeiliches Arbeitshaus (wegen geringeren Gefangenenstandes) . . . 27742 „ 96 „

Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues . 380932 „ 16 „
darunter 87835 ℳ. 16 ₰ beim Straßenbau infolge Einschränkung des Steinbruchbetriebs, beim Wasserbau 31917 ℳ. 58 ₰, bei der Katastervermessung wegen Abnahme der Arbeiten 252996 ℳ. 33 ₰.

Von den Mehreinnahmen entfallen auf Titel II. Bezirksverwaltung und Polizei 136449 „ 83 „
(darunter 182788 ℳ. 95 ₰ Ersatz an Entschädigungen für versicherte Tiere, dagegen 51987 ℳ. 61 ₰ Minderbeiträge der Städte zu den festen Bezügen der Lokalpolizei);

auf Titel III. (Heil- und Pflegeanstalten) mit . . . . 63539 „ 04 „
(herrührend aus der obenerwähnten Ausdehnung des Ökonomiebetriebs in den Anstalten Illenau und bei Emmendingen, den Einnahmen aus der Kostbereitung und dem Gewerbebetrieb);

auf Titel VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues . 35504 „ 98 „
(darunter beim Wasser- und Straßenbau wegen höherer Erträgnisse aus Grundstücken und an Flußbaubeiträgen, denen aber Mindereinnahmen aus dem Steinbruchbetrieb gegenüberstehen, 15413 ℳ. 84 ₰, bei der Katastervermessung 20575 ℳ. 19 ₰.)

Dieser Mehreinnahme steht eine Mindereinnahme gegenüber bei Titel IV. Polizeiliches Arbeitshaus im Zusammenhang mit der erwähnten Minderausgabe . . . . . . 36157 „ 19 „

Beim Finanzministerium ergab sich im ganzen eine Mehrausgabe von . . . 2670356 „ 24 „
und eine Mehreinnahme von . . . . 17058619 „ 81 „
so daß dessen Rechnung gegenüber dem Voranschlag um . . . . 14388263 ℳ. 57 ₰
günstiger abschließt.

An Mehrausgaben sind zu verzeichnen bei der Verwaltung des Hochbauwesens (hauptsächlich wegen vermehrten Bedarfs an Hilfspersonal der Baubehörden und höheren Aufwands auf Zentralstaatsgebäude) . . . . 110 831 ℳ 46 ₰

bei der Domänenverwaltung . . . . 498 181 „ 11 „

(darunter 27 454 ℳ 51 ₰ bei den sonstigen persönlichen Ausgaben der Forstämter, 83 441 ℳ 66 ₰ Mehraufwand für Grundstocksgebäude, 46 017 ℳ 41 ₰ für Holzabfuhrwege, 247 169 ℳ 18 ₰ für Zurichtung der Walderzeugnisse, 28 439 ℳ 56 ₰ bei den verschiedenen und zufälligen Ausgaben, 34 335 ℳ 03 ₰ für Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge, 19 321 ℳ 63 ₰ für Kompetenzen und 21 064 ℳ 72 ₰ für Gemeindewege, Kreis- und Landstraßen; dagegen 41 760 ℳ 58 ₰ Minderaufwand auf Lastengebäude, da einzelne Neubauten in der Budgetperiode nicht in der vorgesehenen Weise gefördert werden konnten);

bei der Salinenverwaltung . . . . 189 627 „ 95 „

(infolge Zunahme der erzeugten Salzmenge und höherer Arbeits- und Materialienpreise);

bei der Steuerverwaltung . . . . 1 482 747 „ 72 „

(hauptsächlich wegen Mehrausgaben für Stellvertretung und Dienstaushilfe und Gebühren der Steuererheber, des mit den höheren Einnahmen zusammenhängenden größeren Abgangs und Rückersatzes an direkten und indirekten Steuern, sowie Justiz- und Polizeigefällen und wegen der Anteile der Gemeinden an den Hundstaxen);

bei der Zollverwaltung . . . . 71 511 „ 24 „

(hauptsächlich für Stellvertretung und Dienstaushilfe und für sachliche Amtsunkosten, sowie Rückersatz einer früher zu viel bezogenen Verwaltungskostenvergütung ans Reich),

bei der Münzverwaltung wegen stärkeren Betriebs . . . . 16 177 „ 77 „

bei der allgemeinen Kassenverwaltung, hauptsächlich wegen höheren Abgangs an Aktivresten 181 348 „ 85 „

bei den Ruhegehalten, hauptsächlich für Sterbegehalte, wandelbare Zuschüsse an die Beamtenwitwenkasse und Gnadengaben . . . . 110 545 „ 35 „

beim Ministerium, der Landeshauptkasse, dem Unterstützungs- und Belohnungsfonds (aus Erübrigungen früherer Jahre) sowie den verschiedenen und zufälligen Ausgaben . . 9 384 „ 79 „

zusammen . . 2 670 356 ℳ 24 ₰

Mehreinnahmen haben geliefert:

die Domänenverwaltung (namentlich aus landwirtschaftlichen Grundstücken und aus Holz wegen größerer Hiebmenge und höherer Preise) . . . . 2 697 797 ℳ 74 ₰

die Salinenverwaltung . . . . 566 956 „ 06 „

die Steuerverwaltung (nach unten folgender Erläuterung) . . . . 13 565 975 „ 76 „

die Münzverwaltung . . . . 65 321 „ 53 „

der Titel „Allgemeine Kassenverwaltung" (namentlich aus Ersatz für Ruhegehalte, Gnadengaben u. s. w. einzelner Verwaltungszweige, sowie an Mietzins für Zentralstaatsgebäude) . 259 917 „ 87 „

zusammen . . 17 155 968 ℳ 96 ₰

Hiervon sind abzurechnen die Mindereinnahmen der Zollverwaltung (hauptsächlich an Vergütungen des Reichs für die Grenzzollverwaltung und die Verwaltung der Tabaksteuer sowie an Verwaltungskostenbeiträgen von Privaten) . . . . 97 349 „ 15 „

daher restliche Mehreinnahme wie oben . . . . 17 058 619 ℳ 81 ₰

Zu den Mehreinnahmen der Steuerverwaltung ist besonders zu erwähnen, daß die direkten Steuern ein Mehr von . . . . 3 661 861 ℳ 08 ₰

(darunter die Einkommensteuer allein ein solches von 2 401 445 ℳ 38 ₰),

Übertrag . . 3 661 861 ℳ 08 ₰

Übertrag . . 3 661 861 ℳ 08 ₰

die indirekten Steuern (Wein-, Bier- und Fleischsteuer, sowie Grundstücks-Verkehrs-, Erbschafts- und Schenkungssteuer) ein solches von . . . . 7 459 991 „ 85 „

(darunter die Weinsteuer ein solches von 1 009 626 ℳ 05 ₰, Biersteuer ein solches von 2 563 912 ℳ 78 ₰, die Grundstücksverkehrssteuer 2 404 028 ℳ 83 ₰, Erbschafts- und Schenkungssteuer ein solches von 1 217 752 ℳ 50 ₰),

die Justiz- und Polizeigefälle ein Mehr von . . . 2 287 894 „ 58 „

endlich die verschiedenen Einnahmen ein Mehr von . . . 156 228 „ 25 „

liefern, so daß sich im ganzen obige Mehreinnahme von . . . . 13 565 975 ℳ 76 ₰

ergibt.

Zu erwähnen ist, daß das Rechnungsergebnis für 1901 bei den Justiz- und Polizeigefällen infolge Änderung des Rechnungstermins 13 Monate umfaßt, und auf den 13. Monat etwa 305 000 ℳ entfallen.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Ausgabe.

Die außerordentlichen Ausgaben finden sich unter Abteilung VII auf Seite 159 dieses Heftes verzeichnet, wie folgt:

unter Abteilung	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.								
α. Von der Etatperiode 1898/1899.								
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	1 055 001	65	1 111 579	82	56 578	17	—	—
IV. Ministerium des Innern . . .	2 363 515	91	2 161 767	84	—	—	201 748	07
V. Finanzministerium	523 673	13	564 394	22	40 721	09	—	—
zusammen *α.* .	3 942 190	69	3 837 741	88	97 299	26	201 748	07
							97 299	26
							104 448	81
β. Von der Etatperiode 1900/1901								
I. Staatsministerium	—	—	6 857	14	6 857	14	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten .	651 875	—	646 426	86	—	—	5 448	14
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	4 469 810	—	4 286 421	86	—		183 388	14
IV. Ministerium des Innern	6 363 569	—	4 355 584	11	—	—	2 007 984	89
V. Finanzministerium	2 175 975	—	1 546 388	—	—	—	629 587	—
					6 857	14	2 826 408	17
							6 857	14
zusammen *β.* .	13 661 229	—	10 841 677	97	—	—	2 819 551	03
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	17 603 419	69	14 679 419	85	—	—	2 923 999	84

unter Abteilung	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.		Dieses gegen jenes			
					mehr		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.								
α. Von der Etatperiode 1898/1899.								
V. Finanzministerium	446 498	42	420 084	69	—	—	26 413	73
β. Von der Etatperiode 1900/1901.								
V. Finanzministerium	1 362 698	—	1 313 228	17		—	49 469	83
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	1 809 196	42	1 733 312	86	—	—	75 883	56
Hierzu								
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	17 603 419	69	14 679 419	85	—	—	2 923 999	84
Summe der Ausgabe	19 412 616	11	16 412 732	71	—	—	2 999 883	40

Über die wesentlichsten Abweichungen zwischen Budget und Rechnungsergebnis ist zu bemerken:

1. Bezüglich der Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899:

Der Mehraufwand beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts erklärt sich dadurch, daß — neben andern geringeren Überschreitungen und Ersparnissen — bei verschiedenen budgetmäßigen Bewilligungen für das Unterrichtswesen Mehraufwendungen von zusammen 82 317 M 56 Pf (darunter für den Neubau des Gymnasiums in Mannheim 38 252 M 56 Pf) gemacht werden mußten, denen bei andern Bewilligungen desselben Titels 63 398 M 44 Pf Minderverwendungen (darunter 52 277 M 94 Pf infolge Beschränkung des Wiederaufbaues des Marstallgebäudes in Heidelberg) gegenüberstehen, und für Zustandhaltungsarbeiten an der Kirche und den Seminargebäuden in St. Peter eine Beihilfe von 25 000 M auf Administrativkredit zu leisten war.

Im Geschäftskreis des Ministeriums des Innern ist bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung eine Minderverwendung von 240 717 M eingetreten, die im wesentlichen nur scheinbar und darauf zurückzuführen ist, daß bei den auf mehrere Etatperioden verteilten Fahrbahnverstärkungen an Landstraßen und Herstellung der Hochwasserbeschädigungen vom März 1896 an den Binnenflüssen in den vorhergehenden Jahren infolge rascherer Förderung der Arbeiten mehr als die damals angeforderten Teilbeträge der Kosten verbraucht wurden, was eine Entlastung der für die Berichtsperiode vorgesehenen Mittel zur Folge hatte. Außerdem werden zwei Kreditreste für die Erweiterung der Kaltwasserleitung in Badenweiler mit 73 099 M 87 Pf und für die Veröffentlichung der Ergebnisse der berufs- und gewerbestatistischen Erhebungen vom Juni 1895 mit 11 234 M 11 Pf erst später zur Verwendung kommen und sind deshalb im Budget für 1902/1903 neu angefordert worden. Andererseits wurden hauptsächlich im Bereich der Wasser- und Straßenbauverwaltung Ausgaben auf Administrativkredit im Gesamtbetrag von 131 266 M 09 Pf geleistet, so daß sich schließlich mit einigen weitern minder erheblichen Abweichungen zwischen Budgetsatz und Rechnungsergebnis beim Ministerium des Innern im ganzen eine nach dem Gesagten nur scheinbare Minderverwendung von 201 748 M 07 Pf ergibt.

Beim Finanzministerium wurde für den Ankauf des Hauses Kreuzstraße Nr. 13 in Karlsruhe ein Betrag von 145 000 M auf Administrativkredit verausgabt. Dagegen ergaben sich neben andern kleinern Unterschieden zwischen Budgetsatz und Rechnungsergebnis Minderverwendungen in den Berichtsjahren dadurch, daß von den Kosten der Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes nach dem Stand der Arbeiten etwa 20 000 M erst in den Jahren 1902 ff. Verwendung finden und mit dem Neubau einer Zollniederlage mit Abfertigungsräumen für das Untersteueramt Bruchsal erst im Jahre 1902 begonnen werden konnte, weshalb die bezüglichen Kosten mit rund 72 000 M für 1902/1903 neu angefordert und genehmigt worden sind.

Der Minderaufwand bei der Domänengrundstocksverwaltung rührt hauptsächlich von einer Erübrigung an dem Kredit für Unterbringung der Steuerstellen im Großherzoglichen Schloß zu Mannheim von 28 315 M 68 Pf

und einer im Budget für 1902/1903 neu angeforderten Wenigerausgabe auf den Kredit für Herstellung des Rastatter Schlosses von 53061 ℳ 40 ₰ her, welche sich infolge langsameren Fortschreitens der Arbeiten ergeben hat. Dagegen wurden Ausgaben auf Administrativkredite im Betrage von 56391 ℳ 21 ₰ bestritten.

2 Bezüglich der Kredite aus der Etatperiode 1900/1901:

Die Ausgabe beim Staatsministerium von 6857 ℳ 14 ₰ wurde auf Grund des Apanagegesetzes geleistet.

Der beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts festzustellende Minderaufwand von 183388 ℳ 14 ₰ ist durch Minderverwendungen bei den Etats der allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege, den Strafanstalten, des Unterrichtswesens und der Wissenschaften und Künste entstanden. Dieselben stellen sich indessen nur zum geringen Teile als eigentliche Erübrigungen dar, die meisten Beträge sind vielmehr zur Verwendung in der Budgetperiode 1902/1903 vorbehalten. Auf Administrativkredit waren bei den allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege, beim Unterrichtswesen und dem Titel Wissenschaften und Künste 777566 ℳ 21 ₰ zu leisten, um deren Betrag sich die oben angegebene Minderverwendung bei den budgetmäßigen Ausgaben erhöht.

Beim Ministerium des Innern entfallen namhaftere Minderverwendungen auf die Bezirksverwaltung und Polizei, die milden Fonds und gemeinnützigen Anstalten, die Heil- und Pflegeanstalten, die Etats für Bearbeitung der Landesstatistik, für Förderung der Gewerbe und der Landwirtschaft sowie auf die Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Auch hier sind indes die Beträge fast durchweg zur Verwendung in den Jahren 1902 und 1903 vorbehalten, daher nicht als erspart zu bezeichnen. An Mehrausgaben sind mehrere auf Administrativkredit geleistete Zahlungen für die Erziehungsanstalt Flehingen, die Heil- rc. Pflegeanstalten, die Landesstatistik, die Förderung der Landwirtschaft und den Wasser- und Straßenbau im Gesamtbetrag von 214978 ℳ 83 ₰ zu erwähnen.

Beim Finanzministerium sind für den Ankauf von Grundstücken zur späteren Erstellung von Dienst- und Wohngebäuden für Grenzzollbeamte und für Vergrößerung des Gebäudes des Hauptsteueramts Baden Ausgaben von zusammen 46537 ℳ 87 ₰ auf Administrativkredit vollzogen worden; im übrigen haben sich erheblichere Minderverwendungen bei den Etats der Hochbau-, der Salinen-, Steuer- und Zollverwaltung ergeben, die sich indessen auch hier nicht als Erübrigungen darstellen, sondern in der Budgetperiode 1902/1903 verwendet werden.

Die Ausgaben zu Lasten des Domänengrundstocks weisen im ganzen eine Minderverwendung von 49469 ℳ 83 ₰ auf, so zwar, daß bei den budgetmäßigen Ausgaben . . . . . . 259354 ℳ 25 ₰
weniger verwendet, dagegen außeretatmäßig (auf Administrativkredit) . . . . 209884 „ 42 „
verausgabt wurden. Die Restbeträge der Budgetmittel sind auch hier zum größten Teile zur Verwendung in der Budgetperiode 1902/1903 vorbehalten.

b. Einnahme.

Die außerordentlichen Einnahmen sind nach Abteilung VII. dieses Heftes (Seite 160) veranschlagt gewesen auf . . . . 2534587 ℳ 54 ₰
eingegangen sind nach dem Rechnungssoll . . . . 2168106 „ 28 „

sonach weniger . . 366481 ℳ 26 ₰

Werden, was zur Vergleichung mit dem Voranschlag angezeigt erscheint, die nachstehend entzifferten, nicht budgetmäßigen Einnahmen mit 15 ℳ + 9918 ℳ 73 ₰ + 8665 ℳ 98 ₰ + 266275 ℳ 63 ₰ = ... 284875 „ 34 „

beim Rechnungssoll außer Betracht gelassen, so ergibt sich eine Wenigereinnahme von . . 651356 ℳ 60 ₰

Dieselbe ist im wesentlichen wie folgt begründet:

Beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ergab sich eine Mindereinnahme von 26694 ℳ dadurch, daß die Auszahlung der Brandentschädigung für den östlichen Flügel des Marstallgebäudes in Heidelberg erst im Jahre 1902 erfolgen konnte. Dagegen weist die Justizverwaltung eine außeretatmäßige Einnahme von 15 ℳ auf.

Beim Ministerium des Innern ergab sich eine Mindereinnahme von 272584 ℳ 68 ₰ oder, wenn man die außeretatmäßigen Einnahmen vom Bau der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen mit 4462 ℳ 08 ₰ und beim Wasser- und Straßenbau mit 5456 ℳ 65 ₰, zusammen 9918 ℳ 73 ₰ außer acht läßt, eine solche von 282503 ℳ 41 ₰, welche in der Hauptsache auf die Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues entfällt und durch langsameren Vollzug der betreffenden Bauten, zu welchen Beiträge von Gemeinden u. s. w. zu erheben sind, entstanden ist; der größte Teil dieser Summe ist in der nächsten Budgetperiode nachträglich in Einnahme zu stellen. Außerdem wurden die Dammbaubeiträge, soweit sie bar zu zahlen waren, aus Zweckmäßigkeitsgründen im ordentlichen statt im außerordentlichen Etat vereinnahmt.

Der Etat des Finanzministeriums schließt ab für die allgemeine Staatsverwaltung mit einer Mehreinnahme von . . . . . 8665 ℳ 98 ₰
herrührend aus der im Jahre 1901 erfolgten, im Budget nicht vorgesehenen Ersatzleistung für Kasernenbaukosten durch das Reich mit 6631 ℳ und außeretatmäßigen Einnahmen bei der Zollverwaltung im Betrage von 2034 ℳ 98 ₰.

An budgetmäßigen Einnahmen von der Domänengrundstocksverwaltung erscheint hier — entsprechend dem Ergebnis der betreffenden Ausgaben — für die Periode 1898/1899 ein Weniger von 82804 ℳ 94 ₰, dagegen für 1900/1901 ein solches von 259354 ℳ 25 ₰, zusammen weniger . . . . . 342159 „ 19 „

so daß sich im ganzen eine Mindereinnahme von . . . . . 333493 ℳ 21 ₰
und unter Berücksichtigung der Ersatzleistung für die auf Administrativkredit vollzogenen Ausgaben mit zusammen . . . . . 266275 „ 63 „

eine solche von . . . . . 67217 ℳ 58 ₰
ergibt.

C. Gesamtergebnis des Staatshaushalts.

Nach dem Finanzgesetz vom 30. Mai 1900 (Gesetzes- und Verordnungsblatt von 1900 Nr. XXII Seite 711) sind in Übereinstimmung mit den unter Abteilung VII. Seite 161 und folgenden dieses Heftes gegebenen Darstellungen die Ausgaben der Budgetperiode veranschlagt:

im ordentlichen Etat zu		150849786 ℳ — ₰
im außerordentlichen Etat zu	15023927 ℳ	
oder nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen mit	1565207 „	
zu restlich . .		13458720 „ — „
sonach im ganzen zu		164308506 ℳ — ₰
Dieselben sollten ihre Deckung finden in den Einnahmen des ordentlichen Etats, welche auf		150306708 „ — „
veranschlagt waren, bezüglich des Restes mit		14001798 ℳ — ₰

durch einen außerordentlichen, in den folgenden Etatperioden wieder zu ersetzenden Zuschuß aus der Amortisationskasse.

Nach der Rechnung haben aber, wenn man von dem Aufwand zu Lasten von Krediten aus früheren Perioden zunächst absieht, die Ausgaben des ordentlichen Etats . . . . . 157246320 ℳ 71 ₰

die des außerordentlichen Etats	12154906 ℳ 14 ₰	
oder nach Abzug der gleichartigen Einnahmen mit	1421134 „ 03 „	
noch restlich .		10733772 „ 11 „
betragen, so daß ein Aufwand von		167980092 ℳ 82 ₰
zu decken war. Da die ordentlichen Einnahmen im ganzen		167814682 „ 72 „
betrugen, so verblieb eine Mehrausgabe von		165410 ℳ 10 ₰

	Übertrag	165 410 ℳ. 10 ₰
Außerdem waren noch die Ausgaben auf Restkredite der vorhergehenden Periode mit	4 257 826 ℳ. 57 ₰	
oder abzüglich der Einnahmen gleichen Ursprungs mit . . .	746 972 „ 25 „	
	mit restlichen . .	3 510 854 „ 32 „
zu leisten.		
Von der Gesamt-Mehrausgabe mit		3 676 264 ℳ. 42 ₰
ist derjenige Betrag abzurechnen, um welchen sich der Wert der Naturalvorräte während der Berichtsperiode vermehrt hat, nämlich von	847 455 ℳ. 10 ₰	
auf	892 261 „ 55 „	
also der Betrag von		44 806 „ 45 „
und es ergibt sich hiernach eine schließliche Mehrausgabe von		3 631 457 ℳ. 97 ₰
um die der umlaufende Betriebsfonds abgenommen hat. Gegenüber der Annahme des Finanzgesetzes, daß zur Deckung der Ausgaben ein Zuschuß aus der Amortisationskasse von		14 001 798 „ — „
erforderlich sei, ergibt sich sonach ein um		10 370 340 ℳ. 03 ₰
günstigerer Abschluß.		
Dieses Ergebnis läßt sich im einzelnen auf folgende Umstände zurückführen:		
Der ordentliche Etat hat in den Einnahmen um	17 507 974 ℳ. 72 ₰	
günstiger, in den Ausgaben um	6 396 534 „ 71 „	
ungünstiger, im ganzen also günstiger abgeschlossen um		11 111 440 ℳ. 01 ₰
Sodann ist der Wert der Naturalvorräte in den beiden Jahren 1900 und 1901 um		44 806 „ 45 „
gestiegen, was einer Verbesserung des Abschlusses um diesen Betrag gleichkommt.		
	Zusammen . .	11 156 246 ℳ. 46 ₰
Ferner ist bei den für die Berichtsperiode bewilligten außerordentlichen Ausgaben nach Abzug der hierher gehörigen Einnahmen das Rechnungsergebnis um 13 458 720 ℳ. weniger 10 733 772 ℳ. 11 ₰ gleich	2 724 947 ℳ. 89 ₰	
hinter dem Budgetsatz zurückgeblieben, dagegen auf Restkredite aus der vorhergehenden Periode ein Betrag von	3 510 854 „ 32 „	
zu leisten gewesen; der Mehrbetrag der Ausgabe mit		785 906 „ 43 „
geht von dem Ergebnis des ordentlichen Etats ab, so daß sich wie oben		10 370 340 ℳ. 03 ₰
ergibt.		
Der umlaufende Betriebsfonds, welcher auf letzten Dezember 1899 einen Aktivbestand von		21 680 625 ℳ. 42 ₰
und auf letzten Dezember 1901 einen solchen von		18 049 167 „ 45 „
nachweist, zeigt hiernach eine mit der obenerwähnten Mehrausgabe übereinstimmende Abnahme von		3 631 457 ℳ. 97 ₰

Zweiter Abschnitt.

Ergebnisse der ausgeschiedenen Verwaltungszweige.

A. Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Die Reineinnahme der Eisenbahnbetriebsverwaltung in den beiden Jahren 1900 und 1901 war im Budget

angenommen zu		26 872 740 ℳ. — ₰
betrug indessen nach der Rechnung		31 058 374 „ 16 „
	sonach mehr . .	4 185 634 ℳ. 16 ₰

Übertrag . . 4185634 ℳ 16 ₰

Hierzu ist wegen Vermehrung der Naturalvorräte der Betrag von . . . 664511 „ 16 „

hinzuzurechnen, so daß sich als wirkliche Mehreinnahme der Eisenbahnbetriebsverwaltung der Betrag von . . . 4850145 ℳ 32 ₰

ergibt

Dieses Ergebnis ist gegen den Abschluß der Budgetperiode 1898/1899, welche gegen den Vorschlag eine Mehreinnahme von 18573767 ℳ 76 ₰ aufweist, um den Betrag von 13723622 ℳ 44 ₰ ungünstiger. Dieser beträchtliche Unterschied findet im wesentlichen seine Erklärung in der Steigerung der Ausgaben persönlicher und sachlicher Art, mit welcher die Zunahme der Verkehrseinnahmen nicht gleichen Schritt gehalten hat.

B. Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung.

Nach dem Budget war bei diesem Verwaltungszweig auf eine Mehrausgabe von . 36680 ℳ — ₰

gerechnet, während sich in Wirklichkeit eine Mehreinnahme von . . . 64740 „ 19 „

sonach ein günstigerer Abschluß von . . . 101420 ℳ 19 ₰

ergab. Dieses günstige Ergebnis ist im wesentlichen durch die Zunahme der Transporteinnahmen verursacht.

C. Main-Neckar-Bahn.

Der Anteil am Reinertrag der Main-Neckar-Bahn war nach dem Finanzgesetz angenommen zu . . . 1483240 ℳ — ₰

während derselbe rechnungsmäßig . . . 1603986 „ 48 „

sonach . . . 120746 ℳ 48 ₰

mehr betrug.

Das badische Anlagekapital der Main-Neckar-Bahn, soweit es für die Verteilung der Reineinkünfte maßgebend ist, beträgt im Durchschnitt der Jahre 1900 und 1901 . . . 8792264 ℳ 92 ₰

Der Reinertrag dieser beiden Jahre beziffert sich wie oben bemerkt auf zusammen . 1603986 „ 48 „

oder auf jährlich durchschnittlich . . . 801993 „ 24 „

Hiernach ergibt sich eine durchschnittliche Verzinsung des Anlagekapitals von 9,07 Prozent.

D. Badanstaltenverwaltung.

Die ordentlichen Einnahmen waren veranschlagt für 1900 und 1901 zusammen auf 703660 ℳ — ₰

Nach der Rechnung ergaben sich . . . 780314 „ 80 „

sonach mehr . . . 76654 ℳ 80 ₰

Dieses günstige Ergebnis ist im wesentlichen dadurch veranlaßt, daß der Ertrag der Bäder die Annahme bei der Budgetaufstellung erheblich übertroffen hat.

Die ordentlichen Ausgaben haben die budgetmäßige Annahme um 74982 ℳ 94 ₰ überstiegen, was in der Hauptsache durch die gestiegene Benützung der Anstalten und die Übernahme eines Teils der im außerordentlichen Etat genehmigten Bauaufwendungen auf den ordentlichen Etat hervorgerufen wurde

Im außerordentlichen Etat erscheinen Minderverwendungen im Betrage von 99185 ℳ 68 ₰, zumteil als Folge der erwähnten Übernahme von Bauherstellungskosten auf den ordentlichen Etat, zumteil mit rund 19000 ℳ durch wirkliche Ersparnis, endlich, weil ein Betrag von 34800 ℳ wegen Nichtvollendung von Bauarbeiten erst in den folgenden Jahren zur Verwendung kommt. Die Verwendung der verbliebenen Kreditreste ist für die Budgetperiode 1902/1903 vorbehalten.

Wir schließen diese Darstellung mit der untertänigsten Bitte, Euere Königliche Hoheit wollen uns gnädigst ermächtigen, diesen Vortrag nebst dem zugehörigen Hefte am nächsten Landtag den Ständen vorzulegen.

Karlsruhe, den 23. September 1903.

Buchenberger.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Erste Abteilung.

Staatsministerium.

Gemeinsame Erläuterung

zu sämtlichen Positionen für **Gehalte und Wohnungsgeld.**

Die unter diesen Positionen vorkommenden Abweichungen vom Budgetsatz finden ihre Erklärung in den im Laufe der Budgetperiode eingetretenen Personalveränderungen, insbesondere in dem Abgang älterer und dem Zugang jüngerer Beamten, in zeitweisen Stellenerledigungen oder in der vorübergehenden Versehung etatmäßiger Stellen durch nicht etatmäßiges Personal. Soweit bei dem einen oder andern Etat die aus vorstehenden Ursachen sich ergebenden Minderausgaben rechnungsmäßig geringer sind als der hierfür budgetmäßig gemachte Abzug — 1½ % für Gehalte und 4 % für Wohnungsgeld — hat dies eine entsprechende Überschreitung des Budgetsatzes zur Folge.

Staatsministerium.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Titel I. Großherzogliches Haus.												
§ 1. a. Zivilliste	2 579 966	—	1 289 982	86	1 289 982	86	2 579 965	72	—	—	—	28
b. Zusätzliche Aufbesserung	600 000	—	300 000	—	300 000	—	600 000	—	—	—	—	—
2. a. Apanagen	339 430	—	179 485	72	190 285	72	369 771	44	30 341	44	—	—
b. Zusätzliche Aufbesserung	192 002	—	98 442	86	101 142	86	199 585	72	7 583	72	—	—
Summe Titel I.	3 711 398	—	1 867 911	44	1 881 411	44	3 749 322	88	37 925	16	—	28
									—	28		
									37 924	88		
Titel II. Landstände.												
1. Gehalte	22 760	—	11 550	—	11 550	—	23 100	—	340	—	—	—
2. Wohnungsgeld	2 820	—	1 460	—	1 460	—	2 920	—	100	—	—	—
3. Andere persönliche Ausgaben	34 000	—	31 821	43	5 987	81	37 809	24	3 809	24	—	—
4. Aufwand wegen jährlicher Versammlung des Ausschusses	720	—	307	—	449	58	756	58	36	58	—	—
5. Aufwand wegen des Landtags	200 000	—	155 086	33	42 405	88	197 492	21	—		2 507	79
Summe Titel II.	260 300	—	200 224	76	61 853	27	262 078	03	4 285	82	2 507	79
									2 507	79		
									1 778	03		
Titel III. Matrikularbeitrag zur Reichskasse	37 146 326	—	18492583	—	19926199	—	38 418 782	—	1 272 456	—	—	—
Titel IV. Anteil der Eisenbahnschuldentilgungskasse an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung	1 000 000	—	500 000	—	500 000	—	1 000 000	—	—	—	—	—
Titel V. Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile	88 820	—	48 960	—	47 441	—	96 401	—	7 581	—	—	—
Titel VI. Verschiedene und zufällige Ausgaben	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—
Summe A. Ordentlicher Etat	42 206 944	—	21109679	20	22416904	71	43 526 583,	91	1 319 739	91	100	—
									100	—		
									1 319 639	91		
B. Außerordentlicher Etat.												
Titel I. Großherzogliches Haus.												
1. Zur standesgemäßen Einrichtung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden	—	—	6 857	14	—	—	6 857	14	6 857	14	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	—	—	6 857	14	—	—	6 857	14	6 857	14	—	—
Summe der Ausgabe	42 206 944	—	21116536	34	22416904	71	43 533 441	05	1 326 497	05	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	Rechnungs-Soll. 1901.	Rechnungs-Soll. Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	Dieses gegen jenes weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Einnahme.						
Ordentlicher Etat.						
Titel I. Überweisungen aus der Reichskasse.						
1. Aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer	22 948 272	10597204 70	11647520 52	22 244 725 22	—	703 546 78
2. Aus dem Ertrag der Verbrauchsabgabe für Branntwein und des Zuschlags dazu	6 914 680 —	3 537 589 08	3 687 613 15	7 225 202 23	310 522 23	— —
3. Aus dem Ertrag der Reichsstempelabgaben	3 481 348 —	1 915 802 02	1 823 305 92	3 739 107 94	257 759 94	— —
Summe der Einnahme	33 344 300 —	16050595 80	17158439 59	33 209 035 39	568 282 17	703 546 78
						568 282 17
						135 264 61
Abschluß.						
Ausgabe	42 206 944 —	21116536 34	22416904 71	43 533 441 05	1 326 497 05	— —
Einnahme	33 344 300 —	16050595 80	17158439 59	33 209 035 39	— —	135 264 61
Mehrausgabe	8 862 644 —	5 065 940 54	5 258 465 12	10 324 405 66	1 461 761 66	— —

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Kontrollbureau Großherzoglichen Finanzministeriums.

Diefenbacher.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Staatsministeriums für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lenz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Ordentlicher Etat.

Titel I. Großherzogliches Haus.

Zu § 2 a und b. Infolge Vermählung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian wurde dessen Apanage nach gesetzlicher Vorschrift und ebenso die zusätzliche Aufbesserung erhöht.

Titel II. Landstände.

Zu § 3. Der Aufwand ist von der Dauer des Landtags sowie von der Höhe der Vergütungen der Stenographen und der sonstigen Hilfspersonen abhängig.

Titel III. Matrikularbeitrag zur Reichskasse.

In den Kalenderjahren 1900 und 1901 wurden fällig:

fürs 1. Vierteljahr 1900: 3 Monatsbeträge des Matrikularbeitrags fürs Reichsrechnungsjahr 1899 . . .	$^{3}/_{12}$
für die Zeit vom 1. April 1900 bis dahin 1901: der Matrikularbeitrag des Reichsrechnungsjahres 1900 . .	$^{12}/_{12}$
für 1. April 1901 bis Ende 1901: 9 Monatsbeträge des Matrikularbeitrags des Reichsrechnungsjahres 1901 .	$^{9}/_{12}$
zusammen . .	$^{24}/_{12}$ = zwei Jahre.

Durch die betreffenden Reichsgesetze sind die Matrikularbeiträge Badens festgesetzt:

für 1. April 1899/1900 (Reichsgesetzblatt 1899 Seite 157) auf	16 265 040 ℳ	
und Biersteuer-Ausgleichung	1 226 292 „	
zusammen . .	17 491 332 ℳ	
hieraus Zahlung für 1899 $^{3}/_{12}$ mit		4 372 833 ℳ
Hierzu Erhöhung der Biersteuer-Ausgleichung auf Grund des Rechnungsergebnisses fürs Reichsrechnungsjahr 1899		73 972 „
für 1. April 1900/1901 (Reichsgesetzblatt 1900 Seite 139)	17 458 589 ℳ	
und Biersteuer-Ausgleichung	1 269 122 „	
zusammen . .	18 727 711 ℳ	
hieraus Zahlung 1900 $^{9}/_{12}$ mit	14 045 778 ℳ	
„ „ 1901 $^{3}/_{12}$ mit	4 681 933 „	
		18 727 711 „
hierzu Erhöhung der Biersteuer-Ausgleichung auf Grund des Rechnungsergebnisses fürs Reichsrechnungsjahr 1900		55 227 „
für 1. April 1901/1902 (Reichsgesetzblatt 1901 Seite 39)	18 943 614 ℳ	
und Biersteuer-Ausgleichung	1 308 443 „	
zusammen . .	20 252 057 ℳ	
hieraus Zahlung für 1901 $^{9}/_{12}$ mit		15 189 039 „
zusammen in den Jahren 1900 und 1901 . .		38 418 782 ℳ
gegenüber dem Budgetsatz von		37 146 326 „
mehr . .		1 272 456 ℳ

In welcher Weise sich die Matrikularbeiträge für die Reichsrechnungsjahre 1900 und 1901 berechnen, ist in der Anlage (1) nachgewiesen.

Titel V. Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile.

Die Höhe dieser Ausgabe richtet sich in den einzelnen Jahren nach der — zum voraus nicht bekannten — Reineinnahme an Zöllen, Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer.

B. Außerordentlicher Etat.

Titel I. Großherzogliches Haus.

Zu § 1. Vergleiche § 4 des Gesetzes vom 21. Juli 1839 — Regierungsblatt Seite 197.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

Titel I. Überweisungen aus der Reichskasse.

Zu § 1. Für die in der Budgetperiode der badischen Staatskasse zugeflossenen Einnahmen kommen die Ergebnisse der Reichsrechnungsjahre 1899, 1900 und 1901 in Betracht. Über diese Ergebnisse und den hieraus berechneten Anteil Badens gibt die angeschlossene Darstellung (Anlage 2) Auskunft.

Darnach sind der badischen Staatskasse zugeflossen:

1. von dem Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1899 mit	10 336 537 ℳ 70 ₰	
nach Abzug der bereits im Jahre 1899 vereinnahmten Betreffnisse fürs I. und II. Quartal mit	5 080 056 „ — „	
der Restbetrag mit		5 256 481 ℳ 70 ₰
2. der Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1900 vollständig mit		11 480 882 „ 52 „
3. von dem Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1901 mit	12 484 718 ℳ 23 ₰	
die Betreffnisse fürs I. und II. Quartal mit	5 507 361 „ — „	5 507 361 „ — „
der hier verbleibende Rest mit	6 977 357 ℳ 23 ₰	
kommt im Jahre 1902 zur Vereinnahmung.		
Summe der Einnahme		22 244 725 ℳ 22 ₰
gegen den Budgetsatz von		22 948 272 „ — „
weniger		703 546 ℳ 78 ₰

Zu § 2. Für die in der Budgetperiode der badischen Staatskasse zugeflossenen Einnahmen kommen die Erträgnisse in den Reichsrechnungsjahren 1899, 1900 und 1901 in Betracht.

Diese berechnen sich im Reichsrechnungsjahr:	1899.	1900.	1901.
im ganzen auf	109 761 623 ℳ 14 ₰	107 025 536 ℳ 25 ₰	108 921 990 ℳ 50 ₰
Hieraus Anteil Badens nach Verhältnis der Bevölkerung *)	3 615 039 „ 08 „	3 524 925 „ 06 „	3 602 551 „ 17 „

Hiernach sind der badischen Staatskasse in den Rechnungsjahren 1900 und 1901 folgende Einnahmen zugeflossen:

1. von dem Anteil fürs Reichsrechnungsjahr 1899 mit	3 615 039 ℳ 08 ₰	
nach Abzug der bereits im Jahr 1899 vereinnahmten Betreffnisse für das I. und II. Quartal mit	1 917 621 „ — „	
der Restbetrag mit		1 697 418 ℳ 08 ₰
2. der Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1900 voll mit		3 524 925 „ 06 „
3. von dem Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1901 mit	3 602 551 ℳ 17 ₰	
das Betreffnis für das I. und II. Quartal	2 002 736 „ — „	2 002 736 „ — „
der hier verbleibende Rest mit	1 599 815 ℳ 17 ₰	
kommt im Jahr 1902 zur Vereinnahmung.		
Nach der schließlichen Abrechnung fürs Reichsrechnungsjahr 1896 wurden ferner vergütet		123 „ 09 „
Summe der Einnahme		7 225 202 ℳ 23 ₰
gegen den Budgetsatz von		6 914 680 „ — „
mehr		310 522 ℳ 23 ₰

*) Der Berechnung für 1899 und 1900 ist das Ergebnis der Zählung von 1895, jener für 1901 das Ergebnis der Zählung von 1900 zugrunde gelegt. Es hatten nach der Zählung von:

	1895.	1900.
alle Bundesstaaten	52 273 871 Köpfe	56 361 046 Köpfe
Baden	1 721 659 „	1 864 119 „

Zu § 3. Im Reichsrechnungsjahr:	1899.	1900.	1901.
berechneten sich die Erträgnisse auf	54 065 528 ℳ 92 ₰	53 708 000 ℳ ₰*)	70 642 212 ℳ 36 ₰
hieraus der Anteil Badens nach Verhältnis der Bevölkerung**)	1 784 473 „ 43 „	1 772 672 „ 92 „	2 341 098 „ 18 „

Hiernach sind der badischen Staatskasse in den Rechnungsjahren 1900 und 1901 folgende Einnahmen zugeflossen:

1. von dem Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1899 mit	1 784 473 ℳ 43 ₰	
nach Abzug der bereits im Jahr 1899 vereinnahmten Betreffnisse fürs I. und II. Quartal mit	867 501 „ — „	
der Restbetrag mit		916 972 ℳ 43 ₰
2. der Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1900 ganz mit		1 772 672 „ 92 „
3. von dem Anteil für das Reichsrechnungsjahr 1901 mit	2 341 098 ℳ 18 ₰	
das Betreffnis fürs I. und II. Quartal	1 049 462 „ — „	1 049 462 „ — „
der hier verbleibende Rest mit	1 291 636 ℳ 18 ₰	
kommt im Jahr 1902 zur Vereinnahmung.		
4. Nachträgliche Überweisung für 1898 laut endgültiger Abrechnung		— „ 59 „
Summe der Einnahme		3 739 107 ℳ 94 ₰
gegen den Budgetsatz von		3 481 348 „ — „
mehr		257 759 ℳ 94 ₰

*) Nach Abzug des nach § 56 des Reichsstempelgesetzes — Reichsgesetzblatt für 1900 Seite 275 — zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse einbehaltenen Betrags von 11 682 798 ℳ 79 ₰.

**) Für 1899 und 1900 nach dem Ergebnis der Zählung von 1895,
„ 1901 „ „ „ „ „ „ 1900.

Nach der Zählung von	1895.	1900.
alle Bundesstaaten	52 277 676 Köpfe.	56 361 871 Köpfe.
Baden	1 725 464 „	1 867 944 „

Berechnung der Matrikularbeiträge Badens.

Anlage 1.

	Reichsrechnungsjahr 1900.		Reichsrechnungsjahr 1901.	
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
I. Die Gesamtausgabe beträgt nach dem Reichshaushaltsetat	—	1980777001	—	2137932201
Hierzu sind zu rechnen die Nachlässe an den Ausgaben für die Reichsgesandtschaften, die den eigene Gesandtschaften haltenden Bundesstaaten Bayern und Sachsen zugestanden sind, mit	—	124 383	—	124 849
Dagegen sind in Abzug zu bringen:		1980901384		2138057050
a. Die Ausgaben für die Kontrolle der Brausteuer, an deren Aufbringung die süddeutschen Staaten, weil auch an der Einnahme unbeteiligt, nicht teilnehmen, mit	1 000		1 000	
b. Die Ausgaben für das Bundesamt für das Heimatwesen, für die ein besonderer Verteilungsmaßstab Anwendung findet, weshalb der Anteil Badens hierfür am Schlusse dieser Darstellung besonders in Rechnung gebracht ist, mit	36 100	37 100	36 100	37 100
bleiben von der Gesamtausgabe	—	1980864284	—	2138019950
II. Die Gesamteinnahme des Reichs einschließlich der Zuschüsse aus Baufonds 2c. 2c. beträgt	—	1453114627	—	1566999201
Diesem Betrage sind hinzuzurechnen die Beiträge von Bayern und Württemberg zu den Kosten der Zentralverwaltung des Post- und Telegraphenwesens und (für 1901) zu den Kosten des Post- und Telegraphenwesens in den Schutzgebieten	—	29 268	—	165 451
		1453143895		1567164652
Dagegen sind in Abzug zu bringen: der Erlös für verkaufte Stettiner Festungsgrundstücke mit	206 655		389 927	
sowie der unter obiger Einnahmesumme inbegriffene Überschuß der Reichsrechnungsjahre 1898 und 1899 mit	30 726 934		32 606 081	
welche beiden Beträge nach besonderen Bestimmungen verteilt werden und deshalb am Schlusse dieser Darstellung in Abzug gebracht sind.		30 933 589		32 996 008
Es bleiben von der Gesamteinnahme	—	1422210306	—	1534168644
gegen obige Gesamtausgabe von	—	1980864284	—	2138019950
ergibt sich eine Mehrausgabe von	—	558 653 978	—	603 851 306
an deren Deckung durch Matrikularbeitrag Baden teilzunehmen hat. Werden von dieser Summe zunächst die Matrikularbeiträge von Bayern und Württemberg mit	—	83 468 301	—	88 468 821
abgezogen, so verbleibt restlich		475 185 677	—	515 382 485

aus welchem Betrag der Anteil Badens nach Verhältnis der Bevölkerung zu berechnen ist, und zwar für
1900 nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember 1895,
1901 nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900.
Die Bevölkerung betrug nach der Volkszählung vom

	2. Dezember 1895	1. Dezember 1900 (vorläuf. Ergebnis)
für Baden	1 725 464 Köpfe,	1 866 584 Köpfe,
für die übrigen Staaten außer Bayern und Württemberg	42 654 742 „	46 137 512 „
	44 380 206 Köpfe	48 004 096 Köpfe.

	Reichsrechnungsjahr 1900.		Reichsrechnungsjahr 1901.	
Hiernach ergibt sich als Anteil Badens	—	18 474 808	—	20 040 055
Hierzu kommt noch der Anteil an den oben unter I abgesetzten Ausgaben für das Bundesamt für das Heimatwesen mit	—	1 390	—	1 391
zusammen		18 476 198		20 041 446
Dagegen kommen in Abzug die Anteile an dem oben unter II abgesetzten Erlös für verkaufte Stettiner Festungsgrundstücke mit	6 308		11 903	
und aus den oben abgesetzten Überschüssen der Reichsrechnungsjahre 1898 und 1899 mit	1 011 301	1 017 609	1 085 929	1 097 832
		17 458 589		18 943 614
Hierzu kommt noch das sogenannte Biersteueräquivalent	—	1 269 122	—	1 308 443
Matrikularbeitrag Badens		18 727 711		20 252 057

Die Brausteuer ist im Etat für 1900 und 1901 veranschlagt zu 30 166 610 ℳ und 31 137 693 ℳ. Hieraus berechnet sich das Biersteueräquivalent Badens im Verhältnis seiner Bevölkerungszahl mit 1 725 461 und 1 866 584 (für 1901) zu jener der Staaten, die der Brausteuergemeinschaft angehören, mit 41 013 756 und 41 420 061 auf die angegebenen Beträge

Anlage 2.

Berechnung
des badischen Anteils am Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer.

	Reichsrechnungsjahr 1899.		Reichsrechnungsjahr 1900.		Reichsrechnungsjahr 1901.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahmen des Reichs:						
an Zöllen	461 840 699	40	465 797 466	79	494 387 864	66
an Tabaksteuer	11 999 059	44	12 007 178	24	12 296 139	60
an Aversen der Zollausschlüsse	54 605	—	55 062	—	55 520	53
zusammen	473 894 363	84	477 859 707	03	506 739 524	79
Davon ist nach den Reichsgesetzen vom 25. März 1899 (Reichsgesetzblatt Seite 189), 24. März 1897 (Reichsgesetzblatt Seite 95), 30. März 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 173) der die Summme	160 707 205	—	130 000 000	—	130 000 000	—
übersteigende Betrag von	313 187 158	84	347 859 707	03	376 739 524	79
nach Maßgabe des § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 an die Bundesstaaten zu überweisen. An dieser Summe nimmt Baden nach Verhältnis der Bevölkerung teil und zwar für 1899 und 1900 nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1895, für 1901 nach der Zählung vom 1. Dezember 1900. Die Bevölkerung betrug nach der Zählung von: 1895. für alle Bundesstaaten 52 279 901 Köpfe, für Baden 1 725 464 „; 1900. für alle Bundesstaaten 56 367 178 Köpfe, für Baden 1 867 944 „						
Darnach ergibt sich als badischer Anteil	10 336 537	70	11 480 882	52	12 484 718	23

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Zweite Abteilung.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Vorbemerkung: Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Hauptabteilung I. Staatsministerium Seite 1.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Titel I. Ministerium.												
§												
1. Gehalte	193 500	—	98 062	78	98 375		196 437	78	2 937	78	—	—
2. Wohnungsgeld	19 800	—	10 145	55	10 310	—	20 455	55	655	55	—	—
3. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	3 400	—	2 941	50	2 651	63	5 593	13	2 193	13	—	—
b. Sonstige persönliche Ausgaben	16 580	—	9 013	42	10 852	04	19 865	46	3 285	46	—	
4. Sachliche Amtsunkosten	21 180	—	11 761	62	13 221	16	24 982	78	3 802	78	—	—
Summe Titel I.	254 460	—	131 924	87	135 409	83	267 334	70	12 874	70	—	—
Titel II. Geheimes Kabinett.												
1. Gehalte	35 640	—	17 890	—	18 290	—	36 180	—	540	—	—	—
2. Wohnungsgeld	4 980	—	2 590		2 590	—	5 180	—	200	—	—	
3. Andere persönliche Ausgaben	3 100	—	2 047	38	1 702	48	3 749	86	649	86	—	—
4. Sachliche Amtsunkosten	1 860	—	1 175	76	841	59	2 017	35	157	35	—	—
5. Für Orden und Medaillen	40 000	—	23 572	20	12 313	05	35 885	25	—	—	4 114	75
Summe Titel II.	85 580	—	47 275	34	35 737	12	83 012	46	1 547	21	4 114	75
											1 547	21
											2 567	54
Titel III. Gesandtschaft in Berlin.												
1. Gehalte	61 140	—	30 915	83	30 530		61 445	83	305	83	—	—
2. Wohnungsgeld	2 380	—	1 266	28	1 240	—	2 506	28	126	28	—	—
3. Andere persönliche Ausgaben	12 040	—	9 039	57	5 432	95	14 472	52	2 432	52	—	—
4. Bauliche Unterhaltung des Gesandtschaftsgebäudes	6 000	—	3 296	24	4 067	37	7 363	61	1 363	61	—	—
5. Sachliche Amtsunkosten	17 000	—	6 924	04	9 756	71	16 680	75	—	—	319	25
Summe Titel III.	98 560	—	51 441	96	51 027	03	102 468	99	4 228	24	319	25
									319	25		
									3 908	99		
Titel IV. Unterstützungs- und Belohnungsfonds.												
1. Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten	41 000	—	27 751	67	29 228	61	56 980	28	15 980	28	—	—
2. Zusätzliche Erhöhung zur Verwilligung von außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte jeder Art	50 000	—	900	—	52 890	—	53 790	—	3 790	—	—	—
Summe Titel IV.	91 000	—	28 651	67	82 118	61	110 770	28	19 770	28	—	
Übertrag Titel I. bis IV.	529 600	—	259 293	84	304 292	59	563 586	43	36 553	97	2 567	54

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Übertrag Titel I. bis IV.	529 600	–	259 293	84	304 292	59	563 586	43	36 553	97	2 567	54
Titel V. Verschiedene und zufällige Ausgaben.												
1. Versendungskosten:												
a. Postporto	3 220		1 843	44	1 498	51	3 341	95	121	95	–	–
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	80	—	12	36	4	65	17	01	—	—	62	99
c. Telegraphengebühren	1 600	—	724	25	1 074	98	1 799	23	199	23	—	—
2. Grenzberichtigungskosten	3 200	—	3 658	31	2 695	53	6 353	84	3 153	84	—	—
3. Sonstige zufällige Ausgaben	13 600	–	6 156	72	9 088	47	15 245	19	1 645	19	—	—
Summe Titel V.	21 700	—	12 395	08	14 362	14	26 757	22	5 120	21	62	99
									62	99		
									5 057	22		
Summe A. Ordentlicher Etat	551 300	–	271 688	92	318 654	73	590 343	65	41 611	19	2 567	54
									2 567	54		
									39 043	65		
B. Außerordentlicher Etat.												
Von der Etatperiode 1901/1902.												
Titel I. Gesandtschaft in Berlin.												
1. Für Ankauf und Herstellung eines neuen Gesandtschaftsgebäudes, 1. Rate	651 875	–	507 237	20	139 189	66	646 426	86	—	-	5 448	14
Summe der Ausgabe.	1 203 175	–	778 926	12	457 844	39	1 236 770	51	33 595	51	–	–

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
Seidenadel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Titel I. Ministerium.

Zu § 3a. Vermehrte Dienstreisen haben den Mehraufwand veranlaßt.

Zu § 3b. Infolge der fortdauernden Zunahme der Dienstgeschäfte war die Einstellung von Aushilfen beim Sekretariat und bei der Kanzlei während der Wintermonate nicht zu umgehen.

Sodann wurde der badischen Gesandtschaft in München in den Jahren 1900 und 1901 während einiger Monate ein Beamter zur Dienstleistung beigegeben, was einen Aufwand von 2 266 ℳ veranlaßte. Der Gesandte versieht die Stelle als Ehrenamt ohne jede Entschädigung; da er aber von einem Augenleiden befallen wurde, mußte zur Besorgung der Bureauarbeiten während der Hauptgeschäftsperiode ein Kanzleibeamter des Ministeriums entsendet werden.

Zu § 4. Der Kredit der Handkasse für beide Jahre von 15 120 ℳ hat um 2 490 ℳ nicht ausgereicht, weil neben sonstigen durch vermehrte Dienstgeschäfte entstandenen Mehrausgaben die Heizung und Beleuchtung einen höheren Aufwand erforderte. Der gering bemessene Kredit für die Einrichtungsgegenstände hat anläßlich der Anschaffung einer Schreibmaschine und von Bureaumöbeln nicht ausgereicht.

Titel II. Geheimes Kabinett.

Zu § 3. Die Zunahme der Geschäfte und vermehrte Dienstreisen haben die Mehrausgaben veranlaßt.

Zu § 4. Der Handkassekredit hat im Jahre 1900 nicht ausgereicht

Titel III. Gesandtschaft in Berlin.

Zu § 3. Infolge Ablebens des Sekretärs der Gesandtschaft war die Stelle neu zu besetzen, wodurch Diäten und Umzugskosten in erhöhtem Maße erwachsen sind; auch der Umzug in das neue Gesandtschaftsgebäude veranlaßte Aufwendungen.

Zu § 4. Für das frühere Gesandtschaftsgebäude waren wegen des in Aussicht genommenen Verkaufs in das Budget keine Mittel zur Bestreitung der Kosten für kleinere Unterhaltungsarbeiten und Soziallasten aufgenommen worden. Da der Verkauf zu einem annehmbaren Preis nicht erfolgen konnte, waren diese Kosten bis zum Frühjahr 1901 vom Gebäudeeigentümer zu bestreiten. Die eingegangenen Mietzinse erscheinen bei der allgemeinen Kassenverwaltung des Finanzministeriums in Einnahme.

Zu § 5. Die Minderverwendung ist dadurch entstanden, daß der für Heizung und Beleuchtung der Räume des neuen Gesandtschaftsgebäudes erforderliche Aufwand erst vom Spätjahr 1900 an im ganzen Umfang in Anrechnung kam, weil erst zu diesem Zeitpunkte alle Räume des Hauses zur Verfügung gestellt wurden.

Titel IV. Unterstützungs- und Belohnungsfonds.

Die Erübrigungen unter diesem Titel sind nach Artikel 29 des Etatgesetzes übertragbar.

Zu § 1. Nach den Erläuterungen für 1898/1899 Seite 12 waren auf 1. Januar 1900 verfügbar	34 935 ℳ 59 ₰
nach Abzug der diesmaligen Mehrausgabe von	15 980 „ 28 „
bleiben auf 1. Januar 1902 übertragbar	18 955 ℳ 31 ₰
Unter § 2 blieben unverwendet von 1896/1897	1 450 ℳ
1898/1899	3 060 „
zusammen	4 510 ℳ
Hiervon ab den jetzigen Mehraufwand von	3 790 „
bleiben auf 1. Januar 1902 zur Verfügung	720 ℳ

Titel V. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Zu § 1c. Die Telegraphengebühren haben sich durch Anschluß des neuen Gesandtschaftsgebäudes in Berlin an das Fernsprechnetz vermehrt.

Zu § 2. Die im Jahr 1899 durch die Bezirksgeometer vorgenommene Begehung der ganzen Landesgrenze hat auch in der abgelaufenen Budgetperiode noch Mehrausgaben veranlaßt.

Zu § 3. Die Mehrausgabe ist durch den größeren Umfang und die vermehrte Auflage des Hof- und Staatshandbuchs für 1902 entstanden.

B. Außerordentlicher Etat.

Titel III. Gesandtschaft in Berlin.

Zu § 1. Der Restkredit kommt in der Budgetperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Dritte Abteilung.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Inhalt.

Vorbemerkung: Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Hauptabteilung I. Staatsministerium Seite 1.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	1901.	Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat.						
Titel I. Ministerium						
§						
1. Gehalte	230 320 —	110 296 20	113 777 78	224 073 98	—	6 246 02
2. Wohnungsgeld	31 620 —	15 767 83	16 629 44	32 397 27	777 27	— —
3. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	16 200 —	7 666 53	7 805 51	15 472 04	— —	727 96
4. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	6 260 —	3 236 44	4 376 61	7 613 05	1 353 05	— —
5. Sonstige persönliche Ausgaben	17 470 —	15 537 08	24 306 68	39 843 76	22 373 76	— —
6. Für sachliche Amtsunkosten	32 780 —	26 200 61	22 484 46	48 685 07	15 905 07	— —
Summe Titel I.	334 650 —	178 704 69	189 380 48	368 085 17	40 409 15	6 973 98
					6 973 98	
					33 435 17	
Titel II. Oberlandesgericht.						
1. Gehalte	304 190 —	145 403 14	147 303 14	292 706 28	— —	11 483 72
2. Wohnungsgeld	35 860 —	18 212 14	18 635 14	36 847 28	987 28	—
3. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	11 200 —	5 083 33	5 209 83	10 293 16	— —	906 84
4. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	2 340 —	1 140 74	49 50	1 190 24	— —	1 149 76
5. Sonstige persönliche Ausgaben	4 400 —	6 765 42	9 037 85	15 803 27	11 403 27	— —
6. Für sachliche Amtsunkosten	16 280 —	9 924 —	10 993 25	20 917 25	4 637 25	— —
Summe Titel II.	374 270 —	186 5[illegible]8 77	191 228 71	377 757 48	17 027 80	13 540 32
					13 540 32	
					3 487 48	
Titel III. Landgerichte.						
1. Gehalte	1 334 970 —	627 916 19	638 675 29	1 266 591 48	— —	68 378 52
2. Wohnungsgeld	168 880 —	83 144 07	85 857 65	169 001 72	121 72	— —
3. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	80 400 —	41 843 80	43 812 65	85 656 45	5 256 45	— —
4. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	22 640 —	15 129 04	11 658 91	26 787 95	4 147 95	— —
5. Sonstige persönliche Ausgaben	41 240 —	44 047 30	43 532 84	87 580 14	46 340 14	— —
6. Sachliche Amtsunkosten	94 860 —	61 659 33	58 556 79	120 216 12	25 356 12	— —
Summe Titel III.	1 742 990 —	873 739 73	882 094 13	1 755 833 86	81 222 38	68 378 52
					68 378 52	
					12 843 86	
Titel IV. Staatsanwaltschaft.						
1. Gehalte	291 880 —	137 850 —	138 959 74	276 809 74	— —	15 070 26
2. Wohnungsgeld	39 240 —	19 939 52	20 234 64	40 174 16	934 16	— —
3. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	111 600 —	53 828 68	55 730 94	109 559 62	— —	2 040 38
4. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	4 280 —	1 606 08	3 321 84	4 927 92	647 92	— —
5. Sonstige persönliche Ausgaben	34 420 —	20 634 62	25 976 22	46 610 84	12 190 84	— —
6. Sachliche Amtsunkosten	25 800 —	18 073 22	15 898 45	33 971 67	8 171 67	— —
Summe Titel IV.	507 220 —	251 932 12	260 121 83	512 053 95	21 944 59	17 110 64
					17 110 64	
					4 833 95	
Übertrag Titel I. bis IV.	2 959 130 —	1 490 905 31	1 522 825 15	3 013 730 46	54 600 46	— —

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Übertrag Titel I. bis IV. .	2 959 130	—	1 490 905	31	1 522 825	15	3 013 730	46	54 600	46	—	—
Titel V. Amtsgerichte und Notariate (Beilage 1)	5 407 180	—	3 037 049	62	3 355 618	36	6 392 667	98	985 487	98	—	—
Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege (Beilage 2)	2 946 700	—	1 711 158	39	1 995 073	—	3 706 231	39	759 531	39	—	—
Titel VII. Strafanstalten (Beilage 3)	2 853 578	—	1 467 687	10	1 496 044	71	2 963 731	81	110 153	81	—	—
Titel VIII. Kultus (Beilage 4)	2 063 622	—	986 182	98	1 010 558	62	1 996 741	60	—	—	66 880	40
Titel IX. Unterrichtswesen (Beilage 5) . . .	18 629 864	—	9 241 394	79	9 455 262	59	18 696 657	38	66 793	38	—	—
Titel X. Wissenschaften und Künste (Beilage 6)	536 208	—	268 396	91	267 735	03	536 131	94	—	—	76	06
Titel XI. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	19 876	—	11 106	31	8 591	83	19 698	14	—	—	177	86
a. Zusätzliche Erhöhung	10 740	—	1 100	—	7 250	—	8 350	—	—	—	2 390	—
Summe Titel XI. . .	30 616	—	12 206	31	15 841	83	28 048	14	—	—	2 567	86
Titel XII. Verschiedene und zufällige Ausgaben.												
1. Tagegelder und Reisekosten	7 400	—	2 898	88	2 930	08	5 828	96	—	—	1 571	04
2. Postporto	72 880	—	38 969	30	53 857	37	92 826	67	19 946	67	—	—
3. Postvorschüsse	15 100	—	7 200	11	9 752	29	16 952	40	1 852	40	—	—
4. Telegraphengebühren	10 980	—	6 149	08	5 709	22	11 858	30	878	30	—	—
5. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	9 980	—	5 316	84	5 370	71	10 687	55	707	55	—	—
6. Sonst zufällige Ausgaben	19 000	—	28 371	75	29 419	19	57 790	94	38 790	94	—	—
Summe Titel XII. . .	135 340	—	88 905	96	107 038	86	195 944	82	62 175	86	1 571	04
									1 571	04		
									60 604	82		
Summe A. Ordentlicher Etat . .	35 562 238	—	18303887	37	19225998	15	37 529 885	52	2 037 171	84	69 524	32
									69 524	32		
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.									1967 647	52		
Titel VI. Allgemeine Ausgabe für die Rechtspflege (Beilage 2)	291 101	21	254 636	88	39 868	37	294 505	25	3 404	04	—	—
Titel VII. Strafanstalten (Beilage 3)	85 842	01	1 896	23	91 753	80	93 650	03	7 808	02	—	—
Titel VIII. Kultus (Beilage 4)	—	—	25 000	—	—	—	25 000	—	25 000	—	—	—
Titel IX. Unterrichtswesen (Beilage 5) . . .	665 669	44	486 742	36	197 846	20	684 588	56	18 919	12	—	—
Titel X. Wissenschaften und Künste (Beilage 6)	12 388	99	5 895	81	7 940	17	13 835	98	1 446	99	—	—
Summe B. a. . .	1 055 001	65	774 171	28	337 408	54	1 111 579	82	56 578	17	—	—
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel VI. Allgemeine Ausgabe für die Rechtspflege (Beilage 2)	1 204 660	—	619 281	92	473 662	42	1 092 944	34	—	—	111 715	66
Titel VII. Strafanstalten (Beilage 3)	258 990	—	80 241	40	93 793	39	174 034	79	—	—	84 955	21
Titel IX. Unterrichtswesen (Beilage 5) . . .	2 834 880	—	1040 908	98	1 756 340	46	2 797 249	44	—	—	37 630	56
Titel X. Wissenschaften und Künste (Beilage 6)	171 280	—	89 278	98	132 914	31	222 193	29	50 913	29	—	—
Summe B. b. . .	4 469 810	—	1 829 711	28	2 456 710	58	4 286 421	86	50 913	29	234 301	43
											50 913	29
											183 388	14
Hierzu „ B. a. . .	1 055 001	65	774 171	28	337 408	54	1 111 579	82	56 578	17	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat . .	5 524 811	65	2 603 882	56	2 794 119	12	5 398 001	68	56 578	17	183 388	14
											56 578	17
											126 809	97
„ A. Ordentlicher Etat	35 562 238	—	18303887	37	19225998	15	37 529 885	52	1 967 647	52	—	—
Hauptsumme der Ausgabe . .	41 087 049	65	20907769	93	22020117	27	42 927 887	20	1 967 647	52	126 809	97
									126 809	97		
									1 840 837	55		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
Titel I. Justizverwaltung (Beilage 2)	1 559 720	—	837 703	81	848 097	53	1 685 801	34	126 081	34	—	—
Titel II. Strafanstalten (Beilage 3)	1 929 344	—	1 077 506	11	1 056 574	43	2 134 080	54	204 736	54	—	—
Titel III. Unterrichtswesen (Beilage 5)	6 644 750	—	3 334 404	55	3 355 188	51	6 689 593	06	44 843	06	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	10 133 814	—	5 249 614	47	5 259 860	47	10 509 474	94	375 660	94	—	—
B. **Außerordentlicher Etat.**												
a. **Von der Etatperiode 1898/1899.**												
Titel III. Unterrichtswesen (Beilage 5)	126 694	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	26 694	—
Summe B. a.	126 694	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	26 694	—
b. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
Titel I. Justizverwaltung (Beilage 2)	—	—	15	—	—	—	15	—	15	—	—	
Summe B. b.	—	—	15	—	—	—	15	—	15	—	—	—
Hierzu „ B. a.	126 694	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	26 694	—
									15	—	26 694	—
											15	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	126 694	—	100 015	—	—	—	100 015	—	—	—	26 679	—
Hierzu												
Summe A. Ordentlicher Etat	10 133 814	—	5 249 614	47	5 259 860	47	10 509 474	94	375 660	94	—	—
Gesamtsumme der Einnahme	10 260 508	—	5 349 629	47	5 259 860	47	10 609 489	94	375 660	94	26 679	—
									26 679			
									348 981	94		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Schleicher.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leuß.

Erläuterungen.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts mit Branchen.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Titel I. Ministerium.

Zu § 3. Die Ersparnis wurde durch Verwendung von Kanzleigehilfen mit geringeren Vergütungen als den budgetmäßigen Sätzen erzielt.

Zu § 4. Die Überschreitung ist auf die Neubesetzung mehrerer frei gewordener Stellen, sowie auf die Vermehrung der Dienstreisen der Notariatsinspektoren zurückzuführen.

Zu § 5. Der Mehraufwand wurde verursacht hauptsächlich durch die Einberufung mehrerer Hilfsarbeiter behufs Bewältigung der durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs bedingten außerordentlichen Arbeiten, sowie durch Einstellung eines Hilfsdieners infolge Verlegung eines Teils der Diensträume in ein benachbartes Gebäude.

Zu § 6. Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte die Herstellung umfassender Überdrucksarbeiten und die Anschaffung neuerer Werke für die Bibliothek zur Folge, was einen Mehraufwand bedingte; außerdem mußten infolge der Anmietung weiterer Diensträume verschiedene Bureaueinrichtungsgegenstände und größere Vorräte an Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien beschafft werden.

Titel II. Oberlandesgericht.

Zu § 3. Der Minderaufwand rührt daher, daß zeitweise Rechtspraktikanten statt Referendären und Kanzleigehilfen mit niedrigeren Vergütungen, als vorgesehen, verwendet wurden.

Zu § 4. Im Jahre 1901 kamen keine Versetzungen vor, wodurch die Ersparnis erzielt wurde.

Zu § 5. Der Mehraufwand wurde veranlaßt durch Beiziehung von Hilfsrichtern infolge erhöhten Geschäftsstandes, sowie durch Stellvertretung von kranken und zur Vornahme der Staatsprüfungen bestellten Oberlandesgerichtsräten.

Zu § 6. Der erhöhte Aufwand für Überdrücke, Impressen und Schreibmaterialien infolge Geschäftsvermehrung, sowie die hohen Kohlenpreise im Jahre 1900 machten die Bewilligung von Zuschüssen zum Handkassenkredit erforderlich.

Titel III. Landgerichte.

Zu § 3 Die Mehrausgabe ist entstanden durch Errichtung mehrerer Gehilfenstellen infolge allgemeiner Geschäftsvermehrung.

Zu § 4. Der Mehraufwand wurde durch eine Reihe von Versetzungen und Ernennungen, welche durch die Wiederbesetzung erledigter und Besetzung von neuen Stellen bedingt waren, hervorgerufen; auch trugen die vermehrten Dienstreisen von Kollegialmitgliedern zur Ausübung der Dienstaufsicht über die Grundbuchämter zur Erhöhung des Aufwandes bei.

Zu § 5. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch die Kosten für Vertretung mehrerer zum Landtag beziehungsweise Reichstag einberufener, sowie erkrankter Kollegialmitglieder entstanden.

Auch sind für Dienstaushilfe, welche durch Dienstbehinderungen in Fällen von Beurlaubungen, militärischen Übungen, hohem Geschäftsstand u. s. w. nötig waren, größere Kosten erwachsen.

Zu § 6. Die Mehrausgabe wurde verursacht durch die hohen Kohlenpreise, den Mehraufwand an Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien infolge Vermehrung der Diensträume bei den Landgerichten Konstanz und Freiburg, für Beschaffung von Zimmereinrichtungen für diese Landgerichte, sodann für Überdruckarbeiten, Anschaffung von Literalien und sonstigen Bureauerfordernissen, die in dem erhöhten Geschäftsstand begründet sind.

Titel IV. Staatsanwaltschaft.

Zu § 3 gilt das zu Titel II § 3 Gesagte.

Zu § 4. Eine größere Zahl von im Jahre 1901 vorgekommenen Versetzungen hat den Mehraufwand verursacht.

Zu § 5. Die Überschreitung ist teils durch Vermehrung der Schutzmannschaft im Dienste der Kriminalpolizei, teils durch die Kosten für Dienstaushilfe, welche bei Dienstbehinderungen in Fällen von Erkrankungen, Beurlaubungen, Ableistung militärischer Übungen, sowie wegen Geschäftsvermehrung nötig wurde, erwachsen.

Zu § 6 wird auf die Erläuterung zu Titel III § 6 Bezug genommen.

Titel V bis X.

Die Erläuterungen sind in den Beilagen 1 bis 6 enthalten.

Titel XI. Unterstützungs- und Belohnungsfonds.

Die Minderverwendungen werden auf die nächste Budgetperiode übertragen (Artikel 29 des Etatgesetzes). Der verfügbare Rest unter Titel XI beträgt 177 ℳ 86 ₰ + 20 ℳ 9 ₰ = 197 ℳ 95 ₰

Titel XII. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Zu § 1. Der Wenigeraufwand beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 2. Die Überschreitung rührt von der Erhöhung der anderweit festgesetzten Portobauschsumme her.

Zu §§ 3, 4 und 5. Der Mehraufwand ist auf den vermehrten Geschäftsverkehr zurückzuführen.

Zu § 6. Die Überschreitung wurde im wesentlichen veranlaßt durch die Kosten für Beschaffung von Literalien über die verschiedenen Gebiete des neuen Rechts, welche an die Behörden des diesseitigen Geschäftskreises zur Verteilung gelangten.

Beilage 1.

Titel V. Amtsgerichte und Notare.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
Ordentlicher Etat.												
Titel V. Amtsgerichte und Notare.												
§												
1. Gehalte	2 798 870	—	1 341 457	36	1 352 619	75	2 694 077	11	—	—	104 792	89
2. Wohnungsgeld	348 240	—	162 703	13	173 278	53	335 981	66	—	—	12 258	34
3. Gebührenanteile der Notare und Notariatsverwalter	215 040	—	313 370	23	182 424	34	495 794	57	280 754	57	—	—
4. Aufbesserung des Gebühreneinkommens der Notare wegen Minderertrags	19 770	—	22 780	—	—	—	22 780	—	3 010	—	—	—
5. Aufbesserung des Gebühreneinkommens der Gerichtsvollzieher wegen Minderertrags	6 400		1 530	—	763	—	2 293	—	—	—	4 107	—
6. Schadloshaltung der Gerichtsvollzieher für entgehende wandelbare Bezüge infolge Unterbrechung der Diensttätigkeit	7 100	—	2 929	08	6 694	14	9 623	22	2 523	22	—	—
7. Sterbegehalte der Hinterbliebenen von Gerichtsvollziehern	2 400	—	—	—	1 192	50	1 192	50	—	—	1 207	50
8. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	960 800	—	416 094	58	626 431	64	1 042 526	22	81 726	22	—	—
9. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	440 980	—	353 556	91	512 638	06	866 194	97	425 214	97	—	—
10. Sonstige persönliche Ausgaben	23 720	—	10 827	76	12 957	61	23 785	37	65	37	—	—
11. Stellvertretung und Dienstaushilfe	188 420	—	145 587	11	197 256	64	342 843	75	154 423	75	—	—
12. Sachliche Amtsunkosten:												
1. der Amtsgerichte	175 080	—	117 544	37	128 957	43	246 501	80	71 421	80	—	—
2. der Notare	171 740	—	99 748	17	116 336	39	216 084	56	44 344	56	—	—
13. Ersatz	660	—	1 170	43	1 200	38	2 370	81	1 710	81	—	—
14. Für Beschaffung und Prüfung der bürgerlichen Standesbücher	25 000	—	31 017	41	33 924	96	64 942	37	39 942	37	—	—
15. Vergütung der Waisenrichter	5 140	—	5 982	12	19	55	6 001	67	861	67	—	—
16. Verschiedene und zufällige Ausgaben	17 820	—	10 750	96	8 923	44	19 674	40	1 854	40	—	—
Summe Titel V. Amtsgerichte und Notare	5 407 180	—	3 037 049	62	3 355 618	36	6 392 667	98	1 107 853	71	122 365	73
									122 365	73		
									985 487	98		

Karlsruhe, im September 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Bihlmann.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Amtskassenverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lenz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel V. Amtsgerichte und Notare.

Zu § 3. Als Gebührenanteile von wahlfreien Amtsgeschäften und Gebühren für Nebengeschäfte ohne Verwaltung waren für beide Jahre einschließlich der noch nach den früheren Bestimmungen bemessenen Gebührenanteilen &c. für Dezember 1899 schätzungsweise 215 040 ℳ vorgesehen. Diese Summe hat sich als weitaus unzureichend erwiesen, und ist deshalb im Budget für 1902/1903 mit Rücksicht auf die Vorschriften des auf dem letzten Landtag verabschiedeten Gesetzes vom 17. Juli 1902, die wandelbaren Bezüge der Notare betreffend, ein jährlicher Betrag von 120 000 ℳ aufgenommen worden. Im übrigen steht der Mehrausgabe eine Mehreinnahme an Notarskosten bei der Steuerverwaltung von rund 58 792 ℳ gegenüber.

Zu §§ 4 bis 6. Die betreffenden Budgetsätze sind nach den Rechnungsdurchschnitten der Normaljahre bemessen; die von Zufälligkeiten abhängenden Unterschiede sind daher nicht zu vermeiden.

Der Mehraufwand für Schadloshaltung (§ 6) hat seinen Grund in länger dauernden Krankheiten mehrerer Gerichtsvollzieher.

Zu § 7. Die Erläuterung Absatz 1 zu den §§ 4 bis 6 ist auch hier zutreffend.

Zu § 8. Die Mehrausgabe rührt hauptsächlich daher, daß der Aufwand für die Einstellung von Hilfsbeamten bei den Grundbuchämtern erheblich größer war, als bei der Aufstellung des Budgets angenommen wurde. Ferner mußte infolge der stetig wachsenden Geschäftsvermehrung bei den Amtsgerichten eine größere Zahl nicht etatmäßiger Aktuare und Schreibgehilfen eingestellt werden, als nach dem Voranschlag vorgesehen war.

Zu § 9. Von dem Mehraufwand entfallen rund 14 612 ℳ auf die Amtsgerichte und rund 410 602 ℳ auf die Notariate.

Der Mehraufwand bei den Amtsgerichten ist zum Teil auf die durch dieselben vorgenommene Überwachung der Arbeiten aus Anlaß der Ergänzung der Grund- und Pfandbücher (§§ 1 und 2 der landesherrlichen Verordnung vom 11. September 1897) und auf die Revision der Mündelverzeichnisse (§ 80 der Rechtspolizeiordnung vom 23 November 1899) zurückzuführen, für welche Dienstgeschäfte in dem als Budgetsatz angenommenen Rechnungsdurchschnitt Mittel nicht vorgesehen waren.

Die Überschreitung bei den Notariaten ist darauf zurückzuführen, daß die Notariate erheblich mehr auswärtige Dienstgeschäfte vorzunehmen hatten, auch zahlreichere Versetzungen vorkamen, als bei der Aufstellung des Voranschlags angenommen worden ist.

Zu § 11. Die Überschreitung wurde durch Dienstaushilfe und Stellvertretung in Fällen von Krankheiten, Beurlaubungen von Richtern, Notaren und sonstigen Beamten, Einberufung jüngerer Beamter zu militärischen Übungen, teilweise auch durch die Kosten für Stellvertretungen infolge der Teilnahme richterlicher Beamten an den Landtagsverhandlungen veranlaßt; auch hat die durch Geschäftsvermehrung bei einigen Amtsgerichten und Notariaten erforderliche Einstellung von Referendären als Hilfsrichter beziehungsweise Hilfsnotare zu dem Mehraufwand beigetragen.

Zu § 12. Der Mehraufwand bei den Amtsgerichten wurde durch die Personal- und Geschäftsvermehrung und den dadurch erhöhten Bedarf an Bureaubedürfnissen, sowie durch die Steigerung der Preise für das Heizmaterial und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die einigen Gerichten weiter zugewiesenen Diensträume hervorgerufen. Auch hat die Anschaffung von durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendig gewordenen, zum Teil teueren Werken zu der Mehrausgabe beigetragen.

Der Mehraufwand bei den Notariaten rührt davon her, daß der tatsächliche Aufwand für Papier, Impressen, Heizung und Beleuchtung größer war, als bei der Aufstellung des Budgets schätzungsweise angenommen wurde.

Zu § 13. Der Mehraufwand beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 14. Die Kosten für die Beschaffung von Impressen zur Standesregisterführung sowie der Aufwand für das Ein- und Umbinden der Standesbücher belief sich höher, als bei der Budgetaufstellung angenommen worden ist. Auch die nach § 59 der Rechtspolizeiordnung vom 23. November 1899 durch die Amtsgerichte vorzunehmenden Prüfungen der Dienstführung der Standesbeamten haben zu der Überschreitung wesentlich beigetragen.

Zu § 15. Der tatsächliche Aufwand war höher, als angenommen war.

Zu § 16. Größere Aufwendungen für Drucksachen anläßlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches haben die Überschreitung verursacht.

Beilage 2.

Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ 1. Gefällverlust	245 220	—	122 866	74	117 825	69	240 692	43	—	—	4 527	57
2. Steuern und Umlagen	12 660	—	7 220	08	6 596	78	13 816	86	1 156	86	—	
3. Kosten des Verkaufs von abgängigen Gegenständen	1 640	—	830	31	1 276	23	2 106	54	466	54	—	—
4. Bauaufwand	219 820		132 485	36	110 776	85	243 262	21	23 442	21	—	—
5 Miet- und Wasserzinse	104 980		69 355	84	96 171	98	165 527	82	60 547	82	—	
6. Erfordernisse in den Kreis- und Amtsgefängnissen	144 720	—	95 905	30	91 560	72	187 466	02	42 746	02	—	
7. Für die Beschäftigung der Gefangenen daselbst	27 600	—	17 091	74	15 792	69	32 884	43	5 284	43	—	
8. Aufwand für die Rechtspflege, insbesondere die Strafrechtspflege	1 748 920	—	1 020 190	91	1 172 109	50	2 192 300	41	443 380	41	—	
9. Schreibgebühren	59 600		37 322	69	41 755	05	79 077	14	19 477	14	—	
10. Gebühren für Konstatierung der Gerichtskosten	12 200		4 870	20	4 415	—	9 285	20	—		2 914	80
11. Zustellgebühren	133 500		78 486	86	90 563	67	169 050	53	35 550	53	—	
12. Honorare und Kosten wegen Abhaltung von Prüfungen, Gefängnislehrkursen und dergleichen	18 180		12 130	63	12 349	50	24 480	13	6 300	13	—	
13. Aufwand für die Tätigung der Forstfrevel	9 280		2 635	06	2 669	43	5 304	49	—		3 975	51
14. a. Postporto	193 440		100 082	95	220 255	23	320 338	18	126 898	18	—	
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	6 280		3 794	08	3 950	04	7 744	12	1 464	12	—	—
c. Telegraphengebühren	8 660	—	5 890	24	7 004	64	12 894	88	4 234	88	—	
Summe A. Ordentlicher Etat	2 946 700		1 711 158	39	1 995 073	—	3 706 231	39	770 949	27	11 417	88
									11 417	88		
									759 531	39		
B. Außerordentlicher Etat.												
1. Budgetmäßige Ausgaben.												
a. Etatperiode 1898/1899.												
1. Neubau eines Amtsgefängnisses in Pforzheim, II. Rate	54 695	69	35 198	65	15 506	71	50 705	36	—	—	3 990	33
2 Für die innere Einrichtung des neuen Amtsgefängnisses in Pforzheim	4 175	—	3 399	77	623	58	4 023	35	—	—	151	65
3. Neubau eines Amtsgefängnisses in Stockach	32 450	66	24 008	76	15 861	86	39 870	62	7 419	96	—	—
4. Neubau eines Amtsgefängnisses in Wolfach	26 021	74	24 573	20	1 782	81	26 356	01	334	27	—	—
5. Erstellung eines Gebäudes für das Oberlandesgericht, I. Rate	132 286	70	132 286	70	—	—	132 286	70	—	—	—	—
6. Herstellungen im Landgerichtsgebäude in Mosbach	4 753	20	364	85	3 762	49	4 127	34	—		625	86
7. Errichtung eines Landgerichts in Heidelberg	4 653	11	2 206	19	2 330	92	4 537	11	—		116	—
8. Instandsetzung der Fassaden des Amtsgerichtsgebäudes in Radolfzell	495	81	1 029	46	—	—	1 029	46	533	65	—	—
9. Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Lahr, I. Rate	31 569	30	31 569	30	—	—	31 569	30	—	—	—	—
Summe a.	291 101	21	254 636	88	39 868	37	294 505	25	8 287	88	4 883	84
									4 883	84		
									3 404	01		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
b. Etatperiode 1900/1901.												
§												
1. Erstellung eines Gebäudes für das Oberlandesgericht, II. Rate	372 450	–	159 550	01	212 899	99	372 450	–	—	–	—	–
2. Für die innere Einrichtung des Oberlandesgerichtsgebäudes	30 000	–	—		2 117	65	2 117	65	—	–	27 882	35
3. Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Lahr, II. Rate	112 000	–	47 657	94	53 422	54	101 080	48	—	–	10 919	52
4. Für die innere Einrichtung des Amtsgefängnisses in Stockach	2 000	–	1 701	80	815	27	2 517	07	517	07	—	–
5. Für die innere Einrichtung des Amtsgefängnisses in Wolfach	2 000		2 604	21	–	–	2 604	21	604	21	—	–
6. Neubau eines Amtsgefängnisses in Oberkirch	88 000	–	42 421	40	27 015	60	69 437	–	—	–	18 563	–
7. Erwerbung eines Bauplatzes für einen Amtsgefängnisneubau in Säckingen	5 800		33	–	6 000	–	6 033		233	–	—	–
8. Bauliche Herstellungen im Amtsgerichtsgebäude in Müllheim	19 000	–	13 772	32	5 227	68	19 000	–	—		—	–
9. Erweiterung des Amtsgefängnisses in Bretten	29 500		15 170	91	10 302	48	25 473	39	—	–	4 026	61
10. Bauliche Herstellungen im Amtsgerichtsgebäude in Schwetzingen	5 500	–	—		4 761	65	4 761	65	—	–	738	35
11. Herstellung eines Arbeitsschuppens und einer Waschküche im Amtsgefängnis in Villingen	4 760	–	1 593	61	1 847	62	3 441	23	—		1 318	77
12. Erstellung eines Arbeitsschuppens im Amtsgefängnis in Offenburg	4 500	–	—		3 459	31	3 459	31	—	–	1 040	69
13. Einführung der Gasbeleuchtung in das Amtsgerichtsgebäude in Lörrach	2 650		2 209	64	419	88	2 629	52	—		20	48
14. Ankauf des vormals Hanckschen Gartens beim Amtsgefängnis in Bruchsal	4 500		4 500	–	—	–	4 500	–	—	–	—	–
15. Herstellung eines Holzpflasters in der Akademiestraße beim Justizgebäude in Karlsruhe	3 900	–	3 854	88	—	–	3 854	88	—		45	12
16. Zuschüsse an Gemeinden zu den Kosten der Anlegung der Grundbücher	30 000		13 338	08	13 721	92	27 060		—	–	2 940	–
17. Ankauf eines Dienstwohngebäudes für Gerichtsvorstände in Karlsruhe	125 000	–	125 000		—		125 000	–	—	–	—	
18. Erwerbung eines Bauplatzes für einen Amtsgerichtsneubau in Eberbach	26 000	–	—	–	24 885	23	24 885	23	—	–	1 114	77
19. Desgleichen in Ettenheim	3 600	–	3 594	37	—	–	3 594	37	—	–	5	63
20. Erweiterung der Diensträume des Amtsgerichts und Landgerichts in Freiburg	150 000	–	150 033	87	—	–	150 033	87	33	87	—	–
21. Herstellung von Diensträumen für das Amtsgericht in Mannheim, I. Rate	160 000	–	3 493	45	7 338	91	10 832	36	—	–	149 167	64
22. Anschaffung von Geschäftszimmereinrichtungen für Notare	15 000	–	20 228	97	4 568	31	24 797	28	9 797	28	—	–
23. Zur Abhaltung von Vorträgen über das Bürgerliche Gesetzbuch	2 500	–	2 557	29	2 800	–	5 357	29	2 857	29	—	–
24. Bauliche Herstellungen in den Räumen des Landgerichts sowie in der Dienstwohnung des Landgerichtspräsidenten in Mosbach	6 000		5 966	17	—	–	5 966	17	—	–	33	83
Summe b.	1 204 660	–	619 281	92	381 604	04	1 000 885	96	14 042	72	217 816	76
Hierzu Summe a.	291 101	21	254 636	88	39 868	37	294 505	25	3 404	04	—	–
Übertrag Summe B I.	1 495 761	21	873 918	80	421 472	41	1 295 391	21	17 446	76	217 816	76

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Übertrag Summe B 1.	1 495 761	21	873 918	80	421 472	41	1 295 391	21	17 446	76	217 816	76
2. Im Administrativwege verwilligte Kredite.												
Von der Etatperiode 1900/1901.												
§ 25. Aufwand für die Umschreibung der Grund-, Pfand- und Ergänzungsbücher	—	—	—	—	92 058	38	92 058	38	92 058	38	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	1 495 761	21	873 918	80	513 530	79	1 387 449	59	109 505	14	217 816	76
											109 505	14
Hierzu											108 311	62
Summe A. Ordentlicher Etat	2 946 700	—	1 711 158	39	1 995 073	—	3 706 231	39	759 531	39	—	—
Summe Ausgabe Titel VI.	4 442 461	21	2 585 077	19	2 508 603	79	5 093 680	98	759 531	39	108 311	62
									108 311	62		
									651 219	77		
Einnahme.												
Titel I. Justizverwaltung.												
A. Ordentlicher Etat.												
1. Mietzinse aus Gebäuden	103 200	—	56 558	18	64 930	19	121 488	37	18 288	37	—	—
2. Erlös aus abgängigen Gegenständen	3 580	—	1 609	44	712	93	2 322	37	—	—	1 257	63
3. Ersatz für Brennmaterialien	5 640	—	2 877	80	2 846	91	5 724	76	84	76	—	—
4. Arbeitsbetrieb der Kreis- und Amtsgefängnisse	156 740	—	96 529	55	91 441	58	187 971	13	31 231	13	—	—
5. Untersuchungs- und Straferstehungskosten, sowie Geldstrafen	1 237 900	—	653 977	52	655 375	04	1 309 352	56	71 452	56	—	—
6. Sonstiger Ersatz	45 240	—	24 943	91	28 128	09	53 072	—	7 832	—	—	—
7. Verschiedene und zufällige Einnahmen	7 420	—	1 207	41	4 662	74	5 870	15	—	—	1 549	85
Summe A. Ordentlicher Etat	1 559 720	—	837 703	81	848 097	53	1 685 801	34	128 888	82	2 807	48
									2 807	48		
B. Außerordentlicher Etat.									126 081	34		
1. Erlös aus Anlaß der Erweiterung des Amtsgefängnisses in Bretten	—	—	15	—	—	—	15	—	15	—	—	—
Summe Einnahme Titel I.	1 559 720	—	837 718	81	848 097	53	1 685 816	34	126 096	34	—	—

Karlsruhe, im September 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Bihlmann.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Amtskassenverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit bestätigt.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Wenigerausgabe rührt von der in geringerem Betrage als in der Normalperiode erfolgten Überweisung von Untersuchungs- und Straferstehungskosten in das Verzeichnis der ungewissen Aktiven her.

Zu § 2. Durch den Ankauf je eines Gebäudes zur Unterbringung der Diensträume der Staatsanwaltschaft in Freiburg und der Dienstwohnung für den Präsidenten des Oberlandesgerichts und die Übernahme des alten Gymnasiumsgebäudes nebst Turnhalle in Mannheim auf den Justizetat behufs Beschaffung von Diensträumen für das Amtsgericht, sowie durch den Zuwachs neuer Gebäude für das Oberlandesgericht und die Amtsgefängnisse in Wolfach und Stockach ist eine Erhöhung der Brandversicherungsanschläge eingetreten.

Zu § 3. Die Überschreitung beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 4. Die Überschreitung ist die Folge einer Reihe von unvorhergesehenen größeren Herstellungen (Vornahme von Entwässerungsarbeiten, Instandsetzung von Dienstwohnungen, Erweiterung von Diensträumen), welche nicht verschoben werden konnten; auch haben verschiedene behufs Gewinnung von Notariatsdiensträumen vorgenommene Bauarbeiten unvorhergesehene Kosten verursacht.

Zu § 5. Der Mehraufwand wurde verursacht durch die Miete von Dienst- und Wohnräumen für eine beträchtliche Anzahl von Notariaten. Ferner haben zu der Überschreitung die Erhöhung einiger Miet- und Wasserzinsbeträge und die Anmietung weiterer Diensträume für einige Gerichte beigetragen.

Der Mehrausgabe steht unter Titel I § 1 der Einnahme eine diese teilweise deckende Mehreinnahme gegenüber.

Zu § 6. Die Mehrausgabe wurde veranlaßt durch eine Zunahme des Gefangenenstandes, durch das Steigen der Preise für Brennstoffe, insbesondere für Steinkohlen, durch den Mehraufwand für Beleuchtung infolge Einführung des elektrischen Lichtes in einigen Amtsgefängnissen und durch Vorkehrungen gegen Feuersgefahr (Anschaffung von Annihilatoren) in verschiedenen Gefängnissen.

Zu § 7. Der Mehrausgabe steht unter Titel I § 4 der Einnahme eine erhebliche Mehreinnahme aus dem Arbeitsbetrieb der Kreis- und Amtsgefängnisse gegenüber.

Zu § 8. Die Zahl der Civil- und Strafprozesse hat sich gegenüber jener in den Normaljahren erheblich vermehrt; daher kommt es, daß von dem Mehraufwand allein rund 159000 ℳ auf die „Zeugen- und Sachverständigengebühren" entfallen. Außerdem haben die Ausgaben für Transportkosten der Gefangenen und Kommandozulagen der Gendarmen, die Einrückungskosten, die Tagegelder der Gerichtsbeamten in Strafsachen, sowie die durch den höheren Gefangenenstand und durch die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise verursachte Zunahme der Kosten für Verpflegung und Abwartung der Gefangenen den Aufwand erheblich gesteigert. Auch sind durch die Lieferung der neuen Grundbuchhefte, Hilfshefte und zugehörigen Impressen, ferner durch das Einbinden der Grundbücher beträchtliche Kosten (rund 123000 ℳ) erwachsen, für welche in dem als Budgetsatz angenommenen Rechnungsdurchschnitt der Normaljahre Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu § 9. Der Mehraufwand hängt teilweise mit der Vermehrung des Geschäftsstandes bei den Amtsgerichten und mit der Zunahme der Prozesse zusammen, teils beruht er auf Zufälligkeiten.

Zu § 10. Die Ersparnis erklärt sich durch den steten Rückgang der Zahl der zum Konstatiergebührenbezug berechtigten Kostenbeamten.

Zu § 11. Der Mehraufwand erklärt sich durch die Vermehrung der Civil- und Strafprozesse, ferner dadurch, daß die Gebühren für Zustellungen in Forststrafsachen seit 1. Januar 1900 hier verrechnet werden.

Zu § 12. Die Mehrausgabe rührt von der größeren Zahl der Prüfungskandidaten für die juristischen Staatsprüfungen und deren längeren Dauer gegenüber jener in den Normaljahren her.

Zu § 13. Die Ersparnis ist teils auf die Abnahme der Forstfrevel, teils auf die seit 1. Januar 1900 nicht mehr hier erfolgte Verrechnung der Zustellungsgebühren in Forststrafsachen — vergleiche die Erläuterung zu § 11 — zurückzuführen.

Zu § 14a. Die an die Reichspostkasse zu zahlende Portobauschsumme für die Amtsgerichte wurde infolge Neufestsetzung vom 1. April 1900 ab um jährlich 26876 ℳ erhöht. Ferner wird hier seit 1 Januar 1900 der Portoaufwand der Notariate verrechnet, für welche die Portobauschsumme auf jährlich 35507 ℳ festgesetzt wurde. Die weitere Überschreitung ist auf den stets zunehmenden dienstlichen Verkehr der Amtsgerichte zurückzuführen.

Zu §§ 14 b. und c. Der Mehraufwand beruht auf der im Schlußsatze der Erläuterung zu § 14 a. angegebenen Tatsache und auf dem Umstand, daß hier auch die Eisenbahnfrachten und Telegraphengebühren der Notariate verrechnet wurden, während dem Budgetsatze nur der Rechnungsdurchschnitt zu Grunde gelegt worden ist.

B. Außerordentlicher Etat.

1. Budgetmäßige Ausgaben.

a. Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Der Minderaufwand rührt hauptsächlich daher, daß die Herstellung der an das neue Amtsgefängnis zu Pforzheim angrenzenden Straßen und Gehwege teilweise erst im Jahre 1902 ausgeführt wurde, und deshalb der auf die Staatskasse entfallende Anteil an den Kosten fraglicher Herstellung erst in dem genannten Jahre zur Zahlung gelangen konnte.

Zu § 3. Der Mehraufwand ist größtenteils durch die bei der Bauausführung als notwendig sich erwiesene Vergrößerung des Treppenhauses verursacht worden; auch sind dadurch erhebliche Mehrkosten erwachsen, daß infolge zu geringer Druckfestigkeit der Bruchsteine bei den Mauern mehr Hausteine und mehr Einlagen von Eisen verwendet werden mußten, als vorgesehen war.

Zu §§ 4, 6 und 8. Die geringen Mehrverwendungen beziehungsweise der Minderaufwand sind auf Zufälligkeiten zurückzuführen.

b. Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 2, 3, 6, 9, 10, 11, 12, 16, 18 und 21. Die Restkredite kommen in der Budgetperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Zu §§ 4 und 5. Die innere Einrichtung der betreffenden neuen Gefängnisse erforderte einen Mehraufwand, da von den in den alten Gefängnissen vorhandenen Gegenständen nur weniges noch brauchbar war.

Zu § 7. Außer dem Kaufpreis war noch eine Entschädigung an den bisherigen Pächter des Grundstückes zu zahlen.

Zu § 22. Die dem Budgetsatze zu Grunde gelegte Anforderung beruhte auf einer Schätzung; die Überschreitung, welche durch Anschaffung einer größeren Anzahl notwendiger Bureaueinrichtungen, als vorgesehen war, verursacht wurde, war nicht zu umgehen.

Zu § 23. Die Überschreitung ist dadurch herbeigeführt worden, daß außer den über das Bürgerliche Gesetzbuch bei einigen Gerichten abgehaltenen Vorträgen auch eine größere Anzahl von Vorträgen über das neue Grundbuchrecht stattfand, die zur Einführung der Ratschreiber in die Grundbuchdienstweisung als notwendig beziehungsweise zweckdienlich sich erwiesen.

2. Auf Administrativkredit.

Zu § 25. Wegen der Begründung des Administrativkredits wird auf Ordnungszahl 1 des Verzeichnisses der in den Jahren 1900 und 1901 verwilligten Administrativkredite (Beilage Nr. 13 zum Protokoll der 7. Sitzung der II. Kammer) Bezug genommen. Der Kreditrest kommt in der Budgetperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Einnahme.

Titel I. Justizverwaltung.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Mehreinnahme ist darauf zurückzuführen, daß hier verschiedene Mietzinsbeträge — insbesondere die Mietzinse für die einer größeren Anzahl von Notariatsinhabern überlassenen staatlich gemieteten Wohnungen — verrechnet sind, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren.

Auch hat die Erhöhung und der Zugang einiger Wasserzinse zu der Mehreinnahme beigetragen.

Zu § 2. Die Mindereinnahme rührt von Zufälligkeiten und davon her, daß ein erheblicher Betrag (über 1 300 ℳ) von einer Amtskasse versehentlich unter § 7 — statt hier — gebucht wurde.

Zu § 4. Die Mehreinnahme wurde durch den stärkeren Geschäftsbetrieb infolge vermehrter Aufträge erzielt.

Zu § 5. Von der Mehreinnahme entfallen rund 39 200 ℳ auf Untersuchungs- und Straferstehungskosten, rund 11 000 ℳ auf flüssig gewordene Ersatzposten aus dem Verzeichnis der ungewissen Aktiven und rund 21 200 ℳ auf Geldstrafen.

Die Mehreinnahme rührt von der Vermehrung der Straffälle, der Zunahme der Zahl der Gefangenen, sowie der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze zu Geldstrafen verurteilten Personen her.

Zu § 6. Die Mehreinnahme ist im wesentlichen auf die Zunahme der Fälle von Rechtshilfe und die dadurch vermehrte Überweisung von Ersatzbeträgen zurückzuführen. Ferner hat die vom Verwaltungsetat für die Verpflegung polizeilicher Gefangenen geleistete höhere Vergütung zu der Mehreinnahme beigetragen.

Zu § 7. Die von den Gerichtsvollziehern abgelieferten Gebührenüberschüsse waren niederer als nach dem Durchschnitt der Normaljahre angenommen war.

Beilage 3

Ausgabe Titel VII. und Einnahme Titel II. Strafanstalten.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§												
1. Gehalte	619 510	—	301 973	03	313 148	37	615 121	46	—	—	4 388	60
2. Wohnungsgeld	85 160	—	41 297	77	42 267	41	83 565	18	—	—	1 594	82
3. Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	54 820	—	25 175	38	25 079	74	50 255	12	—	—	4 564	88
4. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	4 042	—	1 411	44	2 854	68	4 266	12	224	12	—	—
5. Dienstzulagen für Meßner	750	—	375	—	375	—	750	—	—	—	—	—
6 Zuschuß zu den Krankenkassen des Kanzlei- und Aufsichtspersonals	2 620	—	1 310	—	1 310	—	2 620	—	—	—	—	—
7. Für Dienstkleidung	15 780	—	7 730	15	7 318	05	15 048	20	—	—	731	80
8 Stellvertretung und Dienstaushilfe	5 906	—	2 635	20	3 006	78	5 641	98	—	—	264	02
9. Unterstützungen und Belohnungen des nichtetatmäßigen Personals	390	—	—	—	—	—	—	—	—	—	390	—
10 Schreibgebühren	2 754	—	1 221	55	1 216	—	2 437	55	—	—	316	45
11 Betriebsprämien	6 402	—	2 981	—	6 100	—	9 081	—	2 679	—	—	—
12. Sonstige persönliche Ausgaben	1 220	—	587	31	532	05	1 119	36	—	—	100	64
13. Kosten des Verkaufs von Inventarstücken und Materialien	64	—	20	20	29	28	49	48	—	—	14	52
14. Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	5 280	—	2 436	41	2 195	65	4 632	06	—	—	647	94
15. Abgang und Nachlaß	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	—
16. Kosten der Arbeitsstoffe und Geratschaften	997 280	—	563 125	21	545 233	21	1 108 358	42	111 078	42	—	—
17. Belohnungen der Gefangenen	43 600	—	21 707	33	22 421	15	44 128	48	528	48	—	—
18. Förderung des Schutzwesens für entlassene Gefangene	14 400	—	7 200	—	7 200	—	14 400	—	—	—	—	—
19. Aufwand auf Gebäude und Grundstücke	81 882	—	40 223	03	42 666	35	82 889	38	1 007	38	—	—
20. Aufwand gegen Feuersgefahr	1 832	—	898	96	1 195	03	2 093	99	261	99	—	—
21. Aufwand für Verpflegung und Heilung der Gefangenen	558 152	—	266 364	32	279 695	28	546 059	60	—	—	12 092	40
22. Aufwand für Kleidung	105 960	—	47 505	41	53 328	57	100 833	98	—	—	5 126	02
23. Aufwand für Bettwerk	19 914	—	9 833	63	13 790	16	23 623	79	3 709	79	—	—
24. Aufwand für Zimmer-, Küchen-, Speise- und Trinkgeräte	5 026	—	2 071	67	2 896	49	4 968	16	—	—	57	84
25. Aufwand für Bewachungs- und Strafgeräte	2 280	—	978	89	1 841	26	2 820	15	540	15	—	—
26. Heizungskosten	55 628	—	34 340	39	34 978	69	69 319	08	13 691	08	—	—
27. Beleuchtungskosten	60 656	—	28 659	11	29 031	72	57 690	83	—	—	2 965	17
28. Reinigungskosten	78 840	—	42 556	38	44 031	89	86 588	27	7 748	27	—	—
29. Aufwand für Kirchen- und Schulbedürfnisse	8 600	—	4 302	46	4 662	07	8 964	53	364	53	—	—
30. Sachliche Amtsunkosten	9 542	—	4 820	49	4 715	69	9 536	18	—	—	5	82
31. Versendungskosten:												
a. Postporto	3 374	—	1 673	39	1 871	65	3 545	04	171	04	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	550	—	315	05	332	50	647	55	97	55	—	—
c. Telegraphengebühren	318	—	158	77	250	50	409	27	91	27	—	—
32. Zufällige Ausgaben	996	—	1 798	17	469	49	2 267	66	1 271	66	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	2 853 578	—	1 467 687	10	1 496 044	71	2 963 731	81	143 464	73	33 310	92
									33 310	92		
									110 153	81		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ 1. Landesgefängnis und Weiberstrafanstalt Bruchsal: Für Ankauf des Fürst Sturmschen Krankenhauses	85 000	—	—		85 000	—	85 000	—	—	—	—	—
2. Landesgefängnis Freiburg: a. Erbauung des IV. Flügels, II. Rate	292	01	1 346	98	6 753	80	8 100	78	7 808	77	—	—
b. Eiserne Einfriedigung der Aufseherhofräume längs der Merianstraße und Einebnung eingetauschten Straßengeländes an der westlichen Ringmauer	550	—	549	25	—	—	549	25	—	—	—	75
Summe a.	85 842	01	1 896	23	91 753	80	93 650	03	7 808	77	—	75
									—	75		
									7 808	02		
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Männerzuchthaus Bruchsal: a. Erstellung von Verbindungstreppen zu den Stockwerksgallerien in den 4 Zellenflügeln	3 940	—	3 894	24	45	76	3 940	—	—	—	—	—
b. Instandsetzung des Damianstores	2 850	—	—	—	2 850	—	2 850	—	—	—	—	—
2. Landesgefängnis und Weiberstrafanstalt Bruchsal: a. Erweiterung des Hauptkrankenhauses durch Erstellung eines neuen, insbesondere zur Unterbringung geisteskranker Strafgefangener bestimmten Gebäudes auf dem Anstaltsgelände	180 000		50 385	49	66 042	60	116 428	09	—	—	63 571	91
b. Herstellung eines Abortanbaues an den östlichen Flügelbau (Altbau) des Landesgefängnisses	5 000	—	—		—	—	—	—	—	—	5 000	—
c. Erstellung von Vollzellen an Stelle der hölzernen Schlafzellen in der Abteilung für weibliche Jugendliche	5 000	—	—	—	1 876	51	1 876	51	—	—	3 123	49
d. Beschaffung einer neuen Turmuhr	2 000	—	—	—	1 263	91	1 263	91	—	—	736	09
3. Landesgefängnis Freiburg: Einfriedigung der Beamtengärten längs der Johanniter- und Hebelstraße	5 000	—	4 901	62	98	38	5 000	—	—	—	—	—
4. Landesgefängnis Mannheim: a. Erbauung eines Aufseherwohngebäudes	45 200	—	10 826	75	20 851	86	31 678	61	—	—	13 521	39
b. Umbau des Kanzlei- und Magazingebäudes	10 000	—	10 233	30	764	37	10 997	67	997	67	—	—
Summe b.	258 990	—	80 241	40	93 793	39	174 034	79	997	67	85 952	88
											997	67
Hierzu											84 955	21
Summe a.	85 842	01	1 896	23	91 753	80	93 650	03	7 808	02	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	344 832	01	82 137	63	185 547	19	267 684	82	7 808	02	84 955	21
											7 808	02
Hierzu											77 147	19
Summe A. Ordentlicher Etat	2 853 578	—	1 467 687	10	1 496 044	71	2 963 731	81	110 153	81	—	—
Summe Ausgabe Titel VII.	3 198 410	01	1 549 824	73	1 681 591	90	3 231 416	63	110 153	81	77 147	19
									77 147	19		
									33 006	62		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
1. Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	47 550	–	23 379	37	23 688	90	47 068	27	—	—	481	73
2. Erlös aus Inventarstücken, Materialien und Viktualien	79 046	–	43 037	23	44 529	42	87 566	65	8 520	65	—	–
3. Einnahme vom Gewerbebetrieb	1 802 580	—	1 011 035	43	988 330	88	1 999 366	31	196 786	31	—	—
4. Verschiedene und zufällige Einnahmen	168	—	54	08	25	23	79	31	—	—	88	69
Summe Einnahme Titel II.	1 929 344	—	1 077 506	11	1 056 574	43	2 134 080	54	205 306	96	570	42
									570	42		
									204 736	54		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Muser.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Strafanstalten für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juli 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel VII. Strafanstalten.

A. Ordentlicher Etat.

Vorbemerkung: Der aus dem Überschuß der Ausgabe über die Einnahme sich ergebende Staatszuschuß war nach dem Budget für einen Stand von 1460 Köpfen für die Periode auf 924 234 ℳ berechnet. Nach den Rechnungsergebnissen ist jedoch zur Bestreitung der Ausgaben nach Abzug der eigenen Einnahmen ein Staatszuschuß von nur 829 651 ℳ 27 ₰ erforderlich gewesen für einen Stand von 1412 Köpfen, somit weniger als veranschlagt 94 582 ℳ 73 ₰.

Dieser günstige Abschluß wurde im wesentlichen dadurch erreicht, daß die Ergebnisse des Gewerbebetriebs die Budgetanforderungen auch in dieser Periode überholt haben, indem die Reineinnahme aus dem Gewerbebetrieb trotz des geringeren Gefangenenstandes — 1412 statt 1460 Köpfen — 85 707 ℳ 89 ₰ mehr betrug, als im Budget angenommen war.

Zu § 3. Der Wenigeraufwand ist durch den Abgang älterer Beamten und deren Ersatz durch jüngere mit geringeren als im Budget ausgeworfenen Vergütungen und durch zeitweilige Stellenerledigung entstanden.

Zu § 4. Die Tagegelder und Reisekosten haben durch die vermehrte Vornahme auswärtiger Dienstgeschäfte zugenommen.

Zu § 7. Infolge des geringen Ab- und Zugangs beim männlichen Aufsichtspersonal fielen weniger Neuanschaffungen für Neuzugehende nötig.

Zu § 10. Die Erübrigung wurde dadurch erzielt, daß Gefangene in beschränkterem Umfang zur Schreibaushilfe beigezogen wurden, als bei Aufstellung des Budgets angenommen wurde.

Zu § 11. Die Berechnung der Betriebsprämien erfolgt nach den von der Budgetkommission der II. Kammer bezeichneten Grundsätzen und ist hiernach von dem mehr oder minder günstigen Ergebnisse des Gewerbebetriebs abhängig. Abweichungen sind daher bei dieser nach dem Ergebnis der Normaljahre bemessenen Position nicht zu vermeiden.

Zu § 14. Der Wenigeraufwand rührt daher, daß der Voranschlagsberechnung ein höherer Umlagefuß für die Brandversicherungsbeiträge zugrunde gelegt wurde als tatsächlich zur Erhebung kam.

Zu § 16. Der Mehrausgabe von 111 078 ℳ 42 ₰ steht unter Titel II. § 3 eine Mehreinnahme von 196 786 ℳ 31 ₰ gegenüber; beide hat der gesteigerte Gewerbebetrieb verursacht.

Zu § 17. Die im Budget vorgesehene Erhöhung dieser Position im Hinblick auf § 21 der zwischen den verbündeten Regierungen vereinbarten „Grundsätze, welche bei dem Vollzuge gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen bis zu weiterer gemeinsamer Regelung zur Anwendung kommen", hat dem tatsächlichen Bedarf nicht ganz entsprochen; außerdem ist die Mehrausgabe auch auf die günstige Gestaltung des Gewerbebetriebs und die dadurch veranlaßte Bewilligung höherer Arbeitsbelohnungen zurückzuführen.

Zu § 19. Die bauliche Instandsetzung der für das Militärwachtdetachement zu Bruchsal neugemieteten Unterkunftsräume in Verbindung mit anderen unvorhergesehenen, dringlichen größeren und kleineren Herstellungen hat den Mehraufwand verursacht.

Zu § 20. Neue Vorkehrungen gegen Brandausbrüche und der unvorhergesehene Bedarf einiger neuen Feuerlöschgerätschaften haben die Unzulänglichkeit des Budgetsatzes herbeigeführt.

Zu § 21. Die Ersparnis wurde im wesentlichen durch den hinter der Annahme des Budgets zurückgebliebenen Gefangenenstand erzielt.

Zu §§ 22 und 23. Die Anordnung zur Anschaffung von Überzügen für die Kopfpolster der Gefangenenbetten, die dringend notwendige Ergänzung des Bestands an Wolldecken bei 2 Anstalten und die Verbesserung der Personalbetten in einer Anstalt haben bei § 23 die Mehrausgabe verursacht, auf deren Ausgleichung durch entsprechende Ersparnisse bei § 22 Bedacht genommen wurde. Die Erübrigungen unter letzterer Position wurden im wesentlichen durch den geringeren Gefangenenstand, der die im Budget angenommene Zahl nicht erreichte, sowie dadurch ermöglicht, daß die zu bestreitenden Ausgaben auf einen mäßigen Betrag beschränkt werden konnten.

Zu § 25. Die Überschreitung ist dadurch veranlaßt worden, daß für die neuen Unterkunftsräume des Wachtdetachements zu Bruchsal (vergleiche auch § 19) ein wesentlich höherer Mietzins als für die bisherigen bezahlt werden muß.

Zu § 26. Die Ursache des Mehraufwands ist fast ausschließlich in dem hohen Stand der Kohlenpreise zu suchen.

Zu § 27. Die fortschreitende Verbesserung der Beleuchtungseinrichtungen, insbesondere der Beleuchtungskörper, hat zu der Ersparnis mitbeigetragen.

Zu § 28 Die Kosten für Haus- und Waschreinigung sind infolge der Inbetriebnahme des neuen Flügels beim Landesgefängnis in Freiburg höher geworden, als bei Aufstellung des Budgets angenommen wurde. Zu der im wesentlichen hierdurch verursachten Überschreitung haben außerdem einmalige Ausgaben für Anschaffung eines Desinfektionsapparates und von unentbehrlichen Reinigungsgeräten beigetragen.

Zu § 29. Die Mehrausgabe ist durch die Anschaffung eines neuen Meßgewands für das Männerzuchthaus Bruchsal und die Instandsetzung und Vorkehrung zur geordneten Aufbewahrung der Meßgewandung für das Landesgefängnis und die Weiberstrafanstalt daselbst entstanden.

Zu § 31 a. Der Mehraufwand ist in der Erhöhung der Portobauschsumme nach den neuesten Ermittelungen begründet.

Zu § 32. Der Stadt Bruchsal wurde auf Grund einer Vereinbarung für Verbesserung der Entwässerungsanlagen in der Weiberstrafanstalt ein Beitrag von 900 ℳ bezahlt. Hierdurch, sowie durch Kosten, die die Einführung des Bertillonschen Systems der Gliedermessungen und des anthropometrischen und photographischen Erkennungsdienstes beim Landesgefängnis Bruchsal verursacht hat, ist die Überschreitung entstanden.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 2 a. Der Gesamtaufwand für den Flügelneubau beträgt		306 661 ℳ 77 ₰
Bewilligt waren:		
im Budget für 1896/1897	182 060 ℳ	
„ „ „ 1898/1899	116 793 „	
		298 853 „ — „
so daß sich eine Überschreitung von		7 808 ℳ 77 ₰

ergibt.

Der Mehraufwand ist zum großen Teil auf ähnliche Herstellungen zurückzuführen, wie sie in der der Anforderung für die erste Baurate im Budget für 1896/1897 beigegebenen Begründung beispielsweise aufgeführt und als infolge des künftig vermehrten Gefangenenstandes und der dadurch bedingten umfangreicheren Gestaltung des Anstattsbetriebs notwendig bezeichnet sind, deren Notwendigkeit jedoch erst im Laufe oder nach der Bauausführung hervortrat, für die aber im Voranschlag keine oder nicht genügend Mittel vorgesehen waren. Von diesen Arbeiten sind hervorzuheben: Die Erweiterung der Toreinfahrt zu den Zellenflügeln, Terrainherstellungen und Wasserleitung für die Hofanlagen, Herstellungen in Kirche und Schule, bauliche Änderungen an einem Materialschuppen und Versetzung eines solchen, Verkleidung der Küchenwände mit Tonplättchen, größere Ausdehnung der Kanalisation in den Höfen und Erweiterung der Kochanlagen bei Verlegung der Küche in größerem Umfang als ursprünglich angenommen war, Anschluß des neuen Flügels an die in der Anstalt bestehende Signaleinrichtung, Abschluß des Treppenaufgangs vom Souterrain in den 1. Stock des 1. Flügels und nachträgliche Änderung der neuerstellten Frischluftzuführung zu den Dampföfen der Kochküche.

Diese Arbeiten waren im Hinblick auf eine geordnete Führung des Anstaltsbetriebs nicht zu umgehen.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 2 a., b., c., d. und 4 a. Die Kreditreste gehen in die Periode 1902/1903 über.

Zu § 4 b. Die Überschreitung ist dadurch entstanden, daß im Bauvoranschlag Mittel für die Verlegung der Kanzleien während des Umbaues in das Konferenzzimmer und die dadurch erforderlichen Herstellungen in letzterem, für die Verlegung und Erweiterung der Telephon- und Läutewerkanlagen, für Verschalung des Daches, um den Dachraum als Magazin benutzen zu können, sowie für die mit dem Bau zusammenhängenden Einrichtungen in den Beamtendienstzimmern nicht vorgesehen waren.

Einnahme.

Titel II. Strafanstalten.

Zu § 1. Der Wenigerertrag ist auf die Einstellung der Erhebung der Mietzinse von den Aufseherinnen für die ihnen zugewiesenen Dienstzimmer zurückzuführen.

Zu § 2. Infolge des anhaltend hohen Gefangenenstandes im Amtsgefängnis Mannheim ergab sich aus der Verpflegung dieser Gefangenen eine höhere Einnahme. Zur Mehreinnahme hat außerdem eine rege Beteiligung des Aufsichtspersonals am Anstaltskosttisch und die Veräußerung eines größeren Postens abgängiger Wolldecken beim Landesgefängnis Freiburg beigetragen.

Zu § 3. Vergleiche Erläuterung zu § 16 der Ausgabe.

Beilage 4.

Titel VIII. Kultus.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
I. Katholischer Kultus.												
1. Dotation des Erzbistums	181 626	—	87 885	46	88 479	88	176 365	34	—	—	5 260	66
2. Oberstiftungsrat, Staatsbeitrag:												
a. zu dem persönlichen Aufwande	161 282	—	80 388	32	75 840	70	156 229	02	—	—	5 052	98
b. zu den sachlichen Amtsunkosten	14 520	—	7 260	—	7 260	—	14 520	—	—	—	—	—
3. Zuschüsse an Pfarreien	9 698	—	5 324	04	4 950	51	10 274	55	576	55	—	—
4. Beitrag zur Versehung der durch die vormaligen Mendikantenklöster besorgten seelsorgerlichen Aushilfe	12 334	—	6 167	06	6 167	06	12 334	12	—	12	—	—
5. Beitrag an die katholische Pfälzer Kirchenschaffnei in Heidelberg	2 572	—	1 285	71	1 285	71	2 571	42	—	—	—	58
6. Aufbesserung gering besoldeter römisch-katholischer Pfarrer	700 000	—	304 338	66	331 920	33	636 258	99	—	—	63 741	01
7. Staatsbeitrag zur Deckung des Aufwandes für die kirchlichen Bedürfnisse der Altkatholiken	48 000	—	24 000	—	24 000	—	48 000	—	—	—	—	—
8. Aufbesserung gering besoldeter altkatholischer Pfarrer	16 000	—	8 000	—	8 000	—	16 000	—	—	—	—	—
9. Außerordentlicher Zuschuß zur Aufbesserung des Diensteinkommens der altkatholischen Pfarrer	4 800	—	2 400	—	2 400	—	4 800	—	—	—	—	—
Summe I.	1 150 832	—	527 049	25	550 304	19	1 077 353	44	576	67	74 055	23
II. Evangelischer Kultus.												
10. Staatsbeitrag für den evangelischen Oberkirchenrat als oberste evangelische Landeskirchenbehörde	40 000	—	20 000	—	20 000	—	40 000	—	—	—	—	—
11. Staatsbeitrag für den evangelischen Oberkirchenrat als evangelischen Oberstiftungsrat:												
a. zu dem persönlichen Aufwande	106 284	—	54 971	63	56 338	28	111 309	91	5 025	91	—	—
b. zu den sachlichen Amtsunkosten	8 536	—	4 268	—	4 268	—	8 536	—	—	—	—	—
12. Zuschuß zu dem Gehalt des Prälaten	3 428	—	1 714	29	1 714	29	3 428	58	—	58	—	—
13. Zuschüsse für Pfarreien und Pastorationen	67 166	—	34 552	—	34 306	05	68 858	05	1 692	05	—	—
14. Gehalte der Organisten und Kirchendiener	3 748	—	1 873	70	1 873	70	3 747	40	—	—	—	60
15. Dem vereinigten Pfarrhilfsfonds	1 718	—	858	67	858	67	1 717	34	—	—	—	66
16. Staatsbeitrag für die evangelische Kirche im allgemeinen	41 910	—	20 955	44	20 955	44	41 910	88	—	88	—	—
17. Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer	600 000	—	300 000	—	300 000	—	600 000	—	—	—	—	—
Summe II.	872 790	—	439 193	73	440 314	43	879 508	16	6 719	42	1	26
III. Israelitischer Kultus.												
18. Staatsbeitrag für den israelitischen Oberrat	14 000	—	7 000	—	7 000	—	14 000	—	—	—	—	—
19. Zur Aufbesserung gering besoldeter Rabbiner	26 000	—	12 940	—	12 940	—	25 880	—	—	—	120	—
Summe III.	40 000	—	19 940	—	19 940	—	39 880	—	—	—	120	—
Hierzu " I.	1 150 832	—	527 049	25	550 304	19	1 077 353	44	576	67	74 055	23
" II.	872 790	—	439 193	73	440 314	43	879 508	16	6 719	42	1	26
Summe A. Ordentlicher Etat	2 063 622	—	986 182	98	1 010 558	62	1 996 741	60	7 296	09	74 176	49
											7 296	09
											66 880	40

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
B. Außerordentlicher Etat.												
Auf Administrativkredit von der Etatperiode 1898/1899.												
Katholischer Kultus.												
1. Staatliche Beihilfe zu den dringlichsten Instandhaltungsarbeiten an der Kirche und den Seminargebäuden in St. Peter . . .	—	—	25 000	—	—	—	25 000	—	25 000	—	—	—
Hierzu												
A. Ordentlicher Etat . .	2 063 622	—	986 182	98	1 010 558	62	1 996 741	60	—	—	66 880	40
Summe Titel VIII. . .	2 063 622	—	1 011 182	98	1 010 558	62	2 021 741	60	25 000	—	66 880	40
											25 000	—
											41 880	40

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Bossert.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel VIII. Kultus.

A. Ordentlicher Etat.

I. Katholischer Kultus.

Zu § 1. Die Wenigerausgabe rührt daher, daß die Preise der zur Dotation gehörigen Naturalien zum Teil hinter den bei der Budgetaufstellung zugrunde gelegten Durchschnittspreisen zurückgeblieben sind.

Zu § 2 a. Hauptsächlich infolge der eingetretenen Veränderungen im Beamtenpersonal durch Abgang älterer und Zugang jüngerer Beamten mit niedrigeren Dienstbezügen ergab sich — ungeachtet der im Voranschlag nicht vorgesehenen Leistung von Beiträgen an die Beamtenwitwenkasse an Stelle der vom 1. Januar 1900 an aufgehobenen Witwenkassebeiträge der Beamten — eine Minderverwendung.

Zu § 3. Für einen Teil der unter den Dotationen enthaltenen Naturalien stellten sich die Preise höher, als bei der Budgetaufstellung angenommen war.

Zu § 6. Der über die Summe von jährlich 300 000 ℳ hinaus im Budget fürsorglich im zulässigen Höchstbetrage angeforderte weitere Staatszuschuß von jährlich 50 000 ℳ (vergleiche § 9 Absatz 2 des Pfarraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899) wurde nicht vollständig in Anspruch genommen.

II. Evangelischer Kultus.

Zu § 11 a. Die Überschreitung ist im wesentlichen veranlaßt durch die Beitragsleistungen an die Beamtenwitwenkasse an Stelle der vom 1. Januar 1900 an aufgehobenen Witwenkassebeiträge der Beamten, sowie durch den Mehraufwand für Ruhegehalte und für Zuschüsse an die Beamtenwitwenkasse (Artikel 6 der Bestimmungen über Regelung der Beteiligung des Staates an dem Aufwand für die Verwaltung des evangelischen Kirchenvermögens) infolge der Zuruhesetzung und beziehungsweise des Ablebens von Beamten. Der so entstandene Mehraufwand ist durch eine Minderausgabe infolge des Ersatzes der abgegangenen älteren Beamten durch jüngere mit niedrigeren Bezügen zum Teil gedeckt worden.

Zu § 13. Die Erläuterung zu § 3 trifft auch hier zu.

B. Außerordentlicher Etat.

Auf Administrativkredit.

Von der Etatperiode 1898/1899.

Katholischer Kultus.

Zu § 1. Vergleiche die Erläuterung zu der vergleichenden Darstellung für die Etatperiode 1898/1899 — zweites Beilagenheft Seite 33.

Beilage 5.

Ausgabe Titel IX. und Einnahme Titel III. Unterrichtswesen.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
Titel IX. Unterrichtswesen.												
A. Ordentlicher Etat.												
I. Höhere Unterrichtsanstalten.												
§ Universität Heidelberg.												
1. a. Ordentliche Staatsdotation	1 565 000	—	782 500	—	782 500	—	1 565 000		—			—
2. b. Wohnungsgeld	99 200	—	47 932	16	48 555	71	96 487	87	—		2 712	13
Universität Freiburg												
3. a. Ordentliche Staatsdotation	1 142 200	—	571 100		571 100	—	1 142 200	—	—	—	—	—
4. b. Wohnungsgeld	99 940		49 589	71	50 954	34	100 544	05	604	05	—	—
Technische Hochschule												
5. a. Ordentliche Staatsdotation	742 000	—	371 000	—	371 000		742 000		—		—	—
6. b. Wohnungsgeld	61 300	—	28 840	—	29 372	50	58 212	50	—		3 087	50
Summe I.	3 709 640		1 850 961	87	1 853 482	55	3 704 444	42	604	05	5 799	63
II. Mittel- und Volksschulen.												
A. Oberschulrat.												
7. Gehalte	182 580		92 030		92 133	17	184 163	17	1 583	17	—	—
8. Wohnungsgeld	25 040	—	13 040	—	12 930	07	25 970	07	930	07	—	—
9. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	13 200	—	6 325	—	4 973	61	11 298	61	—	—	1 901	39
10. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	15 000	—	6 671	45	9 568	53	16 239	98	1 239	98	—	—
11. Sonstige persönliche Ausgaben	11 474	—	7 861	80	10 834	95	18 696	75	7 222	75	—	—
12. Für sachliche Amtsunkosten	15 400	—	7 596	70	10 305	70	17 902	40	2 502	40	—	—
13. Mietzins für Diensträume	3 600		1 800		1 800	—	3 600	—	—	—	—	—
14. Prüfungskosten:												
a. Tagegelder und Reisekosten	1 200	—	710	85	773	43	1 484	28	284	28	—	—
b. Honorare der Examinatoren	8 400		6 570		7 920	—	14 490	—	6 090	—	—	—
c. Sonstige Kosten	240	—	208	28	320	93	529	21	289	21	—	—
15. Versendungskosten:												
a. Postporto	4 800	—	2 248	37	3 696	30	5 944	67	1 144	67	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	480	—	423	46	461	87	885	33	405	33	—	—
c. Telegrammgebühren	120	—	66	95	93	25	160	20	40	20	—	
B. Kreisschulvisitaturen.												
16. Gehalte	113 760		55 740	—	58 176	66	113 916	66	156	66	—	—
17. Wohnungsgeld	11 960	—	6 220		6 111	97	12 331	97	371	97	—	—
18. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	42 000		20 454	27	22 708	67	43 162	94	1 162	94	—	—
19. Bauschbeträge für Schreibanshilfe	9 220		4 610	—	4 428	19	9 038	19	—	—	181	81
20. Für sachliche Amtsunkosten:												
a. Bauschbeträge für Stellung der Diensträume und zur Beschaffung der Bureaubedürfnisse	8 980	—	4 490		4 328	67	8 818	67	—	—	161	33
21. b. Sonstige Amtsunkosten	120	—	93		147		240	—	120		—	
22. Versendungskosten:												
a. Postporto	3 740		1 862	48	2 237	95	4 100	43	360	43	—	
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	140	—	107	65	176	25	283	90	143	90	—	
c. Telegrammgebühren	40		28	95	29	60	58	55	18	55	—	
Übertrag	471 494	—	239 159	21	254 156	77	493 315	98	24 066	51	2 244	53

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
II. Mittel- und Volksschulen.												
Übertrag . .	471 494	—	239 159	21	254 150	77	493 315	98	24 066	51	2 244	53
§ C. Gymnasien und Progymnasien.												
23. Dotationen und ständige Staatsbeiträge .	145 600	—	73 016	90	73 178	51	146 195	41	595	41	—	—
24. Unständige Staatsbeiträge	943 260	—	478 580	—	481 560	—	960 140	—	16 880	—	—	—
25. Wohnungsgeld	202 360	—	102 752	38	105 487	88	208 240	26	5 880	26	—	—
D. Lehrerbildungsanstalten.												
1. Turnlehrerbildungsanstalt.												
26. Staatsbeitrag	37 040	—	17 600	—	19 440	—	37 040	—	—	—	—	—
27. Wohnungsgeld	2 360	—	1 220	—	1 220	—	2 440	—	80	—	—	—
2. Lehrerseminare.												
28. Staatsbeitrag	346 720	—	179 460	—	182 740	—	362 200	—	15 480	—	—	—
29. Wohnungsgeld	20 720	—	9 900	97	10 361	47	20 262	44	—	—	457	56
3. Präparandenschulen.												
30. Staatsbeitrag	50 280	—	25 140	—	26 840	—	51 980	—	1 700	—	—	—
31. Wohnungsgeld	2 040	—	950	83	1 036	95	1 987	78	—	—	52	22
4. Lehrerinnenseminar Prinzessin Wilhelm-Stift.												
32. Staatsbeitrag	22 000	—	14 600	—	12 800	—	27 400	—	5 400	—	—	—
5. Sonstige Einrichtungen für die Lehrerbildung:												
33. Für private Vorbereitung der Schulamtsaspiranten	3 400	—	1 700	—	1 700	—	3 400	—	—	—	—	—
34. Zur Ausbildung von Real- und Musiklehrern	1 000	—	450	—	350	—	800	—	—	—	200	—
35. Zur Ausbildung von Industrielehrerinnen	10 000	—	5 000	—	5 360	—	10 360	—	360	—	—	—
36. Zur Vornahme von Prüfungen des Handarbeitsunterrichts	3 000	—	1 403	74	1 755	35	3 159	09	159	09	—	—
37. Diäten der Volksschullehrer bei Lehrerkonferenzen	16 620	—	2 265	—	11 347	24	13 612	24	—	—	3 007	76
E. Blindenerziehungs- und Taubstummenanstalten.												
38. Staatsbeitrag	235 440	—	117 240	—	120 650	—	237 890	—	2 450	—	—	—
39. Wohnungsgeld	7 260	—	3 547	50	3 604	86	7 152	36	—	—	107	64
F. Realmittelschulen.												
40. Ständiger Staatsbeitrag	271 800	—	127 757	21	135 900	—	263 657	21	—	—	8 142	79
41. Unständiger Staatsbeitrag	605 660	—	329 172	28	299 373	94	628 546	22	22 886	22	—	—
42. Wohnungsgeld	264 140	—	128 444	02	137 446	99	265 891	01	1 751	01	—	—
43. Zugskosten	14 000	—	19 865	82	8 071	75	27 937	57	13 937	57	—	—
44. Zur Unterstützung des nicht etatmäßigen Lehrerpersonals	960	—	100	—	300	—	400	—	—	—	560	—
G. Höhere Mädchenschulen												
45. Zuschüsse	77 000	—	38 500	—	38 500	—	77 000	—	—	—	—	—
46. Zur Unterstützung des nicht etatmäßigen Lehrerpersonals	120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120	—
Übertrag . .	3 754 274	—	1 917 825	86	1 933 181	71	3 851 007	57	111 626	07	14 892	50

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
II. Mittel- und Volksschulen.												
Übertrag	3 754 274	-	1 917 825	86	1 933 181	71	3 851 007	57	111 626	07	14 892	50
H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen												
§ 47. Zuschüsse an Frauenarbeitsschulen	24 000	—	12 000	—	12 000	—	24 000	—	—	—	—	—
48. Zuschüsse an Haushaltungsschulen	14 000	—	6 197	50	6 000	—	12 197	50	—	—	1 802	50
49. Stipendien für Mädchen aus dem Beamtenstand zu deren besseren Ausbildung	3 400	—	1 700	—	1 700	—	3 400	—	—	—	—	—
J. Volksschulen.												
50. Gehalte	7 194 470	—	3 444 092	09	3 681 256	75	7 125 348	84	—	—	69 121	16
51. Vergütungen der Unterlehrer (Unterlehrerinnen	1 351 800	—	689 140	73	692 565	69	1 381 706	42	29 906	42	—	—
52. Für Stellvertretung und Dienstaushilfe:												
a. Vergütungen und Mietzinsentschädigungen der Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen)	110 424	—	60 078	49	54 061	54	114 140	03	3 716	03	—	—
b. Mitversehungskosten	7 080	—	3 679	87	3 542	02	7 221	89	141	89	—	—
53. Zugs- und Reisekosten	33 000	—	20 008	62	25 813	53	45 822	15	12 822	15	—	—
54. Zu Unterstützungen:												
a. an etatmäßige Beamte	43 780	—	26 589	60	17 399	40	43 989	-	209	—	—	—
b. an nicht etatmäßige Beamte	17 360	—	6 818	50	7 869	40	14 687	90	—	—	2 672	10
55. Zu Gnadengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrern	90 000	—	41 984	05	44 687	85	86 671	90	—	—	3 328	10
56. Wegen Aufhebung der Schulpatronate	7 080	—	3 528	18	3 548	18	7 076	36	—	—	3	64
57. Staatsbeiträge zum Schulaufwand der Gemeinden	935 020	—	471 513	01	473 947	74	945 460	75	10 440	75	—	—
58. Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten	100 000	—	86 400	-	13 600	-	100 000	-	—	—	—	—
59. Zuschüsse an Gemeinden zur Unterhaltung von „Bürgerschulen"	21 600		9 600	—	9 966	67	19 566	67	—	—	2 033	33
60. Für Bearbeitung des Volksschullesebuchs	10 200	—	5 634	10	11 186	37	16 820	47	6 620	47	—	—
61 Sonstige Ausgaben	600	—	64	60	86	05	150	65	—	—	449	35
K. Für besondere Unterrichtszwecke.												
62. Zur praktischen Ausbildung von Lehrern (Lehrerinnen) an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten, Blinden- und Taubstummenanstalten:												
a. Für Lehrer der neueren Fremdsprachen	12 000	—	6 000	—	6 000	—	12 000	—	—	—	—	—
b. Für Lehrer der übrigen Unterrichtsfächer	6 000	—	4 588	47	1 310	—	5 898	47	—	-	101	53
63. Zur Ausbildung von Lehrern für den Handfertigkeitsunterricht	3 000	—	4 505	80	41	54	4 547	34	1 547	34	—	—
64. Zur Abhaltung von Übungskursen für Zeichenlehrer (Zeichenlehrerinnen) an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Volksschulen	8 000	—	949	04	3 104	55	4 053	59	—	—	3 946	41
Summe II.	13 747 088	—	6 822 898	51	7 002 868	99	13 825 767	50	177 030	12	98 350	62

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	1901.	Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	weniger.
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat.						
III. **Gewerbliche Unterrichtsanstalten.**						
A. Gewerbeschulrat.						
§						
65. Gehalte	23 150	10 874 17	8 366 67	19 240 84		3 909 16
66. Wohnungsgeld	3 280 —	1 622 50	1 543	3 165 50	— —	114 50
Andere persönliche Ausgaben und zwar:						
67 Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	6 400	2 925	2 825 —	5 750 —	— —	650 —
68. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	1 680 —	1 187 57	1 106 61	2 294 18	614 18	—
69. Sonstige persönliche Ausgaben	5 130 —	2 500 —	2 444 45	4 944 45	— —	185 55
70. Sachliche Amtsunkosten	3 500 —	1 498 81	1 986 10	3 484 91	— —	15 09
71. Kosten für Abhaltung von Prüfungen für Gewerbe- und Zeichenlehrer	1 400 —	646 15	379 75	1 025 90	—	374 10
72 Zur Ausbildung von Gewerbe- und Zeichenlehrern (Stipendien an Kandidaten)	11 840 —	2 835 —	9 005 —	11 840 —	—	—
73 Zur praktischen Ausbildung von Gewerbelehrern	5 000 —	4 247 49	750	4 997 49	— —	2 51
74. Zur Unterstützung des nicht etatmäßigen Personals an Gewerbeschulen	400 —	— —	300 —	300 —	— —	100 —
75. Versendungskosten:						
a. Postporto	520 —	193 05	347 10	540 15	20 15	— —
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	100 —	46 73	67 97	114 70	14 70	— —
c. Telegraphengebühren	20 —	16 56	11 50	28 06	8 06	— —
76. Verschiedene und zufällige Ausgaben	820 —	100 —	549 95	649 95	— —	170 05
B. Gewerbeschulinspektion.						
77. Gehalt	7 470 —	3 540 —	4 040 —	7 580	110 —	— —
78. Wohnungsgeld	1 200 —	620 —	620	1 240 —	40 —	— —
Andere persönliche Ausgaben und zwar:						
79. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	3 000 —	—	—	—	— —	3 000 —
80. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	3 000 —	1 020 45	2 089 74	3 110 19	110 19	— —
81. Bauschbetrag für Schreibaushilfe	800 —	400 —	400 —	800 —	— —	— —
Für sachliche Amtsunkosten:						
82. Bauschbetrag für Stellung eines Dienstraumes und zur Bestreitung der Bureaubedürfnisse	800	400 —	400 —	800 —	— —	— —
83. Sonstige Amtsunkosten	100 —	— —	13 50	13 50	— —	86 50
84. Versendungskosten und zwar:						
a. Postporto	100 —	36 —	33 20	69 20	— —	30 80
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	20 —	— —	5 30	5 30	—	14 70
c. Telegraphengebühren	20 —	—	1 20	1 20	—	18 80
C. Kunstgewerbeschule Karlsruhe.						
85. Staatsbeitrag	208 954	102 750 —	107 984	210 734 —	1 780 —	— —
86. Wohnungsgeld	17 220	8 866 53	8 994 11	17 860 64	640 64	—
D. Kunstgewerbeschule Pforzheim.						
87. Staatsbeitrag	94 120	46 530	47 590	94 120	—	— —
88. Wohnungsgeld	10 040	3 959 56	3 764 44	7 724	— —	2 316
E. Baugewerkeschule.						
89. Staatsbeitrag	231 692	114 850 —	116 842 —	231 692	— —	—
90. Wohnungsgeld	28 820	13 420	12 994 30	26 414 30	— —	2 405 70
Übertrag	670 596	325 085 57	335 454 89	660 540 46	3 337 92	13 393 46

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
III. **Gewerbliche Unterrichtsanstalten.**												
Übertrag . .	670 596	—	325 085	57	335 454	89	660 540	46	3 337	92	13 393	46
F. Uhrmacherschule Furtwangen.												
§ 91. Staatsbeitrag	61 720	—	30 000	—	30 370	—	60 370	—	—	—	1 350	—
92. Wohnungsgeld	2 060	—	787	67	1 070	—	1 857	67	—	—	202	33
G. Schnitzereischule Furtwangen.												
93. Staatsbeitrag	33 430	—	16 600	—	16 830	—	33 430	—	—	—	—	—
94. Wohnungsgeld	900	—	460	—	460	—	920	—	20	—	—	—
H. Musikschulen.												
95. Staatsbeitrag	6 720	—	3 180	—	2 296	67	5 476	67	—	—	1 243	33
96. Wohnungsgeld	380	—	200	—	144	14	344	14	—	—	35	56
J. Gewerbeschulen.												
Staatsbeiträge:												
97. a. ständige	107 950	—	51 101	11	53 877	76	104 978	87	—	—	2 971	13
98. b. unständige	122 420	—	68 737	22	61 791	65	130 528	87	8 108	87	—	—
99. Wohnungsgeld	51 960	—	25 325	81	26 987	49	52 313	30	353	30	—	—
100. Tagegelder, Reise- und Zugskosten . .	4 000	—	2 176	19	2 626	32	4 802	51	802	51	—	—
K. Gewerbliche Fortbildungsschulen.												
101. Für Förderung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts	80 600	—	35 495	84	45 015	63	80 511	47	—	—	88	53
L. Unterrichtskurse für Handelslehrlinge.												
102. Für Förderung des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts	30 400	—	8 385	—	21 986	20	30 371	20	—	—	28	80
Summe III. . .	1 173 136	—	567 534	41	598 911	05	1 166 445	46	12 622	60	19 313	14
Hierzu												
Summe I. . .	3 709 640	—	1 850 961	87	1 853 482	55	3 704 444	42	604	05	5 799	63
„ II. . .	13 747 088	—	6 822 898	51	7 002 868	99	13 825 767	50	177 030	12	98 350	62
Summe A. Ordentlicher Etat . .	18 629 864	—	9 241 394	79	9 455 262	59	18 696 657	38	190 256	77	123 463	39
									123 463	39		
									66 793	38		
B. **Außerordentlicher Etat.**												
I. **Budgetmäßige Ausgaben.**												
1. **Von der Etatperiode 1898/1899.**												
A. Universität Heidelberg.												
1. Zuschuß an die Stadtgemeinde Heidelberg zur Verzinsung der Aufwendungen wegen Verlegung des Portlandzementwerkes von Heidelberg nach Leimen	3 750	—	3 750	—	—	—	3 750	—	—	—	—	—
2. Wiederaufbau des östlichen Flügels des Marstallgebäudes in Heidelberg	69 999	86	—	—	17 721	92	17 721	92	—	—	52 277	94
Übertrag . .	73 749	86	3 750	—	17 721	92	21 471	92	—		52 277	94

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
1. Budgetmäßige Ausgaben.												
I. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Übertrag . .	73 749	86	3 750		17 721	92	21 471	92	—	—	52 277	94
A. Universität Heidelberg.												
3. Größere bauliche Veränderungen in den Gebäuden der chirurgischen Klinik, I Rate	8 624	39	8 619	39	—	—	8 619	39	—	—	5	—
4. Erstellung eines östlichen Anbaues an das chemische Institut — speziell für die Studierenden der Medizin	48 493	23	29 797	67	18 695	56	48 493	23	—		—	—
5. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	4 274	20	2 532	76	1 741	44	4 274	20	—	—	—	—
B. Universität Freiburg.												
6. Neubau eines Gebäudes für die Universitätsbibliothek, III. Rate	937	48	937	48	—	—	937	48	—	—	—	—
7. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	3 720	75	3 469	19	158	75	3 627	94	—	—	92	81
8. Erstellung eines Ergänzungsbaues für die Frauenklinik	37 907	29	36 091	22	14 216	07	50 307	29	12 400	—	—	—
9. Zur Verzinsung der aus Mitteln des Grundstocks der Hochschule auszuführenden Erweiterung des chemischen Laboratoriums — medizinische Abteilung — durch Erstellung eines besonderen Hörsaals mit Nebenräumen, Einrichtung eines Laboratoriums für physikalische Chemie und Verbesserung der Heizungseinrichtung im ganzen Gebäude	7 000	—	3 148	41	3 851	56	7 000	—	—	—	—	—
10. Größere bauliche Herstellungen und Verbesserungen an Universitätsgebäuden . .	17 519	03	3 241	56	14 269	54	17 511	10	—	—	7	93
11. Für Vorarbeiten zum Neubau eines allgemeinen Kollegienhauses	4 447	23	600	—	603	10	1 203	10	—	—	3 244	13
12. Neubau für das mineralogisch-geologische Institut, I. Rate	50 000	—	50 000	—	—	—	50 000	—	—	—	—	—
C. Technische Hochschule.												
13. Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeiten zu Zwecken der internationalen Vereinigung für Erdmessung	1 008	76	1 006	60	2	16	1 008	76	—	—	—	—
14. Neubau eines chemischen Laboratoriums, I. Rate	89 699	03	89 699	03	—	—	89 699	03	—	—	—	—
15. Wegen Herstellung einer Zufahrtsstraße, Anlage der Entwässerung und Ordnung der Umgebung bei den Neubauten der Technischen Hochschule	11 770	63	2 236	44	9 047	26	11 283	70	—	—	486	93
16. Erstellung einer Zentrale für elektrische Beleuchtung	58 659	20	48 216	62	21 042	58	69 259	20	10 600	—	—	—
17. Erstellung und Einrichtung eines mechanischen Laboratoriums	33 859	43	14 269	83	29 589	60	43 859	43	10 000	—	—	—
18. Ergänzung des Lehrmaterials und der Institutseinrichtungen	5 503	59	3 800	04	1 703	55	5 503	59	—	—	—	—
19. Größere bauliche Herstellungen in den Anstaltsgebäuden	14 182	94	5 388	16	8 777	98	14 166	14	—	—	16	80
Übertrag . .	471 357	04	306 804	43	141 421	07	448 225	50	33 000	—	56 131	54

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
I. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Übertrag	471 357	04	306 804	43	141 421	07	448 225	50	33 000	—	56 131	54
D. Mittel- und Volksschulen.												
20. Für Bearbeitung einer Statistik des Unterrichtswesens	7 000	—	1 086	82	3 718	80	4 805	62	—	—	2 194	38
21. Neubau eines Gymnasiums in Mannheim, III. Rate	—	—	38 252	56	—	—	38 252	56	38 252	56	—	—
22. Erweiterungsbau für die Lehrerbildungsanstalt in Meersburg	59 021	40	56 758	39	13 328	01	70 086	40	11 065	—	—	—
23. Herstellung einer neuen Einfriedigung des Geländes des Lehrerseminars II in Karlsruhe	1 586	67	1 559	80	26	62	1 586	42	—	—	—	25
24. Zur praktischen Ausbildung von Lehrern (Lehrerinnen) an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten, Blinden- und Taubstummenanstalten: b. für Lehrer der übrigen Unterrichtsfächer	28	03	28	03	—	—	28	03	—	—	—	—
25. Zur Ausbildung von Lehrern für den Handfertigkeitsunterricht	75	—	75	—	—	—	75	—	—	—	—	—
26. Zur Abhaltung von Übungskursen für Zeichenlehrer an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Volksschulen	1 101	53	1 101	53	—	—	1 101	53	—	—	—	—
E. Gewerbliche Unterrichtsanstalten.												
27. Erweiterung des Gebäudes der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, II. Rate	67 169	61	67 169	61	—	—	67 169	61	—	—	—	—
28. Erweiterung des Gebäudes der Baugewerkeschule, I. Rate	50 000	—	10 668	75	39 331	25	50 000	—	—	—	—	—
29. Einrichtung eines Brausebads in der Uhrmacherschule Furtwangen	343	84	251	12	20	45	271	57	—	—	72	27
30. Zur Beschaffung mustergültiger Zeichenvorlagen und Modelle für Gewerbeschulen	217	79	217	79	—	—	217	79	—	—	—	—
31. Beihilfen zu Studienreisen für Lehrer der gewerblichen Fachschulen	2 768	53	2 768	53	—	—	2 768	53	—	—	—	—
32. Zur Veranstaltung einer Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten	5 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 000	—
Summe I.	665 669	44	486 742	36	197 846	20	684 588	56	82 317	56	63 398	44
									63 398	44		
II. Von der Etatperiode 1900/1901.									18 919	12		
A. Universität Heidelberg.												
1. Für Miete von Unterrichtsräumen	10 600	—	5 300	—	5 300	—	10 600	—	—	—	—	—
2. Zur Förderung des Studiums der Theologie durch Stipendien	6 000	—	2 960	—	2 950	—	5 910	—	—	—	90	—
3. Unterstützung der „Neuen Heidelberger Jahrbücher"	2 000	—	1 000	—	1 000	—	2 000	—	—	—	—	—
4. Unterstützung des naturhistorisch-medizinischen Vereins in Heidelberg	2 000	—	1 000	—	1 000	—	2 000	—	—	—	—	—
5. Zuschuß an die Stadtgemeinde Heidelberg zur Verzinsung der Aufwendungen wegen Verlegung des Portlandzementwerkes von Heidelberg nach Leimen	6 250	—	1 250	—	5 000	—	6 250	—	—	—	—	—
Übertrag	26 850	—	11 510	—	15 250	—	26 760	—	—	—	90	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. **Außerordentlicher Etat.**												
I. **Budgetmäßige Ausgaben.**												
II. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
Übertrag	26 850	—	11 510	—	15 250	—	26 760	—	—	—	90	—
A. Universität Heidelberg.												
§ 6 Größere bauliche Veränderungen in den Gebäuden der chirurgischen Klinik, II. Rate (Rest)	61 000	—	46 485	13	30 612	40	77 097	53	16 097	53	—	—
7. Neubau eines Gebäudes für die Universitätsbibliothek, I. Rate	250 000	—	—	—	133 979	10	133 979	10	—	—	116 020	90
8. Erweiterung der Frauenklinik, Einrichtung der Niederdruckdampfheizung und Verbesserung der Abortanlagen in derselben, I. Rate	100 000	—	—	—	60 062	07	60 062	07	—	—	39 937	93
9 Größere bauliche Herstellungen und Verbesserungen an Universitätsgebäuden	60 000	—	8 454	26	34 016	90	42 471	16	—	—	17 528	84
10. Zur Deckung der Mehrkosten wegen Erstellung eines Anbaues an das chemische Institut	14 400	—	—	—	7 734	96	7 734	96	—	—	6 665	04
10. a. Zur besseren Ausstattung des chemischen Laboratoriums, insbesondere zur Ermöglichung einer Vermehrung der Arbeitsplätze in demselben	20 000	—	9 734	56	11 955	07	21 689	63	1 689	63	—	—
11. Anschluß der klinischen Anstalten, sowie des physikalischen und mineralogisch-geologischen Instituts in Heidelberg an das städtische Elektrizitätswerk und Einrichtung der elektrischen Anlage in den genannten Universitätsbauten	39 000	—	10 366	45	21 191	76	31 558	21	—	—	7 441	79
12. Erwerbung von Gelände für das akademische Krankenhaus	35 390	—	35 662	60	—	—	35 662	60	272	60	—	—
12. a. Erwerbung eines Anwesens an der Voßstraße in Heidelberg	85 000	—	85 000	—	—	—	85 000	—	—	—	—	—
12. b. Erwerbung des Geländes der Stadtgärtnerei in Heidelberg	34 000	—	34 000	—	—	—	34 000	—	—	—	—	—
13. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	14 000	—	6 434	95	783	—	7 217	95	—	—	6 782	05
14 Für bauliche Veränderungen in der Irrenklinik	25 000	—	18 873	34	9 656	11	28 529	45	3 529	45	—	—
14. a. Neubau einer Ohrenklinik, I. Rate	100 000	—	—	—	92 139	83	92 139	83	—	—	7 860	17
B. Universität Freiburg.												
15. Neubau eines Gebäudes für die Universitätsbibliothek:												
a. zur Fertigstellung des Baues	239 700	—	124 879	72	53 708	36	178 588	08	—	—	61 111	92
b. für die innere Einrichtung, I. Rate	28 600	—	—	—	25 000	—	25 000	—	—	—	3 600	—
16. Neubau für das mineralogisch-geologische Institut:												
a. für den Bau, II. Rate	140 000	—	76 622	56	63 377	44	140 000	—	—	—	—	—
b. für die innere Einrichtung, I. Rate	38 720	—	—	—	38 720	—	38 720	—	—	—	—	—
17. Unterstützung der von der naturforschenden Gesellschaft in Freiburg herausgegebenen Publikationen	2 000	—	2 000	—	—	—	2 000	—	—	—	—	—
18. Unterstützung der Gesellschaft für Förderung der Geschichtskunde in Freiburg	1 000	—	500	—	500	—	1 000	—	—	—	—	—
Übertrag	1 314 660	—	470 523	57	598 687	—	1 069 210	57	21 589	21	267 038	64

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. **Außerordentlicher Etat.**												
I. **Budgetmäßige Ausgaben.**												
II. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
Übertrag . .	1 314 660	—	470 523	57	598 687	-	1 069 210	57	21 589	21	267 038	64
B. Universität Freiburg.												
§ 19 Zur Verzinsung der Aufwendungen des Grundstocks der Universität für den Erweiterungsbau des chemischen Laboratoriums — medizinische Abteilung — und die Erwerbung des Bauplatzes für das geologisch-mineralogische Institut	17 970		2 073	15	6 182	24	8 255	39	—	—	9 714	61
20. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	34 000	—	14 759	52	16 101	21	30 860	73	—	—	3 139	27
21. Erstellung eines Barackenbaues für den Unterricht in der physikalischen Chemie .	94 620		495	40	41 080	82	41 576	22	—	—	53 043	78
22 Innere Einrichtung des Ergänzungsbaues der Frauenklinik	55 000	—	8 822	94	44 090	50	52 913	44	—	—	2 086	56
23. Größere bauliche Herstellungen und Verbesserungen an Universitätsgebäuden . .	33 000		19 786	23	8 352	03	28 138	26	—	—	4 861	74
24 Verbesserung der Abortanlage der psychiatrischen Klinik	4 100	—	3 500	—	108	88	3 608	88	—	-	491	12
25. Erweiterung der psychiatrischen Klinik . .	36 530	—	—		15 484	77	15 484	77	—	—	21 045	23
25. a. Neubau eines größeren physikalischen Hörsaales	91 000	—	35 278	45	60 203	60	95 482	05	4 482	05	—	
25 b. Zur Vornahme baulicher Herstellungen und zur Verbesserung der inneren Einrichtung im chemischen Laboratorium — philosophische Abteilung —, Vervollständigung und Ergänzung der apparativen Ausstattung desselben und Einrichtung einer Handbibliothek	45 800	—	34 809	08	10 990	92	45 800	—	—	—	—	—
25 c. Zur Verzinsung des Aufwandes für die Erweiterung des Wirtschaftsgebäudes des klinischen Hospitals	6 000	-	—	—	4 685	18	4 685	18	—	—	1 314	82
C. Technische Hochschule.												
26. Neubau eines chemischen Laboratoriums, II. Rate	300 000	—	76 642	82	194 996	25	271 639	07	—	—	28 360	93
27. Ergänzung des Lehrmaterials und der Institutseinrichtungen	14 000	—	6 885	21	4 532	38	11 417	59	—	—	2 582	41
28 Vervollständigung der Einrichtung des elektrotechnischen Instituts	11 000	—	11 000	—	—	—	11 000	—	—	—	—	—
29. Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeiten zu Zwecken der internationalen Vereinigung für Erdmessung	2 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 000	—
30 Ergänzung des Inventars der Unterrichtsräume	5 000	—	2 650	20	1 340	77	3 990	97	—	-	1 009	03
D. Mittel- und Volksschulen.												
32. Für Bearbeitung einer Statistik des Unterrichtswesens, II. Rate	3 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 000	—
33 Neubau eines zweiten Gymnasiums in Freiburg, I. Rate	150 000	—	—	—	2 132	55	2 132	55	—	—	147 867	45
34. Erweiterungsbau für das Lehrerseminar in Ettlingen, I. Rate	100 000	—	—	—	50 832	22	50 832	22	—	—	49 167	78
Übertrag . .	2 317 680	—	687 226	57	1 059 801	32	1 747 027	89	26 071	26	596 723	37

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. **Außerordentlicher Etat.**												
1. **Budgetmäßige Ausgaben.**												
II. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
Übertrag	2 317 680	—	687 226	57	1 059 801	32	1 747 027	89	26 071	26	596 723	37
D. Mittel- und Volksschulen.												
§ 35. Einrichtung einer Beleuchtungsanlage und einer Zentralheizungsanlage in der Lehrerbildungsanstalt in Meersburg	26 900	—	10 000	—	26 900	—	36 900	—	10 000	—	—	—
36. Herstellung fester Gehwege um das Anwesen des Lehrerseminars II in Karlsruhe	11 000	—	6 339	19	3 247	35	9 586	54	—	—	1 413	46
37. Zur Herstellung von Vorlagen und Modellen für den Zeichenunterricht an den Mittelschulen	5 000	—	207	91	1 147	70	1 355	61	—	—	3 644	39
E. Gewerbliche Unterrichtsanstalten.												
38. Ankauf der Kraut'schen Sammlung für das Kunstgewerbemuseum, Schlußrate	4 500	—	3 000	—	1 500	—	4 500	—	—	—	—	—
39. Erweiterung des Gebäudes der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, Schlußrate	230 000	—	185 518	22	45 159	06	230 677	28	677	28	—	—
40. Ergänzung der inneren Einrichtung der Kunstgewerbeschule Karlsruhe	30 000	—	5 191	19	22 883	42	28 074	61	—	—	1 925	39
41. Erweiterung der Lehrmittelsammlung der Kunstgewerbeschule Pforzheim, Schlußrate	4 800	—	—	—	2 572	35	2 572	35	—	—	2 227	65
42. Erweiterung des Gebäudes der Baugewerkeschule, II. Rate	173 000	—	—	—	105 063	70	105 063	70	—	—	67 936	30
43. Zur Beschaffung mustergültiger Zeichenvorlagen und Modelle für Gewerbeschulen	5 000	—	4 398	71	603	45	5 002	16	2	16	—	—
44. Zur Unterstützung besonderer Unterrichtskurse an Gewerbeschulen	16 000	—	—	—	16 000	—	16 000	—	—	—	—	—
45. Beihilfe zu Studienreisen für Lehrer der gewerblichen Fachschulen	6 000	—	5 881	47	—	—	5 881	47	—	—	118	53
46. Zur Veranstaltung einer Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten, Schlußrate	5 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 000	—
Summe II.	2 834 880	—	907 763	26	1 284 878	35	2 192 641	61	36 750	70	678 989	09
Hierzu Summe I.	665 669	44	486 742	36	197 846	20	684 588	56	82 317	56	63 398	44
Summe B. 1.	3 500 549	44	1 394 505	62	1 482 724	55	2 877 230	17	119 068	26	742 387	53
											119 068	26
											623 319	27
2. **Auf Administrativkredit.**												
Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Erwerbung von Gelände an der Voßstraße in Heidelberg	—	—	120 000	—	—		120 000	—	120 000	—	—	—
2. Erwerbung des der Stadtgemeinde Heidelberg gehörigen früheren Gebäudes der Museumsgesellschaft — Grabengasse Nr. 3 — in Heidelberg	—	—	—	—	375 000	—	375 000	—	375 000	—	—	—
3. Neubau für das mineralogisch-geologische Institut der Universität Freiburg:												
a. für den Bau	—	—	—	—	38 664	18	38 664	18	38 664	18	—	—
b. für die innere Einrichtung	—	—	—	—	4 655	02	4 655	02	4 655	02	—	—
Übertrag	—	—	120 000	—	418 319	20	538 319	20	538 319	20	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰
Ausgabe.												
B. **Außerordentlicher Etat.**												
2. Auf Administrativkredit.												
Übertrag	—	—	120 000	—	418 319	20	538 319	20	538 319	20	—	—
§ 4. Ausschreiben einer Konkurrenz zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Kollegiengebäudes für die Universität Freiburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Neubau für die Universitätsbibliothek Freiburg:												
a. für den Bau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b. für die innere Einrichtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Lehrerbildungs- und Taubstummenanstalt in Meersburg	—	—	13 145	72	44 854	28	58 000	—	58 000	—	—	—
7. Erwerbung von Schränken für das Kunstgewerbemuseum in Karlsruhe	—	—	—	—	8 288	63	8 288	63	8 288	63	—	
Summe B. 2.	—	—	133 145	72	471 462	11	604 607	83	604 607	83	—	—
Hierzu Summe B. 1.	3 500 549	44	1 394 505	62	1 482 724	55	2 877 230	17	—	—	623 319	
Summe B. Außerordentlicher Etat	3 500 549	44	1 527 651	34	1 954 186	66	3 481 838	—	604 607	83	623 319	
											604 607	
Hierzu											18 711	
Summe A. Ordentlicher Etat	18 629 864	—	9 241 394	[illegible]9	9 455 262	59	18 696 657	38	66 793	38	—	—
Summe Ausgabe Titel IX.	22 130 413	44	10 769 046	13	11 409 449	25	22 178 495	38	66 793	38	18 711	
									18 711	44		
									48 081	94		
Einnahme.												
Titel III. Unterrichtswesen.												
Mittel- und Volksschulen.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
1. Anteil der Gemeinden am Aufwand für die Bezüge der Volksschullehrer:												
1. Jahresbeiträge für die ständigen Lehrerstellen	5 303 660	—	2 666 431	22	2 672 720	90	5 339 152	12	35 492	12	—	
2. Schulgeld	1 330 840	—	664 760	32	668 855	03	1 333 615	35	2 775	35	—	
2. Honorare für den Druck und Verlag des Volksschullesebuchs	10 200	—	3 213	—	13 607	50	16 820	50	6 620	50	—	—
3. Sonstige Einnahmen	50	—	—	01	5	08	5	09	—	—	44	91
Summe A. Ordentlicher Etat	6 644 750	—	3 334 404	55	3 355 188	51	6 689 593	06	44 887	97	44	91
									44	91		
									44 843	06		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
Titel III. Unterrichtswesen.												
Mittel- und Volksschulen.												
B. Außerordentlicher Etat.												
Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ 1. Beitrag der Stadt Karlsruhe zum Neubau eines chemischen Laboratoriums der Technischen Hochschule	100 000	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	—	—
2. Brandentschädigung für den östlichen Flügel des Marstallgebäudes in Heidelberg . .	26 694	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 694	—
Summe B. Außerordentlicher Etat . .	126 694	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	26 694	—
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat .	6 644 750	—	3 334 404	55	3 355 188	51	6 689 593	06	44 843	06	—	—
Summe Einnahme Titel III. . .	6 771 444	—	3 434 404	55	3 355 188	51	6 789 593	06	44 843	06	26 694	—
									26 694	—		
									18 149	06		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Bossert.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel IX. Unterrichtswesen.

A. Ordentlicher Etat.

II. Mittel- und Volksschulen.

A. Oberschulrat.

Zu § 9. Die Vergütung eines vorzugsweise zur Erledigung statistischer Arbeiten verwendeten Kanzleibeamten wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1901 an auf die im außerordentlichen Etat „Für Bearbeitung einer Statistik des Unterrichtswesens“ vorgesehenen Mittel übernommen; ferner war die Referendärstelle während 8 Wochen unbesetzt; endlich erhielten neueingetretene Beamte niedrigere Vergütungen, als im Budget vorgesehen war.

Dem Minderaufwand steht ein Mehraufwand unter § 11 „Sonstige persönliche Ausgaben“ gegenüber.

Zu § 10. Der Mehraufwand ist zufälliger Natur

Zu § 11. Infolge Erkrankung von Beamten ist die Einstellung von Aushilfen erforderlich gewesen. Ferner erforderte der Geschäftsstand der Kanzlei längere Zeit die ununterbrochene Verwendung von Hilfspersonen

Zu § 12. Die Heizung und Beleuchtung der gemieteten Diensträume, die hohen Preise der Brennmaterialien, sowie ein größerer Bedarf an Druckarbeiten haben den Mehraufwand verursacht.

Zu § 14. Der Mehraufwand ist auf eine stärkere Beteiligung an den Prüfungen für das höhere Lehramt und an den Dienstprüfungen der Volksschullehrer, sowie auf die sich mehrenden Extraneerprüfungen zurückzuführen.

Zu § 15. Mehraufwand infolge des starken Geschäftsverkehrs; überdies hat die Portobauschsumme im Jahr 1901 bei ihrer Neufestsetzung eine erhebliche Erhöhung erfahren.

B. Kreisschulvisitaturen.

Zu § 18. Der Aufwand für die Dienstreisen der Kreisschulräte läßt sich bei der Budgetaufstellung nicht genau feststellen, da die auswärtigen Dienstgeschäfte nach Maßgabe des Bedürfnisses vorzunehmen sind.

Zu § 21. Der Mehraufwand ist durch unverschiebliche Anschaffungen von Bureaugerätschaften entstanden.

Zu § 22. Hier gilt das zu § 15 Gesagte.

C. Gymnasien und Progymnasien.

Zu § 23. Mehraufwand für die von der Staatskasse an die Gymnasien Bruchsal und Rastatt zu leistenden Entschädigungen für Brennholz infolge Steigerung der Holzpreise.

Zu § 24. Der Mehraufwand wurde hauptsächlich durch unvorhergesehene Stellvertretungskosten, Zugskosten und Mietzinsentschädigungen, sowie durch die höheren Preise für die Heizmaterialien verursacht.

D. Lehrerbildungsanstalten.

Zu § 28. Der Mehraufwand ist im wesentlichen durch die Vornahme unverschieblicher baulicher Herstellungen, sowie durch größere Kosten für Heizung und Beleuchtung entstanden.

Zu § 30. Die Erhöhung des Staatsbeitrags war besonders durch den erhöhten baulichen Aufwand einer Anstalt nötig geworden.

Zu § 32. Der erhöhte Staatszuschuß war zur Deckung des außerordentlichen Bauaufwandes der Anstalt erforderlich.

Zu § 35. Der Mehraufwand ist durch die Bewilligung einer Unterstützung an eine Industrielehrerin behufs deren Ausbildung entstanden.

Zu § 36. Die Reisekosten der mit der Prüfung von Handarbeitsschulen betrauten Handarbeitslehrerinnen waren höher, als bei der Budgetaufstellung angenommen wurde.

Zu § 37. Im Jahr 1900 war die Anzahl der abgehaltenen Lehrerkonferenzen eine geringere, als bei der Budgetaufstellung angenommen wurde, daher die Ersparnis.

E. Blindenerziehungs- und Taubstummen-Anstalten.

Zu § 38. Der Mehraufwand ist fast ausschließlich auf den $1\frac{1}{2}\%$igen Abzug am Gehaltsetat zurückzuführen.

F. Realmittelschulen.

Zu § 40. Die Ersparnis rührt daher, daß die für einige Anstalten nach Maßgabe der Satzungen vorgesehene Erhöhung des ständigen Staatsbeitrags infolge späterer Besetzung der betreffenden Lehrerstellen nur für einen Teil der Budgetperiode wirksam wurde.

Zu § 41. Der Mehraufwand rührt hauptsächlich von der Zahlung beziehungsweise Aufrechnung der nach Maßgabe des Etatgesetzes — Artikel 17 — an die Beamtenwitwenkasse zu leistenden und gegebenenfalls satzungsgemäß auf die Staatskasse zu übernehmenden Zuschüsse, sowie von unvorhergesehenen Stellvertretungskosten her.

Zu § 43. Es wurden Versetzungen in größerem Umfange vorgenommen, als bei der Budgetaufstellung angenommen werden konnte.

Zu § 44. Die vorgesehenen Mittel wurden nicht vollständig in Anspruch genommen

G. Höhere Mädchenschulen.

Zu § 46. Die vorgesehenen Mittel wurden nicht in Anspruch genommen.

H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen.

Zu § 48. Es sind weniger Anträge auf Zuschußbewilligung eingekommen, als angenommen war

J. Volksschulen.

Zu § 51. Der Mehraufwand wurde durch die Errichtung neuer Unterlehrerstellen veranlaßt. Dem Mehraufwand steht unter Titel III. der Einnahme — Unterrichtswesen § 1 — eine Mehreinnahme an Gemeindebeiträgen gegenüber

Zu § 52. Der Mehraufwand ist durch umfangreichere Einstellung von Aushilfen für erkrankte oder sonst dienstbehinderte Lehrer verursacht

Zu § 53. Die Zahl der im dienstlichen Interesse vorgenommenen Versetzungen von Lehrern war größer, als bei der Budgetaufstellung angenommen wurde.

Zu § 54 a. Der Mehraufwand ist durch die Ersparnis aus früheren Budgetperioden, welche auf die folgenden Perioden übertragbar sind (Artikel 29 letzter Absatz des Etatgesetzes), gedeckt.

Zu 54 b. Die angeforderten Mittel sind nicht vollständig erforderlich gewesen.

Zu § 55. Die Ersparnis ist auf die nächste Budgetperiode übertragbar (§ 30 letzter Absatz des Etatgesetzes) und wird in dieser zur Verwendung gelangen.

Zu § 57. Der Mehraufwand ist in der Hauptsache die Folge der durch Errichtung neuer Stellen bedingten Erhöhung des Schulaufwands bezugsberechtigter Gemeinden.

Zu § 59. Eine Bürgerschule, für welche die Zuschüsse für 1900 und 1901 vorgesehen waren, kam erst im Spätjahr 1901 zur Errichtung.

Zu § 60. Der Mehrausgabe steht eine entsprechende Mehreinnahme an Honorar für den Druck und Verlag des Volksschullesebuchs (vergleiche Titel III. § 2 der Einnahme) gegenüber.

Zu § 61 Der Aufwand unter dieser Rubrik ist zufälliger Natur und kann daher bei der Budgetaufstellung nicht genau festgestellt werden.

K. Für besondere Unterrichtszwecke.

Zu § 63. Der Mehraufwand ist durch die Abhaltung eines etwas zahlreicher besuchten Handfertigkeitskurses für Lehrer an Volksschulen verursacht worden.

Zu § 64. Die für fraglichen Zweck vorgesehenen Mittel sind in der Periode 1900/1901 nicht vollständig erforderlich geworden.

III. Gewerbliche Unterrichtsanstalten.

A. Gewerbeschulrat.

Zu § 67. Für Stellvertretungen sind Ausgaben nicht erwachsen.

Zu § 68. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch die Kosten herbeigeführt worden, welche durch den Besuch der Pariser Weltausstellung durch ein Kollegialmitglied entstanden sind.

Zu § 71. Die Ersparnis ist auf den Ausfall der Zeichenlehrerprüfung im Jahr 1901 zurückzuführen.

Zu §§ 74, 76. Die Aufwendungen blieben hinter den Erwartungen zurück.

B. Gewerbeschulinspektion.

Zu § 79. Die Besetzung der Stelle eines Handelsschulinspektors hat sich im Laufe der Etatperiode wegen der Schwierigkeit der Gewinnung einer geeigneten Persönlichkeit nicht ermöglichen lassen.

J. Gewerbeschulen.

Zu § 97. Eine Anzahl Lehrstellen wurde erst im Laufe der Etatperiode besetzt.

Zu §§ 97/98. Unter den unständigen Staatsbeiträgen sind die auf die Staatskasse entfallenden Gehaltsanteile der Lehrer inbegriffen. Für die Begründung der Überschreitung trifft deshalb die allgemeine Vorbemerkung zu den Gehalts- und Wohnungsgeldetats zu.

Zu § 100. Die Überschreitung rührt von außergewöhnlichen Ersatzleistungen für doppelt zu zahlende Mietzinse infolge von Versetzungen her.

B. Außerordentlicher Etat.

1. Budgetmäßige Ausgaben.

I. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 2. Infolge der projektierten Verlegung des Güterbahnhofs in Heidelberg ist Aussicht vorhanden, daß auch die zollamtliche Niederlage in die Nähe des neuen Bahnhofs verlegt wird. Das an das Universitätsreitinstitut anstoßende derzeitige Gebäude der Zollniederlage wird dann für einen anderen staatlichen Zweck verfügbar werden. Um sich für diesen Fall vollständige Freiheit in der Bebauung des Platzes zu wahren, erschien es zweckmäßig, das Marstallgebäude nicht in dem früher angenommenen Umfang, sondern nur insoweit wiederherzustellen, daß das ruinenhafte Aussehen des Baues beseitigt wurde und derselbe als einfacher Stall wieder in Benützung genommen werden konnte. Infolge dieser bescheideneren Instandsetzung, deren Kosten zum großen Teil aus der Brandentschädigung für das abgebrannte Gebäude gedeckt werden konnten, ergibt sich eine namhafte Ersparnis gegenüber der Budgetbewilligung.

Zu § 8. Die Überschreitung rührt im wesentlichen daher, daß wegen der ungünstigen Beschaffenheit des Baugrundes, die nicht vorausgesehen werden konnte, da seiner Zeit bei der Errichtung der anstoßenden Gebäude der Frauenklinik bei der Fundamentierung Schwierigkeiten sich nicht ergeben haben, eine bedeutende Tieferlegung der Fundamente sowie die Anwendung besonderer Sicherungsvorkehrungen gegen Senkung des Mauerwerks notwendig wurden.

Zu § 11. Der bis Ende 1901 nicht verwendete Betrag fällt der Großherzoglichen Staatskasse heim. Zur Deckung der Kosten für die weiteren Vorarbeiten (Ausschreiben einer Konkurrenz zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Kollegiengebäudes für die Universität Freiburg) wurde ein Administrativkredit von 25 000 ℳ erwirkt. (Siehe B. 2. Auf Administrativkredit. Ordnungszahl 4.)

Zu § 15. Die Herstellungen sind vollendet.

Zu §§ 16 und 17. Die maschinelle Einrichtung der elektrischen Zentrale dient gleichzeitig als Lehrmittel für Unterrichtszwecke und bildet in dieser Beziehung einen Bestandteil des mechanischen Laboratoriums. Hinsichtlich der Anschaffungen und der Abrechnung war deshalb eine strenge Trennung zwischen der elektrischen Zentrale und dem mechanischen Laboratorium nicht durchführbar. Die Ausführung der Anlagen fiel in die Zeit der stärksten Beanspruchung der Industrie und mußten infolge der

allgemeinen Preissteigerung für die erforderlichen Maschinen, Apparate ꝛc. ꝛc. erheblich höhere Beträge, als in den Voranschlägen vorgesehen, bezahlt werden. Es ergab sich ferner die Notwendigkeit, für die elektrische Zentrale eine größere Dampfmaschine anzuschaffen und die Rohrleitung komplizierter, als ursprünglich beabsichtigt war, zur Ausführung zu bringen. Auch die Anschaffung einer Zusatzdynamomaschine, eines Wasserreinigungsapparates für Speisewasser und einer Dampfpumpe, sowie ein nicht unerheblicher Mehraufwand für die Akkumulatoren, die elektrische Installation, Transmissionen und dergleichen ließ sich nicht vermeiden.

Zu § 20. Ein höherer Aufwand, wie nachgewiesen, ist in der Periode 1900/1901 nicht entstanden.

Zu § 21. Die Überschreitung ist auf den Mehraufwand bei der Erd- und Maurerarbeit infolge des ungünstigen Bauterrains sowie auf das Mehrmaß bei der Steinhauer- und Verputzarbeit zurückzuführen. Auch wurden statt einfacher Fußlambris in den Gängen sowohl als den Schulzimmern Brustlambris in der Höhe von 1,2 m angebracht, welche im Voranschlag nicht vorgesehen waren.

Zu § 22. Der Erweiterungsbau verursachte besonders infolge der schwierigen Fundamentierung einen höheren Kostenaufaufwand, als seiner Zeit angenommen wurde.

Zu § 32. Der Kredit erlischt, da die geplante Ausstellung erst im Jahre 1902 stattfand. Vergleiche die Erläuterung zu § 38 des außerordentlichen Etats für 1902/1903 — Spezialbudget Titel X. III.

II. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 2, 7, 10, 11, 13, 14 a., 15, 19—25, 25 c., 26, 27, 29 und 30. Die verbliebenen Kreditreste kommen in der Etatperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Zu § 6. Im Laufe der Umbauarbeiten erwiesen sich verschiedene früher nicht vorgesehene Arbeiten, Herstellungen und Reparaturen als dringend notwendig, die zur Vermeidung späterer nochmaliger Betriebsstörungen und im Interesse der Kostenersparnis gleichzeitig mit den übrigen Bauarbeiten zur Ausführung gebracht werden mußten. So war die Herstellung eines entsprechenden Sterilisationsraumes mit einem neu zu beschaffenden Sterilisationsofen und die Einrichtung neuer Räume zur Aufbewahrung von Verbandstoffen nicht zu umgehen, da die bisherigen Räume für den erweiterten Betrieb unzureichend geworden waren. Zur Gewinnung weiter notwendiger Schlafräume für das Personal mußte der Dachstock der chirurgischen Pavillons I. und II. ausgebaut werden. Die Nebenräume des Operationssaales waren größer anzulegen, wobei auch die Deckenkonstruktion des Operationssaales vollständig erneuert werden mußte. Ferner war die teilweise Erneuerung der Wasser- und Gasleitungen, sowie infolge des Dachstockausbaues die Erweiterung der Heizungsanlage erforderlich. Auch ergaben sich insbesondere an den Zu- und Abluftzügen umfangreiche Reparaturen.

Zu § 10 a. Bei der hauptsächlich durch die eingetretene Vermehrung der Übungsplätze bedingten Ergänzung der Ausstattung des chemischen Laboratoriums ergab sich, obwohl die Anschaffungen auf das Allernotwendigste beschränkt wurden, eine Überschreitung von 5 881 ℳ 49 ₰, die vorzugsweise durch die apparative Ausstattung und Vervollständigung der sonstigen Einrichtung des neu erstellten sogenannten Medizinerbaues verursacht wurde. Von dem bezeichneten Mehraufwand wurde im Jahr 1901 der Betrag von 1 689 ℳ 83 ₰ verwendet, während der Rest im Jahr 1902 zur Verwendung kommt.

Zu § 12. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgte am 7. August 1900 und wurden bis zu diesem Tage auch die Zinsen, die im Budget nur bis 1. Juli 1900 berechnet waren, entrichtet. Außerdem waren dem Eigentümer beziehungsweise Verkäufer die Auslagen für die Herstellung eines Abschlusses des Grundstücks zu ersetzen.

Zu § 14. Die Mittel des Reservefonds der Irrenklinik in Heidelberg mußten infolge der andauernden Überfüllung der Anstalt und der eingetretenen Preissteigerung für Lebensmittel, Kohlen und sonstige Bedürfnisse für den laufenden Betrieb der Klinik in Anspruch genommen werden, so daß dieselben zur teilweisen Bestreitung der Kosten für größere bauliche Herstellungen, wie dies nach den Erläuterungen zum Budget beabsichtigt war, nicht mehr herangezogen werden konnten. Bei dieser Sachlage erübrigte nur, die genehmigten baulichen Veränderungen auf das dringlichst Notwendige zu beschränken und die Kosten hierfür, soweit die Budgetbewilligung nicht ausreichte, durch Überschreitung der letzteren zu decken.

Zu § 25 a. Die elektrische Einrichtung des physikalischen Instituts in Freiburg erwies sich infolge des Neubaues eines größeren physikalischen Hörsaales als unzulänglich, da die vorhandenen Maschinen weder für die Beleuchtung noch für die Ventilation des neuen Hörsaales genügten. Dem dringenden Antrag des Institutsvorstandes entsprechend, wurde demgemäß der Anschluß des neuen Hörsaals an die städtische elektrische Zentrale, sowie die durch diesen Anschluß bedingte Anschaffung verschiedener Apparate für wissenschaftliche Zwecke genehmigt, wobei im Interesse der Sicherheit des Betriebs und der Kostenersparnis die erforderlichen Schalttafeln im Maschinensaal und im Hörsaal jetzt schon in der Weise eingerichtet werden sollten, wie dies bei dem für später in Aussicht genommenen Anschluß des ganzen Instituts erforderlich würde. Durch diese Maßnahmen, die in der Hauptsache notwendigerweise in Verbindung mit der Erstellung des Hörsaals auszuführen waren, wird gegenüber der Budgetbewilligung ein Mehraufwand von rund 9 000 ℳ erwachsen, von dem im Jahr 1901 der Betrag von 4 482 ℳ 05 ₰ verausgabt wurde.

Zu §§ 32, 33, 34, 36 und 37. Die verbliebenen Kreditreste kommen in der Etatperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Zu § 35. Die Einrichtung der Zentralheizungsanlage verursachte infolge der Aufstellung eines weiteren Dampfkessels und der Einrichtung einer Dampfkochanlage einen höheren Aufwand.

Zu §§ 40—42, 45, 46. Die verbliebenen Reste kommen in der Etatperiode 1902/1903 zur Verwendung.

2. Auf Administrativkredit.

Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1—7. Vergleiche das dem Landtage 1901/1902 vorgelegte Verzeichnis der Administrativkredite Ordnungszahl 2 bis mit 8.

Einnahme.

Titel III. Unterrichtswesen.

A. Ordentlicher Etat.

Mittel- und Volksschulen.

Zu § 1. Infolge Vermehrung der Schülerzahl in einer Anzahl von Gemeinden und der hierdurch bedingten Errichtung neuer Lehrerstellen haben sich die Beiträge dieser Gemeinden gemäß § 52 des Elementar-Unterrichtsgesetzes erhöht

Zu § 2. Die Mehreinnahme ist hauptsächlich auf den Druck des Lesebuchs für die Fortbildungsschulen zurückzuführen.

Zu § 3. Diese Einnahmen sind zufälliger Natur und daher zum voraus nicht genau festzustellen.

B. Außerordentlicher Etat.

Zu § 2. Die Auszahlung der Brandentschädigung erfolgte im Jahre 1902.

Titel X. Wissenschaften und Künste.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
1. Sammlungengebäude:												
a. Gehalte	6 420	—	3 250	—	3 250	—	6 500	—	80	—	—	—
b. Wohnungsgeld	960	—	500	—	500	—	1 000	—	40	—	—	—
c. Sonstige persönliche Ausgaben	2 160	—	1 160	63	818	62	1 979	25	—	—	180	75
d. Sachlicher Aufwand	12 600	—	6 929	94	6 709	02	13 638	96	1 038	96	—	—
2. Hof- und Landesbibliothek:												
a. Gehalte	24 920	—	12 650	—	12 650	—	25 300	—	380	—	—	—
b. Wohnungsgeld	3 120		1 630	—	1 630	—	3 260	—	140	—	—	—
c. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	7 800	—	4 368	36	3 429	99	7 798	35	—	—	1	65
d. Sonstige persönliche Ausgaben	100	—	50	—	50	—	100	—	—	—	—	—
e. Sachlicher Aufwand	31 000	—	17 752	70	14 597	73	32 350	43	1 350	43	—	—
3. Münzkabinett:												
a. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	4 000	—	321	20	1 701	48	2 022	68	—	—	1 977	32
b. Sachlicher Aufwand	1 200	—	484	82	707	93	1 192	75	—	—	7	25
4. Erhaltung alter Baudenkmale:												
a. Gehalte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b. Wohnungsgeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
c. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	6 000	—	3 008	05	2 929	80	5 937	85	—	—	62	15
d. Sonstige persönliche Ausgaben	7 000	—	2 000	—	3 722	—	5 722	—	—	—	1 278	—
e. Sachlicher Aufwand	18 000	—	7 895	35	10 104	65	18 000	—	—	—	—	—
5. Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde:												
a. Gehalte	19 480	—	9 880	—	8 130	—	18 010	—	—	—	1 470	—
b. Wohnungsgeld	2 620	—	1 360	—	1 068	33	2 428	33	—	—	191	67
c. Sonstige persönliche Ausgaben	500	—	250		250	—	500	—	—	—	—	—
d. Sachlicher Aufwand	17 000	—	12 019	96	4 979	69	16 999	65	—	—	—	35
6 Naturalienkabinette:												
1. in Karlsruhe:												
a. Gehalte	2 660	—	1 350	—	1 350	—	2 700	—	40	—	—	—
b. Wohnungsgeld	480	—	—	—	—	—	—	—	—	—	480	—
c. Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	10 400	—	3 869	74	6 400		10 269	74	—	—	130	26
d. Sonstige persönliche Ausgaben	2 200	—	1 010	98	1 109	54	2 120	52	—	—	79	48
e. Sachlicher Aufwand	10 000	—	3 398	33	7 560	45	10 958	78	958	78	—	—
2. in Mannheim	1 714	—	857	—	857	—	1 714	—	—	—	—	—
7. Sternwarte bei Heidelberg:												
a. Ordentliche Staatsdotation	64 800	—	32 400	—	32 400	—	64 800	—	—	—	—	—
b. Wohnungsgeld	2 660	—	1 380	—	1 380	—	2 760	—	100	—	—	—
8. Kunstsammlungen:												
1. Kunsthalle in Karlsruhe	18 172	—	9 085	71	9 085	71	18 171	42	—	—	—	58
2. Gemäldegallerie und Antikensammlung in Mannheim	5 070	—	2 535	31	2 535	31	5 070	62	—	62	—	—
9. Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe:												
a. Staatsdotation	167 460	—	83 730	—	83 730	—	167 460	—	—	—	—	—
b. Wohnungsgeld	8 500	—	4 081	67	3 821	78	7 903	45	—	—	596	55
10. Zu Stipendien für Gelehrte und Künstler	19 000	—	7 950	—	11 050	—	19 000	—	—	—	—	—
11. Hoftheater in Mannheim	46 000	—	25 251	16	23 000	—	48 251	16	2 251	16	—	—
12. Für die Kunstausstellung	6 000	—	3 000	—	3 000	—	6 000	—	—	—	—	—
13. Für die zoologische Station in Neapel	4 000	—	2 000	—	2 000	—	4 000	—	—	—	—	—
14. Zur Förderung wissenschaftlicher und vaterländischer Unternehmungen:												
1. der Zeitschrift für Sprache, Literatur und Völkerkunde des Oberrheins „Alemannia"	240	—	—	—	240	—	240	—	—	—	—	—
2. des germanischen Nationalmuseums in Nürnberg	1 972	—	986	—	986	—	1 972	—	—	—	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	536 208	—	268 396	91	267 735	03	536 131	94	6 379	95	6 456	01
											6 379	95
											76	06

Budgets- und Rechnungs-Rubriken	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen		Rechnungs-Soll 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
I. Von der Etatperiode 1898/1899.												
1. Ergänzung und Verbesserung des Aufbewahrungsmaterials für die Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und des Naturalienkabinetts in Karlsruhe	8 129	92	3 791	60	4 338	32	8 129	92	—	—	—	—
2. Ordnung und Inventarisation der dem Münzkabinett einverleibten Karl Ziegler'schen Münz- und Medaillensammlung, sowie Veröffentlichung eines Katalogs dieser Sammlung	1 693	05	707	50	972	—	1 679	50	—	—	13	55
3. Staatliche Unterstützung zur Erhaltung und Restaurierung alter Baudenkmale	1 383	08	1 383	08	—	—	1 383	08	—	—	—	—
4. Für Publikationen der Großherzoglichen Sternwarte, sowie zur Fortführung des Werkes über badische Volksüberlieferungen	1 169	31	—	—	2 629	85	2 629	85	1 460	54	—	—
5. Fortführung der Inventarisation und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums	13	63	13	63	—	—	13	63	—	—	—	—
Summe I.	12 388	99	5 895	81	7 940	17	13 835	98	1 460	54	13	55
II. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Staatliche Unterstützung zur Erhaltung und Restaurierung alter Baudenkmale	58 000	—	6 202	62	30 651	09	36 853	71	—	—	21 146	29
2. Zur Publikation der Funde der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und der Großherzoglichen Sternwarte	2 300	—	—	—	55	—	55	—	—	—	2 245	—
3. Fortführung der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins	4 000	—	2 487	03	1 512	97	4 000	—	—	—	—	—
4. Fortführung der Inventarisation und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums	10 000	—	6 348	53	3 650	68	9 999	21	—	—	—	79
5. [illegible]	18 000	—	13 759	50	3 982	25	17 741	75	—	—	258	25
6. [illegible]	2 400	—	1 200	—	1 425	—	2 625	—	225	—	—	—
7. [illegible]	2 000	—	1 000	—	1 000	—	2 000	—	—	—	—	—
8. [illegible]	33 968	—	33 844	52	—	—	33 844	52	—	—	123	48
9. [illegible]	18 532	—	18 587	77	—	—	18 587	77	55	77	—	—
10. [illegible]	2 500	—	[illegible]		[illegible]		2 500	—	—	—	—	—
11. [illegible]	3 500	—			[illegible]		[illegible]		—	—	3 500	—
Summe II.	[illegible]		[illegible]		[illegible]		[illegible]		[illegible]	77	27 273	81

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
1. Budgetmäßige Ausgaben.												
II. Von der Etatperiode 1900/1901.												
§ Übertrag .	156 680	—	84 245	96	45 441	—	129 686	96	280	77	27 273	81
12. Anschluß der Sternwarte in Heidelberg an jene zu Straßburg, sowie an die früheren Sternwarten in Mannheim und Karlsruhe durch telegraphische Längenbestimmung	1 600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 600	—
13. Erstellung zweier Drehkuppeln für die Sternwarte	13 000	—	5 033	02	6 573	31	11 606	33	—	—	1 393	67
Summe II. .	171 280	—	89 278	98	52 014	31	141 293	29	280	77	30 267	48
Hierzu „ I. . .	12 388	99	5 895	81	7 940	17	13 835	98	1 460	54	13	55
Summe B. 1. . .	183 668	99	95 174	79	59 954	48	155 129	27	1 741	31	30 281	03
											1 741	31
											28 539	72
2. Auf Administrativkredit.												
Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Veranstaltung einer Jubiläumskunstausstellung in Karlsruhe im Jahre 1902 . .	—	—	—	—	80 900	—	80 900	—	80 900	—	—	—
Summe B. 2. .	—	—	—	—	80 900	—	80 900	—	80 900	—	—	—
Hierzu „ B. 1. . .	183 668	99	95 174	79	59 954	48	155 129	27	—	—	28 539	72
Summe B. Außerordentlicher Etat . .	183 668	99	95 174	79	140 854	48	236 029	27	80 900	—	28 539	72
									28 539	72		
Hierzu									52 360	28		
Summe A. Ordentlicher Etat .	536 208	—	268 396	91	267 735	03	536 131	94	—	—	76	06
Summe Ausgabe Titel X. . .	719 876	99	363 571	70	408 589	51	772 161	21	52 360	28	76	06
									76	06		
									52 284	22		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Bossert.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel X. Wissenschaften und Künste.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1 c. Der für Schreibaushilfe und Aushilfe im Heizerdienst vorgesehene Betrag wurde nicht vollständig in Anspruch genommen.

Zu § 1 d. Die Mehrausgabe ist durch den Aufschlag der Kohlenpreise veranlaßt.

Zu § 2 e. Die Bestände der Hof- und Landesbibliothek wurden im Jahr 1900 auf weitere 10 Jahre gegen Feuerschaden versichert. Durch die Vorauszahlung der Prämien für die ganze Versicherungsdauer, wobei 2 Freijahre gewährt wurden, ist die Überschreibung verursacht worden.

Zu § 3 a. Die Stelle des wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeilers konnte erst vom 1. November 1900 ab besetzt werden und zwar für die erste Zeit mit einer geringeren als der im Budget genehmigten Vergütung.

Zu § 4 d. Der technische Hilfsbeamte des Großherzoglichen Konservators wurde erst im Jahre 1901 eingestellt.

Zu § 6 e. Die Mehrkosten sind durch die in Angriff genommene Neuetikettierung der Sammlungsgegenstände, vermehrten Aufwand für Reinigung und einige zur Ausfüllung von Lücken gebotene Erwerbungen für die Sammlungen entstanden.

Zu § 11. Die Subvention für das Hoftheater in Mannheim wurde früher im Termin 1. November und beziehungsweise 1 Dezember bezahlt. Die Neuregelung der Zuschußleistung (vergleiche die Erläuterungen zum Budget 1900/1901) erfolgte mit Wirkung vom 1. Januar 1900 und kamen demgemäß die Betreffnisse der früheren Subvention für November und Dezember 1899 mit 2 251 ℳ 16 ₰ im Jahr 1900 weiter zur Auszahlung.

B. Außerordentlicher Etat.

1. Budgetmäßige Ausgaben.

I. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 4 Bei der Zusammenstellung des Manuskripts zur Veröffentlichung der Beobachtungen des früheren Vorstandes der Großherzoglichen Sternwarte in Mannheim, Geheimrats Schönfeld, über veränderliche Sterne stellte sich heraus, daß noch weiteres diesbezügliches Material vorhanden gewesen sein müsse. Die angestellten Nachforschungen hatten das erfreuliche Resultat, daß das Gesuchte in Bonn, wo Schönfeld später wirkte, aufgefunden wurde. Dabei zeigte sich, daß ein Beobachtungsmaterial von erheblich größerem Umfang, darum aber auch von sehr bedeutenderem Wert für die Astronomie vorlag, als anfänglich angenommen worden war. Durch die Herausgabe dieser umfangreicheren Beobachtungen wurden nun nicht nur die in dem Budget für 1896/1897 und 1898/1899 für Publikationen der Sternwarte bewilligten Mittel vollständig in Anspruch genommen, sondern noch um den Betrag von 1 460 ℳ 54 ₰ überschritten. Eine Zurückstellung der Veröffentlichung erschien im Hinblick auf die hervorragende wissenschaftliche Bedeutung des fraglichen Beobachtungsmaterials und die auf dessen Zusammenstellung seitens des derzeitigen Vorstandes der astrometrischen Abteilung der Sternwarte verwendete beträchtliche Arbeit und Mühe nicht wohl angängig.

II. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 2, 5, 11, 12 und 13. Die verbliebenen Kreditreste kommen in der Etatperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Zu § 6. Um den Hilfsarbeiter für wissenschaftliche Genealogie beim Großherzoglichen Generallandesarchiv, dem ein Anerbieten zum Eintritt in den preußischen Archivdienst gemacht worden war, in seiner bisherigen Stellung zu erhalten, wurde die im Budget vorgesehene Vergütung von jährlich 1 200 ℳ mit Wirkung vom 1. April 1901 an auf 1 500 ℳ erhöht. Eine weiter in Aussicht gestellte Erhöhung der Vergütung auf jährlich 1 800 ℳ vom Jahr 1902 ab ist inzwischen im Budget 1902/1903 bewilligt worden.

2. Auf Administrativkredit.

Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu § 1. Vergleiche das dem Landtag 1901/1902 vorgelegte Verzeichnis der Administrativkredite Ordnungszahl 9.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Vierte Abteilung.

Ministerium des Innern.

Inhalt.

Vorbemerkung: Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Hauptabteilung I. Staatsministerium, Seite 1.

Ausgabe und Einnahme des Ministeriums des Innern mit Branchen (Hauptübersicht).

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	Rechnungs-Soll. 1901.	Rechnungs-Soll. Summe.	Dieses gegen jenen mehr.	Dieses gegen jenen weniger.
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat.						
§ Titel I. Ministerium.						
1. Gehalte	349 270 —	175 235 33	169 467 —	344 702 33	— —	4 567 67
2. Wohnungsgeld	43 720 —	22 553 05	22 832 50	45 385 55	1 665 55	— —
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	23 200 —	10 302 75	10 965 55	21 268 30	— —	1 931 70
4. Sonstige persönliche Ausgaben	6 800 —	3 749 56	4 216 05	7 965 61	1 165 61	— —
5. Sachliche Amtsunkosten	48 000 —	24 925 61	27 345 96	52 271 57	4 271 57	— —
Summe Titel I.	470 990 —	236 766 30	234 827 06	471 593 36	7 102 73	6 499 37
					6 499 37	
					603 36	
Titel II. Landeskommissäre.						
1. Gehalte	92 810 —	47 240 06	46 607 —	93 847 06	1 037 06	— —
2. Wohnungsgeld	11 200 —	5 895 44	5 830 —	11 725 44	525 44	— —
3. Sonstige persönliche Ausgaben	3 600 —	2 416 05	2 010 08	4 426 13	826 13	— —
4. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	8 720 —	5 306 80	5 896 31	11 203 11	2 483 11	— —
5. Sachliche Amtsunkosten	17 914 —	8 176 62	10 602 02	18 778 64	864 64	— —
Summe Titel II.	134 244 —	69 034 97	70 945 41	139 980 38	5 736 38	— —
Titel III. Verwaltungsgerichtshof.						
1. Gehalte	104 180 —	51 917 09	53 262 92	105 180 01	1 000 01	— —
2. Wohnungsgeld	13 160 —	6 755 —	6 722 91	13 477 91	317 91	— —
3. Sonstige persönliche Ausgaben	180 —	110 —	454 59	564 59	384 59	— —
4. Sachliche Amtsunkosten	7 000 —	4 160 68	3 502 68	7 663 36	663 36	— —
Summe Titel III.	124 520 —	62 942 77	63 943 10	126 885 87	2 365 87	— —
Titel IV. Verwaltungshof.						
1. Gehalte	313 630 —	155 537 96	154 712 52	310 250 48	— —	3 379 52
2. Wohnungsgeld	39 700 —	19 953 19	20 524 83	40 478 02	778 02	— —
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	10 320 —	4 991 22	5 109 18	10 100 40	— —	219 60
4. Sonstige persönliche Ausgaben	7 100 —	4 536 05	7 004 56	11 540 61	4 440 61	— —
5. Für sachliche Amtsunkosten	19 800 —	12 237 76	14 156 58	26 394 34	6 594 34	— —
Summe Titel IV	390 550 —	197 256 18	201 507 67	398 763 85	11 812 97	3 599 12
					3 599 12	
					8 213 85	
Titel V. Generallandesarchiv.						
1. Gehalte	50 480 —	24 855 —	26 305 —	51 160 —	680 —	— —
2. Wohnungsgeld	8 020 —	4 180 —	4 180 —	8 360 —	340 —	— —
3. Sonstige persönliche Ausgaben	4 820 —	2 412 60	5 011 28	7 423 88	2 603 88	— —
4. Sachlicher Aufwand	12 100 —	7 892 87	5 719 30	13 612 17	1 512 17	— —
Summe Titel V	75 420 —	39 340 47	41 215 58	80 556 05	5 136 05	— —
Übertrag	1 195 724 —	605 340 69	612 438 82	1 217 779 51	22 055 51	— —

Budgets- und Rechnungs-Rubriken	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll 1900.	1901	Summe.	Dieses gegen jenen mehr.	weniger.
	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰
Ausgabe.						
A. **Ordentlicher Etat**						
Übertrag	1 195 724	605 310 69	612 438 82	1 217 779 51	22 055 51	— —
Titel VI. Obereichungsamt.						
1. Tagegelder und Reisekosten	2 100	546 04	205 —	751 04	— —	1 348 96
2. Sachliche Amtsunkosten	1 460	795 15	2 883 07	3 678 22	2 218 22	—
Summe Titel VI	3 560 —	1 341 19	3 088 07	4 429 26	2 218 22	1 348 96
					1 348 96	
					869 26	
Titel VII. Rheinschiffahrtsbehörden						
1. Rheinschiffahrtszentralkommission	1 800	894 81	981 21	1 876 02	76 02	— —
2. Rheinschiffahrtsinspektion	2 640	1 320	1 320	2 640 —	— —	— —
Summe Titel VII	4 440	2 214 81	2 301 21	4 516 02	76 02	—
Titel VIII. Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze.						
a. Fabrikinspektion.						
1. Gehalte	40 220	19 975 —	20 850 —	40 825	605 —	— —
2. Wohnungsgeld	5 960	3 100 —	3 100	6 200 —	240 —	—
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	8 000 —	2 805 66	4 000 —	6 805 66	—	1 194 34
4. Sonstige persönliche Ausgaben	3 000 —	1 268 96	1 875 84	3 144 80	144 80	— —
5. Sachliche Amtsunkosten	10 500	5 777 90	5 136 53	10 914 43	414 43	— —
Summe	67 680 —	32 927 52	34 962 37	67 889 89	1 404 23	1 194 34
b. Arbeiterversicherung						
6. Landesversicherungsamt	11 600 —	5 428 18	6 157 54	11 585 72	—	14 28
7. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, Unfall- und Invalidenversicherung	24 160 —	8 581 65	17 490 45	26 072 10	1 912 10	— —
8. Staatskommissar	— —	—	— —	— —	— —	— —
9. Versicherungsanstalt Baden	—	—	— —	— —	— —	— —
10. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	6 600 —	3 300 —	3 300 —	6 600 —	—	— —
Summe b	42 360 —	17 309 83	26 947 99	44 257 82	1 912 10	14 28
Hierzu Summe a	67 680	32 927 52	34 962 37	67 889 89	1 404 23	1 194 34
Summe Titel VIII	110 040 —	50 237 35	61 910 36	112 147 71	3 316 33	1 208 62
					1 208 62	
					2 107 71	
Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei (Beilage 1)	9 827 050 —	5 129 831 39	5 396 395 53	10 526 226 92	699 176 92	— —
Titel X. Allgemeine Sicherheitspolizei.						
1. Gehalte	1 517 870 —	745 568 50	753 873 11	1 499 441 61	— —	18 428 39
2. Wohnungsgeld	158 320 —	69 629 51	72 593 57	142 223 08	— —	16 096 92
3. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	4 980 —	2 814 75	2 485 77	5 300 52	320 52	— —
4. Sonstige persönliche Ausgaben	2 040 —	1 115 33	1 888 —	3 003 33	963 33	— —
5. Tagegelder und Reisekosten	5 940 —	2 264 74	3 287 26	5 552 —	— —	388 —
6. Kommandozulagen der Mannschaft	33 600 —	19 291 25	17 430 47	36 721 72	3 121 72	— —
Übertrag Titel X.	1 722 750 —	840 684 08	851 558 18	1 692 242 26	4 405 57	34 913 31
Übertrag Titel I.–IX.	11 140 814 —	5 788 965 43	6 076 133 99	11 865 099 12	724 285 42	

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen. ℳ	₰	Rechnungs-Soll. 1900. ℳ	₰	1901. ℳ	₰	Summe. ℳ	₰	Dieses gegen jenen mehr. ℳ	₰	weniger. ℳ	₰
Ausgabe.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
Übertrag Titel I.—IX.	11 140 814	—	5 788 965	43	6 076 133	99	11 865 099	42	724 285	42	—	—
Titel X. Allgemeine Sicherheitspolizei.												
Übertrag Titel X.	1 722 750	—	840 684	08	851 558	18	1 692 242	26	4 405	57	34 913	31
§												
7. Umzugskosten	17 520	—	11 511	62	7 896	34	19 407	96	1 887	96	—	—
8. Heilkosten	5 820	—	4 178	74	5 395	36	9 574	10	3 754	10	—	—
9. Für besondere Belohnungen	2 400	—	840	—	1 560	—	2 400	—	—	—	—	—
10. Sachliche Amtsunkosten	43 440	—	19 540	25	22 664	76	42 205	01	—	—	1 234	99
11. Bekleidung	58 850	—	31 340	90	29 537	61	60 878	51	2 028	51	—	—
12. Bewaffnung	5 690	—	3 947	66	878	49	4 826	15	—	—	863	85
13. Pferdeausrüstung und Unterhaltung, sowie Pferdeersatz	19 970	—	8 384	72	7 787	11	16 171	83	—	—	3 798	17
14. Druckkosten	12 400	—	7 164	10	8 676	53	15 840	63	3 440	63	—	—
15. a. Postporto	23 080	—	11 524	82	15 099	50	26 624	32	3 544	32	—	—
b. Eisenbahnfracht und sonstige Versendungskosten	1 140	—	593	75	517	37	1 111	12	—	—	28	88
c. Telegraphengebühren	400	—	212	68	387	82	600	50	200	50	—	—
16. Sonstige Ausgaben	740	—	515	36	721	59	1 236	95	496	95	—	—
Summe Titel X.	1 914 200	—	940 438	68	952 680	66	1 893 119	34	19 758	54	40 839	20
											19 758	54
Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.											21 080	66
1. Lehrgelderfonds	2 100	—	1 050	—	1 050	—	2 100	—	—	—	—	—
2. Beiträge zu den Anstalten für Erziehung und Besserung verwahrloster jugendlicher Personen	32 800	—	15 773	36	48 916	15	64 689	51	31 889	51	—	—
3. Beitrag an den Verein für Beschäftigung und Versorgung erwachsener Blinder	2 000	—	1 000	—	1 000	—	2 000	—	—	—	—	—
4. Staatsbeitrag an die Badanstaltenverwaltung für das Landesbad und das Inhalatorium	69 100	—	34 550	—	34 550	—	69 100	—	—	—	—	—
5. Beitrag zum Aufwand der Idiotenanstalt in Mosbach	10 000	—	5 000	—	5 000	—	10 000	—	—	—	—	—
6. Beitrag zum Aufwand der Anstalt für epileptische Kinder in Kork	6 000	—	3 000	—	3 000	—	6 000	—	—	—	—	—
7. Staatsbeitrag an den badischen Frauenverein, Abteilung III für Krankenpflege	12 000	—	6 000	—	6 000	—	12 000	—	—	—	—	—
8. Staatszuschuß zur Fürsorgekasse für Gemeindebeamte	36 236	—	18 000	—	20 304	46	38 304	46	2 068	46	—	—
9. Beitrag zu dem Aufwand für die Lungenheilanstalt Friedrichsheim bei Marzell	20 000	—	10 000	—	10 000	—	20 000	—	—	—	—	—
Summe Titel XI.	190 236	—	94 373	36	129 820	61	224 193	97	33 957	97	—	—
Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten (Beilage 2)	3 706 200	—	1 835 041	78	1 913 740	75	3 748 782	53	42 582	53	—	—
Titel XIII. Polizeiliches Arbeitshaus (Beilage 3)	269 492	—	118 974	15	122 774	89	241 749	04	—	—	27 742	96
Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik (Beilage 4)	168 370	—	72 836	98	84 512	25	157 349	23	—	—	11 020	77
Titel XV. Für Förderung der Gewerbe (Beilage 5)	314 140	—	151 733	71	169 970	11	321 703	82	7 563	82	—	—
Titel XVI. Für Förderung der Landwirtschaft (Beilage 6)	1 137 110	—	543 491	98	602 939	81	1 146 431	79	9 321	79	—	—
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues (Beilage 7)	10 005 516	—	4 775 907	20	4 848 676	64	9 624 583	84	—	—	380 932	16
Übertrag	28 846 078	—	14321763	27	14901249	71	29 223 012	98	817 711	53	440 776	55

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	1901.	Summe.	Dieses gegen jenen mehr.	weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat						
Übertrag	28 846 078	14 321 763 27	14 901 249 71	29 223 012 98	817 711 53	440 776 55
Titel XVIII. Verwaltung des Bergwesens						
§						
1. Gehalte . . .	5 000	1 000	1 000 —	2 000 —		3 000
2. Wohnungsgeld . .	1 200				—	1 200
3. Tagegelder und Reisekosten	800	964 56	1 392 38	2 356 94	1 556 94	—
4. Sachliche Amtsunkosten	400	240 35	202 69	443 04	43 04	
5. Versendungskosten:						
a. Postporto	30	36 57	46 40	82 97	52 97	—
b. Sonstige Versendungskosten	10		—	—	—	10 —
Summe Titel XVIII	7 440	2 241 46	2 641 47	4 882 93	1 652 93	4 210 —
						1 652 93
						2 557 07
Titel XIX. Für die geologische Landesaufnahme						
1. Gehalte . . .	25 650	11 311 67	8 670	19 981 67		5 668 33
2. Wohnungsgeld . .	3 580	1 730 83	1 240	2 970 83		609 17
3. Andere persönliche Ausgaben	9 100	4 551	4 550	9 101 —	1	— —
4. Tagegelder und Reisekosten	15 400	8 492 42	7 067 61	15 560 03	160 03	— —
5. Sachlicher Aufwand . .	20 700	9 337 04	9 701 44	19 038 48	—	1 661 52
Summe Titel XIX.	74 430 —	35 422 96	31 229 05	66 652 01	161 03	7 939 02
						161 03
						7 777 99
Titel XX. Allgemeiner Unterstützungs- und Belohnungsfonds.						
1. Für etatmäßige Beamte	28 000	15 727 45	12 271 —	27 998 45	— —	1 55
2. Außerordentliche Belohnungen an technische Beamte	6 720	1 900 —	8 090 —	9 990 —	3 270 —	— —
3. Für das nicht etatmäßige Personal	13 000	7 049	8 116 60	15 165 60	2 165 60	— —
Summe Titel XX	47 720	24 676 45	28 477 60	53 154 05	5 435 60	1 55
					1 55	
					5 434 05	
Titel XXI. Verschiedene und zufällige Ausgaben.						
1. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	42 680 —	26 712 39	27 562 32	54 274 71	11 594 71	— —
2. a. Postporto	12 880 —	6 453 93	11 017 74	17 471 67	4 591 67	— —
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	6 560	4 122 44	4 232 37	8 354 81	1 794 81	—
c. Telegraphengebühren	860	522 91	1 142 57	1 665 48	805 48	
3. Sonstige Ausgaben .	16 200	10 531 80	10 417 04	20 948 84	4 748 84	—
Summe Titel XXI.	79 180	48 343 47	51 372 04	102 715 51	23 535 51	— —
Summe A. Ordentlicher Etat	29 054 848	14 432 447 61	15 017 969 87	29 450 417 48	846 681 09	451 111 61
					451 111 61	
					395 569 48	

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Titel V. Generallandesarchiv.												
1. Drucklegung von Archivinventaren	2 000	—	—	—	1 214	23	1 214	23	—	—	785	77
Summe Titel V.	2 000	—	—	—	1 214	23	1 214	23	—	—	785	77
Titel VI. Obereichungsamt:												
1. Erweiterung der Räumlichkeiten des Obereichungsamts	1 321	47	386	61	1 494	02	1 880	63	559	16	—	—
Summe Titel VI.	1 321	47	386	61	1 494	02	1 880	63	559	16	—	—
Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei (Beilage 1)	233 216	24	147 209	73	80 294	51	227 504	24	—	—	5 712	—
Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten:												
1. Bauliche Herstellungen in Badenweiler	12 526	05	1 076	98	11 423	02	12 500	—	—	—	26	05
2. Erweiterung der Kaltwasserleitung in Badenweiler	76 207	75	—	—	3 107	88	3 107	88	—	—	73 099	87
3. Beihilfen zur Anlage und Erweiterung von öffentlichen Krankenanstalten	130 500	—	120 000	—	10 500	—	130 500	—	—	—	—	—
Summe Titel XI.	219 233	80	121 076	98	25 030	90	146 107	88	—	—	73 125	92
Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten (Beilage 2)	473 962	48	237 793	39	236 501	66	474 295	05	332	57	—	—
Titel XIII. Polizeiliches Arbeitshaus (Beilage 3)	1 504	03	739	87	603	75	1 343	62	—	—	160	41
Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik (Beilage 4)	13 202	44	1 518	20	450	13	1 968	33	—	—	11 234	11
Titel XV. Für Förderung der Gewerbe (Beilage 5)	19 122	61	18 544	27	4 180	11	22 724	38	3 601	77	—	—
Titel XVI. Für Förderung der Landwirtschaft (Beilage 6)	97 295	29	58 721	32	32 801	52	91 522	84	—	—	5 772	45
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues (Beilage 7)	1 302 657	55	698 989	77	494 216	87	1 193 206	64	—	—	109 450	91
Summe α	2 363 615	91	1284 980	14	876 787	70	2 161 767	84	4 493	50	206 241	57
											4 493	50
											201 748	07
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel V. Generallandesarchiv.												
1. Drucklegung von Archivinventaren, II. Rate	2 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 000	—
Summe Titel V.	2 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 000	—
Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei (Beilage 1)	2 235 480	—	397 937	28	803 599	72	1 201 537	—	—	—	1033 943	—
Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten:												
1. Erziehungsanstalt Flehingen	12 520	—	10 089	92	5 528	20	15 618	12	3 098	12	—	—
2. Erweiterung der Kaltwasserleitung und bauliche Herstellungen in Badenweiler	102 500	—	4 673	23	34 241	85	38 915	08	—	—	63 584	92
Übertrag Titel XI.	115 020	—	14 763	15	39 770	05	54 533	20	3 098	12	63 584	92
Übertrag	2 237 480	—	397 937	28	803 599	72	1 201 537	—	—	—	1035 943	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Übertrag	2 237 480	—	397 937	28	803 599	72	1 201 537	—	—	—	1 035 943	—
Übertrag Titel XI.	115 020	—	14 763	15	39 770	05	54 533	20	3 098	12	63 584	92
§ 3. Beitrag zum Aufwand der Idiotenanstalt in Mosbach	15 000	—	15 000	—	—	—	15 000	—	—	—	—	—
4. Beitrag zum Aufwand der Anstalt für epileptische Kinder in Kork	10 000	—	10 000	—	—	—	10 000	—	—	—	—	—
5. Beitrag an den Landesverein für Arbeiterkolonien	8 000	—	8 000	—	—	—	8 000	—	—	—	—	—
6. Beihilfen zur Anlage und Erweiterung von öffentlichen Krankenanstalten	150 000	—	—	—	14 000	—	14 000	—	—	—	136 000	—
7. Zuschuß an die Stadt Baden zur Förderung der Kurinteressen	60 000	—	—	—	49 303	04	49 303	04	—	—	10 696	96
8. Beitrag zum Aufwand der Erziehungsanstalt „Schwarzacherhof"	5 000	—	5 000	—	—	—	5 000	—	—	—	—	—
9. Überleitung der Zwangserziehungsanstalt Flehingen in staatliche Verwaltung	—	—	—	—	37 400	—	37 400	—	37 400	—	—	—
Summe Titel XI.	363 020	—	52 763	15	140 473	09	193 236	24	40 498	12	210 281	88
											40 498	12
											169 783	76
Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten (Beilage 2)	504 246	—	—	—	121 079	78	121 079	78	—	—	383 166	22
Titel XIII. Polizeiliches Arbeitshaus (Beilage 3)	64 250	—	42 857	60	23 368	16	66 225	76	1 975	76	—	—
Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik (Beilage 4)	63 000	—	6 753	19	31 490	48	38 243	67	—	—	24 756	33
Titel XV. Für Förderung der Gewerbe (Beilage 5)	120 840	—	63 800	08	44 267	73	108 067	81	—	—	12 772	19
Titel XVI. Für Förderung der Landwirtschaft (Beilage 6)	1 719 600	—	1 250 090	04	250 723	01	1 500 813	05	--		218 786	95
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues (Beilage 7)	1 258 133		330 825	35	765 703	83	1 096 529	18	—	—	161 603	82
Titel XVIII. Verwaltung des Bergwesens.												
1. Grabungen behufs Gewinnung weiteren Thermalwassers in Baden-Baden	5 000	—	16	—	835	62	851	62	—	—	4 148	38
2. Erwerbung des im Thermalquellengebiet in Baden-Baden gelegenen Hauses Nr. 11 der Höllengasse	28 000	—	—	—	29 000	—	29 000	—	1 000	—	—	—
Summe Titel XVIII.	33 000	—	16	—	29 835	62	29 851	62	1 000	—	4 148	38
											1 000	—
											3 148	38
Summe β.	6 363 569	—	2 145 042	69	2 210 541	42	4 355 584	11	1 975	76	2 009 960	65
											1 975	76
Hierzu											2 007 984	89
Summe α.	2 363 515	91	1 284 980	14	876 787	70	2 161 767	84	—	—	201 748	07
Summe B. Außerordentlicher Etat	8 727 084	91	3 430 022	83	3 087 329	12	6 517 351	95	—	—	2 209 732	96
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	29 054 848	—	14432447	61	15017969	87	29 450 417	48	395 569	48	—	—
Summe der Ausgabe	37 781 932	91	17862470	44	18105298	99	35 967 769	43	395 569	48	2 209 732	96
											395 569	48
											1 814 163	48

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat.												
Titel I. Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze.												
1. Ersatzleistung der Berufsgenossenschaften und der Versicherungsanstalt Baden zur Deckung der von der Staatskasse gemachten sachlichen Aufwendungen für die Schiedsgerichte — § 50 Absatz 5 des Unfallversicherungsgesetzes und § 74 Absatz 6 des Invalidenversicherungsgesetzes	5 600	—	2 620	—	1 395	—	4 015	—	—	—	1 585	—
Titel II. Bezirksverwaltung und Polizei (Beilage 1)	1 922 700	—	985 552	85	1073 596	98	2 059 149	83	136 449	83	—	—
Titel III. Heil- und Pflegeanstalten (Beilage 2)	2 855 036	—	1 424 363	28	1 494 211	76	2 918 575	04	63 539	04	—	—
Titel IV. Polizeiliches Arbeitshaus (Beilage 3)	174 406	—	70 375	77	67 873	04	138 248	81	—	—	36 157	19
Titel V. Landesstatistik (Beilage 4)	780	—	296	86	684	58	981	44	201	44	—	—
Titel VI. Gewerbe (Beilage 5)	36 520	—	20 351	82	22 477	75	42 829	57	6 309	57	—	—
Titel VII. Landwirtschaft (Beilage 6)	29 500	—	15 606	—	17 463	23	33 069	23	3 569	23	—	—
Titel VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues (Beilage 7)	2 518 648	—	1 336 837	16	1 217 315	82	2 554 152	98	35 504	98	—	—
Titel IX. Geologische Landesaufnahme:												
1. Erlös aus der geologischen Karte und sonstigen Veröffentlichungen der geologischen Landesanstalt	1 600	—	1 197	—	788	40	1 985	40	385	40	—	—
Summe Titel IX.	1 600		1 197	—	788	40	1 985	40	385	40	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	7 544 790	—	3857 200	74	3 895 806	56	7 753 007	30	245 959	49	37 742	19
									37 742	19		
									208 217	30		
B. Außerordentlicher Etat.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Titel VIII. Wasser- und Straßenbau (Beilage 7)	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	—	—	169 300	56
Summe α	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	—	—	169 300	56
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel III. Heil- und Pflegeanstalten (Beilage 2)	—	—	4 070	49	391	59	4 462	08	4 462	08	—	—
Titel VII. Landwirtschaft (Beilage 6)	25 000	—	7 837	93	24 381	75	32 219	68	7 219	68	—	—
Titel VIII. Wasser- und Straßenbau (Beilage 7)	177 509	—	19 590	57	42 952	55	62 543	12	—	—	114 965	88
Summe β	202 509	—	31 498	99	67 725	89	99 224	88	11 681	76	114 965	88
											11 681	76
Hierzu											103 284	12
Summe α	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	—	—	169 300	56
Summe B. Außerordentlicher Etat	598 697	12	227 423	77	98 688	67	326 112	44	—	—	272 584	68
Hierzu Summe A Ordentlicher Etat	7 544 790	—	3857 200	74	3 895 806	56	7 753 007	30	208 217	30	—	—
Summe der Einnahme	8 143 487	12	4084 624	51	3 994 495	23	8 079 119	74	208 217	30	272 584	68
											208 217	30
											64 367	38

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums des Innern.

Diehl.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Ministeriums des Innern für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Ministerium des Innern und demselben unterstehende Behörden.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Titel I. Ministerium.

Zu § 3. Die Erübrigung beruht auf der Besetzung einiger Stellen mit jüngeren Beamten, deren Bezüge hinter den im Budget vorgesehenen zurückblieben.

Zu § 4. Der für Dienstaushilfe ausgeworfene Betrag von jährlich 1 500 ℳ hat sich als unzureichend erwiesen, um neben dem Aufwand für unständige Arbeitsleistungen auch noch die Vergütung einer erforderlich gewordenen ständigen Hilfsperson für die Kanzlei bestreiten zu können.

Zu § 5. Der Mehraufwand trifft in der Hauptsache den Kredit der Handkasse des Ministeriums, welcher im Jahr 1900 um 1 050 ℳ, 1901 um 3 000 ℳ erhöht werden mußte. Er ist vornehmlich veranlaßt durch den Mehrbedarf an Schreibmaterialien und Überdruckarbeiten infolge allgemeiner Geschäftszunahme, den erhöhten Aufwand für Gasbeleuchtung infolge Personalvermehrung, das größere Erfordernis an literarischen Werken, endlich die erhebliche Steigerung der Preise für Brennmaterial im Jahr 1901.

Titel II. Landeskommissäre.

Zu § 3. Der Mehraufwand ist durch Stellvertretungen wegen Dienstbehinderung von Beamten, durch Einstellung von Dienstaushilfe wegen Geschäftsvermehrung sowie durch eine außerordentliche Aktenausscheidung nebst Neuordnung der Registratur bei einer Landeskommissärstelle entstanden.

Zu § 4. Der Vollzug des Enteignungsgesetzes veranlaßt die Landeskommissäre zu zahlreicheren Dienstreisen als früher, weshalb der Aufwand an Diäten und Reisekosten eine Erhöhung erfahren hat; außerdem sind infolge Neubesetzungen von Stellen höhere Umzugskosten erwachsen. Im übrigen ist das Ergebnis dieser Position ihrer Natur nach schwankend.

Zu § 5. Vom Mehraufwand entfallen 650 ℳ auf die Handkassenkredite, die wegen vermehrten Bedarfs an Schreibmaterial und Literalien erhöht werden mußten; die restliche Mehrausgabe ist durch nötig gewordene Mobiliarerneuerungen herbeigeführt worden.

Titel III. Verwaltungsgerichtshof.

Zu § 3. Wegen Dienstbehinderung von Beamten sind Stellvertretungskosten entstanden, wofür im Budget Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu § 4. Die Mehrausgabe gründet sich namentlich auf den erhöhten Bedarf an literarischen Werken und die Steigerung der Brennmaterialpreise.

Titel V. Verwaltungshof.

Zu § 4. Wegen erheblicher Geschäftszunahme, insbesondere infolge Neuregelung der dienstlichen Stellung und der Bezüge der Notare, mußten zwei weitere nicht etatmäßige Revidenten eingestellt und die Schreibkräfte auf der Kanzlei vermehrt werden. Auch abgesehen hiervon hat sich der für unständige Dienstaushilfe ausgeworfene Betrag wegen länger andauernder Stellvertretungen in Krankheitsfällen als nicht zureichend erwiesen.

Zu § 5. Die Überschreitung der Budgetbewilligung verteilt sich mit 3 700 ℳ auf den Handkassenkredit und mit 2 894 ℳ 34 ₰ auf die sonstigen sachlichen Unkosten. Sie findet ihre Erklärung einerseits in dem durch die Geschäftszunahme veranlaßten Mehraufwand für Schreib-, Beleuchtungs- und Brennmaterialien, andererseits in der notwendig gewordenen Anmietung zweier weiterer Arbeitszimmer sowie in der Anschaffung weiterer Einrichtungsgegenstände und von drei Schreibmaschinen.

Titel V. Generallandesarchiv.

Zu § 3. Zur Vorbereitung der Überführung des Aktenbestandes des Generallandesarchivs in das im Bau befindliche neue Dienstgebäude erschien es geboten, einen großen Teil des alten Aktenmaterials in seinem Äußern durch Herstellung neuer Decken mit Aufschriften, neuer Verschnürungen und dergleichen ordnungsmäßig instand zu setzen; um diese Arbeit rechtzeitig zu Ende führen zu können, mußten schon im Jahr 1901 zwei weitere Hilfspersonen eingestellt werden, deren Belohnung den Etat mit nicht vorgesehenen 2020 ℳ belasteten. Die restliche Mehrausgabe ist auf die Notwendigkeit mehrmonatlicher Dienstaushilfe in einem Krankheitsfall zurückzuführen.

Zu § 4. Die vorliegende Überschreitung ist hauptsächlich durch Materialanschaffungen für die zu § 3 erwähnten Ordnungsarbeiten veranlaßt worden.

Titel VI. Obereichungsamt.

Zu § 1. Die Ersparnis beruht darauf, das infolge der organisatorischen Veränderungen im Obereichungsamt und der anderweiten erheblicheren dienstlichen Inanspruchnahme der Mitglieder desselben die Visitation der Eichämter nur in beschränkterem Maße vorgenommen werden konnte.

Zu § 2. Infolge der am 1. April 1901 eingetretenen Organisationsänderung — Loslösung des Obereichungsamts von der Münze und Angliederung an die Landesgewerbehalle — wurden auf den gedachten Zeitpunkt zwei Beamten der letzteren Anstalt die Funktionen von Mitgliedern des Obereichungsamts übertragen und denselben für diese Tätigkeit in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1901 einmalige Vergütungen im Betrage vom 1 725 ℳ bewilligt, welche unter dieser Position zur Verrechnung gelangten. Die restliche Mehrausgabe rührt von der Erhöhung der Heizungskosten her.

Titel VIII. Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze.

a. Fabrikinspektion

Zu § 3. Die Stelle der Hilfsarbeiterin wurde erst im August 1900 besetzt, während die Vergütung derselben für das volle Jahr im Budget vorgesehen war.

Zu § 4. Mehraufwand wegen Beschaffung von Dienstkleidung für den Diener und wegen vermehrter Schreibaushilfe.

Zu § 5. Die Überschreitung ist durch den Druck des Berichts der Fabrikinspektion über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter veranlaßt.

b. Arbeiterversicherung.

Zu § 7. Bei der Anforderung ging man von der Annahme aus, daß die gemäß § 3 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, zu errichtenden territorialen Schiedsgerichte nicht vor dem 1. Januar 1902 in Kraft treten werden und glaubte daher, die Mittel nur für den Monat Dezember 1901 anfordern zu müssen. Zufolge kaiserlicher Verordnung vom 22. November 1900 traten die erwähnten Schiedsgerichte jedoch schon am 1. Januar 1901 in Wirksamkeit, wodurch naturgemäß ein Mehraufwand verursacht wurde.

Titel X. Allgemeine Sicherheitspolizei.

Zu § 3. Die etatmäßige Anstellung des Bureaudieners beim Korpsstab erfolgte, statt wie ursprünglich angenommen war, auf 1. Januar, erst auf 31. Mai 1900, weshalb an der Jahresvergütung von 798 ℳ der entsprechende Teilbetrag noch hier zu verausgaben war.

Zu § 4. Ursache der Überschreitung ist die Bestellung von Gerichtsoffizieren, welchen für ihre Inanspruchnahme angemessene Vergütungen zu bewilligen waren; ferner die der Staatskasse zur Last bleibende, die gesetzlichen Leistungen der Beamtenwitwenkasse übersteigende Erhöhung eines Versorgungsgehalts gemäß § 85 des Beamtengesetzes.

Zu § 5. Infolge Erkrankung des früheren Korpskommandeurs haben die Musterungsreisen im Jahr 1900 eine Einschränkung erlitten.

Zu § 6. Die Überschreitung ist durch außerordentliche Kommandierungen, teils anläßlich der Anwesenheit fürstlicher Personen, teils infolge von lange andauernden, durch Krankheiten und Unglücksfälle hervorgerufenen Dienstbehinderungen verursacht.

Zu § 7. Erforderlich gewordene Pensionierungen, insbesondere von Wachtmeistern, hatten eine das gewöhnliche Maß erheblich übersteigende Anzahl von Versetzungen im Gefolge, wodurch die Ausgabesteigerung verursacht wurde.

Zu § 8. Die Überschreitung ist die Folge außergewöhnlich schwerer Erkrankungen und verschiedener Unglücksfälle.

Zu § 10. Infolge mehrfacher Stellenerledigungen kamen die ausgeworfenen Aversen nicht voll zur Verwendung.

Zu § 11. Für den Mehrbedarf an Portepees, welches vom 1. Oktober 1899 an auch den Gendarmen mit 12jähriger vorwurfsfreier Gesamtdienstzeit verliehen wurde, waren Mittel in das Budget nicht eingestellt.

Zu § 12. An den Mitteln für Übungsmunition konnte eine Ersparnis von 300 ℳ erzielt werden; auch sind die Kosten für die Ausrüstung der neu zugegangenen Mannschaft hinter den Voranschlagssätzen zurückgeblieben.

Zu § 13. Die Mittel für die Unterhaltung und Ergänzung der Pferdeausrüstung, für Stallmiete (in Mannheim), für die tierärztliche Behandlung der Pferde und für Pferdeersatz wurden nicht im vollen Betrage in Anspruch genommen.

Zu § 14. Für das badische Fahndungsblatt war ein Mehraufwand von rund 1 260 ℳ und für das deutsche Fahndungsblatt ein solcher von rund 2 180 ℳ erforderlich. Die Höhe der Ausgabe ist von dem jeweiligen Umfang dieser Blätter abhängig.

Zu § 15 a. An die Reichspostverwaltung waren infolge Neufestsetzung der Portobauschsumme für 1. April 1900 bis 31. Dezember 1901 3 569 ℳ 37 ₰ mehr zu bezahlen als im Budget angefordert waren.

Zu § 15 c. Der Mehraufwand besteht in Gebühren für Herstellung verschiedener Telephonverbindungen.

Zu § 16. Die Überschreitung ist in der Hauptsache durch die Kosten von verschiedenen gerichtlichen Untersuchungen verursacht; im übrigen ist der Aufwand unter dieser Position von Zufälligkeiten abhängig.

Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.

Zu § 2. Der Mehraufwand findet seine Erklärung in der auf 1. Januar 1901 erfolgten Überleitung der Erziehungsanstalt Flehingen in staatliche Verwaltung. In dem Mehraufwand sind insbesondere auch alle Betriebskosten (persönlicher und sachlicher Aufwand) für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1901 enthalten, zu deren Bestreitung im Budget außer dem als Staatsbeitrag für die Zentralleitung der Bezirksvereine für Jugendschutz und Gefangenenfürsorge angeforderten Betrage von 5000 ℳ Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu § 8. Der Staatszuschuß richtet sich nach den eingegangenen Beiträgen der Ratschreiber und den bezahlten Ruhegehalten und Hinterbliebenenversorgungen (Witwen- und Waisengelder — § 47 des Fürsorgegesetzes). Da nun in den Jahren 1900 und 1901 die Einkommen der Ratschreiber über den angenommenen Betrag anstiegen und demzufolge auch die zu zahlenden Beiträge zur Fürsorgekasse sich erhöhten, sowie die Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgungen sich etwas höher, als angenommen worden war, beliefen, mußte der Staatszuschuß naturgemäß den Budgetsatz übersteigen.

Titel XVIII. Verwaltung des Bergwesens.

Zu § 3. Der nach dem Rechnungsdurchschnitt gebildete Budgetsatz war zu nieder bemessen, indem eine längere Beurlaubung des Bergmeisters, welche in die Normaljahre fiel und damals einen Rückgang der Reisekosten zur Folge hatte, unberücksichtigt blieb. Außerdem wurde der Mehraufwand teilweise auch durch Gewährung einer Beihilfe an den Bergmeister zum Besuch der Pariser Weltausstellung verursacht.

Titel XIX. Für die geologische Landesaufnahme.

Zu § 5. Die Stelle eines Landesgeologen war infolge Austritts ihres seitherigen Inhabers aus dem badischen Staatsdienst mangels einer geeigneten Kraft während des größten Teils der Budgetperiode unbesetzt, was auch auf den sachlichen Aufwand nicht ohne Einfluß blieb.

Titel XX. Allgemeiner Unterstützungs- und Belohnungsfonds.

Zu § 2. Die Erübrigung aus der Budgetperiode 1898/1899 belief sich auf	9 410 ℳ
hierzu die Budgetbewilligung für 1900/1901 mit	6 720 „
zusammen	16 130 ℳ
Verwendung	9 990 „
somit für 1902/1903 noch verfügbar	6 140 ℳ

Zu § 3. Die zahlreich eingelaufenen begründeten Gesuche, insbesondere von Hinterbliebenen nicht etatmäßiger Beamter, konnten nur durch Überschreitung des Budgetsatzes befriedigt werden.

Titel XXI. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Zu § 1. Im Zusammenhang mit der Geschäftszunahme auf allen Gebieten des Ressorts erforderte das dienstliche Interesse auch eine Vermehrung der auswärtigen Dienstgeschäfte. Zu der Überschreitung hat unter anderm auch der Besuch der Pariser Weltausstellung durch Beamte des Ministeriums und der Fabrikinspektion beigetragen.

Zu § 2 a. Der Mehraufwand beruht in der Hauptsache auf der im Laufe der Budgetperiode auf Grund neuerlicher Feststellungen stattgehabten Erhöhung der Portobauschsumme infolge vermehrten Geschäftsverkehrs.

Zu §§ 2 b und c. Die Mehrausgaben sind ebenfalls auf die Geschäftszunahme zurückzuführen.

Zu § 3. Der Mehraufwand betrifft vorwiegend die Kosten der staatlichen Prüfungen, welche infolge Zunahme der Zahl der Prüfungskandidaten eine Steigerung erfahren haben. Im übrigen sind die unter dieser Position zur Verrechnung gelangenden Ausgaben ihrer Natur nach Schwankungen unterworfen.

B. Außerordentlicher Etat.

I. Etatmäßige Ausgaben.

Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu Titel V. § 1. Die Bearbeitung der Archivinventare konnte nicht in dem Maß gefördert werden, als bei der Budgetaufstellung angenommen war.

Zu Titel VI. § 1. Die Überschreitung ist darauf zurückzuführen, daß im Zusammenhang mit der Erweiterung der Räume des Obereichungsamts Änderungen und Ergänzungen hinsichtlich der Apparate nötig fielen, wofür Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu Titel XI § 2. Der nicht zur Verwendung gelangte Betrag ist im Budget für 1902/1903 als neuer Kredit vorgesehen.

Zu Titel XI. § 9. Vergleiche Ordnungszahl 12 des dem Landtag für 1901/1902 vorgelegten Verzeichnisses der Administrativkredite.

Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu Titel V. § 1. Die Verwendung des im Rest verbliebenen Betrags bleibt für 1902/1903 vorbehalten

Zu Titel XI. § 1. Die Mehrausgabe hängt mit der Übernahme der Erziehungsanstalt Flehingen in staatliche Verwaltung zusammen und ist durch die Erwerbung von zum Betrieb der Anstalt erforderlichem Gelände veranlaßt.

Zu Titel XI. §§ 2, 6, 7. Die Kreditreste bleiben zur Verwendung in den Jahren 1902 und 1903 vorbehalten.

Zu Titel XVIII. § 1. Ebenso.

Zu Titel XVIII. § 2. Das Anwesen war zu einem billigeren Kaufpreis als 29 000 ℳ nicht zu erhalten.

Beilage 1.

Ausgabe Titel IX. und Einnahme Titel II. Bezirksverwaltung und Polizei.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§												
1. Gehalte	3 330 890	—	1 591 540	53	1 641 254	78	3 232 795	31	—	—	98 094	69
2. Wohnungsgeld	481 420	—	223 868	97	227 914	25	451 783	22	—	—	29 636	78
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	869 760	—	409 158	08	422 999	39	832 157	47	—	—	37 602	53
4. Sonstige persönliche Ausgaben	242 760		121 095	29	148 424	35	269 519	64	26 759	64	—	—
5. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	266 480	—	144 385	36	156 187	33	300 572	69	34 092	69	—	—
6. Heilkosten für das Personal der Lokalpolizei	10 640	—	7 283	88	6 961	97	14 245	85	3 605	85	—	—
7. Sachliche Amtsunkosten	189 040	—	112 562	73	135 160	69	247 723	42	58 683	42	—	—
8. Öffentliche Abgaben und andere Lasten	5 800	—	3 690	96	3 459	04	7 150	—	1 350	—	—	—
9. Bauaufwand	100 280	—	48 199	43	63 328	88	111 528	31	11 248	31	—	—
10. Miet- und Wasserzinse	16 520	—	11 373	56	11 424	60	22 798	16	6 278	16	—	—
11. Förderung von Waldanpflanzungen	44 000	—	23 584	48	22 267	27	45 851	75	1 851	75	—	—
12. Staatsbeiträge an Gemeinden	20 000	—	18 874	—	41 467	—	60 341	—	40 341	—	—	—
13. Unterstützung armer Personen	109 320	—	62 353	92	65 239	24	127 593	16	18 273	16	—	—
14. Staatszuschuß an die Kreisverbände	2 000 000	—	1 000 000	—	1 000 000	—	2 000 000	—	—	—	—	—
15. Militärwesen	22 740	—	9 416	33	16 095	54	25 511	87	2 771	87	—	—
16. Lebensmittelprüfungsstation	24 520	—	12 212	80	10 083	82	22 296	62	—	—	2 223	38
17. Impfanstalt	17 400	—	9 855	90	6 715	61	16 571	51	—	—	828	49
19. Medizinalpolizei	271 600	—	215 460	38	180 823	02	396 283	40	124 683	40	—	—
20. Fischereipolizei und Fischereipflege	36 900	—	13 449	59	22 862	98	36 312	57	—	—	587	43
21. Entschädigung für getötete Tiere auf Wiederersatz	69 040	—	29 511	59	66 478	55	95 990	14	26 950	14	—	—
22. Entschädigung für versicherte Tiere auf Wiederersatz	640 000	—	428 280	86	506 446	17	934 727	03	294 727	03	—	—
23. Sonstiger Aufwand in Verwaltungs- und Polizeisachen	896 640	—	552 362	32	543 661	03	1 096 023	35	199 383	35	—	—
24. Versendungskosten:												
a. Postporto	147 300	—	73 755	75	86 377	49	160 133	24	12 833	24	—	—
b. Eisenbahnfracht- und andere Versendungskosten	5 640	—	3 873	71	4 135	14	8 008	85	2 368	85	—	—
c. Telegraphengebühren	6 520	—	3 356	74	6 484	57	9 841	31	3 321	31	—	—
25. Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 840	—	324	23	142	82	467	05	—	—	1 372	95
Summe A. Ordentlicher Etat	9 827 050	—	5 129 831	39	5 396 395	53	10 526 226	92	869 523	17	170 346	25
									170 346	25		
B. Außerordentlicher Etat.									699 176	92		
a. Etatperiode 1898/1899.												
1. Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege	30 716	77	30 716	77	—	—	30 716	77	—	—	—	—
2. Staatsunterstützung für die Erbauung einer festen Neckarbrücke bei Eberbach, 1. Rate	75 000	—	30 000	—	45 000	—	75 000		—	—	—	—
3. Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten von Wasserversorgungsanlagen	29 691	27	29 691	27	—	—	29 691	27	—	—	—	—
4. Staatsbeitrag zur Wasserversorgung der sogenannten Gebietsgemeinden im Amtsbezirk Pforzheim	52 000	—	20 000	—	32 000	—	52 000	—	—	—	—	—
5. Neubau eines Amtshauses in Karlsruhe, III. Rate	—	—	2 231	69	57	14	2 288	83	2 288	83	—	—
6. Neubau eines Amtsgebäudes in Donaueschingen, II. Rate	21 500	22	17 636	31	646	80	18 283	11	—	—	3 217	11
7. Ankauf des Bauplatzes für einen Amthausneubau in Oberkirch	12 000	—	12 000	—	—	—	12 000	—	—	—	—	—
8. Verlegung der Diensträume des Bezirksamts Mannheim in das Kaufhaus	12 307	98	4 933	69	2 590	57	7 524	26	—	—	4 783	72
Summe a.	233 216	24	147 209	73	80 294	51	227 504	24	2 288	83	8 000	83

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
§ **b. Etatperiode 1900/1901.**												
1. Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege	250 000	—	71 515	23	65 344	88	136 860	11	—	—	113 139	89
2. Staatsunterstützung für die Erbauung einer festen Neckarbrücke bei Eberbach, II. Rate	75 000	—	—	—	5 000	—	5 000	—	—	—	70 000	—
2 a. Staatsbeitrag zur Sicherung der Dreisamkorrektion auf Gemarkung Zarten	35 000	—	35 000	—	—	—	35 000	—	—	—	—	—
2 b. Staatsbeitrag zur Enzkorrektion in Pforzheim, 1. Rate	100 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100 000	—
2 c. Staatsbeitrag für die Gemeinde Wehr zur Instandsetzung der Wehra	40 000	—	10 000	—	24 000	—	34 000	—	—	—	6 000	—
3. Staatsunterstützung für Flußüberfahrten	1 500	—	900	—	600	—	1 500	—	—	—	—	—
4. Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten von Wasserversorgungsanlagen	200 000	—	128 113	73	68 117	—	196 230	73	—	—	3 769	27
5. Staatsbeihilfen zur Wasserversorgung der auf der rechten Donauseite gelegenen Heubergorte, II. Rate	96 400	—	40 400	—	—	—	40 400	—	—	—	56 000	—
5 a. Staatsbeiträge zur Wasserversorgung der im Gebiet der Enz und des Saalbachs gelegenen Gemeinden des Amts Pforzheim	130 000	—	24 363	31	10 000	—	34 363	31	—	—	95 636	69
6. Neubau eines Amthauses in Mannheim, I. Rate	600 000	—	5 364	72	287 314	96	292 679	68	—	—	307 320	32
7. Neubau eines Amthauses in Pforzheim, I. Rate	200 000	—	1 295	94	175 139	30	176 435	24	—	—	23 564	76
8. Neubau eines Amthauses in St. Blasien	186 200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186 200	—
9. Erweiterung des Amthauses in Durlach	58 000	—	22 508	24	29 115	11	51 623	35	—	—	6 376	65
10. Geländezukauf zum Bauplatz für ein neues Amthaus in Oberkirch	3 000	—	—	—	123	50	123	50	—	—	2 876	50
11. Erwerbung eines an das Amthausanwesen in Schönau anstoßenden Grundstücks der Stadtgemeinde	3 480	—	3 465	—	—	—	3 465	—	—	—	15	—
12. Ankauf des Amtsgebäudes in Überlingen, II. Rate	20 000	—	20 000	—	—	—	20 000	—	—	—	—	—
13. Erstellung von Dienstwohngebäuden für die Schutzmannschaft in Mannheim, I. Rate	182 900	—	8 449	82	110 345	66	118 795	48	—	—	64 104	52
14. Erstellung eines Gendarmeriedienstgebäudes in Leopoldshöhe	30 500	—	14 446	68	15 525	18	29 971	86	—	—	528	14
15. Herstellung des Schloßstalls Nr. 49 im Großherzoglichen Schloß zu Mannheim für die Pferde der daselbst stationierten berittenen Gendarmen	5 500	—	4 909	91	2 362	02	7 271	93	1 771	93	—	—
16. Erstellung von Pestlaboratorien in Freiburg und Heidelberg	18 000	—	7 204	70	10 612	11	17 816	81	—	—	183	19
Summe b.	2 235 480	—	397 937	28	803 599	72	1 201 537	—	1 771	93	1 035 714	93
Hierzu Summe a.	233 216	24	147 209	73	80 294	51	227 504	24	2 288	83	8 000	83
Summe B. Außerordentlicher Etat	2 468 696	24	545 147	01	883 894	23	1 429 041	24	4 060	76	1 043 715	76
											4 060	76
Hierzu												
											1 039 655	—
Summe A. Ordentlicher Etat	9 827 050	—	5 129 831	39	5 396 395	53	10 526 226	92	699 176	92	—	—
Summe Ausgabe Titel IX.	12 295 746	24	5 674 978	40	6 280 289	76	11 955 268	16	699 176	92	1 039 655	—
											699 176	92
											340 478	08

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
§ **Ordentlicher Etat.**												
1. Beiträge zu den festen Bezügen des Personals der Lokalpolizei	1 074 680		485 137	39	537 555		1 022 692	39	—	—	51 987	61
2. Aus Gebäuden und Grundstücken	57 800	—	30 732	40	31 123	20	61 855	60	4 055	60		—
3. Für Waldpflanzen	14 920		8 320	88	8 861	93	17 182	81	2 262	81	—	
4. Für Benützung der Lebensmittelprüfungsstation	9 480	—	1 537	35	3 459	—	7 996	35	—	—	1 483	65
5. Ersatz der Entschädigungen für getötete Tiere	73 680	—	33 072	95	39 774	25	72 847	20	—	—	832	80
6. Ersatz der Entschädigungen für versicherte Tiere	640 000		397 324	29	425 464	66	822 788	95	182 788	95	—	—
7. Sonstiger Ersatz in Verwaltungs- und Polizeisachen	33 280	—	18 272	29	20 433	83	38 706	12	5 426	12	—	—
8. Verschiedene und zufällige Einnahmen	18 860	—	8 155	30	6 925	11	15 080	41	—		3 779	59
Summe Einnahme Titel II.	1 922 700	—	985 552	85	1 073 596	98	2 059 149	83	194 533	48	58 083	65
									58 083	65		
									136 449	83		

Karlsruhe, im Dezember 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums des Innern.
Gauggel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Amtskassenverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit bestätigt.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

V.d. Lentz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 3. Der Minderaufwand hat sich in der Hauptsache dadurch ergeben, daß die Vermehrung der Schutzmannschaft auch im Laufe der Budgetperiode 1900/1901 mangels verfügbarer Kräfte nicht in dem Umfang stattfinden konnte, als seiner Zeit bei Aufstellung des Budgets angenommen war.

Zu § 4. Der Mehraufwand betrifft hauptsächlich die Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe und ist nicht nur durch Beurlaubungen und Erkrankungen, sowie durch die Einberufung von Beamten zur Ableistung militärischer Übungen, sondern zum Teil auch durch das fortwährende Anwachsen des Geschäftsstandes bei den größeren Bezirksämtern verursacht.

Zu § 5. Die Mehrausgabe ist teils auf die Vermehrung des Beamtenpersonals sowie die Zunahme der Geschäfte in der Bezirksverwaltung, teils auf Zufälligkeiten zurückzuführen, indem insbesondere die Zugskosten nicht im voraus genau veranschlagt werden können.

Zu § 6. Die Überschreitung des Budgetsatzes hängt mit der Vermehrung der Schutzmannschaft zusammen.

Zu § 7. Infolge des durch den rasch anwachsenden Geschäftsstand bei den Bezirksämtern und die dadurch bedingte Vermehrung des Personals sowie Erweiterung der Diensträume hervorgetretenen erhöhten Bedarfs an Kanzleierfordernissen konnten die meisten Ämter mit den auf Grund der Budgetbewilligung festgesetzten Handkassenkrediten nicht ausreichen, und mußten deshalb in den beiden Jahren außerordentliche Zuschüsse mit zusammen rund 40 000 ℳ bewilligt werden. Der weitere Mehraufwand ist durch die Einrichtung der sogenannten Kartenregistratur bei den polizeilichen Meldestellen in Karlsruhe und Mannheim, sowie durch die Anschaffung von Schreibmaschinen — das Stück zu 500 ℳ — für eine größere Anzahl von Ämtern entstanden.

Zu § 8. Der gesamte Brandversicherungsanschlag hat sich durch Zugang von Neubauten und infolge baulicher Veränderungen — Amtsgebäude — um 425 680 ℳ erhöht.

Zu § 9. Trotz der erheblichen Abstriche, die in den Voranschlägen der Bezirksbauinspektionen für die Unterhaltung der Amtsgebäude in den Jahren 1900 und 1901 vorgenommen wurden, nahmen die für begründet erachteten übrigen Anforderungen in diesen Voranschlägen allein schon eine Summe in Anspruch, die dem Budgetsatz nahezu gleich kam. Im Laufe der Budgetperiode trat aber noch eine Reihe weiterer Bedürfnisse hinzu, die wegen ihrer Dringlichkeit ebenfalls befriedigt werden mußten. Die Aufwendungen dieser Art, welche zum Teil recht erheblich waren, wie Hausentwässerungsanlagen, Abortverbesserungen, Wiederherstellung vom Schwamm ergriffener Teile eines Gebäudes, Erweiterung von Diensträumen u. a., konnten jedoch nur mittelst Überschreitung des Budgetsatzes bestritten werden.

Zu § 10. Der Mehraufwand wurde hauptsächlich durch die notwendig gewordene Anmietung weiterer Dienstraumlichkeiten, die Miete von Wohnungen für 2 Polizeiwachtmeister in Mannheim, sowie die Übernahme von bisher teils aus anderen Etatmitteln, teils von den Wohnungsinhabern bestrittenen Wasserzinsen auf gegenwärtige Budgetposition herbeigeführt. Die Mehrausgabe ist übrigens durch Mehreinnahmen an Miet- und Wasserzinsen (vergleiche Einnahme § 2) teilweise ausgeglichen

Zu § 11. Die Überschreitung ist teils durch Mehraufwand für die staatlichen Pflanzschulen infolge Erhöhung der Arbeitslöhne, teils durch Mehrbedarf für Anerkennungsprämien und Staatszuschüsse an Gemeinden und Private für vollzogene Aufforstungen hervorgerufen worden.

Zu § 12. Die Position ist von der II. Kammer der Landstände in dringenden Fällen für überschreitbar erklärt worden. Mit Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 15. November 1900 Nr. 1059/1060 und 9. Mai 1901 Nr. 290/291 wurde eine Überschreitung von 40 000 ℳ genehmigt.

Die Überschreitung ist hauptsächlich verursacht durch Gewährung von Beiträgen in der Höhe von 39 600 ℳ an kleinere Gemeinden mit hohen Umlagen, die genügender Räume für die Gemeindeverwaltung entbehrten, aber zur Erlangung eines eigenen Grundbuchamtes zum Neu- oder Umbau von Rathäusern genötigt waren.

Zu § 13. Die Zahl der nach § 60 des Unterstützungswohnsitzgesetzes zu unterstützenden Personen ist fortwährend Schwankungen unterworfen.

Zu § 15. Den Grundstücksbesitzern in Neibsheim (Amt Bretten) wurden mit Rücksicht auf vorgelegene besondere Verhältnisse zu den von der Militärverwaltung bezahlten Vergütungen für die aus Anlaß des 1899er Kaisermanövers entstandenen Flurschäden ausnahmsweise Zuschüsse in der Höhe der Mehrausgabe bewilligt.

Zu § 16. Der Minderaufwand hat sich durch die auf 1. Januar 1901 verfügte Aufhebung der bakteriologischen Abteilung der Lebensmittelprüfungsstation ergeben.

Zu § 19. Der Mehraufwand ist in erster Linie durch die Maßregeln zur Bekämpfung der Tierseuchen, insbesondere der Maul- und Klauenseuche und der im Laufe der Budgetperiode in verschiedenen Amtsbezirken des badischen Oberlandes ausgebrochenen Rotzkrankheit, sowie durch verschärfte Überwachung der Viehmärkte, Handelsställe und Schlachtstätten, ferner des Viehverkehrs an der Grenze verursacht worden. Diese Überwachungskosten gelangen zum größten Teil wieder zum Ersatz. Zu der Überschreitung hat auch der Aufwand wegen Abhaltung von Fortbildungskursen für beamtete Ärzte mit 4 100 ℳ und Tierärzte mit 1 300 ℳ, wofür im Budget besondere Mittel nicht vorgesehen waren, beigetragen. Sodann haben auch die Impfgebühren infolge der Bevölkerungszunahme die seiner Zeit nach dem Rechnungsdurchschnitt eingestellte Summe erheblich, nämlich um den Betrag von 24 800 ℳ überschritten.

Zu §§ 21 und 22. Diese Ausgaben auf Wiederersatz hängen von Zufälligkeiten ab.

Zu § 23. Die Überschreitung dieser Position betrifft in der Hauptsache:

1. den Aufwand wegen außerordentlicher Unglücksfälle mit rund 8 800 ℳ; zur Befriedigung zahlreicher begründeter Gesuche um Beihilfe wegen Hochwasser-, Hagel- und Brandschaden mußte der Budgetsatz überschritten werden;
2. die Kosten des Verfahrens in Verwaltungs- und Polizeisachen mit 53 000 ℳ Der Grund dieser Mehrausgabe ist in der Geschäftszunahme zu suchen; ein Teil dieser Kosten wird im Sportelwege rückerhoben;
3. die Kosten der Zwangserziehung mit 10 500 ℳ Diese Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Grundlage und sind noch in der Zunahme begriffen; ein Teil derselben gelangt zum Ersatz;
4. die Vergütungen der Bezirksbaukontrolleure mit 39 000 ℳ;
5. die Gebühren der Feuerschauer für die Vor- und Nachschau mit 4 600 ℳ;
6. die Gebühren der Bauschätzer in Feuerversicherungssachen mit 58 500 ℳ.

   Die Mehrbeträge unter Ziffer 4 bis 6 sind auf die rege Bautätigkeit zurückzuführen; übrigens gelangen diese Kosten vollständig zum Ersatz und im Budget des Finanzministeriums Titel III. § 12 zur Vereinnahmung;
7. die Tagegelder und Reisekosten der Bezirkstierärzte für ihre Mitwirkung bei der Gemeindefarrenschau mit 17 300 ℳ; der Mehraufwand steht mit der Übernahme der Kosten für die Tuberkulinimpfung der gekörten Zuchtfarren auf die Staatskasse in Verbindung.

Zu § 24 a. Im Laufe der Budgetperiode fand auf Grund neuerlicher Feststellungen eine Erhöhung der Portobauschsumme statt.

Zu § 24 b. und c. Die Überschreitung der Rechnungsdurchschnitte beruht auf der allgemeinen Geschäftszunahme.

Zu § 25. Diese Ausgaben sind von Zufälligkeiten abhängig.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 5. Die Mehrausgabe ist durch notwendige Ergänzungsarbeiten veranlaßt und bereits in den vergleichenden Darstellungen für 1898/1899 zu Titel IX. B. § 7 (II. Beilagenheft zu den Protokollen der zweiten Kammer von 1901, Seite 68) näher begründet.

Zu § 6. Die Erübrigung wurde hauptsächlich durch Mindermaße erzielt, die sich gegenüber den Berechnungen im Voranschlag bei der Bauausführung ergeben haben.

Zu § 8. Die Budgetbewilligung (20 000 ℳ) beruhte nur auf Schätzung; ihre völlige Verwendung war nicht erforderlich.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 2, 2 b, 2 c, 4, 5 a, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14 und 16. Die Verwendung der im Rest verbliebenen Beträge bleibt für die Budgetperiode 1902/1903 vorbehalten.

Zu § 5. Nachdem noch in der Budgetperiode 1898/1899 für den fraglichen Zweck ein Administrativkredit von 56 000 ℳ zur Verfügung gestellt worden ist, fällt hier der Restkredit in dieser Höhe heim.

Zu § 15. Der Mehraufwand rührt daher, daß seiner Zeit in dem Voranschlag die Kosten für die Jauchegrube nicht berücksichtigt waren.

Einnahme.

Zu § 1. Die in Aussicht genommene Vermehrung der Schutzmannschaft kam mangels verfügbarer Kräfte nicht in dem angenommenen Umfange zum Vollzug.

Zu § 2. Durch die Vermietung weiterer Wohnungen an 2 Polizeiwachtmeister in Mannheim und 2 Gendarmeriebedienstete in Leopoldshöhe, sowie der Polizeiwachtlokale im Amthaus zu Karlsruhe an die Stadt sind der Amtskasse neue Mietzinse zugeflossen, die im Budgetsatz nicht berücksichtigt waren. Auch hat der Umstand, daß verschiedene Dienstwohnungsinhaber ihre Wasserzinse nicht mehr unmittelbar an die Eigentümer der Wasserleitungen, sondern an die Amtskasse entrichten, zur Mehreinnahme beigetragen.

Zu § 3. Der Mehrerlös ist durch eine stärkere Nachfrage nach Pflanzen aus den staatlichen Pflanzschulen veranlaßt worden.

Zu § 4. Vergleiche Erläuterungen zu § 16 der Ausgaben.

Zu §§ 5 und 6. Diese Einnahmen sind von den Ausgaben unter §§ 21 und 22 abhängig.

Zu § 7. Von der Mehreinnahme entfallen auf:

1. Ersatz von Zwangserziehungskosten 4 600 ℳ,
2. Gebühren für Ausübung veterinärpolizeilicher Grenzkontrolle 800 ℳ.

Der Mehrbetrag unter Ziffer 1 hängt mit dem bezüglichen Mehraufwand unter § 23 (10 500 ℳ) zusammen. Die Mehreinnahme unter Ziffer 2 beruht auf der erhöhten Einfuhr von Tieren aus der Schweiz.

Zu § 8. Diese Einnahmen sind ihrer Natur nach wandelbar.

Beilage 2.

Ausgabe Titel XII. und Einnahme Titel III. Heil- und Pflegeanstalten.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
§ Persönlicher Aufwand.												
1. Gehalte	493 010	—	241 915	40	248 131	84	490 047	24	—	—	2 962	76
2. Wohnungsgeld	74 580	—	31 458	10	33 291	88	64 749	98	—	—	9 830	02
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	470 970	—	195 737	59	205 864	65	401 602	24	—	—	69 367	76
4. Sonstige persönliche Ausgaben	28 260	—	13 456	84	16 359	28	29 816	12	1 556	12	—	—
Sachlicher Aufwand.												
5. Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	9 946	—	4 507	43	4 268	10	8 775	53	—	—	1 170	47
6. Aufwand auf Gebäude	118 418	—	58 253	58	55 873	29	114 126	87	—	—	4 291	13
7. Aufwand auf Grundstücke und deren Bewirtschaftung	382 674	—	192 018	06	210 039	37	402 057	43	19 383	43	—	—
8. Aufwand auf den Gewerbebetrieb	62 352	—	35 474	76	36 046	85	71 521	61	9 169	61	—	—
9. Mietzinse	6 936	—	3 468	—	3 468	—	6 936	—	—	—	—	—
10. Aufwand gegen Feuersgefahr	2 692	—	1 042	03	1 264	91	2 306	94	—	—	385	06
11. Verpflegungskosten	1 456 132	—	713 465	31	743 049	63	1 456 514	94	382	94	—	—
12. Heilkosten	78 018	—	49 110	17	56 011	56	105 121	73	27 103	73	—	—
13. Aufwand für Kleidungsstücke	101 726	—	49 463	35	51 459	97	100 923	32	—	—	802	68
14. Aufwand für Bettwerk	63 526	—	32 818	14	32 875	13	65 693	27	2 167	27	—	—
15. Aufwand für Zimmer-, Speise- und Trinkgeräte	31 216	—	17 859	50	17 660	58	35 520	08	4 304	08	—	—
16. Heizungskosten	145 720	—	97 525	80	95 623	59	193 149	39	47 429	39	—	—
17. Beleuchtungskosten	72 966	—	41 589	49	43 124	22	84 713	71	11 747	71	—	—
18. Reinigungskosten	69 664	—	37 185	12	39 149	76	76 334	88	6 670	88	—	—
19. Kirchen- und Schulbedürfnisse	1 670	—	695	37	835	44	1 530	81	—	—	139	19
20. Belohnungen und Geschenke an Pfleglinge	17 174	—	8 361	69	8 849	91	17 211	60	37	60	—	—
21. Transport- und Beerdigungskosten	562	—	241	—	379	15	620	15	58	15	—	—
22. Sachliche Amtsunkosten	7 590	—	4 101	92	3 959	46	8 061	38	471	38	—	—
23. Visitations- und Sturzkosten	478	—	63	05	—	—	63	05	—	—	414	95
24. Versendungskosten:												
a. Postporto	5 442	—	2 447	81	2 677	13	5 124	94	—	—	317	06
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	360	—	188	45	205	20	393	65	33	65	—	—
c. Telegraphengebühren	1 586	—	720	51	910	44	1 630	95	44	95	—	—
25. Verschiedene und zufällige Ausgaben	2 532	—	1 873	31	2 361	41	4 234	72	1 702	72	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	3 706 200	—	1835 041	78	1913 740	75	3 748 782	53	132 263	61	89 681	08
									89 681	08		
B. **Außerordentlicher Etat.**									42 582	53		
I. **Budgetmäßige Ausgaben.**												
a. **Von der Etatperiode 1898/1899.**												
1. Erstellung eines Gebäudes für Waschküche und Trockenanlage bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim	19 087	85	10 920	01	7 706	18	18 626	19	—	—	461	66
2. Erstellung zweier Gebäude für unruhige und unreinliche Kranke bei der Anstalt Illenau und verschiedene bauliche Veränderungen im Anstaltsgebäude, I. Rate	219 402	26	122 307	28	97 094	98	219 402	26	—	—	—	—
3. Beitrag zu den Kosten der Kanalisation der Stadt Achern	10 000	—	10 000	—	—	—	10 000	—	—	—	—	—
Übertrag	248 490	11	143 227	29	104 801	16	248 028	45	—	—	461	66

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ Übertrag . .	248 490	11	143 227	29	104 801	16	248 028	45	—	—	461	66
4. Errichtung einer Irren-, Heil- und Pflegeanstalt mit Ackerbaukolonie bei Emmendingen	225 472	37	93 771	87	131 700	50	225 472	37	—	—	—	—
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899 . .	473 962	48	236 999	16	236 501	66	473 500	82	—		461	66
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Erstellung zweier Gebäude für unruhige und unreinliche Kranke in der Anstalt Illenau und verschiedene bauliche Veränderungen im Anstaltsgebäude, II. Rate .	283 446	-	—	—	36 377	39	36 377	39	—		247 068	61
2. Vorarbeiten für Errichtung einer neuen Irrenanstalt	5 000	—	—	—	2 838	21	2 838	21	—	—	2 161	79
3. Erstellung eines Versammlungshauses und zweier Wärterwohnhäuser zu je 6 Wohnungen für die Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen	215 800	—	—	—	49 864	18	49 864	18	—	—	165 935	82
Summe b. . .	504 246	—	—	—	89 079	78	89 079	78	—	—	415 166	22
Hierzu Summe a. . .	473 962	48	236 999	16	236 501	66	473 500	82	—	—	461	66
Summe I. Budgetmäßige Ausgaben . .	978 208	48	236 999	16	325 581	44	562 580	60	—	—	415 627	88
II. Außeretatmäßige Ausgaben (auf Administrativkredit).												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
1. Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim	—		794	23	—		794	23	794	23	—	—
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Innere Einrichtung der beiden Neubauten in Illenau	—	—	—	—	32 000	—	32 000	—	32 000	—	—	—
Summe II. Außeretatmäßige Ausgaben	—	—	794	23	32 000	-	32 794	23	32 794	23	—	—
Hierzu " I. Budgetmäßige Ausgaben	978 208	48	236 999	16	325 581	44	562 580	60	—	—	415 627	88
Summe B. Außerordentlicher Etat . .	978 208	48	237 793	39	357 581	44	595 374	83	32 794	23	415 627 32 794 382 833	88 23 65
Hierzu												
Summe A. Ordentlicher Etat . .	3 706 200	—	1 835 041	78	1 913 740	75	3 748 782	53	42 582	53	—	—
Summe Ausgabe Titel XII. . .	4 684 408	48	2 072 835	17	2 271 322	19	4 344 157	36	42 582	53	382 833 42 582	65 53
											340 251	12

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
1. Ertrag aus Gebäuden	48 840	—	23 127	82	24 161	59	47 289	41	—	—	1 550	59
2. Ertrag aus Grundstücken und deren Bewirtschaftung	454 612	—	240 826	84	246 975	92	487 802	76	33 190	76	—	—
3. Einnahme aus der Kostbereitung	307 340	—	161 140	79	165 288	97	326 429	76	19 089	76	—	—
4 Einnahme aus dem Gewerbebetrieb	113 858	—	65 485	51	65 147	09	130 632	60	16 774	60	—	—
5. Unterhaltungskostenbeiträge	1 887 010	—	910 280	09	966 542	46	1 876 822	55	—	—	10 187	45
6 Erlös aus Inventarienstücken und Materialien	40 600	—	21 900	36	24 875	91	46 776	27	6 176	27	—	—
7. Verschiedene und zufällige Einnahmen	2 776	—	1 601	87	1 219	82	2 821	69	45	69	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	2 855 036	—	1 424 363	28	1 494 211	76	2 918 575	04	75 277	08	11 738	04
									11 738	04		
									63 539	04		
B. Außerordentlicher Etat.												
Von der Etatperiode 1900/1901.												
Außeretatmäßige Einnahmen.												
1. Erstellung eines Versammlungshauses und zweier Wärterwohnhäuser zu je 6 Wohnungen für die Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen	-	—	4 070	49	391	59	4 462	08	4 462	08	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	—	—	4 070	49	391	59	4 462	08	4 462	08	—	—
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	2 855 036	—	1 424 363	28	1 494 211	76	2 918 575	04	63 539	04	—	—
Summe Einnahme Titel III	2 855 036	—	1 428 433	77	1 494 603	35	2 923 037	12	68 001	12	—	—

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.

Diehl.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen dieser Anstalten für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Heil- und Pflegeanstalten.

Vorbemerkung.

Dem Budget für 1900 und 1901 ist ein durchschnittlicher Krankenstand von täglich 2 175 Köpfen zu Grunde gelegt und zwar waren angenommen für die Anstalt

zu Pforzheim	650	Köpfe,
„ Illenau	500	„
bei Emmendingen	1 025	„

Der wirkliche Stand betrug durchschnittlich bei der Anstalt

zu Pforzheim	608	Köpfe,
„ Illenau	494	„
bei Emmendingen	1 051	„
zusammen	2 153	Köpfe,

somit 22 Köpfe weniger, als das Budget angenommen hatte.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 3. Bei den im Vertragsverhältnisse stehenden Bediensteten fand ein häufiger Wechsel statt und infolgedessen bezog jeweils eine größere Anzahl derselben nur Anfangslöhne. Außerdem gelangten die für die Anstalt bei Emmendingen neu vorgesehenen Stellen nur allmählich, nach Verhältnis der Zunahme des Krankenstandes und der Ausdehnung der Betriebseinrichtungen, zur Besetzung. Einige Wärterinnenstellen an dieser Anstalt konnten im Laufe der Budgetperiode überhaupt nicht besetzt werden.

Zu § 4. Der Mehraufwand ist infolge der Einstellung von Aushilfspersonal bei Erkrankungsfällen entstanden. Auch mußte bei der Anstalt Illenau ein weiterer Hilfsarzt, ein Metzgergehilfe und ein Waschmädchen, zunächst aushilfsweise, eingestellt werden.

Zu § 5. Die Brandversicherungsbeiträge waren für die Gebäude der Anstalten Illenau und bei Emmendingen nach der niedersten Beitragsklasse zu entrichten.

Zu § 6. Der Minderaufwand rührt daher, daß die Voranschlagssätze zur Ausführung der baulichen Herstellungen in der Anstalt zu Pforzheim nicht ganz erforderlich waren und einige Herstellungen in der Anstalt bei Emmendingen nicht zur Ausführung gelangt sind.

Zu § 7. Die Mehrausgabe von 19 383 ℳ 43 ₰ ist bei den Anstalten Illenau und bei Emmendingen entstanden, und zwar hauptsächlich dadurch, daß die genannten Anstalten den größten Teil ihres Bedarfs an Fleisch mittelst ihres eigenen

Ökonomiebetriebs durch Ankauf und Mästung des erforderlichen Schlachtviehes deckten; auch ist der Aufwand für Kostaufbesserungen an arbeitende Pfleglinge in der Anstalt bei Emmendingen gestiegen.

Diesem Mehraufwande steht übrigens eine Mehreinnahme unter § 2 in Höhe von 33 190 ℳ 76 ₰ gegenüber, woselbst der Geldwert des von der Ökonomie an die Administration gelieferten Fleisches in Einnahme erscheint.

Zu § 8. Dem Mehraufwand von 9 169 ℳ 61 ₰ steht unter § 4 eine Mehreinnahme von 16 774 ℳ 60 ₰ gegenüber; dieses Ergebnis ist durch stärkere Inanspruchnahme der Anstaltswerkstätten in Emmendingen zur Herstellung von Einrichtungsgegenständen, sowie zur Ausführung von Bauunterhaltungsarbeiten veranlaßt.

Zu § 10. Die Erübrigung ist hauptsächlich an der Anstalt bei Emmendingen entstanden, bei welcher ein Bedürfnis zu weiteren Aufwendungen für Löschgeräte nicht hervorgetreten ist.

Zu § 11. Die Mehrausgabe ist durch Zufälligkeiten bedingt.

Zu § 12. Die Mehrverwendung ist verursacht, einmal durch zahlreiche körperliche Erkrankungen in der Anstalt zu Pforzheim, welche nicht selten eingreifendere Behandlung und den Gebrauch verschiedenartiger Arzneimittel erforderten; sodann durch die Herstellung kohlensäurehaltiger Getränke in eigenem Betrieb in den Anstalten Illenau und bei Emmendingen, welcher Mehrausgabe übrigens ein entsprechender Erlös aus der Abgabe solcher kohlensäurehaltiger Getränke an bemittelte Anstaltsbewohner gegenüber steht.

Endlich hat besonders die in der Anstalt bei Emmendingen aufgetretene ausgebreitete Typhusepidemie die Anwendung zahlreicher Arznei- und Stärkungsmittel nötig gemacht und damit zur Überschreitung beigetragen.

Zu § 13. Die Wenigerverwendung ist in dem etwas geringeren als dem dem Budgetsatz zu Grunde gelegten Krankenstand begründet.

Zu § 14. Der Mehraufwand ist in der Hauptsache durch größeren Verbrauch an Bettwerk für unreinliche Kranke in der Anstalt zu Pforzheim verursacht.

Zu § 15. Der Mehraufwand ist darauf zurückzuführen, daß in den Anstalten Illenau und Pforzheim eine größere Anzahl älterer Einrichtungsgegenstände der Reperatur bedürftig war und teilweise auch durch neue Anschaffungen ersetzt werden mußte.

Zu § 16. Die außerordentliche Steigerung der Preise für Brennmaterial führte die Überschreitung herbei.

Auch erforderte der Betrieb des Dampfkessels im neuen Waschgebäude der Anstalt Pforzheim allein einen Aufwand von etwa 6 000 ℳ.

Zu § 17. Der Mehraufwand ist in den höheren Preisen und dem größeren Bedarf an Kohlen zur Erzeugung von Elektrizität behufs Beleuchtung der Anstalt Illenau und in dem Bestreben der Direktion der Anstalt bei Emmendingen begründet, die unzulängliche Beleuchtung dieses weit ausgedehnten Gebietes durch Gas auf einen besseren Stand zu bringen.

Zu § 18. Der neueingeführte Maschinenbetrieb in der Waschküche der Anstalt Pforzheim, größere Aufwendungen für Desinfektions- und Reinigungsmittel zur Verhütung des Eindringens von ansteckenden Krankheiten in der Anstalt Illenau und die höheren Preise des Heizmaterials überhaupt verursachten im wesentlichen den Mehraufwand.

Zu § 19. Die vorgesehenen Mittel waren zur Bestreitung der Kirchen- und Schulbedürfnisse nicht ganz erforderlich.

Zu § 21. Der Bedarf richtet sich im wesentlichen nach der Zahl der Sterbefälle und kann deshalb nicht im voraus zutreffend berechnet werden.

Zu § 22. Die Mehrverwendung ist bei der Anstalt Illenau dadurch entstanden, daß die durch die lebhaftere Krankenbewegung verursachte Geschäftsvermehrung auch einen größeren Verbrauch an Schreibmaterialien, insbesondere an Impressen zur Folge hatte.

Zu § 23. Die Minderverwendung beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 24a. Durch sorgfältige Beachtung der auf Herabminderung des Portoaufwandes abhebenden Anordnung konnte ein Minderaufwand erreicht werden.

Zu § 24b. Zu dienstlichen Sendungen wird tunlichst die Eisenbahn benützt, was die kleine Überschreitung zur Folge hatte.

Zu § 24c. Die Mehrausgabe ist bei der Anstalt Pforzheim, und zwar infolge der Erhöhung der Vergütung für die neu eingerichtete Stadtfernsprechverbindung entstanden.

Zu § 25. Die unter dieser Position zur Verrechnung gelangenden Ausgaben sind größtenteils zufälliger Natur und können deshalb nicht zum Voraus genau veranschlagt werden.

Es waren diesmal Vergütungen für Umzugskosten und Aufwendungen für das Ausschreiben erledigter Stellen in erheblichen Beträgen zu leisten.

B. Außerordentlicher Etat.

I. Budgetmäßige Ausgaben.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Der aufrechterhaltene Kreditrest war zur Vollendung des Waschküchengebäudes 2c. in der Anstalt zu Pforzheim nicht ganz erforderlich.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 2 und 3. Die auf Schluß der Budgetperiode verbliebenen Kreditreste sind zur Fortführung der Bauten, beziehungsweise der Vorarbeiten in der folgenden Budgetperiode erforderlich.

II. Außeretatmäßige Ausgaben.

Auf Administrativkredit.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. An Kredit waren für den fraglichen Zweck bewilligt . . .	14 860	ℳ	— ₰
hiervon wurden verwendet			
1899 . . .	14 065	„	77 „
1900 . . .	794	„	23 „
zusammen . .	14 860	ℳ	— ₰

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu § 1. Die Verwendung entspricht dem bewilligten Kredit in Höhe von 32 000 ℳ.

Einnahme.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Wenigereinnahme ist verursacht infolge Erledigung von Stellen, während welcher Mietzinse, beziehungsweise Vergütungen für Wohnungen und Schlafstellen nicht zu erheben waren.

Zu § 2. Vergleiche die Erläuterung zu § 7 der Ausgabe.

Zu § 3. Die Mehreinnahme ist im wesentlichen bei der Anstalt Emmendingen und zwar dadurch entstanden, daß an arbeitende Pfleglinge Kostaufbesserungen verabreicht werden, deren Wertanschlag hier vereinnahmt und gleichzeitig den entsprechenden Betriebspositionen zur Last gesetzt wird.

(Vergleiche zum Beispiel die Erläuterung zu § 7 der Ausgabe.)

Zu § 4. Vergleiche die Erläuterung zu § 8 der Ausgabe.

Zu § 5. Die Mindereinnahme ist dadurch herbeigeführt, daß die Durchschnittszahl der Pfleglinge, wie eingangs erwähnt, geringer gewesen ist, als das Budget angenommen hatte.

Zu § 6. Die Mehreinnahme ist in der Hauptsache verursacht durch die Vermehrung der Abgabe von kohlensäurehaltigen Getränken an vermögliche Pfleglinge, sowie an Beamte und Bedienstete der Anstalten Illenau und Emmendingen, ferner durch erhöhte Abgabe von Medikamenten aus der Apotheke und von Kohlen aus Anstaltsbeständen an Anstaltsbeamte und Bedienstete in Illenau.

Weiter hat zu dem günstigen Rechnungsergebnisse eine ausgedehntere und vorteilhaftere Verwertung der abgängigen Inventarienstücke und Materialien in der Anstalt Emmendingen beigetragen.

B. Außerordentlicher Etat.

Von der Etatperiode 1900/1901.

Außeretatmäßige Einnahmen.

Zu § 1. Die Einnahme besteht zum größten Teil in Ersatzposten von zu viel erhaltenen Arbeitslöhnen.

Vergleichung des Gesamtergebnisses.

	Nach dem Budget				Nach der Rechnung			
	Pforzheim für 650 Köpfe.	Illenau für 500 Köpfe.	Emmendingen für 1 025 Köpfe.	Zusammen für 2 175 Köpfe.	Pforzheim für 608 Köpfe.	Illenau für 494 Köpfe.	Emmendingen für 1 051 Köpfe.	Zusammen für 2 153 Köpfe.
	M Pf	M Pf	M Pf	M Pf	M Pf	M Pf	M Pf	M Pf
Der Staatsaufwand im ordentlichen Etat beträgt jährlich . .	383 340 —	606 665 —	863 095 —	1 853 100 —	364 472 30	628 986 69	880 932 27	1 874 391 26
Davon sind durch Einnahmen gedeckt .	287 159 —	486 222 —	654 137 —	1 427 518 —	268 419 50	486 876 16	703 991 86	1 459 287 52
Es hat daher die Staatskasse zuzuschießen:								
Im ganzen	96 181 —	120 443 —	208 958 —	425 582 —	96 052 80	142 110 53	176 940 41	415 103 74
Für den Kopf	147 97	240 89	203 86	195 67	157 98	287 67	168 35	192 80
Die Verpflegungsgelder der Angehörigen und der Armenverbände betragen jährlich .	237 419 —	347 500 —	358 586 —	943 505	222 034 63	340 465 25	375 911 40	938 411 28
Mithin für einen Kopf	365 26	695	349 84	433 80	365 19	689 20	357 67	435 86

Beilage 3.

Ausgabe Titel XIII. und Einnahme Titel IV. Polizeiliches Arbeitshaus.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	Rechnungs-Soll. 1901.	Rechnungs-Soll. Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	Dieses gegen jenes weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Ausgabe.						
§ **A. Ordentlicher Etat.**						
1. Gehalte	61 120 —	30 328 56	31 245 82	61 574 38	154 38	—
2. Wohnungsgeld	4 160 —	2 003 33	2 020 —	4 023 33	— —	136 67
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	9 400 —	4 347 50	4 338 34	8 685 84	— —	714 16
4. Sonstige persönliche Ausgaben	12 290 —	5 456 46	5 946 40	11 402 86	— —	887 14
5. Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	456 —	219 50	197 95	417 45	— —	38 55
6. Wegen Beschäftigung der Verurteilten	36 158 —	17 058 88	15 250 30	32 309 18	— —	3 848 82
7. Aufwand auf Gebäude	8 000 —	2 631 56	4 848 31	7 479 87	— —	520 13
8. Aufwand auf Grundstücke	5 666 —	3 154 96	3 172 03	6 326 99	660 99	— —
9. Verpflegungs- und Heilkosten	84 326 —	34 172 04	33 867 18	68 039 22	— —	16 286 78
10. Aufwand für Kleidungsstücke	16 940	6 894 99	7 217 20	14 112 19	— —	2 827 81
11. Aufwand für Bettwerk, Zimmer-, Küchen-, Speise- und Trinkgeräte	2 836 —	1 169 65	1 742 27	2 911 92	75 92	— —
12. Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten	23 200 —	9 877 94	10 941 37	20 819 31	— —	2 380 69
13. Kirchen- und Schulbedürfnisse	652 —	175 65	383 95	559 60	— —	92 40
14. Transportkosten	212	146 15	109 15	255 30	43 30	— —
15. Sachliche Amtsunkosten	1 176 —	495 74	489 14	984 88	— —	191 12
16. Visitations- und Sturzkosten	100 —	— —	— —	— —	— —	100 —
17. Versendungskosten:						
a. Postporto	1 056 —	404 85	643 15	1 048 —	— —	8 —
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	120 —	47 80	56 35	104 15	— —	15 85
c. Telegraphengebühren	246	97 37	90 70	188 07	— —	57 93
18. Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 078 —	291 22	215 28	506 50	— —	571 50
Summe A. Ordentlicher Etat	269 492	118 974 15	122 774 89	241 749 04	934 59	28 677 55
						934 59
B. Außerordentlicher Etat.						27 742 96
a. Von der Etatperiode 1898/1899.						
1. Bauliche Verbesserungen in dem polizeilichen Arbeitshause	1 504 03	739 87	603 75	1 343 62	— —	160 41
Summe a.	1 504 03	739 87	603 75	1 343 62	— —	160 41
b. Von der Etatperiode 1900/1901.						
1. Erstellung eines Dienstwohngebäudes für Aufseher	41 000 —	24 126 43	19 543 72	43 670 15	2 670 15	— —
2. Erneuerung der Wasserleitung des Arbeitshauses	16 750 —	16 452 47	529 02	16 981 49	231 49	— —
3. Herstellung eines Tabaktrockenraumes	6 500 —	2 278 70	3 295 42	5 574 12	— —	925 88
Summe b.	64 250 —	42 857 60	23 368 16	66 225 76	2 901 64	925 88
Hierzu Summe a	1 504 03	739 87	603 75	1 343 62	— —	160 41
B. Außerordentlicher Etat	65 754 03	43 597 47	23 971 91	67 569 38	2 901 64	1 086 29
					1 086 29	
Hierzu					1 815 35	
A. Ordentlicher Etat	269 492 —	118 974 15	122 774 89	241 749 04	— —	27 742 96
Summe Ausgabe Titel XIII	335 246 03	162 571 62	146 746 80	309 318 42	1 815 35	27 742 96
						1 815 35
						25 927 61

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
§ **Ordentlicher Etat.**												
1. Ertrag aus Gebäuden	2 736	—	1 214	20	1 219	—	2 433	20	—	—	302	80
2. Ertrag aus Grundstücken	8 574	—	4 517	83	3 550	28	8 068	11	—	—	505	89
3. Erlös aus Inventarienstücken und Materialien	4 816	—	1 973	34	2 256	78	4 230	12	—	—	585	88
4. Einnahme von der Beschäftigung der Verurteilten	110 084	—	42 605	86	43 961	13	86 566	99	—	—	23 517	01
5. Unterhaltungskostenbeiträge	48 130	—	20 002	06	16 800	35	36 802	41	—	—	11 327	59
6. Verschiedene und zufällige Einnahmen	66	—	62	48	85	50	147	98	81	98	—	—
Summe Titel IV. Ordentlicher Etat	174 406	—	70 375	77	67 873	04	138 248	81	81	98	36 239	17
											81	98
											36 157	19

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.
Diehl.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Anstalt für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt Leuz.

Erläuterungen.

Polizeiliches Arbeitshaus.

Der Gefangenenstand betrug

im Jahre 1900	196 Köpfe,
„ „ 1901	181 „
also durchschnittlich	189 „

während das Budget für einen Stand von 240 Köpfen bemessen ist.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 3. Die Bediensteten bezogen ihrem Dienstalter entsprechend noch nicht die für sie im Budget ausgeworfenen Vergütungen.

Zu § 4. Die Ausgaben für Stellvertretung und Dienstaushilfe erreichten nicht den im Budget hierfür vorgesehenen Betrag.

Zu § 5. Die Brandversicherungsbeiträge waren in beiden Jahren nach der niedersten Beitragsklasse zu entrichten.

Zu § 6. Der Minderaufwand verwandelt sich bei Umrechnung des Budgetsatzes nach dem tatsächlichen Gefangenenstand von 189 Köpfen in eine Mehrausgabe von 3 910 ℳ 09 ₰, welche ihre Ursache in dem höheren Wert der Naturalvorräte der Gewerbe gegenüber jenem in den Normaljahren hat.

Zu § 7. Die Minderverwendung ist infolge von Abgeboten bei Vergebung der Arbeiten eingetreten.

Zu § 8. Der Mehraufwand ist durch die Anschaffung eines Fäkalienabfuhrwagens verursacht.

Zu § 9. Die Minderverwendung verwandelt sich bei Umrechnung des Budgetsatzes nach Maßgabe der Erläuterung zu § 6 in eine Mehrausgabe von 1 808 ℳ 17 ₰, welche dadurch entstanden ist, daß auf ärztliche Befürwortung zur Belebung der Arbeitsfreudigkeit mehr Abwechslung in die Kostabgabe gebracht und statt der Morgensuppe abwechselnd Haferkakao und Kaffee verabreicht wurde.

Zu § 10. In gleicher Weise berechnet verwandelt sich die Wenigerausgabe in eine Mehrverwendung von 807 ℳ 23 ₰. Hiervon entfällt der größere Teil auf die Kleidung, welche den Gefangenen, die größtenteils in zerlumpter Kleidung eingeliefert werden, bei ihrer Entlassung mitgegeben werden müssen. Der kleinere Teil der Mehrverwendung entfällt auf die notwendige Ergänzung der abgängig gewordenen Gefangenenkleidung.

Zu § 11. Ebenso berechnet, erhöht sich die Mehrausgabe von 75 ℳ 92 ₰ auf . . . . 684 ℳ 48 ₰, sie ist in der Hauptsache durch die nötige Ergänzung für abgängige Bettstücke verursacht.

Zu § 12. In gleicher Weise wie bei § 6 berechnet, verwandelt sich die Wenigerausgabe von 2 380 ℳ 69 ₰ in eine Mehrausgabe von . . . . 2 597 ℳ 64 ₰, welche hauptsächlich auf die höheren Preise der Brennmaterialien und den gesteigerten Bedarf an solchen zurückzuführen ist.

Zu § 13. Bei Umrechnung des Budgetsatzes nach dem wirklichen Gefangenenstand, verwandelt sich die Minderverwendung in eine Mehrausgabe von . . . . 47 ℳ 50 ₰, welche durch die Anschaffung eines Meßbuches und von Gesangbüchern für den katholischen Gottesdienst entstanden ist.

Zu § 14. In gleicher Weise berechnet erhöht sich die Überschreitung des Budgetsatzes auf . . . . 89 ℳ 42 ₰, welche auf Zufälligkeiten beruht.

Zu § 15. Die Wenigerausgabe ist in der Hauptsache in dem geringeren Gefangenenstand begründet. Die bei Umrechnung des Budgetsatzes sich ergebende Mehrausgabe von . . . . 61 ℳ 23 ₰ ist durch Anschaffung von Impressen zur Verminderung des Schreibwerks entstanden.

Zu § 16. Zur Verwendung dieser Mittel war kein Anlaß geboten.

Zu § 17c. Die Minderverwendung ist eine Folge der Herabsetzung der Vergütung für die Benützung des Fernsprechnetzes, an welches die Anstaltsverwaltung angeschlossen ist.

Zu § 18. Die Wenigerausgabe beruht auf Zufälligkeiten.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Die aufrecht erhaltenen restlichen Mittel waren zur Vollendung der Arbeiten nicht ganz erforderlich.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu § 1. In dem Kostenvoranschlag zur Erstellung eines Dienstwohngebäudes für Aufseher waren für die Einfriedigung desselben, Auffüllung und Abscheidung von Hof und Garten keine Mittel vorgesehen. Die Ausführung dieser notwendigen Arbeiten verursachte den Mehraufwand.

Zu § 2. Die Überschreitung des Budgetsatzes ist in den hohen Eisenpreisen des Jahres 1900 begründet.

Zu § 3. Die Ersparnis wurde durch Abgebote bei Vergebung der Arbeiten erzielt.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

Zu §§ 1 und 3. Die Vergütungen des ledigen Dienstpersonals für Dienstzimmer, ferner für Heizung und Beleuchtung (§ 3) werden von diesem Personal nicht mehr erhoben, damit es dem Personal bei den Strafanstalten gleichgestellt ist.

Sodann ist die Wenigereinnahme bei § 3 weiter dadurch entstanden, daß ledige Bedienstete in geringerer Zahl ihre Verköstigung aus der Anstaltsküche bezogen als in den Normaljahren.

Zu § 2. Die Wenigereinnahme ist auf die Schwankungen im Erträgnis und Preis der Hopfen, welche auf einem Teil des Anstaltsfeldes gezogen werden, zurückzuführen.

Zu § 4. Die Wenigereinnahme entspricht dem geringeren Gefangenenstand.

Zu § 5. Ebenso wie zu § 4.

Außerdem ist die Wenigereinnahme dadurch verursacht, daß die Zahl derjenigen Gefangenen, deren Verpflegungskosten ganz auf die Anstaltskasse zu übernehmen sind, weil kein inländischer Armenverband endgültig zu ihrer Unterstützung verpflichtet ist, größer war als in den Normaljahren.

Zu § 6. Die Mehreinnahme besteht in zwei Ersatzposten.

Vergleichung des Gesamtergebnisses.

	Nach dem Budget (durchschnittlich für 240 Köpfe bemessen).		Nach der Rechnung (bei einem durchschnittlichen Stand von 189 Köpfen).	
	M.	₰	M.	₰
Der Staatsaufwand im ordentlichen Etat beträgt jährlich	134 746	–	120 874	52
Davon sind durch Einnahmen gedeckt	87 203	–	69 124	40
Es hat daher die Staatskasse zuzuschießen:				
im ganzen	47 543	–	51 750	12
für den Kopf	198	30	273	81
Die Unterhaltungskostenbeiträge der Armenverbände betragen jährlich:				
im ganzen	24 065	–	18 401	20
für den Kopf	100	27	97	36

Beilage 4.

Ausgabe Titel XIV. und Einnahme Titel V. Für Bearbeitung der Landesstatistik.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
1. Gehalte	82 010	–	38 035	83	40 248	33	78 284	16	–	–	3 725	84
2. Wohnungsgeld	12 620	–	5 670	–	5 970	–	11 640	–	–	–	980	–
3. Andere persönliche Ausgaben	27 020	–	13 354	81	13 788	62	27 143	43	123	43	–	–
4. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	680	–	794	26	587	60	1 381	86	701	86	–	–
5. Sachliche Amtsunkosten	9 320	–	4 589	95	4 902	50	9 492	45	172	45	–	–
6. Aufwand für das Dienstgebäude	3 000	–	1 261	75	2 562	45	3 824	20	824	20	–	–
7. Druckkosten	28 320	–	6 781	26	15 356	64	22 137	90	–	–	6 182	10
8. Versendungskosten:												
a. Postporto	4 800	–	2 090	82	729	76	2 820	58	–	–	1 979	42
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	540	–	253	25	350	74	603	99	63	99	–	–
c. Telegraphengebühren	20	–	4	65	15	61	20	26	–	26	–	–
9. Verschiedene und zufällige Ausgaben	40	–	–	40	–	–	–	40	–	–	39	60
Summe A. Ordentlicher Etat	168 370	–	72 836	98	84 512	25	157 349	23	1 886	19	12 906	96
											1 886	19
B. Außerordentlicher Etat.											11 020	77
§ **a. Von der Etatperiode 1898/1899.**												
1. Herstellung des Manuskripts und Drucklegung der Ergebnisse der berufs- und gewerbestatistischen Aufnahme vom 14. Juni 1895	13 202	44	1 518	20	450	13	1 968	33	–	–	11 234	11
Summe a.	13 202	44	1 518	20	450	13	1 968	33	–	–	11 234	11
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
2. Erhebung und Bearbeitung des Materials der Volkszählung von 1900	15 000	–	6 753	19	8 246	81	15 000	–	–	–	–	–
3. Bearbeitung der Statistik der Bewegung der Bevölkerung und der medizinischen Statistik für den Zeitraum von 1863 bis 1900	2 000	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2 000	–
4. Bearbeitung des Materials der Volkszählung vom 2. Dezember 1895	6 000	–	–	–	309	41	309	41	–	–	5 690	59
5. Erhebungen über die liegenschaftliche Verschuldung	40 000	–	–	–	–	–	–	–	–	–	40 000	–
Außeretatmäßige Ausgaben (Auf Administrativkredit).												
6. Erhebung und Bearbeitung des Materials der Volkszählung von 1900	–	–	–	–	22 934	26	22 934	26	22 934	26	–	–
Summe b.	63 000	–	6 753	19	31 490	48	38 243	67	22 934	26	47 690	59
											22 934	26
Hierzu											24 756	33
Summe a.	13 202	44	1 518	20	450	13	1 968	33	–	–	11 234	11
Summe B. Außerordentlicher Etat	76 202	44	8 271	39	31 940	61	40 212	–	–	–	35 990	44
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	168 370	–	72 836	98	84 512	25	157 349	23	–	–	11 020	77
Summe Ausgabe Titel XIV.	244 572	44	81 108	37	116 452	86	197 561	23	–	–	47 011	21

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
Ordentlicher Etat	780	—	296	86	684	58	981	44	201	44	—	—
Summe Einnahme Titel V. . .	780	—	296	86	684	58	981	44	201	44	—	—

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.
Boppel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Zentralkasse für Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lenz.

Erläuterungen.

Landesstatistik.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

§ 4. Der Jahresaufwand hängt von Zufälligkeiten ab.

§ 6. Der Mehraufwand ist durch unverschiebliche Herstellungen und durch einen für Herstellung von Holzpflaster in der Akademiestraße an die Stadtkasse Karlsruhe zu leistenden Beitrag verursacht.

§ 7. Wegen Arbeitsüberhäufung, veranlaßt durch die Volkszählung und die Vorarbeiten für die Beteiligung an der Mannheimer Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft mußte die Herausgabe der Veröffentlichungen, insbesondere des statistischen Jahrbuchs, eine Verzögerung erleiden, so daß ein Teil der Kosten erst im Jahr 1902 zur Verrechnung gelangen konnte.

§ 8a. Bei der Neufestsetzung der Portobauschsumme wurde letztere beträchtlich ermäßigt, da die Probeermittelungen zu einer Zeit mit normalem Geschäftsgang vorgenommen wurden, während die Höhe der früheren Portobauschsumme durch die Arbeiten für die 1895er Berufs- und Volkszählungen ungünstig beeinflußt war.

B. Außerordentlicher Etat.

§ 1. Die Fertigstellung der Arbeiten erfolgt in den Jahren 1902/1903; die hierzu erforderlichen Mittel sind im Budget für 1902/1903 Titel XIV. B. § 3 vorgesehen.

§§ 3, 4 und 5. Die restlichen Mittel wurden für die Budgetperiode 1902/1903 aufrecht erhalten.

§ 6. Außer den im Budget bewilligten 15000 ℳ. wurde durch Administrativkredit noch die Summe von 23000 ℳ. zur Verfügung gestellt — Ordnungszahl 13 des Verzeichnisses der 1900/1901 erteilten Administrativkredite, Drucksachen der II. Kammer Nr. 13.

Beilage 5.

Ausgabe Titel XV. und Einnahme Titel VI. Für Förderung der Gewerbe.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
§ **Landesgewerbehalle.**												
1. Gehalte:												
a. Hauptanstalt	42 680	—	21 426	67	20 888	75	42 315	42	—	—	364	58
b. Filiale in Furtwangen	16 120	—	8 042	50	7 825	—	15 867	50	—	—	252	50
2. Wohnungsgeld	6 840	—	3 150	97	3 381	25	6 532	22	—	—	307	78
3. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Hauptanstalt	4 800	—	1 253	64	2 863	64	4 117	28	—	—	682	72
b. Filiale in Furtwangen	3 600	—	1 698	56	1 800	—	3 498	56	—	—	101	44
4. Diäten und Reisekosten:												
a. Hauptanstalt	2 240	—	1 121	03	3 118	40	4 239	43	1 999	43	—	—
b. Filiale in Furtwangen	2 440	—	3 206	19	694	90	3 901	09	1 461	09	—	—
5. Sachliche Amtsunkosten:												
a. Hauptanstalt	4 400	—	3 006	52	2 738	52	5 745	04	1 345	04	—	—
b. Filiale in Furtwangen	4 200	—	2 218	51	1 988	78	4 207	29	7	29	—	—
6. Sonstige Ausgaben:												
1. Für die Ausstellung und die Sammlungen	18 000	—	6 074	63	12 178	34	18 252	97	252	97	—	—
2. Für die Bibliothek	23 000	—	11 413	75	11 660	91	23 074	66	74	66	—	—
3. Für Werkstätte und Laboratorium	1 000	—	379	87	622	32	1 002	19	2	19	—	—
4. Für Gebäudeunterhaltung	2 920	—	1 264	97	2 189	86	3 454	83	534	83	—	—
5. Verschiedene und zufällige Ausgaben	60	—	30	—	25	—	55	—	—	—	5	—
Chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt.												
7. Gehalte	13 600	—	7 066	67	6 900	—	13 966	67	366	67	—	—
8. Wohnungsgeld	1 840	—	760	—	960	—	1 720	—	—	—	120	—
9. Andere persönliche Ausgaben	17 600	—	8 793	—	8 540	—	17 333	—	—	—	267	—
10. Diäten und Reisekosten	140	—	810	70	7	20	817	90	677	90	—	—
11. Sonstiger Aufwand	8 080	—	5 209	97	4 253	96	9 463	93	1 383	93	—	—
Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim.												
12. Gehalte	6 500	—	3 300	—	3 300	—	6 600	—	100	—	—	—
13. Wohnungsgeld	680	—	350	—	350	—	700	—	20	—	—	—
14. Andere persönliche Ausgaben	3 300	—	1 454	—	1 457	60	2 911	60	—	—	388	40
15. Sonstiger Aufwand	4 480	—	2 140	73	2 213	25	4 353	98	—	—	126	02
Sonstiges.												
16. Beiträge zur Ausbildung von Lehrlingen in Werkstätten	24 000	—	11 073	32	12 124	97	23 198	29	—	—	801	71
17. Für sonstige Förderung der Gewerbe	100 000	—	45 499	77	56 515	37	102 015	14	2 015	14	—	—
18. Versendungskosten:												
a. Postporto	840	—	549	67	878	31	1 427	98	587	98	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	460	—	304	99	310	60	615	59	155	59	—	—
c. Telegraphengebühren	300	—	133	08	183	18	316	26	16	26	—	—
19. Verschiedene und zufällige Ausgaben	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—
Summe A. Ordentlicher Etat	314 140	—	151 733	71	169 970	11	321 703	82	11 000	97	3 437	15
									3 437	15		
									7 563	82		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
§ a. **Von der Etatperiode 1898/1899.**												
1. Beschaffung neuer Diensträume für die chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt	17 672	61	17 094	27	4 180	11	21 274	38	3 601	77	—	—
2. Zuschüsse an die Handelskammern auf dem Schwarzwald und im Kreis Konstanz	1 000	—	1 000	—	—	—	1 000	—	—	—	—	—
3. Zur Unterstützung der Anstalten für Arbeitsnachweis	450	—	450	—	—	—	450	—	—	—	—	—
Summe a.	19 122	61	18 544	27	4 180	11	22 724	38	3 601	77	—	—
b. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
4. Erweiterung der Bibliothekräume der Landesgewerbehalle und Ergänzung der Einrichtung der Bibliothek und der Sammlungen	4 840	—	3 643	25	1 190	14	4 833	39	—	—	6	61
5. Zuschüsse an die Handelskammern auf dem Schwarzwald und im Kreis Konstanz	6 000	—	2 300	—	3 500	—	5 800	—	—	—	200	—
6. Zur Unterstützung der Anstalten für Arbeitsnachweis	20 000	—	10 900	—	11 750	—	22 650	—	2 650	—	—	—
7. Beihilfen zum Besuch der Pariser Weltausstellung im Jahr 1900	50 000	—	46 566	81	6 694	43	53 261	24	3 261	24	—	—
8. Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammern	40 000	—	390	02	21 133	16	21 523	18	—	—	18 476	82
Summe b.	120 840	—	63 800	08	44 267	73	108 067	81	5 911	24	18 683	43
											5 911	24
Hierzu												
											12 772	19
Summe a.	19 122	61	18 544	27	4 180	11	22 724	38	3 601	77	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	139 962	61	82 344	35	48 447	84	130 792	19	3 601	77	12 772	19
											3 601	77
Hierzu												
											9 170	42
Summe A. Ordentlicher Etat	314 140	—	151 733	71	169 970	11	321 703	82	7 563	82	—	—
Summe Ausgabe Titel XV.	454 102	61	234 078	06	218 417	95	452 496	01	7 563	82	9 170	42
											7 563	82
											1 606	60
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
1. Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	2 380	—	1 081	87	970	64	2 052	51	—	—	327	49
2. Vergütung für Arbeiten:												
1. der Landesgewerbehalle (Hauptanstalt und Filiale)	720	—	457	—	457	—	914	—	194	—	—	—
2. der chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt	22 800	—	12 066	90	14 705	75	26 772	65	3 972	65	—	—
3. der Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim	4 140	—	2 380	20	2 254	45	4 634	65	494	65	—	—
Übertrag	30 040	—	15 985	97	18 387	84	34 373	81	4 661	30	327	49

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
§ Übertrag	30 040	—	15 985	97	18 387	84	34 373	81	4 661	30	327	49
3. Beiträge zu dem Aufwand für die gewerblichen Anstalten	5 700	—	2 850	—	2 850	—	5 700	—	—	—	—	—
4. Verschiedene und zufällige Einnahmen	780	—	1 515	85	1 239	91	2 755	76	1 975	76	—	—
Summe Einnahme Titel VI.	36 520	—	20 351	82	22 477	75	42 829	57	6 637	06	327	49
									327	49		
									6 309	57		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.
Boppel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Zentralkasse für Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Gewerbe.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

§§ 4 a. und b. Die Überschreitungen sind durch Entsendung des zweiten Beamten der Landesgewerbehalle und des Vorstandes der Filiale in Furtwangen nach Paris zur Besichtigung der Weltausstellung, zur Überwachung der Aufstellung der badischen Gruppen, sowie der Auflösung derselben und der Verpackung und Spedition der Ausstellungsobjekte nach Schluß der Ausstellung veranlaßt.

§ 5. Infolge größeren Aufwands für Bureaubedürfnisse, insbesondere für Heizmaterial, sowie wegen Anschaffung eines Gepäckdreirads erwies sich der Budgetsatz als unzulänglich.

§ 6 Ziffer 4. Der Mehraufwand ist durch unverschiebliche Herstellungen veranlaßt, für welche die vorgesehenen Mittel nicht ausreichten.

§ 10. Der Jahresaufwand hängt von Zufälligkeiten ab.

§ 11. Die Steigerung des Aufwands ist in der wachsenden Inanspruchnahme der Anstalt begründet, die auch eine Mehreinnahme an Gebühren zur Folge hatte (vergleiche § 2 Ziffer 2 der Einnahme).

§ 17. Unter dieser Position wurde die im Budget nicht vorgesehene Vergütung des Staatskommissärs bei der Rheinischen Hypothekenbank verrechnet. Diese Vergütung ist von der Bank ersetzt worden und erscheint unter II. § 4 der Einnahme.

§ 18. Die Steigerung des Aufwands an Versendungskosten ist durch Geschäftszunahme, insbesondere bei der Landesgewerbehalle und der chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt bedingt.

B. Außerordentlicher Etat.

§ 1. Die Gesamtbewilligung für diesen Bau betrug 60000 ℳ. Die Überschreitung um 3600 ℳ war erforderlich, weil bei den damaligen hohen Baupreisen einzelne Positionen des Voranschlags bei Vergebung der Arbeiten sich als unzureichend erwiesen.

§ 5. Die restlichen Mittel wurden zur Verwendung in der folgenden Budgetperiode aufrecht erhalten.

§ 6. Um eine Kürzung der Beiträge an die einzelnen Anstalten bei der Zunahme der Zahl derselben zu vermeiden, mußte der Budgetsatz überschritten werden.

§ 7. Bei der großen Zahl der Bewerbungen um Beihilfen zum Besuch der Ausstellung und um Vertretern aus allen Gewerbszweigen den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen, wurde die Gesamtzahl der Beihilfen etwas höher gegriffen.

Mit der Überschreitung dieser und der vorhergehenden Position (§ 6) hat sich die II. Kammer der Landstände einverstanden erklärt (Beilage zum Protokoll der Sitzung der I. Kammer vom 20. April 1900).

§ 8. Da die Kammern ihre Tätigkeit erst im Jahre 1901 begonnen haben, blieben die für 1900 vorgesehenen Mittel, soweit sie nicht zur Bestreitung der Kosten der Errichtung der Kammern erforderlich waren, unverwendet.

Einnahme.

§ 1. Der Mietzins für die Dienstwohnung des Verwaltungsassistenten bei der Filiale der Landesgewerbehalle in Furtwangen kam in Wegfall, weil die bezüglichen Räume für dienstliche Zwecke in Anspruch genommen wurden.

§ 2. Die Höhe dieser Einnahmen ist durch die Zahl und Art der einlaufenden Aufträge bedingt, die sich zum voraus nicht ermessen lassen.

§ 4. Vergleiche die Erläuterungen zu § 17 der Ausgabe.

Beilage 6.

Ausgabe Titel XVI. und Einnahme Titel VII. Für Förderung der Landwirtschaft.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
1. Für den landwirtschaftlichen Verein und die landwirtschaftliche Interessenvertretung	69 700	—	27 776	73	31 954	61	59 731	34	—	—	9 968	66
Landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt.												
2. Gehalte	16 820	—	8 540	—	8 217	78	16 757	78	—	—	62	22
3. Wohnungsgeld	1 860	—	970	—	742	22	1 712	22	—	—	147	78
4. Andere persönliche Ausgaben	13 000	—	6 169	16	6 028	53	12 197	69	—	—	802	31
5. Diäten und Reisekosten	2 160	—	783	82	698	12	1 481	94	—	—	678	06
6. Sonstiger Aufwand	10 200	—	5 128	45	10 971	67	16 100	12	5 900	12	—	—
Landwirtschaftlich-botanische Versuchsanstalt.												
7. Gehalte	8 520	—	3 687	50	3 825	—	7 512	50	—	—	1 007	50
8. Wohnungsgeld	1 340	—	175	—	—	—	175	—	—	—	1 165	—
9. Andere persönliche Ausgaben	4 800	—	2 550	—	1 500	—	4 050	—	—	—	750	—
10. Diäten und Reisekosten	2 080	—	797	12	1 336	61	2 133	73	53	73	—	—
11. Sonstiger Aufwand	12 100	—	6 050	—	6 050	—	12 100	—	—	—	—	—
Landwirtschaftliche Winterschulen und Wanderlehrer.												
12. Gehalte	75 600	—	35 698	33	37 979	77	73 678	10	—	—	1 921	90
13. Wohnungsgeld	6 840	—	2 909	39	3 042	—	5 951	39	—	—	888	61
14. Andere persönliche Ausgaben	2 280	—	2 329	33	2 010	66	4 339	99	2 059	99	—	—
15. Diäten und Reisekosten	36 000	—	17 768	43	21 196	55	38 964	98	2 964	98	—	—
16. Sonstiger Aufwand	1 440	—	1 429	64	1 096	14	2 525	78	1 085	78	—	—
Ackerbauschule Hochburg.												
17. Gehalte	6 340	—	3 070	—	3 370	—	6 440	—	100	—	—	—
18. Wohnungsgeld	480	—	280	—	280	—	560	—	80	—	—	—
19. Andere persönliche Ausgaben	6 780	—	2 640	—	2 814	—	5 454	—	—	—	1 326	—
20. Sonstiger Aufwand	23 340	—	13 260	01	13 628	24	26 888	25	3 548	25	—	—
Obstbauschule Augustenberg.												
21. Gehalte	13 280	—	6 590	—	6 890	—	13 480	—	200	—	—	—
22. Wohnungsgeld	760	—	400	—	400	—	800	—	40	—	—	—
23. Andere persönliche Ausgaben	8 400	—	3 660	22	3 693	90	7 354	12	—	—	1 045	88
24. Sonstiger Aufwand	13 600	—	6 800	—	6 800	—	13 600	—	—	—	—	—
Hufbeschlagschulen.												
25. Vergütung der Schulvorstände	6 000	—	3 000	—	3 000	—	6 000	—	—	—	—	—
26. Sonstiger Aufwand	20 940	—	9 226	58	10 005	91	19 232	49	—	—	1 707	51
27. Zuschüsse zu den landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen	2 900	—	1 050	—	1 050	—	2 100	—	—	—	800	—
28. Für Förderung der Pferdezucht	280 000	—	140 182	23	155 132	77	295 315	—	15 315	—	—	—
29. Für Förderung der Rindviehzucht	300 000	—	155 249	97	150 141	83	305 691	80	5 691	80	—	—
Übertrag	947 560	—	468 171	91	494 156	31	962 328	22	37 039	65	22 271	43

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		Dieses gegen jenes weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Übertrag . .	947 560	—	468 171	91	494 156	31	962 328	22	37 039	65	22 271	43
Für die Verbandsverwaltung der Rindviehversicherung.												
§ 30. Gehalte	21 850	—	10 786	44	11 390	—	22 176	44	326	44	—	—
31. Wohnungsgeld	2 320	—	1 095	33	730	—	1 825	33	—	—	494	67
32. Andere persönliche Ausgaben	4 200	—	2 040	—	2 060	—	4 100	—	—	—	100	—
33. Diäten und Reisekosten	5 000	—	2 717	97	1 113	41	3 831	38	—	—	1 168	62
34. Sonstiger Aufwand	13 200	—	5 645	32	6 131	07	11 776	39	—	—	1 423	61
Tierhygienisches Institut.												
35. Gehalte	8 000	—	3 779	17	4 050	—	7 829	17	—	—	170	83
36. Wohnungsgeld	680	—	204	17	350	—	554	17	—	—	125	83
37. Andere persönliche Ausgaben	3 200	—	1 222	90	2 202	24	3 425	14	225	14	—	—
38. Sonstiger Aufwand	3 600	—	2 911	70	3 138	63	6 050	33	2 450	33	—	—
39. Bekämpfung von Pflanzen-, sowie von ansteckenden Tierkrankheiten	5 000	—	—	—	623	61	623	61	—	—	4 376	39
40. Für sonstige Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs	118 000	—	42 832	45	73 858	17	116 690	62	—	—	1 309	38
41 Versendungskosten:												
a. Postporto	3 700	—	1 879	42	2 788	40	4 667	82	967	82	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	160	—	56	90	140	57	197	47	37	47	—	—
c. Telegraphengebühren	220	—	88	30	147	40	235	70	15	70	—	—
42. Verschiedene und zufällige Ausgaben	420	—	60	—	60	—	120	—	—	—	300	—
Summe A. Ordentlicher Etat	1 137 110	—	543 491	98	602 939	81	1 146 431	79	41 062	55	31 740	76
									31 740	76		
									9 321	79		
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
1. Bekämpfung ansteckender Tierkrankheiten	5 000	—	2 835	21	2 164	79	5 000	—	—	—	—	—
2. Bekämpfung der Reblausgefahr und anderer Rebkrankheiten, sowie zur Hebung des Rebbaues überhaupt	10 000	—	2 463	09	2 218	08	4 681	17	—	—	5 318	83
3. Für Tabak-, Hanf- und Hopfenanbauversuche	5 089	22	1 689	76	2 055	29	3 745	05	—	—	1 344	17
4. Errichtung von Rinderstammzuchtstationen	43 207	68	39 651	28	3 556	40	43 207	68	—	—	—	—
5. Beihilfen zur Errichtung von Farrenställen	2 825	64	2 825	64	—	—	2 825	64	—	—	—	—
6. Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens	14 172	75	215	79	13 956	96	14 172	75	—	—	—	—
7. Gewährung von Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen der landwirtschaftlichen Wasserbenützung dienenden Meliorationen und Regulierungen	17 000	—	8 150	—	8 850	—	17 000	—	—	—	—	—
Außeretatmäßige Ausgaben. (Auf Administrativkredit.)												
8. Ankauf von landwirtschaftlichem Gelände zur Vergrößerung des Anwesens der Obstbauschule Augustenberg	—	—	890	55	—	—	890	55	890	55	—	—
Summe a.	97 295	29	58 721	32	32 801	52	91 522	84	890	55	6 663	—
											890	55
											5 772	45

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
§ b. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
9. Für den Betrieb der Rinderstammzuchtstationen	90 000	—	—	—	67 197	67	67 197	67	—	—	22 802	33
10. Beihilfen zur Errichtung von Farrenställen	20 000	—	7 254	36	7 400	—	14 654	36	—	—	5 345	64
11. Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens	20 000	—	—	—	1 878	34	1 878	34	—	—	18 121	66
12. Gewährung von Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Meliorationen und Regulierungen	40 000	—	—	—	1 250	—	1 250	—	—	—	38 750	—
13. Staatszuschuß für die Rindviehversicherung	240 000		112 403	33	92 022	05	204 425	38	—	—	35 574	62
14. Entwässerung der Ökonomiegebäude, des Molkereigebäudes und des sogenannten Kavalierbaues auf Augustenberg	4 400	—	4 063	97	228	64	4 292	61	—	—	107	39
15. Ankauf von landwirtschaftlichem Gelände zur Vergrößerung des Anwesens der Obstbauschule Augustenberg	11 500	—	10 145	45	—	—	10 145	45	—	—	1 354	55
16. Erbauung eines Schul- und Schlafsaalgebäudes für die Ackerbauschule Hochburg, I. Rate	138 000	—	210	—	59 779	45	59 989	45	—	—	78 010	55
17. Verbesserungen in den Rebenanlagen auf Hochburg	3 200	—	81	40	3 104	32	3 185	72	—	—	14	28
18. Tierhygienisches Institut	12 500	—	12 514	46	—		12 514	46	14	46	—	—
19. Beiträge zur Beschaffung von Vernichtungsapparaten für Abdeckereien	40 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40 000	—
20. Zuschuß zum Hagelversicherungsfonds	1 100 000	—	1 103 417	07	—	—	1 103 417	07	3 417	07	—	—
Außeretatmäßige Ausgaben (Auf Administrativkredit).												
21. Einrichtung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg, Anschluß des Gutes Augustenberg an das Durlacher Gaswerk und Beschaffung eines Gasmotors für die Wasserversorgungsanlage des Gutes	—	—	—	—	17 862	54	17 862	54	17 862	54	—	—
Summe b.	1 719 600	—	1 250 090	04	250 723	01	1 500 813	05	21 294	07	240 081 21 294	02 07
Hierzu											218 786	95
Summe a.	97 295	29	58 721	32	32 801	52	91 522	84	—	—	5 772	45
Summe B. Außerordentlicher Etat	1 816 895	29	1 308 811	36	283 524	53	1 592 335	89	—	—	224 559	40
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	1 137 110	—	543 491	98	602 939	81	1 146 431	79	9 321	79	—	—
Summe Ausgabe Titel XVI.	2 954 005	29	1 852 303	34	886 464	34	2 738 767	68	9 321	79	224 559 9 321	40 79
											215 237	61
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat												
1. Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	11 040	—	5 468	53	5 436	86	10 905	39	—	—	134	61
2. Vergütung für Arbeiten der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt	12 000	—	6 856	70	6 661	50	13 518	20	1 518	20	—	—
3. Verschiedene und zufällige Einnahmen	6 460	—	3 280	77	5 364	87	8 645	64	2 185	64	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	29 500	—	15 606	—	17 463	23	33 069	23	3 703 134	84 61	134	61
									3 569	23		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
§ **B. Außerordentlicher Etat.**												
1. Ertrag der Rinderstammzuchtstationen	25 000	—	7 837	93	24 381	75	32 219	68	7 219	68	—	
Summe B. Außerordentlicher Etat	25 000	—	7 837	93	24 381	75	32 219	68	7 219	68	—	
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	29 500	—	15 606	—	17 463	23	33 069	23	3 569	23	—	
Summe Einnahme Titel VII.	54 500	—	23 443	93	41 844	98	65 288	91	10 788	91	—	—

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.
Boppel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Zentralkasse für Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lentz

Erläuterungen.

Landwirtschaft.

Ausgabe.

Ordentlicher Etat.

§ 1. Für das landwirtschaftliche Wochenblatt waren infolge geringeren Druckkostenaufwands und günstiger Inserateneinnahmen rund 10 000 ℳ weniger erforderlich.

§ 6. Die Überschreitung ist durch die Kosten der Instandsetzung der Räume im sogenannten Kavalierbau auf Augustenberg zum Zwecke der einstweiligen Unterbringung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt veranlaßt.

§ 14. Für einen durch Teilnahme an den Verhandlungen der Landstände an der Ausübung seines Dienstes behinderten Beamten war ein Stellvertreter einzustellen.

§ 15. Der Mehraufwand beruht teils auf der stärkeren Heranziehung der Landwirtschaftslehrer zur Überwachung des Rebgeländes in Bezug auf die Reblausgefahr, teils auf zufälligen Ursachen.

§ 16. Da die Übernahme des Vorstandes der landwirtschaftlichen Winterschule Radolfzell erst nach Erlassung des Finanzgesetzes auf 1. Juli 1900 erfolgt ist, mußte der früher für diese Schule geleistete Beitrag von jährlich 1 500 ℳ noch bis zu diesem Zeitpunkt weiter bezahlt werden. Dem Mehraufwand von 750 ℳ steht eine Ersparnis unter § 12 gegenüber. Im übrigen ist die Überschreitung durch größeren Bedarf an Literalien verursacht.

§ 19. Die für Hilfslehrer bestimmten Mittel wurden nur zum Teil in Anspruch genommen.

§ 20. Zu der hier nachgewiesenen Überschreitung von 3 548 ℳ 25 ₰ kommen weitere 2 000 ℳ, die irrtümlich unter dem außerordentlichen Etat (§ 16) verrechnet wurden, so daß der gesamte Mehraufwand auf 5548 ℳ 25 ₰ sich beläuft. Derselbe ist durch verschiedene unverschiebliche bauliche Herstellungen, wozu die Mittel nicht ausreichten, veranlaßt.

§ 26. Der Minderbedarf ist durch geringere Schülerzahl bedingt.

§ 28. In der Budgetperiode 1900/1901 war die Beschaffung einer den durchschnittlichen Jahresbedarf übersteigenden Zahl neuer Hengste (im ganzen 25 Stück) erforderlich. Auch mußten bei der erheblich gewachsenen Zufuhr guten Zuchtmaterials zu den staatlichen Prämiierungen höhere Summen für Prämien und Freideckscheine ausgeworfen werden, so daß sich die im Budget bewilligte Summe unzulänglich erwies.

§ 29. Der zur Prämiierung bestimmte Betrag (jährlich 95 000 ℳ) war bei der großen Zahl der zur Vorführung gelangten prämiierungswürdigen Tiere nicht ausreichend und mußte um rund 12 000 ℳ überschritten werden. Da dieser Mehraufwand nur zum Teil durch Minderverwendungen für andere Zwecke ausgeglichen werden konnte, war die Überschreitung der Budgetsumme nicht zu umgehen.

§ 33. Die Ersparnis ist durch die geringere Zahl der im Jahr 1901 vorgenommenen Revisionen bei den Ortsanstalten verursacht.

§ 34. Die von den Steuereinnehmereien erhobenen Umlagen erreichten nicht die der Budgetaufstellung zu Grunde gelegte Höhe, weshalb auch die für den Einzug der Umlagen an die Steuerverwaltung zu leistende Vergütung hinter dem Voranschlag zurückblieb.

§ 38. Bei der wachsenden Tätigkeit des Instituts auf dem Gebiete der Erforschung und Bekämpfung von Seuchen erwiesen sich die bewilligten Mittel als unzureichend.

§ 39. Die erforderlichen Mittel konnten zum größten Teil aus außerordentlichen Kreditresten aus der Etatperiode 1898/1899 geschöpft werden.

§ 41 a. Die Portobauschsumme für die landwirtschaftlichen Anstalten erfuhr bei der Neufestsetzung eine in dem lebhafteren Geschäftsverkehr begründete Erhöhung.

Außerordentlicher Etat.

§§ 2 und 3. Zur Verwendung der restlichen Mittel war infolge der Reorganisation der beiden Versuchsanstalten und der Verlegung der letzteren kein Anlaß geboten.

§ 8. Nach Ordnungszahl 7 des dem Landtag von 1899/1900 vorgelegten Verzeichnisses der Administrativkredite war für den vorwürfigen Zweck ein Kredit von 30 000 ℳ bewilligt worden, wovon 29 109 ℳ 45 ₰ in der Budgetperiode 1898/1899 zur Verwendung gelangt sind.

§§ 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16 und 19. Die Restkredite wurden zur Verwendung in der folgenden Budgetperiode aufrecht erhalten.

§ 20. Die Höhe der von den Kreisen an den Landesfonds abzuliefernden Beträge, die sich zum voraus nicht genau bestimmen ließ, blieb um 3 417 ℳ hinter dem Voranschlag zurück. Um die gleiche Summe erhöhte sich deshalb der aus allgemeinen Staatsmitteln dem Hagelversicherungsfonds zu überweisende Beitrag.

§ 21. Vergleiche Ziffer 14 des dem Landtag 1901/1902 vorgelegten Verzeichnisses der Administrativkredite, Drucksache Nr. 13 der II. Kammer.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

§ 2. Die Mehreinnahme ist durch gesteigerte Inanspruchnahme der Anstalt, insbesondere zur Untersuchung künstlicher Dünger veranlaßt.

§ 3. Die Mehreinnahmen beruhen auf Zufälligkeiten.

Außerordentlicher Etat.

§ 1. Es gelangte eine größere Zahl von Tieren zum Verkauf, als ursprünglich angenommen wurde

Beilage 7.

Ausgabe Titel XVII. und Einnahme Titel VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **I. Zentralverwaltung.**												
1. Gehalte	457 730	—	226 245	57	230 102	77	456 348	34	—	—	1 381	66
2. Wohnungsgeld	62 200	—	29 079	60	30 772	42	59 852	02	—	—	2 347	98
3. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	22 900	—	9 725	36	9 083	77	18 809	13	—	—	4 090	87
4. Sonstige persönliche Ausgaben	5 400	—	2 341	63	2 593	—	4 937	63	—	—	462	37
5. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	47 514	—	21 764	18	22 666	46	44 430	64	—	—	3 083	36
6. Sachliche Amtsunkosten	32 400	—	16 325	74	17 120	07	33 445	81	1 045	81	—	—
7. Aufwand für Grundstücke und Gebäude	7 294	—	5 555	56	2 721	20	8 276	76	982	76	—	—
8. Versendungskosten:												
a. Postporto	7 326	—	3 226	71	3 898	75	7 125	46	—	—	200	54
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 900	—	1 004	85	980	32	1 985	17	85	17	—	—
c. Telegraphengebühren	312	—	109	33	180	88	290	21	—	—	21	79
9. Verschiedene und zufällige Ausgaben	828	—	1 785	08	147	64	1 932	72	1 104	72	—	—
Summe I. Zentralverwaltung	645 804	—	317 166	61	320 267	28	637 433	89	3 218	46	11 588	57
											3 218	46
											8 370	11
II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung.												
10. Gehalte	569 450	—	269 002	38	277 307	08	546 309	46	—	—	23 140	54
11. Wohnungsgeld	65 660	—	30 488	63	31 095	30	61 583	93	—	—	4 076	07
12. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	60 300	—	21 807	23	29 419	08	51 226	31	—	—	9 073	69
13. Sonstige persönliche Ausgaben	18 871	—	10 954	74	13 077	96	24 032	70	5 158	70	—	—
14. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	175 370	—	85 234	17	87 026	32	172 260	49	—	—	3 109	51
15. Sachliche Amtsunkosten	175 136	—	88 720	15	91 841	09	180 561	24	5 425	24	—	—
16. Für Fortbildung jüngerer Ingenieure	1 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 000	—
17. Arbeiterversicherung	13 396	—	7 366	47	8 925	57	16 292	04	2 896	04	—	—
18. Voruntersuchungen und Wasserversorgungen	26 960	—	12 471	35	12 969	72	25 441	07	—	—	1 518	93
19. Aufwand für Grundstücke und Gebäude	20 552	—	16 580	76	15 682	71	32 263	47	11 711	47	—	—
20. Versendungskosten:												
a. Postporto	18 946	—	9 727	44	12 359	39	22 086	83	3 140	83	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	3 088	—	1 762	42	1 663	43	3 425	85	337	85	—	—
c. Telegraphengebühren	5 036	—	2 339	73	4 317	—	6 656	73	1 620	73	—	—
21. Sonstige Ausgaben	9 296	—	9 140	78	2 596	17	11 736	95	2 440	95	—	—
Summe II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung	1 163 064	—	565 596	25	588 280	82	1 153 877	07	32 731	81	41 918	74
											32 731	81
											9 186	93
III. Straßenbau.												
22. Gehalte	246 690	—	122 279	44	123 324	21	245 603	65	—	—	1 086	35
23. Wohnungsgeld	38 980	—	19 832	92	19 804	78	39 637	70	657	70	—	—
24. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	20 148	—	10 097	40	8 242	—	18 339	40	—	—	1 808	60
25. Sonstige persönliche Ausgaben	2 506	—	1 135	84	910	17	2 046	01	—	—	459	99
26. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	216 174	—	109 239	14	107 463	54	216 702	68	528	68	—	—
27. Sachliche Amtsunkosten	7 552	—	3 706	30	3 702	09	7 408	39	—	—	143	61
28. Unterhaltung der Landstraßen	3 800 868	—	1 912 770	82	1 901 330	15	3 814 100	97	13 232	97	—	—
29. Betrieb des Vormberger Steinbruchs	336 252	—	120 307	13	128 109	71	248 416	84	—	—	87 835	16
30. Nachlaß von Gemeindebeiträgen nach §§ 20 und 21 des Straßengesetzes	38 392	—	20 991	93	19 911	18	40 903	11	2 511	11	—	—
Summe III. Straßenbau	4 707 562	—	2 320 360	92	2 312 797	83	4 633 158	75	16 930	46	91 333	71
											16 930	46
											74 403	25

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **IV. Wasserbau.**												
31. Gehalte	63 120	—	32 094	23	31 082	50	63 176	73	56	73	—	—
32. Wohnungsgeld	8 280	—	4 259	06	4 243	86	8 502	92	222	92	—	—
33. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	32 726	—	14 821	52	15 186	51	30 008	03	—	—	2 717	97
34. Sonstige persönliche Ausgaben	1 860	—	1 232	38	1 014	65	2 247	03	387	03	—	—
35. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	47 096	—	22 333	16	22 319	80	44 652	96	—	—	2 443	04
36. Sachliche Amtsunkosten	1 582	—	776	31	756	48	1 532	79	—	—	49	21
37. Rheinbau	1 074 000	—	506 423	27	567 524	26	1 073 947	53	—	—	52	47
38 Binnenflußbau	497 098	—	243 709	41	252 776	10	496 485	51	—	—	612	49
39. Wasserstraßen, Leinpfade, Hafenanstalten	207 050	—	94 748	76	94 932	26	189 681	0.	—	—	17 368	98
40. Nachlässe an Flußbaubeiträgen	29 064	—	9 861	95	9 861	95	19 723	90	—		9 340	10
Summe IV. Wasserbau	1 961 876	—	930 260	05	999 698	37	1 929 958	4.	666	68	32 584	26
											666	68
V. Landeskultur und Feldbereinigung.											31 917	58
41. Gehalte	70 050	—	34 738	60	34 590	—	69 328	60	—	—	721	40
42. Wohnungsgeld	16 480	—	8 376	61	8 551	—	16 927	61	447	61	—	—
43. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	9 600	—	2 687	50	2 284	03	4 971	53	—	—	4 628	47
44. Sonstige persönliche Ausgaben	896	—	620	30	530	43	1 150	73	254	73	—	—
45. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	56 376	—	27 849	54	26 052	21	53 901	75	—	—	2 474	25
46. Wiesenbauschule	12 522	—	7 416	20	4 662	74	12 078	94	—	—	443	06
47. Sachliche Amtsunkosten	3 520	—	1 708	44	1 649	34	3 357	78	—	—	162	22
48. Sonstiger Aufwand	154	—	146	80	95	74	242	54	88	54	—	—
Summe V. Landeskultur und Feldbereinigung	169 598	—	83 543	99	78 415	49	161 959	48	790	88	8 429	40
											790	88
VI. Katastervermessung.											7 638	52
49. Gehalte	339 980	—	157 146	39	163 790	83	320 937	22	—	—	19 042	78
50. Wohnungsgeld	34 330	—	15 748	78	16 409	13	32 157	91	—	—	2 172	09
51. Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	162 400	—	66 310	13	72 947	75	139 257	88	—	—	23 142	12
52. Sonstige persönliche Ausgaben	1 600		—	—	—	—	—	—	—	—	1 600	—
53. Tagegelder, Reise- und Zugskosten	143 422	—	76 817	40	80 333	26	157 150	66	13 728	66	—	—
54. Sachliche Amtsunkosten	39 504	—	18 910	70	22 640	52	41 551	22	2 047	22	—	—
55. Vermessung und Kartierung	602 520	—	205 708	35	173 996	43	379 704	78	—	—	222 815	22
Summe VI. Katastervermessung	1 323 756	—	540 641	75	530 117	92	1 070 759	67	15 775	88	268 772	21
											15 775	88
											252 99[illegible]	33
56. VII. Meteorologie und Hydrographie	20 408	—	10 726	16	9 575	31	20 301	47	—	—	106	53
57. VIII. Topographische Karte	13 448	—	7 611	47	9 523	62	17 135	09	3 687	09	—	—
Zusammenstellung.												
Titel.												
I. Zentralverwaltung	645 804	—	317 166	61	320 267	28	637 433	89	—	—	8 370	11
II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung	1 163 064	—	565 596	25	588 280	82	1 153 877	07	—	—	9 186	93
III. Straßenbau	4 707 562	—	2 320 360	92	2 312 797	83	4 633 158	75	—	—	74 403	25
IV. Wasserbau	1 961 876	—	930 260	05	999 698	37	1 929 958	42	—	—	31 917	58
V. Landeskultur und Feldbereinigung	169 598	—	83 543	99	78 415	49	161 959	48	—	—	7 638	52
VI. Katastervermessung	1 323 756	—	540 641	75	530 117	92	1 070 759	67	—	—	252 996	33
VII. Meteorologie und Hydrographie	20 408	—	10 726	16	9 575	31	20 301	47	—	—	106	53
VIII. Topographische Karte	13 448	—	7 611	47	9 523	62	17 135	09	3 687	09	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	10 005 516	—	4 775 907	20	4 848 676	64	9 624 583	84	3 687	09	384 619	25
											3 687	09
											380 932	16

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ I. Straßenbau.												
1. Verbesserung der Landstraße zwischen St. Blasien und Bernau	2 733	75	1 596	59	—	—	1 596	59	—	—	1 137	16
2. Fahrbahnverstärkungen, II. Rate	22 781	33	3 932	—	—	—	3 932	—	—	—	18 849	33
3. Verbesserung der Landstraße Nr. 28 zwischen Merishausen und Bargen	6 400	—	6 400	—	—	—	6 400	—	—	—	—	—
4. Herstellung der Hochwasserbeschädigungen vom März 1896, II. Rate (Straßenbau)	766 786	43	379 219	09	373 421	89	752 640	98	—	—	14 145	45
5. Höherlegung der Landstraße Nr. 49 bei Zell i. W.	29 843	17	22 197	26	4 644	38	26 841	64	—	—	3 001	53
6 Umbau der Brücke über den Rohrbach bei Schönenbach	102	72	13	20	—	—	13	20	—	—	89	52
7. Umbau der Schutterbrücke bei Kittersburg	1 198	27	81	50	—	—	81	50	—	—	1 116	77
8 Verbesserung der Landstraße Nr. 136 bei der Marzeller Mühle	3 018	04	2 947	56	70	36	3 017	92	—	—	—	12
9 Pflasterung der Landstraße Nr. 146 von der Friedrichsbrücke bis zur Zimmerschen Fabrik in Mannheim	22 496	54	19 064	29	—	—	19 064	29	—	—	3 432	25
10. Neupflasterung der Hauptstraße in Heidelberg, I. Rate	30 000	—	—	—	20 000	—	20 000	—	—	—	10 000	—
II. Wasserbau.												
11. Herstellung der Hochwasserbeschädigungen vom März 1896, II. Rate	205 377	69	116	95	19 704	79	19 821	74	—	—	185 555	95
12 Umbau der Kaimauer im alten Zollhafen in Mannheim	10 011	60	10 000	—	—	—	10 000	—	—	—	11	60
13 Erbauung einer Kammerschleuse am oberen Eingang des Mannheimer Industriehafens, II. Rate	36 330	26	24 597	09	11 328	38	35 925	47	—	—	404	79
14. Verbesserung der Hochwasserdämme am Rhein	24 421	34	14 407	04	10 014	30	24 421	34	—	—	—	—
15. Anschaffung eines Baggerapparats	25 000	—	25 556	95	—	—	25 556	95	556	95	—	—
16. Nachlässe an Dammbaubeiträgen	116 156	41	112 626	93	—	—	112 626	93	—	—	3 529	48
Summe a Von der Etatperiode 1898/1899	1 302 657	55	622 756	45	439 184	10	1 061 940	55	556	95	241 273	95
										—	556	95
b. Von der Etatperiode 1900/1901.											240 717	—
I. Straßenbau.												
1. Umgehung der Steige bei Aach in der Landstraße Nr. 57	17 300	—	761	69	8 925	10	9 686	79	—	—	7 613	21
2. Umbau der hölzernen Köthachbrücke bei Geisingen im Zug der Landstraße Nr. 57	5 900	—	6 013	41	186	59	6 200	—	300	—	—	—
3. Verbesserung der Landstraße Nr. 231 auf der Gemarkung Bonndorf	21 500	—	644	55	19 381	50	20 026	05	—	—	1 473	95
4. Verbesserung der Landstraße Nr. 112 (Albtalstraße), I. Rate	20 000	—	11 597	48	8 382	89	19 980	37	—	—	19	63
5. Verbreiterung und Verbesserung der Landstraße Nr. 48 in dem neuen Industrieort bei Rheinfelden	36 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36 000	—
6 Verbesserung der Landstraße Nr. 48 am Hornbuck bei Grenzach	16 800	—	250	74	10 286	64	10 537	38	—	—	6 262	62
Übertrag	117 500	—	19 267	87	47 162	72	66 430	59	300	—	51 369	41

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
§ Übertrag	117 500	—	19 267	87	47 162	72	66 430	59	300	—	51 369	41
7. Neubau einer Landstraße von Waldau nach Neustadt	126 000	—	534	16	132 319	12	132 853	28	6 853	28	—	—
7. a. Instandsetzung der Straße (Nr. 197) Rothkreuz-Falkau Schluchsee	30 000	—	—	—	33 778	85	33 778	85	3 778	85	—	—
8. Umbau der Holzbrücke über die Dreisam bei Rimburg in der Landstraße Nr. 114	36 800	—	3	—	33 282	88	33 285	88	—	—	3 514	12
9. Umbau der hölzernen Gereuthbrücke im Ort Reichenbach	2 500	—	2 377	35	122	65	2 500	—	—	—	—	—
10. Verbesserung der Landstraße Nr. 165, Biberach-Zell	36 000	—	53	09	2 280	22	2 333	31	—	—	33 666	69
11. Verstärkung der Stahlbadbrücke in Oppenau	4 000	—	3 620	60	160	72	3 781	32	—	—	218	68
12. Umbau der Riedkanalbrücke bei Rastatt	18 000	—	—	—	15 658	27	15 658	27	—	—	2 341	73
13. Verstärkung der Würmbrücke beim Kupferhammer bei Pforzheim	8 000	—	—	—	16	91	16	91	—	—	7 983	09
14. Verbesserung der Landstraße Nr. 250 zwischen Ubstadt und Unteröwisheim	33 000	—	27	01	30 787	86	30 814	87	—	—	2 185	13
15. Sicherung und Verbesserung der alten Neckarbrücke in Heidelberg	78 000	—	—	—	66 134	08	66 134	08	—	—	11 865	92
16. Pflasterung der Landstraße Nr. 2 von der Rheinlust bis zur Rheinbrücke in Mannheim	40 000	—	11 103	89	22 412	12	33 516	01	—	—	6 483	99
17. Anlage eines Fußweges an der Schwarzbachbrücke bei Waibstadt	6 800	—	4 791	63	2 688	37	7 480	—	680	—	—	—
18. Herstellung von Straßenpflaster in Adelsheim	11 600	—	—	—	10 625	71	10 625	71	—	—	974	29
19. Verbreiterung der Landstraße Nr. 90 in Mudau	1 500	—	160	—	1 308	73	1 468	73	—	—	31	27
20. Herstellungen der Hochwasserbeschädigungen vom März 1886, Mehrbedarf für Brückenbauten	36 000	—	—	—	10 719	70	10 719	70	—	—	25 280	30
21. Zuschlag zum Unterhaltungsetat der Landstraßen wegen Einführung der deckenweisen Unterhaltung	150 000	—	62 754	07	56 949	66	119 703	73	—	—	30 296	27
II. Wasserbau.												
22. Herstellung einer Landungsbrücke für Dampfschiffe bei der Vorstadt Petershausen-Konstanz	7 000	—	5 550	31	1 449	69	7 000	—	—	—	—	—
23. Erhöhung der Elzdämme zwischen Emmendingen und Riegel	18 500	—	13 537	45	4 586	89	18 124	34	—	—	375	66
24. Dammanlage auf dem linksseitigen Kinzigufer vor Haslach	37 000	—	—	—	17 143	38	17 143	38	—	—	19 856	62
25. Verbesserung der Hochwasserdämme am Rhein	8 300	—	—	—	5 513	53	5 513	53	—	—	2 786	47
26. Umbau der Rheinstraßenbrücke über den Verbindungskanal im Mannheimer Hafen	150 000	—	451	74	96 616	22	97 067	96	—	—	52 932	04
27. Anschaffung einer Dampfbarkasse für Strom- und Schiffahrtsaufsicht in Mannheim	15 000	—	9 000	—	—	—	9 000	—	—	—	6 000	—
III. Verschiedenes.												
28. Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	23 333	—	12 008	26	18 003	91	30 012	17	6 679	17	—	—
29. Ankauf des Inspektionsgebäudes in Bonndorf	45 300	—	45 300	—	—	—	45 300	—	—	—	—	—
Übertrag	1 040 133	—	190 540	43	609 722	19	800 262	62	18 291	30	258 161	68

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Ausgaben.												
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
§ Übertrag	1040 133	—	190 549	43	609 722	19	800 262	62	18 291	30	258 161	68
30. Erstellung eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion und für die Kulturinspektion in Heidelberg	218 000	—	129 339	72	62 144	81	191 484	53	—	—	26 515	47
Summe b. Von der Etatperiode 1900/1901	1 258 133	—	319 880	15	671 867	—	991 747	45	18 291	30	284 677 18 291	15 30
Hierzu											266 385	85
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899	1 302 657	55	622 756	45	439 184	10	1 061 940	55	—	—	240 717	—
Summe I. Budgetmäßige Ausgaben	2 560 790	55	942 636	60	1 111 051	10	2 053 687	70	—	—	507 102	85
II. Außeretatmäßige Ausgaben (auf Administrativkredit).												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
1. Korrektion der Landstraße Nr. 43 unterhalb des Friedhofs in Neustadt	—	—	74	54	—	—	74	54	74	54	—	—
2. Umbau der Kinzigbrücke bei Offenburg	—	—	—	—	28 500	—	28 500		28 500	—	—	—
3. Umbau der Schleuse an der Schwarzbachbrücke und Befestigung der Ufer des Krebsbaches und des Schwarzbaches bei Waibstadt	—	—	9 795	55	18	30	9 813	85	9 813	85	—	—
4. Herstellungsarbeiten infolge von Hochwasserbeschädigungen vom 13./14. Januar 1899	—	—	1 400	27	—	—	1 400	27	1 400	27	—	—
5. Wiederherstellung der im März 1896 durch Hochwasser zerstörten Dreisambrücke in Freiburg, sowie der Kinzigbrücken bei Gengenbach und Offenburg	—	—	64 962	96	26 514	47	91 477	43	91 477	43	—	—
Summe a.	—	—	76 233	32	55 032	77	131 266	09	131 266	09	—	—
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Sicherung der Landstraße Nr. 35 Wolfach-Alpirsbach beim Hohenstein, Gem. Schiltach, gegen Hochwasserbeschädigungen	—	—	10 945	20	3 289	28	14 234	48	14 234	48	—	—
2. Wiederherstellung der Beschädigungen infolge des Hochwassers vom 5./6. Dezember 1900	—	—	—	—	66 337	24	66 337	24	66 337	24	—	—
3. Hauptverbesserung der Landstraße Nr. 164 Achern-Freudenstadt auf der Strecke Ottenhöfen gegen den Ruhstein	—	—	—	—	24 210	31	24 210	31	24 210	31	—	—
Summe b.	—	—	10 945	20	93 836	83	104 782	03	104 782	03	—	—
Summe II. Außeretatmäßige Ausgaben	—	—	87 178	52	148 869	00	236 048	12	236 048	12	—	—
Hierzu Summe I. Budgetmäßige Ausgaben	2 560 790	55	942 636	60	1 111 051	10	2 053 687	70	—	—	507 102	85
Summe B. Außerordentlicher Etat	2 560 790	55	1029 815	12	1 259 920	70	2 289 735	82	236 048	12	507 102 236 048	85 12
Zusammenstellung.											271 054	73
Summe A. Ordentlicher Etat	10 005 516	—	4775 907	20	4 848 676	64	9 624 583	84	—	—	380 932	16
Summe B. Außerordentlicher Etat	2 560 790	55	1029 815	12	1 259 920	70	2 289 735	82	—	—	271 054	73
Summe Ausgabe Titel XVII.	12 566 306	55	5 805 722	32	6 108 597	34	11 914 319	66	—	—	651 986	89

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **I. Wasser- und Straßenbau.**												
1. Ertrag aus Grundstücken und Gebäuden	225 906	—	166 386	23	130 353	31	296 739	54	70 833	54	—	—
2. Erlös aus Grundstücken und Gebäuden .	3 116	—	—	—	180	36	180	36	—	—	2 935	64
3. Erlös aus Materialien und Gerätschaften	12 264	—	4 917	28	5 656	45	10 573	73	—	—	1 690	27
4. Beiträge zur Unterhaltung der Landstraßen	1 021 780	—	530 724	66	488 547	02	1 019 271	68	—	—	2 508	32
5. Aus dem Betrieb des Wormberger Steinbruchs	336 252		136 568	66	112 921	75	249 490	41	—	—	86 761	59
6. Beiträge zum Rheinbau . . .	257 896	—	122 706	35	122 009	59	244 715	94	—	—	13 180	06
7. Beiträge zum Binnenflußbau	250 070	—	156 788	34	135 241	36	292 029	70	41 959	70	—	—
8. Sonstige Einnahmen	15 184	—	9 817	13	15 063	35	24 880	48	9 696	48	—	—
Summe I. Wasser- und Straßenbau	2 122 468		1 127 908	65	1 009 973	19	2 137 881	84	122 489	72	107 075	88
									107 075	88		
II. Katastervermessung.									15 413	84		
9. Beiträge der Grund- und Häuserbesitzer	375 508	—	200 212	83	197 946	57	398 159	40	22 651	40	—	—
10. Sonstige Einnahmen	10 458	—	4 344	22	4 037	57	8 381	79	—	—	2 076	21
Summe II. Katastervermessung	385 966	—	204 557	05	201 984	14	406 541	19	22 651	40	2 076	21
									2 076	21		
									20 575	19		
11. **III. Topographische Karte** .	10 214	—	4 371	46	5 358	49	9 729	95	—	—	484	05
Zusammenstellung.												
I. Wasser- und Straßenbau	2 122 468	—	1 127 908	65	1 009 973	19	2 137 881	84	15 413	84	—	—
II. Katastervermessung . .	385 966	—	204 557	05	201 984	14	406 541	19	20 575	19	—	—
III. Topographische Karte	10 214	—	4 371	46	5 358	49	9 729	95	—	—	484	05
Summe A. Ordentlicher Etat	2 518 648	—	1 336 837	16	1 217 315	82	2 554 152	98	35 989	03	484	05
									484	05		
B. Außerordentlicher Etat.									35 504	98		
I. Budgetmäßige Einnahmen.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
1. Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Straßenbauten nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884	218 148	—	83 297	85	30 962	78	114 260	63	—	—	103 887	37
2. Dammbaubeiträge	178 040	12	112 626	93	—		112 626	93	—	—	65 413	19
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899 .	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	—	—	169 300	56
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Straßenbauten nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884	155 913	—	600	—	21 693	—	22 293	—	—	—	133 620	—
2. Beitrag der Stadt Konstanz zu den Kosten der Herstellung einer Landungsbrücke für Dampfschiffe bei der Vorstadt Petershausen	2 000	—	—	—	2 000	—	2 000	—	—	—	—	—
Übertrag . .	157 913	—	600	—	23 693	—	24 293	—	—	—	133 620	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
II. Außerordentlicher Etat.												
I. Budgetmäßige Einnahmen.												
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Übertrag	157 913	–	600	–	23 693	–	24 293	–	–	–	133 620	–
3. Beiträge der Rheinuferstaaten zu den Kosten der Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	14 800	–	9 437	27	10 236	31	19 673	58	4 873	58	–	–
4. Sonstige Einnahmen	4 796	–	4 803	30	8 316	59	13 119	89	8 323	89	–	–
Summe b. Von der Etatperiode 1900/1901	177 509	–	14 840	57	42 245	90	57 086	17	13 197	47	133 620	–
											13 197	47
Hierzu											120 422	53
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	–	–	169 300	56
Summe I. Budgetmäßige Einnahmen	573 697	12	210 765	35	73 208	68	283 974	03	–	–	289 723	09
Hierzu												
II. Außeretatmäßige Einnahmen.												
1. Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Straßenbauten nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884	–	–	4 750	–	706	65	5 456	65	5 456	65	–	–
Summe B. Außerordentlicher Etat	573 697	12	215 515	35	73 915	33	289 430	68	5 456	65	289 723	09
											5 456	65
Hierzu											284 266	44
Summe A. Ordentlicher Etat	2 518 648	–	1 336 837	16	1 217 315	82	2 554 152	98	35 504	98	–	–
Summe Einnahme Titel VIII.	3 092 345	12	1 552 352	51	1 291 231	15	2 843 583	66	35 504	98	284 266	44
											35 504	98
											248 761	46

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision des Großherzoglichen Ministeriums des Innern.

Gauggel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

I. Zentralverwaltung.

Zu §§ 3 und 4. Der Minderaufwand ist durch zeitweilige Stellenerledigung entstanden.

Zu § 5. Der Minderaufwand rührt daher, daß die beiden Topographen hauptsächlich mit Arbeiten für die geologische Landesaufnahme befaßt waren und ihre Tagegelder und Reisekosten auf die hierfür bewilligte Position verrechnet worden sind.

Zu § 6. Mehraufwand infolge des Steigens der Preise der Heizstoffe; auch die Kosten für Schreib-, Zeichen- und Packmaterial sind gewachsen.

Zu § 7. Die Überschreitung ist durch unvorhergesehene dringende Herstellungen an den Dienstgebäuden entstanden, sowie Folge der Erhöhung der Kosten der Abortgrubenentleerung.

Zu §§ 8a und b. Es wurde mehr Gebrauch von der Expreßguteinrichtung gemacht.

Zu § 9. Unter der Mehrausgabe sind als Hauptbeträge der Anteil an den Kosten der Begutachtung des Entwurfs über die Herstellung eines Niederwasserbettes im Rhein und die Kosten für Herstellung der Druckschrift „Die Wasserversorgung des Heubergs südlich der Donau" inbegriffen.

II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung.

Zu § 12. Minderaufwand infolge Mangels an Ingenieurpraktikanten.

Zu § 13. Der Mehraufwand ist eine Folge des erhöhten Bedürfnisses an Dienstaushilfe; zum Teil besteht er auch in Kosten für die Beaufsichtigung der Rheinflöße und Eichung der Rheinschiffe.

Zu § 14. Die Ersparnis ist dem geringeren Aufwand für Umzugskosten bei Versetzungen zuzuschreiben.

Zu § 15. Die Kredite für sachliche Amtsunkosten mehrerer Inspektionen haben infolge des Steigens der Kohlenpreise sowie wegen der Bauten des außerordentlichen Etats erhöht werden müssen; auch war die Ergänzung von Bureaueinrichtungen notwendig.

Zu § 16. Zur Verwendung lag kein Anlaß vor.

Zu § 17. Die Rentenzahlungen nehmen ständig zu.

Zu § 18. Die Abnahme beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 19. Der Mehraufwand ist bei den Dienstgebäuden durch bauliche Unterhaltungs- und größere unverschiebliche Herstellungsarbeiten, bei den Grundstücken durch die Kosten der Eintragung von straßen- und flußbauärarischem Eigentum im Grundbuch veranlaßt und hängt weiter mit der Mehreinnahme unter A. § 1 zusammen.

Zu §§ 20a. und b. Der Mehraufwand ist eine Folge der Erhöhung der Portobauschsumme und der allgemeinen Geschäftsvermehrung.

Zu § 20c. Die Kosten der Fernsprecheinrichtungen sowie der Hochwassertelegramme veranlaßten den Mehraufwand.

Zu § 21. Die Mehrausgabe rührt von den Veruntreuungen eines flüchtigen Bureauassistenten her.

III. Straßenbau.

Zu § 24. Minderaufwand wegen Stellenerledigung.

Zu § 25. Der Nebengehalt für Beaufsichtigung der Schotterverladungen in Heidelberg ist in Wegfall gekommen; auch an den Entschädigungen für Einbuße an wandelbarem Einkommen infolge von Erkrankungen sind Ersparnisse eingetreten.

Zu § 28. Gegenüber der Budgetbewilligung entfallen auf:

	mehr	weniger
A. Unterhaltung der Landstraßen	16 310 ℳ 41 ₰	— ℳ — ₰
B. Für Schneebahnen	— „ — „	8 688 „ 12 „
C. Unterhaltung der gemeinschaftlichen Landstraßenbrücke Kehl-Straßburg	1 582 „ 97 „	— „ — „
D. Unterhaltung der Schiffbrücken	3 970 „ 71 „	— „ — „
E. Unterstützungen an Straßen- und Brückenwärter	57 „ — „	— „ — „
	21 921 ℳ 09 ₰	8 688 ℳ 12 ₰
im ganzen mehr:	13 232 ℳ 97 ₰	

Die Überschreitung ist veranlaßt:

Bei A. durch die Steigerung des Schotterverbrauchs infolge der Verkehrszunahme und durch das Steigen der Preise für Material und Arbeit;

bei C. durch die früher als erwartet notwendig gewordene Ausbesserung des Anstrichs der Brücke;

bei D. durch den höheren Ersatz an Elsaß-Lothringen für die Unterhaltung der Brücken bei Hüningen, Sasbach, Weisweil, Kappel und Ottenheim.

Zu § 29. Der Grund der Minderung ist eine Einschränkung des Betriebs, welche ihrerseits durch die nachlassende Güte des Gesteins bedingt ist.

Zu § 30. Mehrausgabe infolge Erhöhung der Beiträge (Einnahme § 4 — 1900) und Bewilligung weiterer Nachlässe.

IV. Wasserbau.

Zu § 33. Der Aufwand für die Bedienung der Schleusen und Brücken im Mannheimer Hafengebiet war geringer, als man angenommen hatte.

Zu § 34. Der höhere Krankenstand veranlaßte einen Mehraufwand an Entschädigung für Gebühreneinbuße.

Zu § 35. Minderaufwand infolge von Stellenerledigungen und anderweiter Einteilung der Dienstbezirke.

Zu § 39. Die Ersparnis wurde hauptsächlich erzielt an den Anforderungen für Baggerarbeiten am Rhein und für Ausbau der Wasserstraße des Neckars infolge günstiger Wasserstands- und Sohlenverhältnisse.

Zu § 40. Die Nachlässe erreichten die bei der Bemessung der Budgetposition angenommene Höhe nicht.

V. Landeskultur und Feldbereinigung.

Zu § 43. Minderaufwand infolge Mangels an Kulturaufsehern.

Zu § 44. Die Höhe der Entschädigungen für Gebühreneinbuße richtet sich nach dem Krankenstand und ist deshalb wandelbar

Zu § 45. Der Minderaufwand ist eine Folge des Rückgangs des Feldbereinigungsgeschäftes.

Zu § 46. Die Höhe des Aufwandes ist von der Schülerzahl abhängig, welche Schwankungen unterworfen ist.

VI. Katastervermessung.

Zu § 51. Die Minderausgabe ist Folge des Mangels an technischen Gehilfen und Schreibgehilfen.

Zu § 52. Zu Entschädigungsleistungen wegen Einbuße von Diensteinkommen in Erkrankungsfällen war kein Anlaß gegeben.

Zu § 53. Der Mehraufwand rührt zum Teil von der Personalvermehrung her; auch haben die auswärtigen Geschäfte infolge der Ausdehnung der Fortführung auf weitere Gemeinden und Bezirke allgemein zugenommen; man vergleiche übrigens das Mehr unter § 9 der Einnahme.

Zu § 54. Der Mehraufwand ist durch die Beschaffung der Vordrucke für die neue Rechnungsführung der Bezirksgeometer sowie der Vordrucke zu den Fortführungs- und Grundbuchsunterlagen entstanden.

Zu § 55. Die Minderausgabe beruht auf der Abnahme der Katastervermessungsarbeiten.

Zu § 57. Die Stichkosten für die Nachträge haben bei den gesteigerten Arbeitspreisen eine wesentliche Erhöhung erfahren; ein weiterer Grund des Mehraufwandes ist in der Vergrößerung des Lagervorrats an Karten zu finden, welche sich aus der Einführung einer billigen Steindruckausgabe ergeben hat.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Die Ersparnis ergab sich an den Geländeerwerbungs- und an den Aufsichtskosten.

Zu § 2. Durch diese Minderverwendung wird die Überschreitung der Budgetbewilligung 1896/1897 ausgeglichen.

Zu §§ 4 und 9. Minderaufwand infolge billiger Angebote bei Vergebung der Arbeiten und Lieferungen.

Zu § 5. Ebenso infolge Änderung des Entwurfs.

Zu § 7. Die Ersparnis ergab sich am Eisenwerk.

Zu § 10. Infolge des ergangenen verwaltungsgerichtlichen Urteils und der Änderung der Rechtslage, welche das Gesetz vom 16. August 1900 gebracht hat, ist nur der Betrag von 20 000 ℳ. zur Auszahlung gelangt und von der Einhebung der unter B. I a. § 1 vorgesehenen Einnahme mit 7 500 ℳ. Umgang genommen worden.

Zu § 11. Die Minderverwendung ist nur eine scheinbare, indem die für 1896/1897 bewilligte I. Rate von zwei Millionen infolge rascher Förderung der Wiederherstellungsarbeiten seiner Zeit um den Betrag von 185 207 ℳ. 36 ₰ überschritten wurde, sodaß in Wirklichkeit nur eine Ersparnis von 348 ℳ. 59 ₰ vorliegt. (Vergleiche zweites Beilagenheft von 1899 Seite 91 und die Erläuterungen zu § 18 b. Seite 96.)

Zu § 15. Der Mehraufwand betrifft die Beschaffung von nötigen Reserveteilen.

Zu § 16. Die vorgesehenen Mittel waren nicht vollständig erforderlich.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 3, 4, 5, 6, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 20, 21, 24, 25, 26, 27, 30. Die verbliebenen Kreditreste sind für die Budgetperiode 1902/1903 aufrecht erhalten.

Zu § 2. Mehraufwand infolge höherer Eisenpreise.

Zu § 7. Die Überschreitung ist durch die Aufgebote bei der Vergebung der Arbeiten entstanden, sodann durch den Mangel an Steinmaterial in der Linie für die Verwendung als Gestücksteine und endlich durch unvorhergesehene Arbeiten für Wässerungseinrichtungen, Dohlenherstellungen, Auf- und Abfahrten, Stützmauern und Pflasterungen.

Zu § 7 a. Mehrverwendung infolge des Aufgebots auf die Fahrbahnherstellung; auch das Einwalzen des Schotters mit der Dampfwalze statt mit der Pferdewalze erforderte einen höheren Aufwand als vorgesehen war.

Zu § 8. Der Minderaufwand hat sich in der Hauptsache an den Gründungsarbeiten ergeben.

Zu § 17. Entgegen der Annahme des Kostenvoranschlags erwies sich bei der Bauausführung das vorhandene Gedeck aus Eichenholz als mangelhaft, so daß Zoreseisen verwendet werden mußte.

Zu § 28. Die Herausgabe des VI. Heftes der Ergebnisse der Hochwasseruntersuchungen veranlaßte die Überschreitung. Der Mehrausgabe steht übrigens eine Mehreinnahme unter B. b. § 3 gegenüber.

Außeretatmäßige Ausgaben.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Vergleiche Erläuterungen zu den vergleichenden Darstellungen für die Etatperiode 1898/1899, zweites Beilagenheft Seite 99.

Zu § 1. Administrativkredit 12 000 ℳ. Verwendung: 1898/1899 . . . . . 15 725 ℳ. 46 ₰
1900/1901 . . . . . 74 „ 54 „

Die Erdarbeiten und die Fahrbahnerstellung verursachten einen nicht vorherzusehenden Mehraufwand.

Zu § 2. Administrativkredit . . . . . 28 500 „ — „
Verwendung . . . . . 28 500 „ — „

Zu § 3. Administrativkredit 26 500 ℳ. Verwendung 1898/1899 . . . . . 19 926 „ 04 „
Verwendung 1900/1901 . . . . . 9 813 „ 85 „

Das Eisenwerk erforderte einen höheren Aufwand als vorgesehen war.

Zu § 4. Administrativkredit 83 000 ℳ. Verwendung 1898/1899 . . . . . 81 288 „ 25 „
1900/1901 . . . . . 1 400 „ 27 „

Zu § 5. Administrativkredit 94 500 ℳ. Verwendung 1900/1901 . . . . . 91 477 „ 43 „

Minderaufwand infolge billiger Angebote bei Vergebung der Arbeiten und Lieferungen.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Wegen der hier nachgewiesenen Administrativkredite wird auf das dem Landtage 1901/1902 vorgelegte Verzeichnis der Administrativkredite Ordnungszahl 15 bis 17 Bezug genommen.

Zu Ordnungszahl 1. Die Ersparnis ist eingetreten durch den Wegfall der eichenen Spundpfähle, welche in dem groben Geschiebe nicht eingetrieben werden konnten und an der für „Unvorhergesehenes“ eingestellten Summe.

Zu Ordnungszahl 2. Der Mehraufwand ist an der Wehratalstraße entstanden, wo bei der Arbeitsausführung die Fundamente der Ufermauern größere Beschädigungen zeigten als vorher erkennbar war.

Zu Ordnungszahl 3. Der von dem bewilligten Kredit noch verfügbare Betrag ist zur Verwendung in der Budgetperiode 1902/1903 aufrecht erhalten.

Einnahme.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Einnahme ist von der Größe des Obsterträgnisses und Futterwachses abhängig.

Zu §§ 2, 3, 10. Die Höhe dieser Einnahmen beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 4. Eine genaue Berechnung der zu erwartenden Beiträge läßt sich mit Rücksicht darauf, daß die in Abzug zu bringenden Einnahmen und Ausgaben ebenfalls nur schätzungsweise in Betracht gezogen werden können, nicht aufstellen.

Zu § 5. Vergleiche § 29 der Ausgabe.

Zu § 6. Die Einnahmen aus Dammbaubeiträgen sind infolge Rückgangs der Dammbauten am Rhein unter dem Rechnungsdurchschnitt geblieben.

Zu § 7. Die Mehreinnahme beruht hauptsächlich darauf, daß von den unter B. I a. § 2 zur Vereinnahmung vorgesehenen Dammbaubeiträgen die bar erhobenen Beiträge aus Zweckmäßigkeitsgründen unter dem ordentlichen Etat vereinnahmt wurden.

Zu § 8. Die Mehreinnahme ist in der Hauptsache erwachsen aus den Ersatzbeträgen für Dienstleistungen des technischen Personals und aus den Gebühren für Schiffseichungen.

Zu § 9 Vergleiche § 53 der Ausgabe.

B. Außerordentlicher Etat.

Zu I a. § 1, I b. § 1 und II. § 1. Hierüber sind in der Anlage (Nachweisung) die Erläuterungen enthalten.

Zu I a. § 2. Die Einnahme entspricht der Ausgabe unter B. a. § 16. Wegen der Mindereinnahme vergleiche die Erläuterung zu A. I. § 7.

Zu I b. § 3. Vergleiche B. b. § 28 der Ausgabe.

Zu I b. § 4. Wie zu §§ 2, 3, 10 der ordentlichen Einnahme.

Nachweisung

der in den Jahren 1900/1901 erhobenen Beiträge der Gemeinden für Landstraßenbauten und Vergleichung mit den bezüglichen Budgetbewilligungen.

Bezeichnung des Baugegenstandes.	Budgetsumme. ℳ	₰	Zahlung 1900. ℳ	₰	Zahlung 1901. ℳ	₰	Summe. ℳ	₰	Mehr. ℳ	₰	Weniger. ℳ	₰
a. **Von der Etatperiode 1898/1899.** O.-Z.												
1. Verbesserung der Landstraße zwischen St. Blasien und Bernau	2 400	—	900	—	900	—	1 800		—	—	600	—
2. Herstellung der Hochwasserbeschädigungen vom März 1896 . .	107 685	—	16 125	—	29 862	78	45 987	78	—	—	61 697	22
3. Verbesserung der Zufahrtsstraße zum Zentralgüterbahnhof Mannheim	46 667	—	49 590	—	—	—	49 590	—	2 923	—	—	—
4. Höherlegung der Landstraße bei Zell i. W.	10 000	—	6 000	—	—	—	6 000		—	—	4 000	—
5. Umbau der Brücke über den Rohrbach bei Schönenbach .	800	—	200	—	200	—	400	—	—	—	400	—
6. Umbau der Marsbachbrücke bei Walldürn	825	—	825	—	—	—	825	—	—	—	—	—
7. Verbesserung der Landstraße Nr. 136 bei der Marxzeller Mühle	1 125	—	1 125	—	—	—	1 125	—	—	—	—	—
8. Verbreiterung der Bahnhofstraße und der Brettenbachbrücke in Emmendingen	4 633	—	763	27	—	—	763	27	—	—	3 869	73
9. Verbesserung der Schleuse an der Schwarzbachbrücke bei Waibstadt	750	—	750	—	—	—	750	—	—	—	—	—
10. Pflasterung der Landstraße Nr. 146 in Mannheim	8 163	—	7 019	58	—	—	7 019	58	—	—	1 143	42
11. Umbau der Kinzigbrücke bei Offenburg	27 600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27 600	—
12. Neupflasterung der Hauptstraße in Heidelberg	7 500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 500	—
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899 . .	218 148	—	83 297	85	30 962	78	114 260	63	2 923	—	106 810	37
											2 923	—
											103 887	37
b. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
1. Umgehung der Steige bei Aach in der Landstraße Nr. 57 . . .	5 760	—	—	—	3 000	—	3 000	—	—	—	2 760	—
2. Umbau der Köthachbrücke bei Geisingen in der Landstraße Nr. 57	1 960	—	—	—	1 960	—	1 960	—	—	—	—	—
3. Verbesserung der Landstraße Nr. 231 auf der Gemarkung Bonndorf	5 000	—	—	—	5 000	—	5 000	—	—	—	—	—
4. Verbesserung der Landstraße Nr. 112 (Albtalstraße), 1. Rate . .	5 300	—	—	—	5 300	—	5 300	—	—	—	—	—
5. Verbreiterung und Verbesserung der Landstraße Nr. 48 bei Rheinfelden	3 600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 600	—
6. Verbesserung der Landstraße Nr. 48 beim sogenannten Hornbuck bei Grenzach	5 600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 600	—
7. Neubau einer Landstraße von Waldau nach Neustadt	25 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 000	—
Übertrag .	52 220	—	—	—	15 260	—	15 260	—	—	—	36 960	—

Bezeichnung des Baugegenstandes.	Budgetsumme.	Zahlung 1900.	Zahlung 1901.	Summe.	Mehr.	Weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
b. Von der Etatperiode 1900/1901.						
Übertrag . .	52 220 —	— —	15 260 —	15 260	— —	36 960 —
L.-Z.						
7a. Instandsetzung der Fahrbahn der in den Landstraßenverband aufzunehmenden bisherigen Kreisstraße Rothkreuz — Falkau — Schluchsee	7 500 —	— —	— —	— —	— —	7 500 —
8. Umbau der hölzernen Jochbrücke über den Dreisamkanal bei Rimburg	9 300 —	— —	— —	— —	— —	9 300 —
9. Umbau der Brücke über den Gereuther Talbach im Orte Reichenbach	800 —	— —	300 —	300	— —	500 —
10. Verbesserung der Landstraße Nr. 165, Biberach Zell	12 000 —	— —	— —	— —	— —	12 000 —
11. Verstärkung der Stahlbadbrücke in Oppenau	1 333 —	— —	1 033 —	1 033 —	— —	300 —
12. Umbau der Riedkanalbrücke bei Rastatt	4 500 —	— —	4 500 —	4 500 —	— —	— —
13. Verstärkung der Würmbrücke am Kupferhammer bei Pforzheim	2 660 —	—	—	— —	— —	2 660
14. Verbesserung der Landstraße Nr. 250 zwischen Ubstadt und Unteröwisheim	8 250 —	— —	— —	— —	— —	8 250
15. Sicherung und Verbesserung der alten Neckarbrücke in Heidelberg	22 900 —	—	— —	— —	— —	22 900 —
16. Pflasterung der Landstraße Nr. 2 von der Hafenstraße bis zur Rheinbrücke in Mannheim	13 300	—	— —	— —	— —	13 300 —
17. Anlage eines Fußsteges von der Schwarzbachbrücke bei Waibstadt	1 700 —	—	— —	— —	— —	1 700
18. Herstellung von Straßenpflaster in Adelsheim	3 800 —	—	— —	— —	— —	3 800 —
19. Herstellung von Hochwasserbeschädigungen vom März 1896, Nachträge aus dem Mehrbedarf für Brückenbauten	14 450	—	—	— —	— —	14 450 —
Hierzu aus der Etatperiode 1896/1897.						
Neubau der Bregbrücke bei Hammereisenbach, Restbetrag	1 200 —	600 —	600 —	1 200	— —	—
Summe budgetmäßige Einnahmen	155 913 —	600	21 693 —	22 293 —	— —	133 620 —
Außeretatmäßige Einnahmen.						
1. Verbesserung der Landstraße Nr. 53 in Unterlenzkirch	— —	500 —	— —	500 —	500 —	— —
2. Verbesserung der Schleuse an der Schwarzbachbrücke bei Waibstadt	— —	4 250 —	706 65	4 956 65	4 956 65	— —
Summe außeretatmäßige Einnahmen	— —	4 750 —	706 65	5 456 65	5 456 65	— —
Hierzu Summe budgetmäßige Einnahmen	155 913 —	600 —	21 693 —	22 293 —	— —	133 620 —
Summe b. Von der Etatperiode 1900/1901	155 913 —	5 350 —	22 399 65	27 749 65	5 456 65	133 620 — 5 456 65
Hierzu						
Summe a. Von der Etatperiode 1898/1899	218 148 —	83 297 85	30 962 78	114 260 63	— —	128 163 35 103 887 37
Summe . .	374 061 —	88 647 85	53 362 43	142 010 28	— —	232 050 72

Erläuterungen.

Zu a. O.-Z. 1. Rest mit 600 ℳ im Staatsvoranschlag 1902/1903 Titel IX. B. § 1 neu eingestellt.

Zu a. O.-Z. 2. Im Staatsvoranschlag 1902/1903 B. § 1 sind 110 110 ℳ neu eingestellt.

Zu a. O.-Z. 3. Aufwand 148 772 ℳ 88 ₰, Beitrag ein Drittel mit rund 49 590 ℳ.

Zu a. O.-Z. 4. Aufwand 27 198 ℳ 47 ₰, Beitrag ein Drittel 9 066 ℳ 16 ₰, wovon hier 6 000 ℳ. Der Rest gelangte im Jahr 1902 zur Erhebung.

Zu a. O.-Z. 5. Hiervon sind 200 ℳ im Staatsvoranschlag 1902/1903 Titel IX. B. § 1 neu eingestellt; die weiteren 200 ℳ gelangen nicht zur Erhebung.

Zu a. O.-Z. 8. Gesamtaufwand 11 911 ℳ 17 ₰, Drittel 3 970 ℳ 39 ₰, hier 763 ℳ 27 ₰. Von dem Rest mit 3 869 ℳ 73 ₰ sind 3 207 ℳ im Staatsvoranschlag 1902/1903 Titel IX. § 1 neu eingestellt, die übrigen 662 ℳ 73 ₰ kommen nicht zur Erhebung.

Zu a. O.-Z. 10. Aufwand 21 058 ℳ 75 ₰ Drittel 7 019 ℳ 58 ₰.

Zu a. O.-Z. 11. Wie oben zu O.-Z. 2.

Zu a. O.-Z. 12. Vergleiche die Erläuterungen zu B. 1 a. O.-Z. 10 der Ausgabe.

Zu b. O.-Z. 1, 5, 6, 7, 7 a, 8, 9, 10, 13, 15, 16, 18, 19. Reste für 1902/1903 aufrecht erhalten.

Zu b. O.-Z. 11. Beiträge endgültig auf 1 033 ℳ festgestellt.

Zu b. O.-Z. 14 Beiträge endgültig auf 7 500 ℳ festgestellt und für 1902/1903 aufrecht erhalten.

Zu b. O.-Z. 17. Betrag endgültig auf 1 870 ℳ festgestellt und für 1902/1903 aufrecht erhalten.

Außeretatmäßige Einnahmen.

Zu O.-Z. 1. Die Gemeinde Unterlenzkirch hat zu dem außeretatmäßigen Aufwand der Etatperiode 1898/1899 von 4 417 ℳ 49 ₰ einen Beitrag von 1 000 ℳ zu leisten, wovon 1898/1899 500 ℳ erhoben wurden, Rest hier.

Zu O.-Z. 2. Beitrag der Gemeinde Waibstadt, vergleiche II. B. O.-Z. 3 außeretatmäßige Ausgaben.

Aufwand 1898/1899 . . . . 19 926 ℳ 04 ₰
1900/1901 . . . . 9 813 „ 85 „

zusammen . 29 739 ℳ 89 ₰ davon ⅙ = 4 956 ℳ 65 ₰

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Fünfte Abteilung.

Finanzministerium.

Inhalt.

Vorbemerkung: Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Hauptabteilung I. Staatsministerium, Seite 1.

A. Ausgabe und B. Einnahme des Finanzministeriums und der ihm unterstellten Behörden (Hauptübersicht).

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	Rechnungs-Soll. 1901.	Rechnungs-Soll. Summe.	Dieses gegen jenen mehr.	Dieses gegen jenen weniger.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat.						
§ Titel I Ministerium.						
1. Gehalte	214 290 —	104 501 84	106 308 50	210 810 34	— —	3 479 66
2. Wohnungsgeld	21 960 —	12 410 11	12 798 —	25 208 11	248 11	— —
3 Andere persönliche Ausgaben:						
a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	10 200 —	6 313 80	6 666 18	12 979 98	2 779 98	— —
b. Sonstige persönliche Ausgaben	6 416 —	4 326 90	2 642 10	6 969	553 —	— —
4. Sachliche Amtsunkosten	22 880 —	13 746 11	10 809 —	24 555 11	1 675 11	— —
Summe Titel I.	278 746 —	141 298 76	139 223 78	280 522 54	5 256 20	3 479 66
					3 479 66	
					1 776 54	
Titel II. Generalstaatskasse.						
1. Gehalte	80 450 —	40 897 77	40 445 —	81 342 77	892 77	— —
2. Wohnungsgeld	11 520 —	6 019 16	6 000 —	12 019 16	499 16	— —
3. Andere persönliche Ausgaben	8 980 —	4 105 97	3 609 88	7 715 85	— —	1 264 15
4. Sachliche Amtsunkosten	7 100 —	4 186 —	3 816 29	8 002 29	902 29	— —
Summe Titel II.	108 050 —	55 208 90	53 871 17	109 080 07	2 294 22	1 264 15
					1 264 15	
Titel III. Hochbauwesen.					1 030 07	
1. Gehalte	262 620 —	131 734 16	124 098 16	255 832 32	— —	6 787 68
2. Wohnungsgeld	36 860 —	15 862 39	16 335 42	32 197 81	— —	4 662 19
3. Andere persönliche Ausgaben:						
a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	52 960 —	29 812 36	34 000 77	63 813 13	10 853 13	— —
b. Sonstige persönliche Ausgaben	91 496 —	51 652 64	93 099 28	144 751 92	53 255 92	— —
4. Sachliche Amtsunkosten	25 900 —	14 976 58	25 220 15	40 196 73	14 296 73	— —
5. Mietzinse für Dienstgebäude	20 360 —	10 046 67	9 980 —	20 026 67	— —	333 33
6. Aufwand auf Zentralstaatsgebäude	108 700 —	49 399 60	103 509 28	152 908 88	44 208 88	— —
Summe Titel III.	598 896 —	303 484 40	406 243 06	709 727 46	122 614 66	11 783 20
					11 783 20	
					110 831 46	
Titel IV. Domänenverwaltung	11 039 968 —	5505 734 01	6032 415 10	11 538 149 11	498 181 11	— —
„ V. Salinenverwaltung	1 212 258 —	695 411 65	706 474 30	1 401 885 95	189 627 95	— —
„ VI. Steuerverwaltung	9 817 614 —	5418 652 53	5 881 709 19	11 300 361 72	1 482 747 72	— —
„ VII. Zollverwaltung	5 046 174 —	2564 609 43	2553 075 81	5 117 685 24	71 511 24	— —
Titel VIII. Münzverwaltung.						
1. Gehalte	31 560 —	13 660 —	13 660 —	27 320 —	— —	4 240 —
2. Wohnungsgeld	4 980 —	2 590 —	2 590 —	5 180 —	200 —	— —
3. Andere persönliche Ausgaben	804 —	2 306 74	868 35	3 175 09	2 371 09	— —
4. Sachliche Amtsunkosten	408 —	107 65	121 08	228 73	— —	179 27
5. Unterhaltung der Maschinen, Werkzeuge und Geräte	1 082 —	2 526 01	584 88	3 110 89	2 028 89	— —
6. Anschaffung neuer Maschinen, Werkzeuge und Geräte	3 638 —	2 025 77	5 314 55	7 340 32	3 702 32	— —
Übertrag	42 472 —	23 216 17	23 138 86	46 355 03	8 302 30	4 419 27
Übertrag Titel I—VII.	28 101 706 —	14684399 68	15773012 41	30 457 412 09	2 355 706 09	— —

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Übertrag Titel I.—VII.	28 101 706	—	14684399	68	15773012	41	30 457 412	09	2355 706	09	—	—
Titel VIII. Münzverwaltung.												
8 Übertrag	42 472	—	23 216	17	23 138	86	46 355	03	8 302	30	4 419	27
7. Für Gold	24 034	—	5 375	05	19 848	59	25 223	64	1 189	64	—	—
8. Für Silber	3 716	—	1 038	70	2 468	86	3 507	56	—	—	208	44
9. Für Kupfer	154	—	410	—	—	—	410	—	256	—	—	—
10. Für Nebenmaterialien	8 162	—	8 138	64	6 464	54	14 603	18	6 441	18	—	—
11. Arbeitslöhne	7 000	—	5 183	86	6 460	80	11 644	66	4 644	66	—	—
12. Verschiedene und zufällige Ausgaben	352	—	181	56	142	14	323	70	—	—	28	30
Summe Titel VIII	85 890	—	43 543	98	58 523	79	102 067	77	20 833	78	4 656	01
									4 656	01		
									16 177	77		
Titel IX. Allgemeine Kassenverwaltung.												
1. Kosten wegen des Erlöses aus Fahrnissen und Materialien	80	—	—	—	400	23	400	23	320	23	—	—
2. Kosten wegen der ledigen, herren- und erblosen Güter und Abgang an den Einnahmen aus solchen	1 000	—	3 306	59	2 795	39	6 101	98	5 101	98	—	—
3. Abgang an Aktivresten	350 780	—	250 694	18	296 312	70	547 006	88	196 226	88	—	—
4. Verschiedene und zufällige Ausgaben	29 760	—	5 326	65	4 133	11	9 459	76	—	—	20 300	24
Summe Titel IX.	381 620	—	259 327	42	303 641	43	562 968	85	201 649	09	20 300	24
									20 300	24		
									181 348	85		
Titel X. Schuldentilgung.												
1. Dotation der Amortisationskasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse	4 000 000	—	2000 000	—	2000 000	—	4 000 000	—	—	—	—	—
Summe Titel X.	4 000 000	—	2000 000	—	2000 000	—	4 000 000	—	—	—	—	—
Titel XI. Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung, Gnadengaben.												
1. Lebenslängliche Ruhegehalte:												
a. der etatmäßigen Beamten im allgemeinen	5 164 500	—	2518 546	14	2619 150	32	5 137 696	46	—	—	26 803	54
b. der Volksschullehrer	972 000	—	485 119	51	502 736	39	987 855	90	15 855	90	—	—
2. Widerrufliche Ruhegehalte:												
a der etatmäßigen Beamten im allgemeinen	39 400	—	20 564	37	20 959	91	41 524	28	2 124	28	—	—
b. der Volksschullehrer	3 660	—	1 830	—	1 830	—	3 660	—	—	—	—	—
3. Unterstützungsgehalte der entlassenen und der nicht etatmäßigen Beamten:												
a. der Beamten im allgemeinen	107 200	—	47 620	83	50 027	32	97 648	15	—	—	9 551	85
b. der Volksschullehrer	16 000	—	7 797	48	8 326	09	16 123	57	123	57	—	—
4 Ruhe- und Unterstützungsgehalte aus besonderen Verhältnissen	23 860	—	18 791	50	17 336	13	36 127	63	12 267	63	—	—
5 Sterbegehalte aus Ruhe- und Unterstützungsgehalten:												
a. der Beamten im allgemeinen	89 400	—	54 118	52	57 122	34	111 240	86	21 840	86	—	—
b. der Volksschullehrer	18 000	—	11 792	78	12 155	75	23 948	53	5 948	53	—	—
6. Zuschuß zur Beamtenwitwenkasse:												
a wegen der Beamten im allgemeinen	3 300 000	—	1 687 146	90	1 698 906	04	3 386 052	94	86 052	94	—	—
b. wegen der Volksschullehrer	470 000	—	225 758	—	239 814	—	465 572	—	—	—	4 428	—
7. Gnadengaben an Hinterbliebene von etatmäßigen Beamten	320 000	—	164 640	70	171 773	25	336 413	95	16 413	95	—	—
a. Zusätzliche Erhöhung	120 000	—	50 404	62	60 296	46	110 701	08	—	—	9 298	92
Summe Titel XI	10 644 020	—	5 294 131	35	5 460 434	—	10 754 565	35	160 627	66	50 082	31
									50 082	31		
									110 545	35		
Übertrag Titel I.—XI.	43 213 236	—	22281402	43	23595611	63	45 877 014	06	2663 778	06	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe												
A. Ordentlicher Etat.												
Übertrag Titel I.—XI. . .	43 213 236	—	22281402	43	23595611	63	45 877 014	06	2 663 778	06	—	—
§ Titel XII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds.												
1. Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten . . .	28 360	—	15 583	81	19 970	90	35 554	71	7 194	71	—	—
2. Zusätzliche Erhöhung zur Verwilligung von außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte jeder Art	7 500	—	6 500	—	—	—	6 500	—	—	—	1 000	—
Summe Titel XII. . .	35 860	—	22 083	81	19 970	90	42 054	71	7 194	71	1 000	—
									1 000	—		
									6 194	71		
Titel XIII. Verschiedene und zufällige Ausgaben.												
1. Prozeßkosten	140	—	—	—	83	60	83	60	—	—	56	40
2. Sachliche Kosten für Staatsprüfungen im Bereich der Finanzverwaltung	320	—	161	—	217	09	378	09	58	09	—	—
3. Versendungskosten:												
a. Postporto	10 920	—	5 479	27	6 725	30	12 204	57	1 284	57	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 060	—	600	28	627	93	1 228	21	168	21	—	—
c. Telegraphengebühren	480	—	206	17	669	67	875	84	395	84	—	—
4. Sonst zufällige Ausgaben	2 180	—	467	16	246	—	713	16	—	—	1 466	84
Summe Titel XIII. .	15 100	—	6 913	88	8 569	59	15 483	47	1 906	71	1 523	24
									1 523	24		
									383	47		
Summe A. Ordentlicher Etat . .	43 264 196	—	22310400	12	23624152	12	45 934 552	24	2 670 356	24	—	—
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Titel III. Hochbauwesen.												
Auf Administrativkredit.												
1. Ankauf des Anwesens Kreuzstraße Nr. 13 in Karlsruhe	—	—	145 000	—	—		145 000	—	145 000	—	—	—
Titel V. Salinenverwaltung (Beilage 2)	36 172	32	18 067	93	13 230	33	31 298	26	—	—	4 874	06
Titel VI. Steuerverwaltung (Beilage 3) .	152 866	82	90 832	87	45 076	84	135 909	71	—	—	16 957	11
Titel VII. Zollverwaltung (Beilage 4) . .	334 633	99	237 548	98	14 637	27	252 186	25	—	—	82 447	74
Summe α. . .	523 673	13	491 449	78	72 944	44	564 394	22	145 000	—	104 278	91
									104 278	91		
									40 721	09		
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel III. Hochbauwesen.												
1. Für Erwerbung des Anwesens Hirschstraße Nr. 6 in Karlsruhe	141 300	—	137 164	55	8 671	34	145 835	89	4 535	89	—	—
Übertrag . .	141 300	—	137 164	55	8 671	34	145 835	89	4 535	89	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.												
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
§ Übertrag	141 300	–	137 164	55	8 671	34	145 835	89	4 535	89	—	—
2. Neubau eines Dienstgebäudes für die Oberrechnungskammer, den Verwaltungsgerichtshof und das Generallandesarchiv, I. Rate	520 000	–	306 138	84	15 071	76	321 210	60	—	—	198 789	40
3. Herstellung einer Hauptmetallkammer im Münzgebäude	19 000	–	1 616	27	7 418	30	9 034	57	—	–	9 965	43
Summe Titel III	680 300	–	444 919	66	31 161	40	476 081	06	4 535	89	208 754	83
											4 535	89
											204 218	94
Titel V. Salinenverwaltung (Beilage 2)	140 500	–	99 682	02	29 209	23	128 891	25	—	—	11 608	75
Titel VI. Steuerverwaltung (Beilage 3)	443 050	–	96 018	27	136 736	04	232 754	31	—	—	210 295	69
Titel VII. Zollverwaltung (Beilage 4)	912 125	–	213 335	25	495 326	13	708 661	38	—	–	203 463	62
Summe β.	2 175 975	–	853 955	20	692 432	80	1 546 388	–	—	—	629 587	–
Hierzu Summe α.	523 673	13	491 449	78	72 944	44	564 394	22	40 721	09	—	—
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	2 699 648	13	1 345 404	98	765 377	24	2 110 782	22	40 721	09	629 587	—
											40 721	09
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.											588 865	91
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Titel IV. Domänenverwaltung (Beilage 1)	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel IV. Domänenverwaltung (Beilage 1)	1 362 698	–	517 536	18	795 691	99	1 313 228	17	–	–	49 469	83
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	—	—	75 883	56
Hierzu Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	2 699 648	13	1 315 404	98	765 377	24	2 110 782	22	–	–	588 865	91
Summe B. Außerordentlicher Etat	4 508 844	55	2 138 800	70	1 705 294	38	3 844 095	08	—	–	664 749	47
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	43 264 196	–	22 310 400	12	23 624 152	12	45 934 552	24	2 670 356	24	—	—
Summe der Ausgabe	47 773 040	55	24 449 200	82	25 329 446	50	49 778 647	32	2 670 356	24	664 749	47
									664 749	47		
									2 005 606	77		
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat.												
Titel I. Domänenverwaltung (Beilage 1)	18 706 558	–	10 548 004	99	10 856 350	75	21 404 355	74	2 697 797	74	–	–
Titel II. Salinenverwaltung (Beilage 2)	1 553 126	–	984 432	08	1 135 649	98	2 120 082	06	566 956	06	—	—
Titel III. Steuerverwaltung (Beilage 3)	71 271 442	–	41 921 506	31	42 915 911	45	84 837 417	76	13 565 975	76	–	–
Titel IV. Zollverwaltung (Beilage 4)	4 627 164	–	2 282 098	54	2 247 716	31	4 529 814	85	—	—	97 349	15
Übertrag Titel I.—IV.	96 158 290	–	55 736 041	92	57 155 628	49	112 891 670	41	16 830 729	56	97 349	15

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	1901.	Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	weniger.
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Einnahme.						
A. Ordentlicher Etat						
Übertrag Titel I—IV.	96 158 290 —	55736041 92	57155628 49	112 891 670 41	16830729 56	97 349 15
Titel V. Münzverwaltung.						
§ **1. Aus Fabrikaten.**						
1. Aus Goldmünzen	11 686	1 524 60	5 276 50	6 801 10	— —	4 884 90
2. Aus Silbermünzen	10 946	13 966 56	26 996 98	40 963 54	30 017 54	—
3. Aus Nickelmünzen	8 160 —	18 229 06	9 590 33	27 819 39	19 659 39	—
4. Aus Kupfermünzen	11 358	18 684 63	10 761 17	29 445 80	18 087 80	—
5. Für Medaillen	26 972	24 947 52	5 076 75	30 024 27	3 052 27	—
Summe I	69 122	77 352 37	57 701 73	135 054 10	70 817 —	4 884 90
					4 884 90	
2. Verschiedene und zufällige Einnahmen.					65 932 10	
6. Aus Materialien und Gerätschaften	386 —	411 96	382 76	794 72	408 72	—
7. Schmelz- und Probegebühren	78	105 77	425 85	531 62	453 62	—
8. Sonst zufällige Einnahmen	5 604 —	2 645 49	1 485 60	4 131 09	—	1 472 91
Summe II.	6 068 —	3 163 22	2 294 21	5 457 43	862 34	1 472 91
						862 34
						610 57
Summe Titel V.	75 190 —	80 515 59	59 995 94	140 511 53	65 932 10	610 57
					610 57	
Titel VI. Allgemeine Kassenverwaltung.					65 321 53	
1. Mietzinse von Zentralstaatsgebäuden	56 600 —	44 651 38	68 639 08	113 290 46	56 690 46	
2. Dienstpolizeiliche Geldstrafen	2 480 —	1 203	936 —	2 139 —	—	341 —
3. Erlös aus Fahrnissen und Materialien	8 040 —	3 870 74	6 378 04	10 248 78	2 208 78	—
4. Anfall von ledigen, herren- und erblosen Gütern	4 000 —	4 820 40	7 962 64	12 783 04	8 783 04	— —
5. Ersatz einzelner Verwaltungszweige für Ruhe- und Versorgungsgehalte, sowie Gnadengaben, Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen	2 968 760 —	1502 666 47	1656 700 31	3 159 366 78	190 606 78	— —
6. Abgang an Passivresten	540	58 —	— —	58	— —	482 —
7. Verschiedene und zufällige Einnahmen	9 040 —	1 079 76	10 412 05	11 491 81	2 451 81	—
Summe Titel VI.	3 049 460 —	1558349 75	1751028 12	3 309 377 87	260 740 87	823 —
					823	
					259 917 87	
Summe A. Ordentlicher Etat	99 282 940 —	57374907 26	58966652 55	116 341 559 81	17155968 96	97 349 15
					97 349 15	
B. Außerordentlicher Etat.					17058619 81	
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.						
Von der Etatperiode 1900/1901.						
Titel IV. Zollverwaltung (Beilage 4)	—	1 865 30	169 68	2 034 98	2 034 98	—
Titel VI. Allgemeine Kassenverwaltung.						
1. Einnahme von der vormaligen badischen Militärverwaltung, und zwar Ersatz an Kasernenbaukosten		—	6 631	6 631 —	6 631 —	—
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	—	1 865 30	6 800 68	8 665 98	8 665 98	— —

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
B. Außerordentlicher Etat.												
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
Titel I. Domänenverwaltung (Beilage 1)	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
Titel I. Domänenverwaltung (Beilage 1)	1 362 698	—	517 536	18	795 691	99	1 313 228	17	—	—	49 469	83
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	—	—	75 883	56
Hierzu Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	—	—	1 865	30	6 800	68	8 665	98	8 665	98	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	1 809 196	42	795 261	02	946 717	82	1 741 978	84	8 665	98	75 883 8 665	56 98
Hierzu											67 217	58
Summe A. Ordentlicher Etat	99 282 940		57374907	26	58966652	55	116 341 559	81	17058619	81	—	—
Summe der Einnahme	101 092 136	12	58170168	28	59913370	37	118 083 538	65	17058619 67 217	81 58	67 217	58
Abschluß.									16991402	23		
Ausgabe	47 773 040	55	24449200	82	25329146	50	49 778 647	32	2005606	77	—	—
Einnahme	101 092 136	12	58170168	28	59913370	37	118 083 538	65	16991402	23	—	—
Mehreinnahme	53 319 095	87	33720967	46	34583923	87	68 304 891	33	14985795	46	—	—

Karlsruhe, im Januar 1903.

Kontrollbureau Großherzoglichen Finanzministeriums.
Diefenbacher.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen Großherzoglichen Finanzministeriums und den Hauptstaatsrechnungen für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Finanzministerium.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Titel I. Ministerium.

Zu § 3 a. Der Mehraufwand ist dadurch, daß mehr auswärtige Dienstgeschäfte notwendig geworden sind, sowie durch einige größere Zugskostenvergütungen entstanden.

Zu § 3 b. Die Bezüge eines Kanzleigehilfen, dessen Stelle mit Wirkung vom Beginn der Budgetperiode an als etatmäßige Amtsstelle angefordert war, wurden erst von einem späteren Zeitpunkt an auf den Gehaltsetat übertragen. Ferner war die Vergütung des Gehilfen auf dem Sekretariat dem Dienstalter des Stelleninhabers entsprechend höher als der angeforderte Betrag; auch sind im ersten Budgetjahr mehr Kosten für Schreibaushilfe entstanden.

Zu § 4. Der Kredit der Handkasse war wegen der hohen Preise der Heizungsmaterialien und wegen vermehrten Bedarfs an Überdruckarbeiten in beiden Budgetjahren unzureichend.

Titel II. Generalstaatskasse.

Zu § 3. Die beiden nicht etatmäßigen Gehilfen bezogen nach ihren Dienstaltersverhältnissen geringere Vergütungen als im Budget vorgesehen waren. Auch wurde der für Dienst- und Schreibaushilfe angeforderte Betrag nicht im vollen Umfang in Anspruch genommen.

Zu § 4. Die Überschreitung ist durch einen Mehraufwand der Handkasse sowie durch die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Dienstzimmer veranlaßt worden.

Titel III. Hochbauwesen.

Zu § 3 a. Die rege Bautätigkeit in der Budgetperiode machte vermehrte Dienstreisen der Inspektionsbeamten erforderlich Auch wurden einigen Inspektionsvorständen Reisebeihilfen zum Besuch der Pariser Weltausstellung gewährt, wofür in dem Budgetsatz Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu § 3 b. Infolge der zahlreichen Neubauten und Vorarbeiten für solche mußten auch in den Jahren 1900/1901 den Bezirksbauinspektionen Hilfskräfte in größerer Zahl beigegeben werden.

Zu § 4. Bei dem hohen Geschäftsstand der Baubehörden und der Vermehrung ihres Hilfspersonals sowie wegen der eingetretenen Erhöhung der Preise für Brennmaterial und der Löhne für Bedienung waren die den Inspektionsvorständen bewilligten Bauschvergütungen für sachliche Amtsunkosten durchgehends unzureichend. Aus dem gleichen Grund mußten ferner einige Beträge für frühere Jahre nachbezahlt werden.

Zu § 6. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch größere Herstellungen im Ständehaus (Einführung der elektrischen Beleuchtung), in dem neu angekauften Gebäude Kreuzstraße Nr. 13 in Karlsruhe (Herrichtung zu Diensträumen 2c.), im Dienstgebäude des Ministeriums des Innern (Verbesserung der Abortanlage) und jenen des Verwaltungshofs, im Dienstwohnungsgebäude des Finanzministers, im ehemaligen Regierungsgebäude in Konstanz sowie in den Dienstgebäuden der Bezirksbauinspektionen Lörrach (Entwässerungsanlage) und Waldshut (Einführung elektrischer Beleuchtung) herbeigeführt worden. Auch war der für Instandsetzung der Fassaden des Ständehauses vorgesehene Betrag unzureichend.

Titel VIII. Münzverwaltung.

Zu § 3. Zur Bewältigung der zahlreichen Prägeaufträge mußte eine Dienstaushilfe im Bureaudienst verwendet werden. Auch sind Diäten und Reisekosten erwachsen, für welche im Budgetsatz ausreichende Mittel nicht vorgesehen waren.

Zu § 4. Die Kosten für Heizung der Dienstzimmer des Obereichungsamts wurden seit Beginn der Budgetperiode aus dessen Etat ersetzt.

Zu § 5. Die erforderlich gewordene Instandsetzung des Dampfkessels veranlaßte im ersten Budgetjahr einen erheblichen Mehraufwand.

Zu § 6. Zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen wurde ein neues Vorwalzwerk angeschafft. Auch wurden neue Prägestempel mit dem Bildnis des Landesherrn hergestellt.

Zu §§ 10/11. Der Mehraufwand ist durch die in der Budgetperiode ausgeführten umfangreicheren Prägeaufträge entstanden und wird durch die Mehreinnahme unter Titel V. §§ 2 bis 4 ausgeglichen.

Titel IX. Allgemeine Kassenverwaltung.

Zu §§ 1/2. Die Ausgaben hängen mit den entsprechenden Einnahmen unter Titel VI. zusammen und sind wie diese zufälliger Natur.

Zu § 3. Die Abgänge an Aktivresten verteilen sich auf die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt:

	Budgetsatz 1900/1901	Rechnungs-Soll						Mehr.		Weniger.	
		1900		1901		Summe					
	M	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
1. Strafanstalten	216	864	82	141	94	1 006	76	790	76	—	—
2. Amtskassen	129 996	67 358	93	64 139	22	131 498	15	1 502	15	—	—
3. Heil- und Pflegeanstalten	880	—	—	300	63	300	63	—	—	579	37
4. Polizeiliches Arbeitshaus	30	132	67	—	—	132	67	102	67	—	—
5. Zentralkasse für Landwirtschaft, Gewerbe und Statistik	—	130	—	20	—	150	—	150	—	—	—
6. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	364	28	01	11	50	39	51	—	—	324	49
7. Domänenverwaltung	13 556	4 477	83	5 801	26	10 279	09	—	—	3 276	91
8. Salinenverwaltung	—	—	—	64	04	64	04	64	04	—	—
9. Steuerverwaltung	205 596	177 661	92	225 406	57	403 068	49	197 472	49	—	—
10. Zollverwaltung	4	—	—	114	22	114	22	110	22	—	—
11. Generalstaatskasse	138	40	—	313	32	353	32	215	32	—	—
Summe	350 780	250 694	18	296 312	70	547 006	88	200 407	65	4 180	77
								4 180	77		
								196 226	88		

Die Überschreitung entfällt nahezu ausschließlich auf die Steuerverwaltung und hängt im allgemeinen mit dem Anwachsen der Steuergefälle sowie damit zusammen, daß infolge geänderter Verrechnungsweise das Ergebnis des Jahres 1901 dreizehn Monate umfaßt, endlich daß der auf Grund der Rechnungsdurchschnitts gebildete Budgetsatz niederer war als derjenige für frühere Jahre. An der Zunahme der Abgänge sind hauptsächlich die direkten und die Verkehrssteuern beteiligt, erstere wegen Zunahme der nicht seßhaften Bevölkerung, letztere wegen Nachlasses einiger größerer Beträge aus Billigkeitsgründen, Niederschlagung infolge verwaltungsgerichtlicher Entscheidung, Berichtigung der Steueransätze, Unbeibringlichkeit und dergleichen.

Zu § 4. In der Budgetperiode waren die Herauszahlungen an das Reich infolge der Schlußabrechnungen geringer als in den Normaljahren, deren Ergebnis der Bildung des Budgetsatzes zugrunde gelegt war.

Zu Titel XI. Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung, Gnadengaben.

Zu § 1 a. Der nach Abzug der Abgänge verbleibende restliche Zugang an Ruhegehalten war geringer als bei Bildung des Budgetsatzes angenommen worden war.

Zu § 1 b. Neben zahlreicheren Zuruhesetzungen wirkte die durch das Gesetz vom 17. September 1898 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 423) besonders den ältern Lehrern zuteil gewordene Gehaltserhöhung auf die Zunahme der Ruhegehalte ein.

Zu § 2 a. Die widerruflichen Ruhegehalte haben entgegen der Annahme des Budgets wieder eine geringe Zunahme erfahren.

Zu § 3 a. Der reine Zugang an Unterstützungsgehalten blieb hinter der budgetmäßigen Annahme zurück

Zu § 4. Die Erhöhung des Aufwands entfällt auf die Ruhegehalte von Beamten kirchlicher Vermögensverwaltungen, welche wegen der von den betreffenden Beamten im eigentlichen Staatsdienst zurückgelegten Dienstzeit auf die Staatskasse übernommen wurden. (Artikel 16 Absatz 3,4 des Etatgesetzes.)

Zu §§ 5a. und b. Mit der mit der Verbesserung des Diensteinkommens der Beamten und Lehrer zusammenhängenden Erhöhung der Ruhegehalte tritt auch eine Steigerung des Aufwands für die aus den Ruhegehalten zu zahlenden Sterbegehalte ein.

Zu §§ 6a. und b. Der wandelbare Zuschuß zur Beamtenwitwenkasse, der von der Zahl der ausscheidenden und der zur erstmaligen Anstellung gelangenden Beamten und Lehrer und der Höhe ihres Einkommensanschlags abhängig ist, ergab infolge eines stärkeren Abgangs und Zugangs von Beamten einen Mehraufwand.

Zu § 7 Zur Befriedigung zahlreicher und dringender Unterstützungsgesuche mußten neben den Ersparnissen aus früheren Jahren mit 18 916 ℳ 21 ₰ die budgetmäßigen Mittel der laufenden Jahre nahezu vollständig in Anspruch genommen werden. Es verbleiben hiernach zur Verwendung in der Budgetperiode 1902/1903 nur 338 916 ℳ 21 ₰ — 336 413 ℳ 95 ₰ = 2 502 ℳ 26 ₰ verfügbar.

Zu § 7a. Von der Ersparnis von 9 298 ℳ 92 ₰ entfallen 9 117 ℳ 97 ₰ auf den zur Unterstützung der Hinterbliebenen von Dekretangestellten, deren Bezüge nach den früheren Gesetzesbestimmungen bemessen sind, vorgesehenen Betrag und werden zur Verwendung in der folgenden Budgetperiode vorbehalten.

Titel XII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds.

Zu § 1. Die Mehrverwendungen, die aus Erübrigungen der vorigen Perioden geschöpft wurden, sind durch Fälle dringender Unterstützungsbedürftigkeit veranlaßt worden. Mit Berücksichtigung der früheren Erübrigungen verbleibt ein Betrag von 12 667 ℳ 56 ₰ — 7 194 ℳ 71 ₰ = 5 472 ℳ 85 ₰ zur Verwendung in den Jahren 1902/1903 verfügbar (Artikel 29 des Etatgesetzes)

Zu § 2. Die Verwendungen mit 6 500 ℳ erfolgten zu Lasten der aus den Jahren 1898/1899 zur Verfügung gestandenen Erübrigung von 8 000 ℳ Der Budgetsatz für 1900/1901 mit 7 500 ℳ bleibt daher im vollen Betrage zur Verwendung in der Periode 1902/1903 vorbehalten.

Titel XIII. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Zu § 2. Der Mehraufwand ist durch die größere Zahl der Kandidaten bei der Vorprüfung und bei der Staatsprüfung im Baufache veranlaßt worden.

Zu § 3a./c. Die Überschreitungen sind durch den hohen Geschäftsstand der in Betracht kommenden Behörden herbeigeführt worden, welcher eine Erhöhung der Portobauschsumme, vermehrte Expreßgutsendungen und Telegramme, letztere insbesondere bei den Baubehörden, zur Folge hatte. Auch sind einige weitere Dienststellen an den Fernsprechverkehr angeschlossen worden.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.

α. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Vergleiche Ordnungszahl 15 des dem Landtag 1899/1900 vorgelegten Verzeichnisses der bewilligten Administrativkredite.

β. Von der Etatperiode 1900/1901.

Titel III. Hochbauwesen.

Zu § 1. Die Instandsetzung des angekauften Anwesens erforderte einen höheren als den im Budget hierfür vorgesehenen Betrag.

Zu § 2. Der Kreditrest wird zur Verwendung in der Periode 1902/1903 vorbehalten.

Zu § 3. Die Herstellung wurde in einfacherer Weise, als ursprünglich vorgesehen, ausgeführt.

Einnahme.

A. Ordentlicher Etat.

Titel V. Münzverwaltung.

Vergleiche die Erläuterungen zu Titel VIII. der Ausgabe.

Zu § 5. Die Einnahme aus Medaillen ist im wesentlichen von der zum voraus nicht bekannten Zahl der Verleihungen abhängig.

Titel VI. Allgemeine Kassenverwaltung.

Zu § 1. Die Mehreinnahme entfällt im wesentlichen auf die für das neue Gesandtschaftsgebäude in Berlin vom Tag der Auflassung an bis zur Räumung durch die bisherigen Mieter entrichteten Mietzinse, ferner auf den Mietzins für das bisherige Gesandtschaftsgebäude, das mangels einer entsprechenden Verkaufsgelegenheit nach der Übersiedelung der Gesandtschaft in das neue Gebäude einstweilen vermietet wurde. Außerdem gelangten die Mietzinse für die für die Gendarmeriebediensteten in Mannheim gemieteten Dienstwohnungen (vergleiche den Budgetnachtrag unter IV. Titel X. § 10) hier zur Vereinnahmung.

Zu § 5. Der Ersatz der Eisenbahnverwaltung für Ruhegehalte früherer Eisenbahnbeamten stieg auch in den beiden Budgetjahren erheblich rascher als bei Aufstellung des Budgets angenommen worden war. Auch sind die zu ersetzenden wandelbaren Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse der Vermehrung der Zahl der Eisenbahnbeamten entsprechend gestiegen, ebenso die Unterstützungen und außerordentlichen Belohnungen.

Zu § 7. Die Mehreinnahme des Jahres 1901 hat sich aus den Zinsen des in diesem Jahr erstmals eingeführten Kontokorrentverkehrs der Landeshauptkasse mit der Badischen Bank ergeben, welche Zinsen im Budget für 1902/1903 unter einem besonderen Paragraphen (Titel VI. § 6) vorgesehen sind.

B. **Außerordentlicher Etat.**

Titel VI. Allgemeine Kassenverwaltung.

Zu § 1. Die in den einzelnen Jahren zu leistenden Ersatzbeträge richten sich nach den für den vorliegenden Zweck in den Reichshaushaltetat eingestellten Summen.

Die noch zu erwartenden Ersatzleistungen berechnen sich auf Ende 1901 auf 499 055 ℳ (vergleiche die Erläuterungen zu dieser Position für 1898/1899, II. Beilagenheft von 1901/1902 Seite 112).

Beilage 1.

Ausgabe Titel IV. und Einnahme Titel I. Domänenverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **I. Zentralverwaltung.**												
1. Gehalte	281 650	–	143 813	64	145 428	50	289 242	14	7 592	14	—	—
2. Wohnungsgeld	38 000	–	19 347	94	19 910	83	39 258	77	1 258	77	—	–
3. Andere persönliche Ausgaben												
a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	31 740	—	12 313	49	13 610	84	25 924	33	—	–	5 815	67
b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	57 272	—	29 018	10	29 147	98	58 166	08	894	08	—	–
c. Sonstige persönliche Ausgaben	9 216	–	4 466	35	9 784	66	14 251	01	5 035	01	—	—
4. Für sachliche Amtsunkosten	25 188	–	18 134	03	18 892	41	37 026	44	11 838	44	—	—
Summe I.	443 066	–	227 093	55	236 775	22	463 868	77	26 618	44	5 815	67
									5 815	67		
									20 802	77		
II. Bezirksdomänenverwaltung.												
5. Gehalte	184 530	—	90 372	22	87 355	45	177 727	67	—	—	6 802	33
6. Wohnungsgeld	20 680	—	10 067	67	9 801	37	19 869	04	—	—	810	96
7. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	73 800	—	33 885	33	37 819	20	71 704	53	—	—	2 095	47
b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	48 394	–	21 725	80	26 689	33	48 415	13	21	13	—	–
c. Sonstige persönliche Ausgaben	16 180	–	11 537	30	13 334	24	24 871	54	8 691	54	—	—
8. Für sachliche Amtsunkosten	19 992	—	13 910	86	13 243	70	27 154	56	7 162	56	—	—
Summe II.	363 576	—	181 499	18	188 243	29	369 742	47	15 875	23	9 708	76
									9 708	76		
									6 166	47		
III. Bezirksforstverwaltung.												
9. Gehalte	888 770	—	434 776	94	432 947	23	867 724	17	—	–	21 045	83
10. Wohnungsgeld	75 860	—	39 566	50	39 197	30	78 763	80	2 903	80	—	—
11. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	96 000	—	44 527	23	45 479	35	90 006	58	—	—	5 993	42
b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	381 784	—	193 675	81	195 253	76	388 929	57	7 145	57	—	—
c. Sonstige persönliche Ausgaben	41 250	—	29 780	95	38 923	56	68 704	51	27 454	51	—	—
12. Für sachliche Amtsunkosten	45 470	—	23 174	45	24 275	24	47 449	69	1 979	69	—	—
Summe III.	1 529 134	—	765 501	88	776 076	44	1 541 578	32	39 483	57	27 039	25
									27 039	25		
									12 444	32		
IV. Besonderer Verwaltungsaufwand.												
13. Gehalte	419 400	—	203 277	84	214 097	59	417 375	43	—	—	2 024	57
14. Wohnungsgeld	56 120	—	28 080	65	27 739	27	55 819	92	—	—	300	08
15. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	19 500	—	9 621	67	11 486	65	21 108	32	1 608	32	—	—
b. Sonstige persönliche Ausgaben	51 924	—	13 875	31	32 130	61	46 005	92	—	—	5 918	08
c. Für Arbeiterversicherung und ähnliche Kosten	87 894	—	41 455	23	42 080	17	83 535	40	—	—	4 358	60
Übertrag	634 838	—	296 310	70	327 534	29	623 844	99	1 608	32	12 601	33

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
IV. Besonderer Verwaltungsaufwand.												
Übertrag . .	634 838	—	296 310	70	327 534	29	623 844	99	1 608	32	12 601	33
§ Sachlicher Aufwand.												
16. Für Grundstockgebäude	336 190	—	182 275	97	237 355	69	419 631	66	83 441	66	—	—
17. Für gemietete Dienstgebäude	24 196	—	15 443	22	17 306	38	32 749	60	8 553	60	—	—
18. Für Grundstücke	499 944	—	203 449	75	284 966	05	488 415	80	—	—	11 528	20
19. Für die Brauerei Rothaus und den Hof Dürrenbühl	700 942	—	335 385	30	364 117	51	699 502	81	—	—	1 439	19
20. Für die Waldhut	89 430	—	46 543	59	48 909	33	95 452	92	6 022	92	—	—
21. Für Vermarkung, Vermessung und Einrichtung der Waldungen	30 894	—	16 975	24	14 368	74	31 343	98	449	98	—	—
22. Für Holzabfuhrwege	477 610	—	246 745	11	276 882	30	523 627	41	46 017	41	—	—
23. Für Waldkulturkosten	440 000	—	217 398	44	212 379	91	429 778	35	—	—	10 221	65
24. Für Zurichtung der Walderzeugnisse	2 214 924	—	1 197 504	58	1 264 588	60	2 462 093	18	247 169	18	—	—
25. Für Verwertung der Walderzeugnisse	34 604	—	19 402	50	20 716	43	40 118	93	5 514	93	—	—
26. Für Jagden, Lehen und Berechtigungen	7 828	—	1 679	72	3 482	—	5 161	72	—	—	2 666	28
27. Kellerkosten	8 084	—	3 169	26	2 889	58	6 058	84	—	—	2 025	16
28. Für das Heidelberger Schloß	36 714	—	22 212	81	25 866	81	48 079	62	11 365	62	—	—
29. Versendungskosten:												
a. Postporto	28 146	—	13 790	88	15 382	26	29 173	14	1 027	14	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	2 160	—	1 258	81	1 408	85	2 667	66	507	66	—	—
c. Telegraphengebühren	248	—	142	90	390	45	533	35	285	35	—	—
30. Verschiedene und zufällige Ausgaben:												
a. Prozeß- und Gefällbetreibungskosten	8 538	—	3 202	57	3 439	86	6 642	43	—	—	1 895	57
b. Sonstige Kosten	12 858	—	9 928	86	31 368	70	41 297	56	28 439	56	—	—
Summe IV.	5 588 148	—	2 832 820	21	3 153 353	74	5 986 173	95	440 403	33	42 377	38
									42 377	38		
									398 025	95		
V. Für den Grundstock.												
31. Zinsschuldigkeiten	2 910	—	585	33	10 427	31	11 012	64	8 102	64	—	—
32. Zur Anschaffung von Kunstgegenständen in die Kunsthalle zu Karlsruhe	60 000	—	5 730	16	45 586	93	51 317	09	—	—	8 682	91
Summe V. . .	62 910	—	6 315	49	56 014	24	62 329	73	8 102	64	8 682	91
											8 102	64
VI. Abgaben und Lasten.											580	27
33. Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	550 486	—	289 327	55	295 493	48	584 821	03	34 335	03	—	—
34. Für Kirchen, Pfarreien und Schulen:												
a. Kompetenzen	1 179 370	—	623 717	77	574 973	86	1 198 691	63	19 321	63	—	—
b. Bauaufwand	741 340	—	275 298	66	424 280	76	699 579	42	—	—	41 760	58
c. Sonstige Bedürfnisse	84 670	—	47 213	50	51 196	24	98 409	74	13 739	74	—	—
35. Auf Kolonien	5 462	—	3 192	29	5 721	12	8 913	41	3 451	41	—	—
36. Für Gemeindewege, Kreis- und Landstraßen	231 016	—	123 111	73	128 968	99	252 080	72	21 064	72	—	—
37. Holzabgabe:												
a. An Berechtigte	18 286	—	7 061	56	7 853	38	14 914	94	—	—	3 371	06
b. Aus Vergünstigung	16 072	—	8 101	77	8 624	03	16 725	80	653	80	—	—
38. Abgabe von Forstnebennutzungen:												
a. An Berechtigte	105 748	—	53 789	30	53 447	41	107 236	71	1 488	71	—	—
b. Aus Vergünstigung	28 524	—	13 249	19	14 538	97	27 788	16	—	—	735	84
Übertrag . .	2 960 974	—	1 444 063	32	1 565 098	24	3 009 161	56	94 055	04	45 867	48

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
VI. Abgaben und Lasten.												
§ Übertrag . .	2 960 974	—	1 444 063	32	1 565 098	24	3 009 161	56	94 055	04	45 867	48
39 Abgang und Nachlaß	73 532	—	38 915	94	43 774	08	82 690	02	9 158	02	—	—
40. Sonstige Lasten	18 628	—	9 524	44	13 079	85	22 604	29	3 976	29	—	—
Summe VI. .	3 053 134	—	1 492 503	70	1 621 952	17	3 114 455	87	107 189	35	45 867	48
									45 867	48		
									61 321	87		
Summe I. .	443 066	—	227 093	55	236 775	22	463 868	77	20 802	77	—	—
" II. . .	363 576	—	181 499	18	188 243	29	369 742	47	6 166	47	—	—
" III. . .	1 529 134	—	765 501	88	776 076	44	1 541 578	32	12 444	32	—	—
" IV. . .	5 588 148	—	2 832 820	21	3 153 353	74	5 986 173	95	398 025	95	—	—
" V. . .	62 910	—	6 315	49	56 014	24	62 329	73	—	—	580	27
Summe A. Ordentlicher Etat . .	11 039 968	—	5 505 734	01	6 032 415	10	11 538 149	11	498 761	38	580	27
									580	27		
									498 181	11		
B. Außerordentlicher Etat.												
Für die Grundstocksverwaltung.												
a. Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899.												
α. Von budgetmäßigen Krediten.												
1. Für die Restaurierung des Äußeren des Schloßgebäudes in Mannheim, dritte Anforderung	39 002	29	39 002	29	—	—	39 002	29	—	—	—	—
2. Für die Renovation des Äußern des Schlosses in Rastatt, erste Anforderung	166 200	68	17 350	73	95 788	55	113 139	28	—	—	53 061	40
3 Erstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Domänenamt und das Finanzamt Emmendingen	65 339	23	65 339	23	—	—	65 339	23	—	—	—	—
4. Neubau eines Dienstgebäudes für das Forstamt Schopfheim	26 921	75	19 617	83	5 278	87	24 896	70	—	—	2 025	05
5. Aufbau eines II. Stockes auf das Forsthaus Langensteinbach	1 525	34	1 528	19	—	—	1 528	19	2	85	—	—
6. Erstellung eines Dienstgebäudes für den Güteraufseher in Rimburg	—	—	795	70	—	—	795	70	795	70	—	—
7. Für die Restaurierung des Friedrichsbaues des Heidelberger Schlosses, zweite Anforderung	7 320	67	7 320	67	—	—	7 320	67	—	—	—	—
8. Bauliche Herstellungen im linken Flügel des Großherzoglichen Schlosses in Mannheim zur Unterbringung der Steuerstellen	67 746	16	18 761	32	20 669	16	39 430	48	—	—	28 315	68
9. Erweiterung und Verbesserungen an den Gebäuden auf dem Neuzenhof bei Heddesheim	20 129	91	13 700	52	—	—	13 700	52	—	—	6 429	39
10. Erweiterung und Verbesserung der Wasserzufuhr der Brauerei Rothaus	—	—	2 031	69	—	—	2 031	69	2 031	69	—	—
11. Einführung von elektrischer Beleuchtung in die Erdmannshöhle bei Hasel	4 006	—	4 221	65	—	—	4 221	65	215	65	—	—
12. Neubau eines Dienstgebäudes für die beiden Forstämter in Pforzheim	47 939	47	42 640	30	5 299	17	47 939	47	—	—	—	—
13. Erstellung eines Forstwartshauses in Eutingen	366	92	4 327	61	20	—	4 347	61	3 980	69	—	—
Übertrag . .	446 498	42	236 637	73	127 055	75	363 693	48	7 026	58	89 831	52

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenen			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
Für die Grundstocksverwaltung.												
a. Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899.												
Übertrag . .	446 498	42	236 637	73	127 055	75	363 693	48	7 026	58	89 831	52
β. Von Administrativkrediten.												
14. Für Verlegung der Wachthäuser und der Hofeinfriedigung beim Großherzoglichen Schlosse in Mannheim, sowie für die Umgestaltung des inneren Schloßhofs daselbst	—	—	18 303	62	13 923	05	32 226	67	32 226	67	—	—
15. Neubau eines Forstwartshauses in Schönenbach	—	—	6 965	89	487	94	7 453	83	7 453	83	—	—
16. Erstellung eines Dienstgebäudes für den Güteraufseher in Riegel	—	—	8 758	66	2 758	41	11 517	07	11 517	07	—	—
17. Erbauung eines Waldhüterhauses in Biederbach	—	—	5 193	64	—	—	5 193	64	5 193	64	—	—
Summe a. . .	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	63 417	79	89 831	52
											63 417	79
b. Von der Etatperiode 1900/1901.											26 413	73
1. Für die Restaurierung des Friedrichsbaues des Heidelberger Schlosses, dritte Anforderung	219 000	—	81 771	82	75 920	16	157 691	98	—	—	61 308	02
2. Für die Restaurierung des Äußern des Schloßgebäudes in Mannheim, vierte Anforderung	227 468	—	53 217	80	121 909	17	175 126	97	—	—	52 341	03
3. Renovation des Äußern des Schlosses in Rastatt, zweite Anforderung	50 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50 000	—
4. Renovation des Äußern des Schlosses in Bruchsal, erste Anforderung	100 000	—	—	—	99 952	97	99 952	97	—	—	47	03
5. Erstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Domänen- und Finanzamt Emmendingen, Nachforderung	16 500	—	1 180	71	3 759	44	4 940	15	—	—	11 559	85
6. Neubau eines Dienstgebäudes für das Forstamt Buchen	59 650	—	4 452	40	31 266	44	35 718	84	—	—	23 931	16
7. Erstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Forstamt Schönau i. W.	73 600	—	27 153	15	36 369	27	63 522	42	—	—	10 077	58
7a. Neubau eines Dienstgebäudes für die beiden Forstämter in Pforzheim, Nachforderung .	12 400	—	—		4 066	78	4 066	78	—	—	8 333	22
8. Neubau eines Forstwartshauses in Aule .	16 000	—	5 869	40	9 011	20	14 880	60	—	—	1 119	40
9. Erbauung eines Forstwartshauses zu Martinskapelle	23 000	—	15 762	15	4 401	98	20 164	13	—	—	2 835	87
10. Zur Erwerbung der Grünwaldschen Altarbilder in Tauberbischofsheim	41 500	—	40 000	—	1 185	05	41 185	05	—	—	314	95
11. Umbau des Marstallgebäudes in St. Blasien	23 580	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 580	—
12. Für Holzabfuhrwege	500 000	—	227 515	43	258 578	43	486 093	86	—	—	13 906	14
Summe b. . .	1 362 698	—	456 922	86	646 420	89	1 103 343	75	—	—	259 354	25
c. Administrativkredite für die Etatperiode 1900/1901.												
1. Erstellung eines Wohngebäudes für den Kulturmeister in Kenzingen	—	—	—	—	13 708	30	13 708	30	13 708	30	—	—
2. Erwerbung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Heidelberg und Herrichtung des Anwesens für Zwecke des Forstamts . .	—	—	54 028	27	5 153	23	59 181	50	59 181	50	—	—
Übertrag . .	—	—	54 028	27	18 861	53	72 889	80	72 889	80	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
Für die Grundstocksverwaltung.												
c. Administrativkredite für die Etatperiode 1900/1901.												
Übertrag . .	—	—	54 028	27	18 861	53	72 889	80	72 889	80	—	—
3. Mehraufwand für Erbauung neuer Wirtschafts- und Ökonomiegebäude in Rothaus an Stelle der abgebrannten	—	—	6 585	05	100	—	6 685	05	6 685	05	—	—
4. Verbesserung der zur Kühlung der Lagerkeller dienenden Eiskeller, Anlage einer Lagerkellerventilation, sowie Erweiterung des zur Wasserleitung gehörigen Hochbehälters in der Brauerei Rothaus . . .	—	—	—	—	39 566	41	39 566	41	39 566	41	—	—
5. Erwerbung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Weinheim	—	—	—	—	56 427	57	56 427	57	56 427	57	—	—
6. Erstellung eines Dienstgebäudes nebst Ökonomiegebäude für das Forstamt Bonndorf	—	—	—	—	34 315	59	34 315	59	34 315	59	—	—
Summe c. .	—	—	60 613	32	149 271	10	209 884	42	209 884	42	—	—
Hierzu „ a. .	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
„ b. . .	1 362 698	—	456 922	86	646 420	89	1 103 343	75	—	—	259 354	25
Summe B. Außerordentlicher Etat .	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	209 884	42	285 767	98
											209 884	42
Hierzu												
											75 883	56
Summe A. Ordentlicher Etat . .	11 039 968	—	5 505 734	01	6 032 415	10	11 538 149	11	498 181	11	—	—
Summe der Ausgabe . .	12 849 164	42	6 299 129	73	6 972 332	24	13 271 461	97	498 181	11	75 883	56
									75 883	56		
Einnahme.									422 297	55		
A. Ordentlicher Etat.												
I. Aus Liegenschaften.												
§												
1. Aus Gebäuden	205 598	—	93 289	95	114 769	64	208 059	59	2 461	59	—	—
2. Aus landwirtschaftlichen Grundstücken . .	3 119 602	—	1 689 738	55	1 739 606	47	3 429 345	02	309 743	02	—	—
3. Aus Liegenschaften mit besonderer Gewerbseinrichtung:												
a. Von der Brauerei Rothaus und dem Hofe Dürrenbühl	720 990	—	354 209	77	370 537	28	724 747	05	3 757	05	—	—
b. Sonstige Einnahmen	18 162	—	8 901	40	8 511	—	17 412	40	—	—	749	60
4. Aus Holz	12 633 430	—	7 419 810	24	7 561 880	93	14 981 691	17	2 348 261	17	—	—
5. Ertrag der Murgschifferschaftsrechte . . .	401 284	—	199 596	41	215 815	52	415 411	93	14 127	93	—	—
6. Aus Forstnebennutzungen	385 370	—	193 881	18	256 140	85	450 022	03	64 652	03	—	—
7. Anteil an den Geldstrafen für Forstdiebstahl	4 998	—	2 151	52	2 663	21	4 814	73	—	—	183	27
8. Aus Jagden	111 932	—	56 516	70	57 052	48	113 569	18	1 637	18	—	—
Summe I. .	17 601 366	—	10 018 095	72	10 326 977	38	20 345 073	10	2 744 639	97	932	87
									932	87		
II. Aus Lehen und Berechtigungen.									2 743 707	10		
9. Aus Lehen und zinspflichtigen Gütern .	3 316	—	1 713	13	1 005	77	2 718	90	—	—	597	10
10. Aus Fischereien	70 788	—	33 256	02	35 298	33	68 554	35	—	—	2 233	65
11. Aus sonstigen Berechtigungen . .	11 176	—	7 086	01	5 944	24	13 030	25	1 854	25	—	—
Summe II. . .	85 280	—	42 055	16	42 248	34	84 303	50	1 854	25	2 830	75
											1 854	25
											976	50

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
III. Vom Grundstock.												
12. Zinsen	701 852	–	337 650	70	311 403	90	649 054	60	—	—	52 797	40
13. Ersatz der Grundstocksverwaltung für Anschaffung von Kunstgegenständen in die Kunsthalle zu Karlsruhe	60 000	—	5 730	16	45 586	93	51 317	09	—	—	8 682	91
Summe III.	761 852	—	343 380	86	356 990	83	700 371	69	—	—	61 480	31
IV. Verschiedene Einnahmen.												
14. Vom Heidelberger Schloß	77 020	—	46 592	19	45 240	22	91 832	41	14 812	41	—	—
15. Ersatzleistung für Einrichtung von Gemeinde- und Körperschaftswaldungen	33 256	–	24 452	89	21 473	68	45 926	57	12 670	57	—	—
16. Rückersatz an Prozeß- und Gefällbetreibungskosten	10 336	—	4 354	92	4 414	31	8 769	23	—	—	1 566	77
17. Sonstige Einnahmen	137 448		69 073	25	59 005	99	128 079	24	—	—	9 368	76
Summe IV.	258 060	—	144 473	25	130 134	20	274 607	45	27 482	98	10 935	53
									10 935	53		
									16 547	45		
Hierzu Summe I.	17 601 366	—	10018095	72	10326977	38	20 345 073	10	2 743 707	10	—	—
" II.	85 280		42 055	16	42 248	34	84 303	50	—	—	976	50
" III.	761 852	–	343 380	86	356 990	83	700 371	69	—	—	61 480	31
Summe A. Ordentlicher Etat	18 706 558	—	10548004	99	10856350	75	21 404 355	74	2 760 254	55	62 456	81
									62 456	81		
B. Außerordentlicher Etat.									2 697 797	74		
Für die Grundstocksverwaltung.												
Ersatz der Grundstocksverwaltung für die zu ihren Lasten gemachten Aufwendungen und zwar:												
a. Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
b. Von der Etatperiode 1900/1901	1 362 698	–	456 922	86	646 420	89	1 103 343	75	—	—	259 354	25
c. Administrativkredite für die Etatperiode 1900/1901	—	—	60 613	32	149 271	10	209 884	42	209 884	42	—	—
Summe B Außerordentlicher Etat	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	209 884	42	285 767	98
											209 884	42
Hierzu											75 883	56
Summe A. Ordentlicher Etat	18 706 558	–	10548004	99	10856350	75	21 404 355	74	2 697 797	74	—	—
Summe der Einnahme	20 515 754	42	11341400	71	11796267	89	23 137 668	60	2 697 797	74	75 883	56
									75 883	56		
Abschluß.									2 621 914	18		
Einnahme	20 515 754	42	11341400	71	11796267	89	23 137 668	60	2 621 914	18	—	—
Ausgabe	12 849 164	42	6 299 129	73	6 972 332	24	13 271 461	97	422 297	55	—	—
Reine Einnahme	7 666 590	–	5 042 270	98	4 823 935	65	9 866 206	63	2 199 616	63	—	—

Karlsruhe, den 23. August 1902.

Großherzogliche Domänendirektion.
Reinhard. Schweikert.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Domänenverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos. Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Domänenverwaltung.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

I. Zentralverwaltung.

Zu § 3 a. Es waren meist jüngere Praktikanten mit Anfangsbezügen verwendet, außerdem hat sich die Zahl der Schreibgehilfen infolge etatmäßiger Anstellung um zwei vermindert.

Zu § 3 b. Die Beamten der landwirtschaftlichen Abteilung sind infolge des intensiveren Wirtschaftsbetriebs zu häufigeren auswärtigen Geschäften veranlaßt gewesen. Von den Kosten kommt ein das Vermessungsbureau betreffender Teil unter § 15 der Einnahme wieder zum Ersatz.

Zu § 3 c. Die Fertigung von Arbeiten für die Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1902, Ausarbeitung des amtlichen Sachregisters für die Domänen- und Forstverwaltung und die durch die neuen Vorschriften über die Dienstkleider und Ausrüstung für die Forstschutzbeamten hervorgerufenen Geschäfte machten die Zuteilung von Dienstaushilfen beim Sekretariat und Kontrollbureau erforderlich.

Zu § 4. Von dem Mehraufwand von	11 838 ℳ 44 ₰
gehen als unter § 12 gehörig ab	1 127 „ 05 „
Die restlichen Mehrkosten von	10 711 ℳ 39 ₰

sind hervorgerufen durch Mehrbedürfnisse an Amtsunkosten infolge des wachsenden Geschäftsbetriebes und der steigenden Warenpreise, ferner durch Beschaffung notwendiger Bureaueinrichtungs- und Zimmerausstattungsgegenstände sowie von Literalien für die Bezirksstellen.

II. Bezirksdomänenverwaltung.

Zu § 7 a. Der Wenigeraufwand erklärt sich dadurch, daß die dritte Gehilfenstelle beim Domänenamt Emmendingen nicht besetzt, sondern aushilfsweise versehen und der Aufwand aus einem hierfür bewilligten Kopialaversum (§ 7 c.) bestritten wird.

Zu § 7 c. Soweit die Mehrkosten den nach § 7 a. durch anderweite Buchung entstandenen Betrag übersteigen, sind sie durch ein höheres Bedürfnis für Stellvertretung infolge von Krankheitsfällen, militärischen Übungen und Beurlaubungen, sowie für Unterstützungen entstanden.

Zu § 8. Die mit dem Geschäftsstand wachsenden Bureaubedürfnisse sowie das Steigen der Materialpreise und Arbeitslöhne machten vielfache Erhöhungen der den Domänenämtern bewilligten Kredite notwendig. Außerdem wurde bei einigen Bezirksstellen die Anschaffung neuer Kassenschränke und Zimmerausstattungsgegenstände erforderlich.

III. Bezirksforstverwaltung.

Zu § 11 a. Der Minderaufwand ist durch Personalveränderungen herbeigeführt.

Zu § 11 b. Der Mehraufwand ist durch die Geschäfte der Forsteinrichtung, welchem unter § 15 auch eine höhere Einnahme gegenübersteht, und durch zahlreichere Versetzungen entstanden.

Zu § 11 c. Wegen des stets wachsenden Geschäftsstandes mußten die den Forstämtern bewilligten Schreibkredite weiter erhöht werden. In der Hauptsache ist der Mehraufwand dadurch hervorgerufen, daß wegen der Neueinschätzung der Waldungen die Zuweisung einer größeren Anzahl von Praktikanten an verschiedene Forstämter notwendig wurde.

Zu § 12. Zu den Mehrkosten, welche sich unter Zurechnung der nach § 4 hierher gehörenden 1 127 ℳ 05 ₰ auf zusammen 3 106 ℳ 74 ₰ belaufen, sind 2 587 ℳ 54 ₰ für Beschaffung neuer Bureaumöbel inbegriffen; der Rest entfällt auf höheren Impressenbedarf.

IV. Besonderer Verwaltungsaufwand.

Zu § 15 a. Es wurde infolge der Zunahme der Waldfläche und des intensiveren Forstbetriebs notwendig, die vorgesehene Zahl von 15 nicht etatmäßigen Forstwartsstellen um 5 zu vermehren.

Zu § 15 b. Die für Unterstützungen und Belohnungen vorgesehenen Mittel blieben zum Teil unverwendet. Außerdem wurde wegen Vorhandenseins alter, noch brauchbarer Kleidungsstücke (namentlich Mäntel) die Anschaffung neuer Dienstkleidung nicht in dem angenommenen Umfang erforderlich.

Zu § 15 c. Die Steigerung der Umlage für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung blieb wesentlich hinter der Annahme zurück.

Sachlicher Aufwand.

Zu § 16. Von den Mehrkosten entfallen:

1. Auf die Vermehrung der Grundstocksgebäude von 453 auf 529 = 17 % etwa 57 000 ℳ
2. Auf unvermeidliche Herstellungen für Vollendung des Erbgroßherzoglichen Palais in Karlsruhe, für Abortanlagen im rechten Flügel des Mannheimer Schlosses, Instandsetzung der Kommandeurswohnung und der Militärbibliothek im Rastatter Schloß und Einführung der elektrischen Beleuchtung in die domänenärarischen Gebäude in Meersburg 26 441 ℳ 66 ₰.

Zu § 17. Im Laufe der Budgetperiode wurde die Beschaffung von Mietwohnungen für die Forstämter in Freiburg, Ichenheim in Lahr und Mannheim sowie für einen Forstwart in Pforzheim notwendig.

Zu § 18. Nach Ausscheidung der für die Wiederkultivierung der auf Letten ausgebeuteten Grundstücke im Spieß und vorderen Koller auf Gemarkung Brühl im Voranschlag vorgesehenen aber noch nicht verwendeten 70 000 ℳ ergibt sich eine Überschreitung des Voranschlags für Grundstücke von 58 471 ℳ 80 ₰, die auf die Mehrkosten für künstliche Düngung (21 143 ℳ 59 ₰), auf die Anlage von Stütz- und Verkleidungsmauern in dem Rebgelände in Ittendorf (5 621 ℳ 99 ₰) sowie auf Mehrkosten für laufende Unterhaltung infolge des Anwachsens der Arbeitslöhne und intensiverer Bewirtschaftung (31 706 ℳ 22 ₰) zurückzuführen sind.

Zu § 19. Während der Brauereibetrieb infolge Beschaffung einer geringeren Gerstenmenge einen Minderaufwand von	15 629 ℳ 52 ₰
brachte, ergab sich beim Hofbetrieb wegen notwendiger baulicher Herstellungen (Rindviehstall und Wagenschuppen) und ungünstiger Naturalerzeugnisse ein Mehraufwand von	14 190 „ 33 „
daher Gesamtminderausgabe	1 439 ℳ 19 ₰

Zu § 20. Die Überschreitung ist durch höhere Hilfshutkosten sowie durch die Neueinführung der Dienstkleidung, wofür im Voranschlag keine Mittel vorgesehen waren, entstanden.

Zu § 22. Die Überschreitung entfällt mit 2 660 ℳ 39 ₰ auf die Neubauten; derselben steht die unter der bezüglichen Position des außerordentlichen Etats (Rechnungsabteilung II. B. Titel II b. § 12) festgestellte Ersparnis gegenüber.

Die Unterhaltung der Wege verursachte einen Mehraufwand von 43 357 ℳ 02 ₰, welcher durch die stetige Ausbreitung des Wegnetzes und durch das Steigen der Arbeitslöhne und Materialien verursacht ist.

Zu § 23. Die vorgesehenen Mittel konnten mangels verfügbarer Arbeitskräfte nicht aufgebraucht werden.

Zu § 24. Die aufbereitete Holzmasse ist um 8,7 % höher als der Voranschlag, und die Arbeitslöhne weisen eine Steigerung von 1,4 % auf.

Zu § 25. Das Steigen der Einnahmen aus Holz beziehungsweise die Verwertung größerer Holzmassen hatte auch einen höheren Aufwand an Bekanntmachungskosten zur Folge.

Zu § 26. Die für die Anstellung von drei Fischereiaufsehern, einem Fischmeister und einem Jagdaufseher vorgesehenen Mittel waren teilweise nicht erforderlich, auch verursachte die Fischzuchtanstalt Haigerach einen geringeren Aufwand als angenommen war.

Zu § 27. Der zweite Küferbursche konnte zeitweise entbehrt werden; auch waren weniger Geräte zu beschaffen.

Zu § 28. Die Vergrößerung des Musikpavillons, die Instandsetzung des Schloßgartens und der Wirtschaft sowie die Anschaffung einer Feuerleiter verursachten größtenteils den Mehraufwand. Weiter wurde wegen des stets sich steigernden Besuchs die Einstellung einer dritten Fremdenführerin notwendig.

Zu §§ 29 a., b., c. Die Steigerung in dem Geschäftsstand veranlaßte die Erhöhung der Portobauschsumme von 10 780 ℳ 92 ₰ auf 11 351 ℳ 36 ₰. Weiter wurde mehr Gebrauch von der Expreßguteinrichtung gemacht und einige Bezirksstellen an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Zu § 30 a. Die Wenigerausgabe beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 30 b. Der Mehraufwand wurde hauptsächlich durch Staatsbeiträge und Gnadengaben verursacht und zwar wurden geleistet:

1. Zum Bahnbau Überlingen—Landesgrenze	7 000 ℳ
2. Zur Erbauung eines Bezirkskrankenhauses in St. Blasien	10 000 „
3. Zum Kirchenneubau in Hambrücken	7 000 „
4. Zur Förderung eines Kirchenbaues in Buchenberg	2 500 „

V. Für den Grundstock.

Zu § 31. Aus dem Ablösungskapital für die Verpflichtung zum Neubau und zur Unterhaltungspflicht des katholischen Pfarrhauses Wiehre von 88 000 ℳ waren für die Zeit vom 1. Juli 1899 bis 31. Oktober 1901 4 % Zins zu zahlen.

Zu § 32. Die Erübrigung kommt in der nächsten Budgetperiode zur Verwendung.

VI. Abgaben und Lasten.

Zu § 33. Die Ursache der Überschreitung liegt in der fortwährenden Steigerung der Bedürfnisse der politischen und Kirchengemeinden und im Anwachsen der Brandversicherungsanschläge.

Zu § 34 a. In der Budgetperiode sind durchschnittlich die Preise

für Stroh um	7,02 %
„ Wein „	7,23 %
„ Holz „	4,45 %

gestiegen, wodurch die Mehrausgabe veranlaßt worden ist.

Zu § 34 b. Von den im Budget vorgesehenen Kosten für Neu- und Umbauten blieben, weil die Bauarbeiten an den Kirchen in Rötteln, Emmendingen und St. Ilgen sowie am Pfarrhaus in Bonndorf in der Budgetperiode noch nicht zu Ende geführt werden konnten, im ganzen . . . 126 938 ℳ 49 ₰ unverwendet; dieser Betrag wird erst in den folgenden Jahren zur Ausgabe gelangen.

Umgekehrt kamen in den Jahren 1900 und 1901 . . . 44 201 „ 76 „ für die Kirchen in Stafforth, Mußbach, Freiburg-Wiehre und Badenweiler sowie für die Pfarrhäuser in Weisweil und Ittendorf, welche Bauten in früheren Budgetperioden vorgesehen, aber nicht vollständig beendigt wurden oder Nachzahlungen infolge der Endabrechnungen veranlaßten, zur Anweisung.

Zu dem Unterschied von	82 736 ℳ 73 ₰
tritt als eigentliche Ersparnis an den Voranschlägen für die vollendeten Kirchen-Neu- und Umbauten in Hochstetten, Büchenbronn und Todtmoos ein Betrag von	7 237 „ 01 „
hinzu. Zusammen	89 973 ℳ 74 ₰
Dagegen mußten für einen Anbau an das Pfarrhaus in Hofsgrund, der der Dringlichkeit halber nicht bis zur Aufstellung des nächsten Budgets verschoben werden konnte, aufgewendet werden.	10 656 „ 60 „
Bei den **Neubauten** ergibt sich hiernach im ganzen eine Minderausgabe von	79 317 ℳ 14 ₰
Dagegen weist der **Unterhaltungsaufwand** infolge der gestiegenen Materialpreise und Arbeitslöhne einen Mehraufwand von auf.	37 557 „ 56 „
Restliche Minderausgabe	41 759 ℳ 58 ₰
oder bei Berücksichtigung der Aufrundung des Budgetsatzes	41 760 ℳ 58 ₰

Zu § 34 c. Die Überschreitung ist herbeigeführt durch namhaftere Zuschüsse an unzureichende Kirchenfonds sowie durch größere Paramentenanschaffungen.

Zu § 35. Ersatz der Kosten für das von Pfarrer Löffler erstellte Ökonomiegebäude beim Pfarrhaus in Herrenwies sowie ein Beitrag zum Schulaufwand Raumünzach haben den Mehraufwand verursacht.

Zu § 36. Die Mehrausgabe ist teils durch größere Wegausführungen in den Forstbezirken Bonndorf, Ühlingen, Wolfsboden und St. Blasien, teils durch namhaftere Beiträge zu Straßen- und Brückenbauten, teils durch erhöhten Unterhaltungsaufwand infolge Ausdehnung des Wegnetzes entstanden.

Zu § 37 a. Geringere Holzabgabe hatte die Ersparnis zur Folge.

Zu § 37 b. Es wurden größere Holzmengen verabreicht.

Zu §§ 38 a. und b. An Berechtigte hat eine höhere, an Begünstigte eine geringere Streuabgabe stattgefunden.

Zu § 39. Pachtzinsnachlässe wegen Hagelschadens in den Domänenamtsbezirken Mannheim und Bruchsal sowie Abgangsverrechnung der Restforderung an eine Konkursmasse sind die Ursache des Mehraufwandes.

Zu § 40. Die Überschreitung ist auf die Ausbesserung des Wehrbodens am Schutterablaß bei Lahr zurückzuführen.

B. Außerordentlicher Etat.

Für die Grundstocksverwaltung.

a. Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899.

α. Von budgetmäßigen Krediten.

Zu § 2. Die Erübrigung erscheint in der Budgetperiode 1902/1903 als neue Anforderung unter dem Betrage von 140 000 ℳ (§ 3).

Zu § 4. Bei einigen Positionen waren gegenüber dem Voranschlag Ersparnisse zu verzeichnen.

Zu § 6. Die Überschreitung des Budgetsatzes von 12 300 ℳ um 1 787 ℳ 33 ₰ ist zurückzuführen auf höhere Verdingungspreise, sowie auf Mehrmaße bei der Zimmerarbeit.

Zu § 8. Die Ersparnis ist durch niedrigere Angebote, Mindermaße und Nichtausführung einiger, im Voranschlag vorgesehener Arbeiten veranlaßt.

Zu § 9. Abgebote bei der Verdingung und teilweises Mindermaß sowie Nichtausführung einiger im Voranschlag vorgesehener Arbeiten sind die Veranlassung des Minderaufwands.

Zu § 10. Die Kreditüberschreitung ist durch die außerordentliche Preissteigerung, durch die nötig gewordene Rohrgrabenvertiefung und Verlängerung einer Leitungsstrecke, sowie durch die im Voranschlag nicht vorgesehene Neuherstellung der vorhandenen Leitungseinrichtung zur Einführung des Wassers in die verschiedenen Räume und Keller und durch Beschaffung zweckentsprechender Hydrantenausrüstung verursacht.

Zu § 13. Der Mehraufwand ist durch die Erbauung eines, im Voranschlag nicht vorgesehenen Schuppens sowie durch Mehrmaße bei der Abrechnung und durch Preissteigerung hervorgerufen.

β. Von Administrativkrediten.

Zu § 15. Die Überschreitung von 10 781 ℳ 40 ₰ gegenüber dem Administrativkredit von 83 200 ℳ ist herbeigeführt durch Mehrmaße bei der Abrechnung und durch Bauausführungen, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren, aber nachträglich als notwendig befunden wurden.

Zu § 16. Der Administrativkredit von 14 000 ℳ ist um 1 922 ℳ 10 ₰ überschritten. Das vorhandene Kellerfundament konnte nicht, wie angenommen, benutzt werden; außerdem kamen am Dach und der Decke nicht vorgesehene Arbeiten zur Ausführung.

Zu § 17. Die Erübrigung von 454 ℳ 18 ₰ am Administrativkredit von 16 500 ℳ ist auf Abgebote bei der Maurer- und Zimmerarbeit zurückzuführen.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 7 a., 8, 9, 11. Die Kreditreste sind zur Verwendung in der nächsten Budgetperiode vorgesehen.

Zu § 10. Die Restaurierung der Bilder hat einen niedrigeren, als den vorgesehenen Betrag beansprucht.

Zu § 12. Der Rest kommt nicht mehr zur Verwendung, weil für die nächste Budgetperiode ein neuer Kredit bewilligt ist.

c. Administrativkredite für die Etatperiode 1900/1901.

Vergleiche Ordnungszahl 23 bis 28 des dem Landtag von 1901/1902 vorgelegten Verzeichnisses der bewilligten Administrativkredite.

Zu §§ 1, 4, 6. Die Restbeträge der Verwilligungen sind zur Verwendung in der Budgetperiode 1902/1903 vorgesehen.

Zu § 5. Die Kaufkosten verursachten einen kleinen Mehraufwand.

Einnahme.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Mehreinnahme ist auf den Erwerb der Häuser Schloßplatz Nr. 4 und 6 in Karlsruhe zurückzuführen.

Zu § 2. Die Rechnungsergebnisse stellen sich wie folgt:

	Infolge Veränderung der Nutzungsfläche: Fläche:	Betrag:	Infolge Veränderung der Ertrags- und Preisverhältnisse:
Wenigereinnahme:			
I. Selbstbewirtschaftete Wiesen	238,75 ha	42 348 ℳ 08 ₰	— ℳ — ₰
II. Selbstbewirtschaftete Reben	— „	— „ — „	1 558 „ 41 „
III. Selbstbewirtschaftetes Torfgelände	0,80 „	401 „ 54 „	— „ — „
IV. Verpachtete Grundstücke:			
Parzellengüter	22,84 „	4 695 „ 16 „	5 135 „ 01 „
Hofgüter	0,52 „	— „ — „	— „ — „
zusammen	262,91 ha	47 444 ℳ 78 ₰	6 693 ℳ 42 ₰
Mehreinnahme:			
I. Selbstbewirtschaftete Wiesen (in der Hauptsache Erfolg der künstlichen Düngung)	— ha	— ℳ — ₰	338 759 ℳ 29 ₰
II. Selbstbewirtschaftete Reben	0,40 „	1 233 „ 90 „	— „ — „
III. Selbstbewirtschaftetes Torfgelände	— „	— „ — „	1 735 „ 56 „
IV. Verpachtete Grundstücke (Hofgüter)	— „	1 478 „ 74 „	1 706 „ 30 „
V. Nebennutzungen	— „	— „ — „	18 966 „ 43 „
zusammen	0,40 ha	2 712 ℳ 64 ₰	361 167 ℳ 58 ₰
Unterschied weniger	262,51 ha	44 732 ℳ 14 ₰	mehr 354 474 ℳ 16 ₰
			ab 44 732 „ 14 „
			309 742 ℳ 02 ₰
		Hierzu Aufrundung	1 „ — „
		Summe	309 743 ℳ 02 ₰

Zu § 3a. Die Mehreinnahme ist durch größeren Absatz an Flaschenbier hervorgerufen.

Zu § 3b. Bei der Neuverpachtung des Jagdhauses bei Oos und des Hofguts zur Martinskapelle wurden die Pachtzinse ermäßigt.

Zu § 4 Aus Holz.

	Oberirdische Holzmasse. Zu verwertende Holzmasse. Festmeter.	Erlös pro Festmeter. ℳ ₰	Erlös im ganzen. ℳ ₰	Stock- und Wurzelholz. Zu verwertende Holzmasse Festmeter.	Erlös pro Festmeter. ℳ ₰	Erlös im ganzen ℳ ₰	Budgetsatz 1900/1901. ℳ ₰
I. Holzabgabe an Berechtigte	1 631 91	4 97	8 110 59	571 33	2 48	1 416 90	9 527 49
II. „ aus Vergünstigung	2 807 66	3 79	10 641 03	40 67	3 75	152 21	10 793 24
III. „ zu Kompetenzen	3 068 46	9 67	29 672 01	— —	— —	— —	29 672 01
IV. „ an Gültmühlen	161 83	10 06	1 628 01	— —	— —	— —	1 628 01
V. Erlös aus Holz durch Verkauf	546 019 08	11 44	6 246 458 27	3 263 82	5 71	18 636 41	6 265 094 68
Voranschlag für 1 Jahr	553 688 94	11 37	6 296 509 91	3 875 82	5 21	20 205 52	6 316 715 43
„ „ 2 Jahre	1 107 377 88	— —	12 593 019 82	7 751 64	— —	40 411 04	12 633 430 86
Rechnungsergebnis 1900	593 664 01	12 46	7 399 291 34	3 003 55	6 83	20 518 90	7 419 810 24
„ 1901	609 681 64	12 37	7 540 790 87	3 822 44	5 52	21 090 06	7 561 880 93
Summe	1 203 345 65	12 42	14 940 082 21	6 825 99	6 18	41 608 96	14 981 691 17
Mehr	95 967 77	1 05	2 347 062 39	— —	— 97	1 197 92	2 348 260 31
Weniger	— —	— —	— —	925 65	— —	— —	— —

Von der Mehreinnahme entfällt:

auf die größere Holzmasse . . . . . 1 086 330 ℳ 91 ₰

„ „ Preissteigerung . . . . . 1 261 929 „ 40 „

Die größere Holzmasse wurde aus einer Vermehrung der ertragsfähigen Waldfläche von 202,34 ha mit 2 031,60 Festmeter, im übrigen aus unvorhergesehenen Nutzungen infolge von Dürr- und Windfallhölzern und Schneebrüchen erzielt.

Zu § 5. Die Mehreinnahme ist auf die Verwertung einer größeren Holzmasse sowie auf das Steigen der Holzpreise zurückzuführen.

Zu § 6. In dem Erntejahr 1901 war der Bedarf an Waldstreu und Futter — namentlich in den Domänenamtsbezirken Bruchsal und Heidelberg — gegenüber dem Voranschlag ein größerer

Zu § 7 Die Mindereinnahme wurde durch die geringere Anzahl Forstfrevel im Jahre 1900 veranlaßt.

Zu § 8. Bei Neuverpachtungen wurden meistens höhere Pachtzinse erzielt.

II. Aus Lehen und Berechtigungen.

Zu § 9. Die Gültpflicht der Obermühle in Durlach wurde abgelöst.

Zu § 10. Die Einnahmen aus der Fischzuchtanstalt in Haigerach sind um rund 3 700 ℳ. gegenüber dem Voranschlag zurückgeblieben.

Zu § 11. Der Gemeindewald von Zastler lieferte im Jahr 1900 eine Mehreinnahme von 2 100 ℳ.

III. Vom Grundstock.

Zu § 12. Die verzinslichen Kapitalien des Domänengrundstocks bei der Amortisationskasse haben sich vermindert.

Zu § 13. Vergleiche § 32 der Ausgabe.

IV. Verschiedene Einnahmen.

Zu § 14. Der gesteigerte Besuch brachte eine höhere Einnahme an Vorzeigegebühren; außerdem wurde bei der Neuverpachtung der Schloßwirtschaft der Pachtzins erhöht.

Zu § 15. Der Mehreinnahme stehen Mehrausgaben unter den §§ 3 b., 3 c. und 11 b. gegenüber.

Zu § 16. Wie zu § 30 a. der Ausgabe.

Zu § 17. Der Erlös für das alte Pfarrhaus in Bonndorf mit 20 000 ℳ. und ein Teil der im Budget vorgesehenen Ersatzleistungen an Frohnkosten ꝛc. mit 14 741 ℳ. 74 ₰ zusammen also . . . . 34 741 ℳ 74 ₰
kamen noch nicht ein; dagegen sind an Mietzinsen (vergleiche § 17 der Ausgabe), an Zinsen aus befristeten Gefällschuldigkeiten, an Brandentschädigungen höhere Einnahmen von zusammen . . . . 25 372 „ 98 „
zu verzeichnen; die Wenigereinnahme beträgt sonach . . . . 9 368 ℳ 76 ₰

B. Außerordentlicher Etat.

Für die Grundstocksverwaltung.

Die außerordentlichen Ausgaben für den Domänengrundstock werden hier als Ersatz von letzterem in Einnahme verrechnet; daher gleichen sich die Titel in Einnahme und Ausgabe aus.

Vergleiche die bezüglichen Erläuterungen zu der Ausgabe.

Beilage 2.

Ausgabe Titel V. und Einnahme Titel II. Salinenverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
Persönliche Ausgaben.												
§ 1. Gehalte	71 300	—	33 874	67	34 750	36	68 625	03	—	—	2 674	97
2. Wohnungsgeld	4 620	—	2 102	78	2 119	58	4 222	36	—	—	397	64
3. Andere persönliche Ausgaben	7 318	—	3 941	31	3 517	29	7 458	60	140	60	—	—
Sachliche Verwaltungsausgaben.												
4. Für sachliche Amtsunkosten	4 308	—	2 199	88	2 498	75	4 698	63	390	63	—	—
5. Versendungskosten:												
a. Postporto	1 896	—	544	07	2 728	58	3 272	65	1 376	65	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	36	—	18	80	21	30	40	10	4	10	—	—
c. Telegraphengebühren	56	—	42	65	28	35	71	—	15	—	—	—
Sonstige Kosten und Lasten des Betriebs.												
6. Aufwand auf Liegenschaften mit Einrichtungen und auf Gerätschaften	177 062	—	80 089	65	89 497	94	169 587	59	—	—	7 474	41
7. Gewinnung, Förderung und Verarbeitung	644 094	—	421 575	83	409 465	61	831 041	44	186 947	44	—	—
8. Magazinierung und Verpackung	262 100	—	132 322	81	138 928	46	271 251	27	9 151	27	—	—
9. Absatz und sonstige Betriebskosten	1 610	—	899	39	912	45	1 811	84	201	84	—	—
10. Für den Solbadbetrieb	5 188	—	3 901	61	5 000	55	8 902	16	3 714	16	—	—
11. Für die Arbeiterversicherung und ähnliche Kosten	20 800	—	9 589	62	9 824	09	19 413	71	—	—	1 386	29
12. Vermischte Ausgaben	11 870	—	4 308	58	7 180	99	11 489	57	—	—	380	43
Summe A. Ordentlicher Etat	1 212 258	—	695 411	65	706 474	30	1 401 885	95	201 941	69	12 313	74
									12 313	74		
B. Außerordentlicher Etat.									189 627	95		
a. Kreditreste aus der Etatperiode 1898/1899.												
1. Errichtung einer neuen Solpumpwerksanlage für die Saline Dürrheim	36 172	32	18 067	93	13 230	33	31 298	26	—	—	4 874	06
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Erstellung einer weiteren Anlage für Feinsalzerzeugung in Rappenau	98 000	—	76 705	29	10 696	45	87 401	74	—	—	10 598	26
2. Erstellung eines neuen Solbades in Dürrheim, I. Anforderung	20 000	—	653	70	16 088	78	16 742	48	—	—	3 257	52
3. Erweiterung und Verbesserung des alten Solbades in Dürrheim	22 500	—	22 323	03	2 424	—	24 747	03	2 247	03	—	—
Summe b.	140 500	—	99 682	02	29 209	23	128 891	25	2 247	03	13 855	78
											2 247	03
											11 608	75
Summe B. Außerordentlicher Etat	176 672	32	117 749	95	42 439	56	160 189	51	—	—	16 482	81
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	1 212 258	—	695 411	65	706 474	30	1 401 885	95	189 627	95	—	—
Summe der Ausgabe	1 388 930	32	813 161	60	748 913	86	1 562 075	46	173 145	14	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
§												
1. Aus Liegenschaften und Gewerbseinrichtungen	33 232	—	19 896	69	22 269	77	42 166	46	8 934	46	—	—
2. Aus Erzeugnissen des Salinenbetriebs	1 510 952	—	961 250	63	1 107 873	35	2 069 123	98	558 171	98	—	—
3. Verschiedene Einnahmen	8 942	—	3 284	76	5 506	86	8 791	62	—	—	150	38
Summe der Einnahme	1 553 126	—	984 432	08	1 135 649	98	2 120 082	06	567 106	44	150	38
									150	38		
									566 956	06		
Summe der Ausgabe	1 388 930	32	813 161	60	748 913	86	1 562 075	46	173 145	14	—	—
Reine Einnahme	164 195	68	171 270	48	386 736	12	558 006	60	393 810	92	—	—

Karlsruhe, den 25. August 1902.

Großherzogliche Domänendirektion.
Reinhard. Schweickert.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Salinenverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Salinenverwaltung.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 3. Die Mehrausgabe ist durch die auf Grund der Anmerkung 5 zu Abteilung K. des Gehaltstarifs von 1894 erfolgte nachträgliche Gewährung der freien Dienstkleidung an die beiden Salinediener erfolgt, wofür im Budget nichts vorgesehen war.

Zu § 4. Für das Salinenamt Rappenau wurde eine Schreibmaschine beschafft.

Zu § 5. Infolge Vermehrung der Korrespondenzen trat mit Wirkung vom 1. April 1900 eine Erhöhung der Portobauschsumme von seitherigen 875 ℳ auf 1 629 ℳ ein.

Zu § 6. Durch Zurückstellung verschiedener größerer Bauarbeiten und durch eine geringere Erfordernis neuer Gerätschaften ergab sich die festgestellte Minderausgabe.

Zu § 7. Von der Mehrausgabe entfallen:

auf vermehrten Salzabsatz	25 764 ℳ
auf gesteigerte Löhne und Materialpreise	161 183 „

Zu § 8 Die Überschreitung ist durch die Absatzsteigerung veranlaßt.

Zu § 9. Die lebhafte Konkurrenz im Salzhandel erforderte größere Ausgaben.

Zu § 10. Die Überschreitung ist eine Folge des um beiläufig 50 % gesteigerten Besuches der Bäder.

Zu § 11 Die Zuschüsse zur Abteilung B. der Arbeiterpensionskasse haben sich etwas gemindert, auch sind mehrere Ruhegehaltszahlungen aus der früheren Sustentationskasse weggefallen.

Zu § 12. Es kamen weniger Abgangsposten vor.

B. Außerordentlicher Etat.

Zu a. § 1. Die Erübrigung von 4 874 ℳ 06 ₰ rührt daher, daß im Budget für 1898/1899 als voraussichtlich an der ursprünglich verwilligten Summe von 118 000 ℳ unverwendet bleibender Betrag 48 475 ℳ neu angefordert wurden, während sich beim Rechnungsabschluß nur ein Rest von 43 725 ℳ ergab.

Zu b. §§ 1 und 2. Die Kreditreste kommen in der laufenden Budgetperiode zur Verwendung.

Zu b. § 3. Die Überschreitung ist veranlaßt durch die Steigerung der Materialpreise, notwendig gewordene tiefere Fundamentierung und Verstärkung der hinteren Umfassungswände.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die Benutzung der Soolbäder weist eine Zunahme von 51,8 % auf.

Zu § 2. Die Mehreinnahme ist dem durch Eintritt günstiger Verhältnisse auf dem Salzmarkte erzielten höheren Verkaufspreise zuzuschreiben.

Beilage 3.

Ausgabe Titel VI. und Einnahme Titel III. Steuerverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **I. Zentralverwaltung.**												
1. Gehalte	356 590	–	170 113	79	177 649	14	347 762	93	—	—	8 827	07
2. Wohnungsgeld	52 280	—	24 488	21	26 043	41	50 531	62	—	—	1 748	38
3. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Vergütungen und andere ständige Bezüge der nicht etatmäßigen Beamten, sowie Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	17 600	—	17 306	21	17 705	92	35 012	13	17 412	13	—	—
b. Reise- und Umzugskosten	6 936	–	3 526	07	4 470	68	7 996	75	1 060	75	—	—
c. Sonstige persönliche Ausgaben	1 800	–	1 159	95	905	79	2 065	74	265	74	—	—
4. Sachliche Amtsunkosten	21 028	–	16 402	53	22 335	60	38 738	13	17 710	13	—	—
Summe I.	456 234	–	232 996	76	249 110	54	482 107	30	36 448	75	10 575	45
									10 575	45		
II. Bezirksverwaltung.									25 873	30		
(Kassenverwaltung und Steueraufsicht.)												
5. Gehalte	1 672 610	—	825 793	42	839 321	76	1 665 115	18	—	—	7 494	82
6. Wohnungsgeld	169 460	–	86 042	80	87 789	06	173 831	86	4 371	86	—	—
Andere persönliche Ausgaben (§§ 7 bis 12).												
7. Vergütungen und andere ständige Bezüge der nicht etatmäßigen Beamten:												
a. bei den Finanzämtern	193 590	–	87 378	—	89 035	—	176 413	—	—	—	17 177	—
b. bei den Steuererhebersdiensten	969 568	—	507 817	80	511 651	40	1 019 469	20	49 901	20	—	—
8. Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	76 538	—	60 781	09	70 316	18	131 097	27	54 559	27	—	—
9. Reise- und Umzugskosten	142 574	—	81 409	69	79 737	89	161 147	58	18 573	58	—	—
10. Kosten der Abrechnung mit den Steuererhebern	195 480	—	98 477	25	103 784	78	202 262	03	6 782	03	—	—
11. Aufwand für Dienstkleidung	28 920	—	16 282	85	14 216	14	30 498	99	1 578	99	—	—
12. Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der nicht etatmäßigen Beamten und ihrer Hinterbliebenen	12 000	—	4 430	50	4 269	47	8 699	97	—	—	3 300	03
Sonstige Ausgaben.												
13. Sachliche Amtsunkosten:												
a. bei den Finanzämtern	51 112	–	32 635	94	33 473	45	66 109	39	14 997	39	—	—
b. bei den Steuererhebersdiensten	219 800	—	118 101	36	119 605	41	237 706	77	17 906	77	—	—
c. bei der Steueraufsicht	9 252	—	4 544	12	4 708	93	9 253	05	1	05	—	—
Summe II.	3 740 904	—	1 923 694	82	1 957 909	47	3 881 604	29	168 672	14	27 971	85
									27 971	85		
III. Katastrierung der direkten Steuern.									140 700	29		
14. Gehalte	529 050	—	242 387	35	259 933	54	502 320	89	—	—	26 729	11
15. Wohnungsgeld	59 500	—	26 701	46	28 769	21	55 470	67	—	—	4 029	33
16. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Vergütung und andere ständige Bezüge der nicht etatmäßigen Beamten	224 900	—	92 596	08	108 606	83	201 202	91	—	—	23 697	09
b. Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	24 000	—	31 745	71	21 813	26	53 558	97	29 558	97	—	—
c. Reise- und Umzugskosten	100 426	–	51 107	96	46 655	74	97 763	70	—	—	2 662	30
d. Sonstige persönliche Ausgaben	97 294	–	48 840	62	67 096	78	115 937	40	18 643	40	—	—
17. Sachliche Amtsunkosten	67 752	–	40 877	66	40 794	71	81 672	37	13 920	37	—	—
Summe III.	1 102 922	—	534 256	84	573 670	07	1 107 926	91	62 122	74	57 117	85
									57 117	83		
									5 004	91		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ **IV. Abgang und Rückersatz.**												
18. Bei den direkten Steuern:												
a. bei der Grund- und Häusersteuer	34 626	—	9 312	36	13 838	95	23 151	31	—	—	11 474	69
b. bei der Gewerbsteuer	154 796	—	98 602	20	93 446	50	192 048	70	37 252	70	—	—
c. bei der Kapitalrentensteuer	19 736	—	12 279	89	18 898	02	31 177	91	11 441	91	—	—
d. bei der Einkommensteuer	1 234 760	—	776 283	75	944 460	43	1 720 744	18	485 984	18	—	—
19. Bei den indirekten Steuern	1 600 058	—	1 008 345	97	1 110 162	71	2 118 508	68	518 450	68	—	—
20. Bei den Justiz- und Polizeigefallen	400 534	—	232 809	37	275 955	93	508 765	30	108 231	30	—	—
21. Bei den verschiedenen Einnahmen	1 180	—	2 040	29	1 645	19	3 685	48	2 505	48	—	—
Summe IV	3 445 690	—	2 139 673	83	2 458 407	73	4 598 081	56	1 163 866	25	11 474	69
									11 474	69		
									1 152 391	56		
V. Sonstige Ausgaben.												
22. Wegen der Wandergewerbsteuer	108 000	—	40 485	69	63 731	60	104 217	29	—	—	3 782	71
23. Wegen der indirekten Steuern	40 000	—	20 988	58	20 785	33	41 773	91	1 773	91	—	—
24. Wegen der Justiz- und Polizeigefälle:												
a. Für Konstatierung der Gerichtskosten, Sporteln und Rechtspolizeigebühren der Gerichte- und der Notarskosten	58 236	—	31 883	13	29 572	72	61 455	85	3 219	85	—	
b. Für Konstatierung der Sporteln, Taxen und Strafen der Verwaltungsbehörden sowie der Abhörgebühren	49 076	—	27 913	47	26 054	10	53 967	57	4 891	57	—	—
c. Kosten der Kontrollierung des Sportelansatzes	13 876	—	8 535	83	8 691	34	17 227	17	3 351	17	—	—
d. Strafanteile der Gemeinden	17 088	—	11 340	33	8 410	84	19 751	17	2 663	17	—	—
e. Aufwand der gestempelten Impressen	25 046	—	16 131	24	9 102	03	25 233	27	187	27	—	—
f. Lasten der Forststrafgefälle	25 930	—	10 681	34	13 589	76	24 271	10	—	—	1 658	90
g. Lasten der Hundstaxen	473 752	—	283 236	80	299 300	73	582 537	53	108 785	53	—	—
25. Wegen des Steuerstrafverfahrens	1 452		608	02	877	33	1 485	35	33	35	—	
26. Versendungskosten:												
a. Postporto	106 226	—	52 693	80	61 342	47	114 036	27	7 810	27	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	9 024	—	5 994	07	6 611	65	12 605	72	3 581	72	—	—
c. Telegraphengebühren	68	—	38	30	77	45	115	75	47	75	—	—
27. Mietzinse für Dienstgebände	92 284		44 760	71	55 468	82	100 229	53	7 945	53	—	—
28. Bauaufwand	32 516	—	15 299	26	19 684	19	34 983	45	2 467	45	—	—
29. Verschiedene und zufällige Ausgaben	19 290	—	17 439	71	19 311	02	36 750	73	17 460	73	—	—
Summe V.	1 071 864	—	588 030	28	642 611	38	1 230 641	66	164 219	27	5 441	61
									5 441	61		
Hierzu									158 777	66		
Summe I.	456 234	—	232 996	76	249 110	54	482 107	30	25 873	30	—	—
„ II.	3 740 901	—	1 923 694	82	1 957 909	47	3 881 604	29	140 700	29	—	—
„ III.	1 102 922	—	534 256	84	573 670	07	1 107 926	91	5 004	91	—	—
„ IV.	3 445 690	—	2 139 673	83	2 458 407	73	4 598 081	56	1 152 391	56	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	9 817 614	—	5 418 652	53	5 881 709	19	11 300 361	72	1 482 747	72	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ 1. Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Wertheim	25 434	65	28 172	11	937	29	29 109	40	3 674	75	—	—
2. Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes	127 432	17	62 660	76	44 139	55	106 800	31	—	—	20 631	86
Summe a.	152 866	82	90 832	87	45 076	84	135 909	71	3 674	75	20 631	86
											3 674	75
b. Von der Etatperiode 1900/1901.											16 957	11
1. Beschaffung eines Dienstgebäudes für den Steuerkommissärdienst und die Steuereinnehmerei Baden	143 050		95 766	16	41 146	51	136 912	67	—	—	6 137	33
2. Kosten der Neueinschätzung der Waldungen, Grundstücke und Gebäude	300 000	—	252	11	95 589	53	95 841	64	—	—	204 158	36
Summe b.	443 050		96 018	27	136 736	04	232 754	31	—	—	210 295	69
„ a.	152 866	82	90 832	87	45 076	84	135 909	71	—	—	16 957	11
Summe B. Außerordentlicher Etat	595 916	82	186 851	14	181 812	88	368 664	02	—	—	227 252	80
Hierzu												
Summe A. Ordentlicher Etat	9 817 614	—	5 418 652	53	5 881 709	19	11 300 361	72	1 482 747	72	—	—
Summe der Ausgabe	10 413 530	82	5 605 503	67	6 063 522	07	11 669 025	74	1 482 747	72	227 252	80
									227 252	80		
									1 255 494	92		
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
I. Direkte Steuern.												
1. Grund- und Häusersteuer	7 765 338	—	3 983 805	71	4 070 525	28	8 054 330	99	288 992	99	—	—
2. Gewerbsteuer	2 972 946	—	1 766 446	74	1 738 461	51	3 504 908	25	531 962	25	—	—
3. Kapitalrentensteuer	3 099 686	—	1 726 505	43	1 812 123	71	3 538 629	14	438 943	14	—	—
4. Einkommensteuer	17 473 748	—	9 582 573	30	10 292 620	08	19 875 193	38	2 401 445	38	—	—
5. Sonstige Steuern:												
a. Beförsterungssteuer	266 630	—	133 545	66	133 602	92	267 148	58	518	58	—	—
b. Fixierte Steuer	1 118	—	558	37	558	37	1 116	74	—	—	1	26
Summe I.	31 579 466	—	17 193 435	21	18 047 891	87	35 241 327	08	3 661 862	34	1	26
									1	26		
II. Indirekte Steuern.									3 661 861	08		
6. Weinsteuer	4 336 298	—	2 741 728	19	2 604 195	86	5 345 924	05	1 009 626	05	—	—
7. Biersteuer	14 259 688	—	8 616 009	45	8 207 591	33	16 823 600	78	2 563 912	78	—	—
8. Fleischsteuer	1 349 018	—	786 181	36	827 508	33	1 613 689	69	264 671	69	—	—
9. Grundstücks-Verkehrssteuer	6 730 540	—	4 629 870	47	4 504 698	36	9 134 568	83	2 404 028	83	—	—
10. Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 751 900	—	1 412 796	78	1 556 855	72	2 969 652	50	1 217 752	50	—	—
Summe II.	28 427 444	—	18 186 586	25	17 700 849	60	35 887 435	85	7 459 991	85	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
III. Justiz- und Polizeigefälle.												
§												
11. Gerichtskosten, Sporteln und Rechtspolizeigebühren der Gerichte, Notarskosten	6 482 892		3 757 848	68	4 244 807	16	8 002 655	84	1 519 763	84	—	
12. Sporteln, Taxen und Strafen der Verwaltungsbehörden, Abhörgebühren	2 914 908		1 707 620	90	1 741 921	50	3 449 542	40	534 634	40	—	—
13. Forststrafgefälle	70 244		28 740	43	41 371	91	70 112	34	—	—	131	66
14. Hundstaxen	964 980		583 240		615 368	—	1 198 608	—	233 628	—	—	—
Summe III.	10 433 024		6 077 450	01	6 643 468	57	12 720 918	58	2 288 026	24	131	66
									131	66	—	—
									2 287 894	58		
IV. Verschiedene Einnahmen.												
15. Steuerstrafgefälle:												
a. Steuernachträge	65 501		35 154	39	24 150	66	59 305	05	—	—	6 195	95
b. Defraudations- und Ordnungsstrafen	125 426	—	70 106	85	117 131	82	187 238	67	61 812	67	—	—
16. Heb- und Kontrollgebühren	299 524	—	179 079	71	189 964	68	369 044	39	69 520	39	—	
17. Ersatz von Kreisen, Gemeinden und anderen für Katasterarbeiten	251 158		131 506	38	139 015	80	270 522	18	19 364	18	—	—
18. Ersatz und Abgang von Passiven	10 904	—	7 782	13	7 933	62	15 715	75	4 811	75	—	—
19. Mietzinse	50 922		23 971	38	26 112	67	50 084	05	—	—	837	95
20. Sonstige Einnahmen	28 070	—	16 434	—	19 392	16	35 826	16	7 756	16	—	—
Summe IV.	831 508	—	461 034	84	523 701	41	987 736	25	163 265	15	7 036	90
									7 036	90		
Hierzu									156 228	25		
Summe I.	31 579 466	—	17 193 435	21	18 047 891	87	35 241 327	08	3 661 861	08	—	—
" II.	28 427 444	—	18 186 586	25	17 700 849	60	35 887 435	85	7 459 991	85	—	—
" III.	10 433 024		6 077 450	01	6 643 468	57	12 720 918	58	2 287 894	58	—	—
Summe der Einnahme	71 271 442	—	41 921 506	31	42 915 911	45	84 837 417	76	13 565 975	76	—	
Abschluß.												
Summe der Einnahme	71 271 442	—	41 921 506	3	42 915 911	45	84 837 417	76	13 565 975	76	—	—
Summe der Ausgabe	10 413 530	82	5 605 503	67	6 063 522	07	11 669 025	74	1 255 494	92	—	—
Reine Einnahme	60 857 911	18	36 316 002	64	36 852 389	38	73 168 392	02	12 310 480	84	—	—

Karlsruhe, den 14. Oktober 1902.

Großherzogliche Steuerdirektion.
Glockner.

Vdt. Kern.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Steuerverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lenz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

I. Zentralverwaltung.

Zu § 3a. Ursache des Mehraufwands: Dienstaushilfe wegen steter Zunahme der Geschäfte der Steuerdirektion, sowohl im allgemeinen als insbesondere auch infolge der Neueinschätzung der Grundstücke und Gebäude und der umfassenden Prüfung der Notars- und Grundbuchamtskosten.

Zu § 3b. Die Mehrausgabe rührt in der Hauptsache von vermehrten Revisionen bei den Steuerkommissärdiensten hauptsächlich auch zum Zwecke der Belehrung über die neuen Steuergesetze her.

Zu § 3c. Die vorgesehenen Honorare wegen der Finanzassistentenprüfung reichten bei der großen Zahl der Kandidaten nicht aus.

Zu § 4. Der Mehraufwand ist in der Hauptsache die Folge der Veranstaltung von Neudrucken der Sonderausgaben der direkten Steuergesetze, des Weinsteuergesetzes, der Gesetze über die Verkehrs- und Erbschafts- und Schenkungssteuer, sowie der Betreibungsvorschriften und der Aufstellung eines amtlichen Sachregisters über die das Steuerwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen 2c.

II. Bezirksverwaltung.

Zu § 7a. Grund des Wenigeraufwands: Personalveränderungen — Ersatz älterer Beamten durch jüngere mit Anfangsvergütung — sowie zeitweise Nichtbesetzung einzelner Stellen.

Zu § 7b. Die zu Aufbesserungen mit Rücksicht auf die Tabak- und Branntweinsteuergeschäfte auf Grund eines bloß schätzungsweisen Anschlags vorgesehenen Mittel reichten nicht aus.

Zu § 8. Ursache des Mehraufwands: Erhebliche Dienstaushilfen bei den Finanzämtern und Steuereinnehmereien sowie zahlreichere Stellvertretungen in Krankheitsfällen und bei Diensterledigungen. Dem letzteren Aufwand stehen Ersparnisse bei § 5 und § 7a. gegenüber.

Zu § 9. Die Überschreitung ist hauptsächlich auf zahlreichere notwendige Versetzungen beim Steueraufsichtspersonal zurückzuführen.

Zu § 10. Ursache der Überschreitung: In der Rechnung für 1901 erscheinen die Abrechnungs- und Ganggebühren der Steuererheber für 13 Monate in Ausgabe.

Zu § 11. Der Mehraufwand ist durch die Neueinführung von Joppen für das Aufsichtspersonal veranlaßt.

Zu § 12. Zur Bewilligung von Unterstützungen und Belohnungen in größerem Umfange, als solche gewährt worden sind, lag ein Bedürfnis nicht vor.

Zu § 13a. Ursache des Mehraufwands: Zunahme des Bureauaufwands infolge allgemeiner Geschäftsvermehrung und im besonderen der gestiegenen Kohlenpreise.

Zu § 13b. Grund der Überschreitung: Unzulänglichkeit der bewilligten Kredite (namentlich auch infolge der gestiegenen Kohlenpreise) sowie der infolge anderweiter Festsetzung der Vergütungssätze für die nicht etatmäßigen Steuererheber vorgesehenen Erhöhung.

III. Katastrierung der direkten Steuern.

Zu § 16a. Grund des Wenigeraufwands: Personalveränderungen — Ersatz älterer Beamten durch jüngere mit Anfangsvergütung — sowie zeitweise Nichtbesetzung einzelner Stellen, insbesondere die nur allmähliche Besetzung der neu errichteten Stellen.

Zu § 16 b. Der Mehraufwand steht zum Teil im Zusammenhang mit dem Minderaufwand unter § 16 a. und ist im übrigen auf die gesteigerte Geschäftstätigkeit bei den Steuerkommissärdiensten zurückzuführen

Zu § 16 c. Die hier eingetretenen Mehrausgaben im Jahr 1900 (895 ℳ) und Minderausgaben im Jahr 1901 (3 557 ℳ) sind zufälliger Art.

Zu § 16 d. Die mit dem Jahr 1901 in Kraft getretene bei der Bildung des Voranschlags nicht berücksichtigte Gewährung von Vergütungen an die Schatzungsratsmitglieder für ihre Tätigkeit beim Ab- und Zuschreiben hat den Mehraufwand in der Hauptsache veranlaßt.

Zu § 17. Der in jedem der beiden Jahre nahezu gleich hohe Mehraufwand ist dem fortdauernd gestiegenen Bedarf an Impressen, Schreibmaterialien ꝛc., im Hinblick auf die Errichtung neuer Steuerkommissärdienststellen auch an Bureaueinrichtungsgegenständen u. s. w. zuzuschreiben und hängt mit den fortgesetzt wachsenden Geschäftsaufgaben der Steuerkommissäre und der Verstärkung ihres Hilfspersonals zusammen, ist außerdem zum Teil auch Folge der gestiegenen Kohlenpreise.

IV. Abgang und Rückersatz.

Zu § 18. Von dem auf einem dreijährigen Durchschnittsergebnis beruhenden Budgetsatz weichen die hier verrechneten Beträge regelmäßig ab, weil sie in der Hauptsache mit den an Anzahl und Umfang stets schwankenden Veränderungen bestehender Steueranlagen sowie Abschreibungen in Verbindung stehen.

Im besonderen die Grund- und Häusersteuer (a.) anlangend, ist in den Jahren 1900 und 1901 weniger Steuernachlaß infolge von Unglücksfällen vorgekommen, als in den Jahren 1897/1899, auf deren Rechnungsergebnis der Budgetsatz beruht

Bei der Gewerbesteuer (b.), Kapitalrentensteuer (c.) und Einkommensteuer (d.) stehen den erheblich höheren Abgängen und Rückersatzbeträgen auch Mehreinnahmen an Nachträgen gegenüber. (Vergleiche Erläuterungen zu §§ 2, 3 und 4 der Einnahmen.)

Zu § 19. Bei den indirekten Steuern.

Es betragen:

	Budgetsatz.	Rechnungsergebnis		Mehrausgabe		Wenigerausgabe	
		1900.	1901.	1900	1901.	1900.	1901.
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
Bei der							
Weinsteuer	41 129 –	38 642 31	41 961 53	— —	832 53	2 486 69	— —
Biersteuer	627 943 –	660 101 –	619 100 03	32 158 –	— —	— —	8 842 97
Fleischsteuer	4 234	4 582 –	5 045 64	348 –	811 64	— —	— —
Verkehrssteuer	126 723 –	268 680 99	404 645 17	178 297 66	317 332 51	—	— —
Erbschafts- und Schenkungssteuer		36 339 67	39 410 34				
zusammen	800 029 –	1 008 345 97	1 110 162 71	210 803 66	318 976 68	2 486 69	8 842 97
für beide Jahre	1 600 058 –	2 118 508 ℳ 68 ₰		529 780 ℳ 34 ₰ ab 11 329 „ 66 „ mehr 518 450 ℳ 68 ₰		11 329 ℳ 66 ₰	

Der Wenigerabgang an Weinsteuer im Jahr 1900 und an Biersteuer im Jahr 1901 ungeachtet der gegenüber den Voranschlagssätzen gesteigerten Erträgnisse dieser Steuern in beiden Jahren beruht auf Zufälligkeiten, wie Abnahme der Ohmgeldrückersätze und Biersteuerrückvergütungen in den betreffenden Jahren. Im übrigen hängt der Mehraufwand mit den Mehreinnahmen bei §§ 8 bis 10 der Einnahmen zusammen.

Zu § 20. Die Mehrausgabe hängt mit den Mehreinnahmen unter § 11 und § 12 der Einnahme zusammen.

Zu § 21. Die Mehrausgabe ist auf Zufälligkeiten zurückzuführen.

V. Sonstige Ausgaben.

Zu § 22. Die auffallende Tatsache, daß die Anteile der Kreiskassen an dem Ertrage der Wandergewerbsteuer (§ 19 des Wandergewerbsteuergesetzes) nicht im annähernden prozentualen Verhältnis zu der betreffenden Einnahme (1900: 203 038 ℳ, 1901: 177 216 ℳ) stehen, wird dadurch erklärt, daß — abgesehen von den Abgängen, welche an den Beträgen, aus welchen Anteile nicht vergütet werden, in Abzug kommen — erhebliche Anteile an der im Jahr 1900 erhobenen Steuer aus Versehen der Bezirksstellen erst im Jahr 1901 an die Kreise bezahlt und verrechnet wurden, daß ferner unter der Wandergewerbsteuer

des Jahres 1900 sich noch alte Gewerbsteuerctaxen befinden, welche erst im Dezember 1899 oder im Jahr 1900 eingegangen und als Wandergewerbsteuer verrechnet sind, ohne daß hieraus Anteile zu entrichten waren. Auch von der Steuer des Jahres 1901 wurden Anteile in erheblichem Betrag irrtümlich erst zu Anfang des Jahres 1902 an die Kreiskassen abgeführt.

Zu § 23. Der Mehraufwand an Kosten für die Kontrolle ist unbedeutend und steht mit den Mehreinnahmen unter §§ 6 bis 10 der Einnahme im Zusammenhang.

Zu §§ 24 a. und b. Die Mehrausgabe ist die Folge der Mehreinnahme unter § 11 und § 12.

c. Nach Inkrafttreten des Rechtspolizeikostengesetzes wurden zwei weitere Prüfungsbeamte aushilfsweise eingestellt, daher die Mehrausgabe.

d. Der Betrag der Ausgabe hängt von der sehr dem Wechsel unterworfenen Anzahl und Höhe derjenigen Geldstrafen ab, von welchen bestehender Vorschrift gemäß den Gemeinden Anteile zufließen. Nach den gemachten Wahrnehmungen wurden innerhalb der in Rede stehenden Budgetperiode, insbesondere wegen Milchfälschung (§ 87 a. des Polizeistrafgesetzbuchs) beziehungsweise Übertretung des Nahrungsmittelgesetzes (§§ 10 und 11 desselben) verhältnismäßig sehr viele und hohe Geldstrafen ausgesprochen und den betreffenden Gemeinden zugewiesen.

e. Der unbedeutende Mehraufwand beruht auf Zufälligkeiten.

f. Die Minderausgabe hängt teils mit der Wenigereinnahme unter § 13 der Einnahme zusammen, teils beruht sie auf Zufälligkeiten.

g. Die Mehrausgabe steht mit der Mehreinnahme unter § 14 der Einnahme im Zusammenhang.

Zu § 25. Der kleine Mehraufwand ist auf Zufälligkeiten zurückzuführen.

Zu §§ 26 a., b., c. Der Mehraufwand ist eine Folge der allgemeinen Geschäftsvermehrung.

Zu § 27. Grund des Mehraufwands: Erhöhung der Mietzinse für einzelne Mietwohnungen und notwendig gewordene Anmietung weiterer Bureau- und Wohnräume im Laufe der Budgetperiode.

Zu § 28. Die vorgesehenen Mittel reichten trotz sparsamster Verwendung zur Bestreitung der als notwendig erwiesenen Herstellungen nicht aus.

Zu § 29. Ursache des Mehraufwands: Zunahme der Gefällbetreibungskosten.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 1. Der Mehraufwand ist durch unbedeutende Überschreitungen der Voranschläge bei einigen Teilarbeiten und namentlich durch die Unzulänglichkeit der vorgesehenen Kosten für Bauführung entstanden.

Zu § 2. Die Revisionsarbeiten waren bis zum Schluß des Jahres 1901 noch nicht beendigt. Zur Deckung des noch bevorstehenden Aufwands sind für die Budgetperiode 1902/1903 weitere 20 000 ℳ vorgesehen.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1 und 2. Die Arbeiten waren auf Ende 1901 noch nicht beendigt; die Restbeträge kommen daher in der Budgetperiode 1902/1903 zur Verwendung, wofür die Restkredite auch vorbehalten sind.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

I. Direkte Steuern.

Zu § 1. Der Zugang an Grund- und Häusersteuerkapital beträgt:

von 1899 auf 1900	50 655 100 ℳ
„ 1900 „ 1901	55 834 020 „
zusammen	106 489 120 ℳ

(hierunter nur 1 018 230 ℳ Grund-, sonst Häusersteuerkapital). Dem Voranschlag war das Kataster für 1899 zugrund gelegt, demnach beträgt infolge dieser Zugänge die Mehreinnahme zusammen . . . 235 716 ℳ

hierzu an Steuernachtrag mehr . . . 50 729 „

während der Rest von . . . 2 548 „

auf die Unterschiede zwischen den Generaldekreturen und der summarischen Ausrechnung im Budget entfällt.

Zu § 2. Das Gewerbsteuerkapital hat

von 1899 auf 1900 um	83 378 800 ℳ
„ 1900 „ 1901 „	80 281 800 „
zusammen um	163 660 600 ℳ

zugenommen. Infolge dieser Zugänge gegenüber dem Voranschlag, welchem das Kataster für 1899, jedoch unter Abzug von 8 600 ℳ Steuer wegen des durch die Einführung der Wandergewerbsteuer zu erwartenden Ausfalls zugrunde liegt, beträgt die Gewerbsteuer gegenüber dem Kataster für 1899 in den beiden Jahren 1900 und 1901 zusammengerechnet mehr 370 559 ℳ

Dazu kommen die obenerwähnten 8 600 ℳ, um welche der Budgetsatz für jedes der beiden Jahre 1900 und 1901 niedriger als das Katasterergebnis des Jahres 1899 angenommen wurde, somit für 2 Jahre . . . . 17 200 „

also für 1900 und 1901 zusammen im ganzen mehr . . . . 387 759 ℳ

Ferner 1. Der Gewerbsteuernachtrag mit . . . . 48 870 ℳ

Mehreinnahme mit dem anscheinend auffälligen Ergebnis, daß das Jahr 1900 ein Mehr von 84 310 ℳ, das Jahr 1901 ein Weniger von 35 439 ℳ zeigt bei nahezu gleichem Gewerbsteuerkapitalzugang in beiden Jahren. Das Mehrerträgnis im Jahre 1900 hängt mit dem erhöhten Gewerbsteuerkapitalzugang zusammen, das Weniger im Jahr 1901 aber ist darauf zurückzuführen, daß im Jahr 1901 infolge der für die Gewerb- und Einkommensteuer geänderten Konstatierungsweise (gleich der bisher nur für die nach Artikel 15 des Einkommensteuergesetzes Pflichtigen vorgeschriebenen, vergleiche § 13 der Dienstanweisung zum Gewerbsteuergesetz) bei § 4 der Einnahme unter den Einnahmen an Einkommensteuer der nach Artikel 15 Veranlagten (831 615 ℳ) erstmals auch Gewerbsteuerbeträge im ermittelten Betrag von 94 345 ℳ enthalten sind, die nach früherem Verfahren als Nachtrag an Gewerbsteuer zur Konstatierung gekommen wären. Hierdurch verwandelt sich das Weniger für 1901 von 35 439 ℳ tatsächlich in ein Mehr von 94 345 — 35 439 = 58 906 ℳ und im ganzen ergibt sich an Gewerbsteuernachtrag für beide Jahre ein Mehr von 143 216 ℳ

2. Wandergewerbsteuer: Mehreinnahme . . . . 20 256 „

Für 1900 mehr 23 039 ℳ, für 1901 weniger 2 783 ℳ gegenüber dem lediglich auf Schätzung beruhenden Budgetsatz von jährlich 180 000 ℳ Im Jahre 1900 wurden die Steueranlagen (innerhalb des vom Gesetze bestimmten Spielraums) vielfach etwas zu hoch gehalten. Im Jahre 1901 mußten dann Ermäßigungen eintreten. Außerdem sind unter dem Erträgnis des Jahres 1900 alte Gewerbsteuertaxen mitbegriffen, welche erst im Dezember 1899 und zu Anfang des Jahres 1900 eingegangen sind.

3. Gewinnanteil an der Badischen Bank mehr . . . . 74 869 „

4 und 5. Kunstweinfabrikation betreffend mehr . . . . 208 „

Zu § 3. Bei der Kapitalrentensteuer stützt sich der Budgetsatz auf die Katasterzusammenstellung für 1898. Dieser gegenüber haben sich die Steuerkapitalien infolge der Vermehrung der steuerbaren Rentenbezüge erhöht

im Jahr 1899 um	81 839 520 ℳ
„ „ 1900 „	96 063 340 „
„ „ 1901 „	83 491 720 „
im ganzen um . .	261 394 580 ℳ

Die Steuer hieraus beträgt 261 394 ℳ 58 ₰ + 81 839 ℳ 52 ₰ + 96 063 ℳ 34 ₰ zusammen . . 439 297 ℳ

Die Kapitalrentensteuernachträge sind um 355 ℳ unter dem Budgetsatz geblieben.

Zu § 4. Die Einkommensteueranschläge haben sich gegenüber dem Kataster für 1899 infolge der Einkommensvermehrungen erhöht

von 1899 auf 1900 um	18 507 875 ℳ
„ 1900 „ 1901 „	20 483 325 „
zusammen um . .	38 991 200 ℳ

An dem Einkommensteuererträgnis des Jahres 1899 von . . . . 7 748 756 ℳ

wurde wie bei der Gewerbsteuer der voraussichtliche Ausfall wegen der Wandergewerbsteuer (§ 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Mai 1899) in Abzug gebracht mit 36 600 ℳ und der Rest mit 7 712 156 ℳ in das Budget für jedes der beiden Jahre eingestellt.

Der Mehrbetrag an Einkommensteuer gegenüber dem Einkommensteuererträgnis des Jahres 1899 mit 7 748 756 ℳ beläuft sich für die beiden Jahre 1900 und 1901 zusammen auf 1 574 809 ℳ und verteilt sich in folgender Weise auf die nach den verschiedenen Steuerstufen gebildeten einzelnen Gruppen:

Steuerfuß von 100 ℳ	Steuerbetrag mehr
200 ₰	28 555 ℳ 50 ₰
250 „	903 432 „ 50 „
262,5 „	12 967 „ 50 „
275 „	21 780 „ — „
Übertrag . .	966 735 ℳ 50 ₰

Steuerfuß von 100 M	Steuerbetrag mehr
Übertrag . .	966 735 M 50 Pf
287,5 Pf	61 295 „ — „
300 „	111 690 „ — „
312,5 „	45 500 „ — „
325 „	54 8[illegible]7 „ 50 „
337,5 „	80 696 „ 25 „
350 „	254 065 „ — „
	1 574 809 M 25 Pf

Hierzu obige 36 600 M, um welche der Budgetsatz für jedes der beiden Jahre niedriger als das Erträgnis des Jahres 1899 angenommen wurde, somit für zwei Jahre 73 200 M, im ganzen für 1900 und 1901 zusammen mehr 1 648 009 M

An Einkommensteuernachtrag ist erhoben worden:

1900:	871 351 M 63 Pf	gegenüber dem Budgetsatz von	719 335 M	mehr 152 016 M 63 Pf
1901:	641 804 „ 24 „	„ „ „ „	719 335 „	weniger 77 530 „ 76 „
zusammen	1 513 155 M 87 Pf	„ „ „ „	1 438 670 M	mehr 74 485 M 87 Pf

Der Mehrertrag im Jahr 1900 steht im Zusammenhange mit dem Mehrerträgnis an Einkommensteuer. Die Mindereinnahme des Jahres 1901 ist die Folge des neuen Konstatierungsverfahrens, bei welchem zahlreiche Beträge, die früher als Nachtrag konstatiert und verrechnet wurden, nunmehr als „Einkommensteuer nach Artikel 15 des Gesetzes" zur Verrechnung gelangen.

An Einkommensteuer nach Artikel 15 des Gesetzes wurde konstatiert 1900 . . . . 458 103 M 15 Pf
1901 . . . . 831 614 „ 56 „
zusammen . . 1 289 717 M 71 Pf
somit gegen den Budgetsatz (2 × 305 383 M) = . . 610 766 „ — „
1900 und 1901 zusammen Mehreinnahme . . 678 951 M — Pf

und zwar 1900 152 720 M, 1901 526 231 M

Die Mehreinnahme des Jahres 1900 ist auf eine Zunahme des Einkommens der hier zur Veranlagung kommenden Pflichtigen zurückzuführen; die Mehreinnahme des Jahres 1901 teils auf den gleichen Umstand, teils auf das oben beim Einkommensteuernachtrag, sowie beim Gewerbsteuernachtrag (§ 2) erwähnte neue Konstatierungsverfahren, wonach im Jahre 1901 die Veranlagung von Steuerpflichtigen durch die Protokolltabelle I., das ist das Verfahren, wie es bis dahin nur bei den nach Artikel 15 des Einkommensteuergesetzes Pflichtigen eingehalten wurde, auf alle neu zugehenden Gewerb- und Einkommensteuerpflichtigen ausgedehnt wurde und infolge davon unter „Einkommensteuer nach Artikel 15 des Einkommensteuergesetzes" nicht nur beträchtliche (nicht näher festgestellte) Einkommensteuerbeträge, die früher unter Einkommensteuernachtrag verrechnet wurden, sondern auch Gewerbsteuerbeträge — im ermittelten Betrag von 94 345 M — mitbegriffen sind.

Zu § 5 a. Die Mehreinnahme ist eine zufällige und nicht von Belang.

Zu § 5 b. Die unbedeutende Mindereinnahme ist lediglich Folge der Abrundung bei Bildung des Budgetsatzes.

II. Indirekte Steuern.

Zu § 6 Es betragen:

	der Budgetsatz.		das Rechnungsergebnis 1900.		das Rechnungsergebnis 1901.		das Mehrerträgnis. 1900.		das Mehrerträgnis. 1901.		das Wenigererträgnis. 1900.		das Wenigererträgnis. 1901.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
a. Weinaccise:														
bei der Feststellung zahlbar .	1 517 794	—	1 847 292	42	1 661 209	02	398 662	97	308 253	78	—	—	—	—
gestundet gewesen			69 164	55	164 838	76								
b. Weinohmgeld:														
bei der Feststellung zahlbar . . .	625 319	—	753 266	12	640 687	64	174 056	82	125 261	15	—	—	—	—
gestundet gewesen			46 109	70	109 892	51								
c. Weinsteueraversen von Wirten .	238	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238	—	238	—
d. Accisaversen von Weinhändlern	23 389	—	24 545	40	26 117	93	1 156	40	2 728	93	—	—	—	—
e. Gebühren für Weinlagerkeller . .	1 409	—	1 350	—	1 450	—	—	—	41	—	59	—	—	—
zusammen .	2 168 149	—	2 741 728	19	2 604 195	86	573 876	19	436 284	86	297	—	238	—
Für beide Jahre .	4 336 298	—	5 345 924 M 05 Pf				1 010 161 M 05 Pf				535 M — Pf			
							ab 535 „ — „							
							1 009 626 M 05 Pf							

Die in der Rechnung ungetrennt gebuchte gestundete Weinsteuer ist auf Accise und Ohmgeld im Verhältnis von 3 : 2 verteilt.

Die Mehrerträgnisse unter a. Accise und b. Ohmgeld haben ihren Grund vorwiegend in der guten Wein- und Obsternte des 1900er Jahrgangs und in den dadurch bedingten reichlichen Weineinlagen in beiden Jahren.

Die Weinsteueraversen c. von Wirten wurden gekündigt.

Die Mehr- beziehungsweise Wenigererträgnisse unter d. und e. beruhen auf Zufälligkeiten.

Zu § 7. Der Steuerertrag ist im Jahr 1901 gegen 1900 zwar etwas zurückgegangen. Die Mehreinnahme gegenüber dem Budgetsatz ist aber immerhin auch noch im Jahr 1901 eine beträchtliche und teils auf die Steigerung des Bierkonsums teils auf den guten Geschäftsgang der Großbrauereien, welche die höheren Malzsteuersätze entrichten, zurückzuführen.

Zu § 8. Der Fleischverbrauch hat gegen die Vorjahre wieder zugenommen, namentlich war das im Jahr 1901 der Fall

Zu § 9. Grund des Mehrertrags: Das Ergebnis umfaßt im Jahre 1901 13 Monate. Außerdem: Fortdauernder lebhafter Liegenschaftsverkehr namentlich in den größeren Städten.

Zu § 10. Dieser Steuerertrag hängt von Zufälligkeiten ab. Ein Teil des Mehrerträgnisses ist darauf zurückzuführen, daß das Ergebnis des Jahres 1901 13 Monate umfaßt und im Jahr 1900 wie 1901 eine in Raten zahlbare hohe Erbschaftssteuer in sich begreift, auf welche der Budgetsatz keine Rücksicht nahm, da in den demselben zugrunde liegenden Jahresergebnissen diese erstmals 1899 zahlbaren Raten noch nicht mitinbegriffen waren.

III. Justiz- und Polizeigefälle.

Zu § 11. Es betragen:

	der Budgetsatz.	das Rechnungsergebnis.				das Mehrerträgnis.				das Wenigererträgnis.			
		1900.		1901.		1900.		1901.		1900.		1901.	
	ℳ	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
a. Gerichtskosten, Sporteln und Gebühren sämtlicher Gerichte (ausgenommen diejenigen unter b. und c.)	1 408 411	1 833 127	58	2 178 338	47	424 716	58	769 927	47	—	—	—	—
b. 1. Gebühren für Kauf-, Tausch- und Unterpfandsurkunden	602 389	644 580	26	552 641	61	42 191	26	95 645	74	—		—	—
2. Grundbuchkosten				145 393	13								
c. Notarskosten samt Auslagen . .	1 217 800	1 257 957	76	1 350 956	24	40 157	76	133 156	24	—		—	—
d. Nachträglich flüssig gewordene Gerichts- und Notarskosten sowie verfallene Kautionen in Straffachen .	12 846	22 183	08	17 477	71	9 337	08	4 631	71	—	—	—	—
zusammen . .	3 241 446	3 757 848	68	4 244 807	16	516 402	68	1 003 361	16	—		—	—
für beide Jahre . .	6 482 892	8 002 655 ℳ 84 ₰				1 519 763 ℳ 84 ₰							

Das Mehrerträgnis der Gerichtskosten, Sporteln und Gebühren (lit. a.) des Jahres 1900 und 1901 gegenüber dem aus dem Rechnungsdurchschnitt gebildeten Budgetsatz beruht einerseits auf einer mäßigen Zunahme der Zahl der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei allen Instanzgerichten beziehungsweise der Zahl der nach kontradiktorischem Verfahren erledigten Prozesse, anderseits und vorzugsweise ist dasselbe eine Folge der Wirkungen des Rechtspolizeikostengesetzes vom 15 Juni 1899 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 201 ff.), durch welches namentlich die Gebühren für Eintragungen in das Handelsregister (§§ 45, 46 des Rechtspolizeikostengesetzes) erheblich erhöht und bezüglich der Führung des Vereinsregisters Gebühren neu vorgeschrieben wurden (§§ 54, 55 a a O.).

Ein wesentlicher Teil der Gefällvermehrung gründet sich aber auch darauf, daß nach den gemachten Wahrnehmungen in den bei den Amtsgerichten anhängigen Vormundschaften mit größeren Reinvermögen die Pauschgebühr des § 21 Absatz 1 des Rechtspolizeikostengesetzes gemäß Absatz 3 Satz 1 a. a. O. zur Erhebung gelangte Was insbesondere das Mehrerträgnis des Jahres 1901 betrifft, so wird darauf hingewiesen, daß dasselbe 13 Monate umfaßt und daß der auf diesen 13. Monat entfallende Betrag auf 185 123 ℳ 40 ₰ sich berechnet.

Das nicht erhebliche Mehrerträgnis des Jahres 1900 an Gebühren für Kauf-, Tausch- und Unterpfandsurkunden gegenüber dem Budgetsatz gründet sich auf eine mäßige Zunahme des Liegenschaftsverkehrs in den größeren Städten des Landes (vergleiche zu § 9).

Für das Rechnungsjahr 1901 betragen diese Gefälle an sich 49 747 ℳ 39 ₰ weniger als Folge der Einführung des Reichsgrundbuchsrechts. Für den Ausfall müssen deshalb die bei den Grundbuchämtern auf Grund der Kostenverordnung vom

21. Januar 1901 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 45 ff.) zum Ansatz gelangten Kosten, welche an Stelle der Einnahme für Kauf-, Tausch- und Unterpfandsurkunden getreten sind, in Höhe von 145 393 ℳ 13 ₰ mitberücksichtigt werden, wodurch sich das dargestellte Gesamtmehrergebnis von 95 645 ℳ 74 ₰ ergibt. Hiervon entfallen jedoch auf den 13. Monat 24 064 ℳ 89 ₰ Kaufbrief- rc. und 44 493 ℳ 44 ₰ Grundbuchkosten = 68 558 ℳ 33 ₰, sodaß gegenüber dem Budgetsatz das tatsächliche Mehr auf nur 27 087 ℳ 41 ₰ sich beziffert, welches auf eine mäßige Zunahme des Liegenschaftsverkehrs beziehungsweise die Wirkungen der Kostenverordnung vom 21. Januar 1901 zurückzuführen ist.

Der Mehrertrag an Notarskosten samt Auslagen ist die Folge der Wirkungen des Rechtspolizeikostengesetzes vom 15. Juni 1899 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 201 ff.). Auf den 13. Monat des Jahres 1901 entfallen 114 521 ℳ 24 ₰, so daß gegenüber dem Budgetsatz das tatsächliche Mehrerträgnis sich auf nur 18 635 ℳ beläuft, was im Vergleich zur Mehreinnahme des Rechnungsjahres 1900 einen Rückgang um 21 522 ℳ 76 ₰ bedeutet. Diese rechnungsmäßige und vergleichsweise ermittelte Mindereinnahme findet ihre Erklärung in den Bestimmungen des Rechtspolizeikostengesetzes, nach welchen in den meisten Nachlaßsachen wegen des Schuldenabzugs und wegen Nichtberücksichtigung der Vorempfänge bei der Wertsberechnung Geschäftsgebühren nur in niederen Sätzen in Ansatz kommen (§§ 29, 39, 41, 42 des Rechtspolizeikostengesetzes und Badische Rechtspraxis für 1900 Seite 129 Ziffer 34) und für die von Amts wegen vorzunehmenden Geschäfte (§ 46 des Rechtspolizeikostengesetzes und § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuches) ein Ersatz der Auslagen für Entfernungs-, Reise-, Versäumnis- und Weggebühren durch die Beteiligten nicht stattfindet (§ 95 Absatz 2 des Rechtspolizeikostengesetzes). Eine Besserung des Notarsgebührenerträgnisses kann auf Grund der Gesetzesnovelle vom 17. Juli 1902 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 183 bis 187) für die Zukunft erwartet werden.

Die sonstigen Mehreinnahmen (lit. d.) betreffen in der Hauptsache früher in Abgang verrechnete aber nachträglich eingegangene Gerichts- und Notarskosten und beruhen auf Zufälligkeiten.

Zu § 12. Von der Summe der Mehreinnahme entfällt der Teilbetrag von 120 474 ℳ 27 ₰ auf den 13. Monat des Rechnungsjahres 1901, so daß das tatsächliche Mehrerträgnis gegenüber dem Budgetsatz auf 414 160 ℳ 13 ₰ sich beziffert. Hiervon kommt eine erhebliche Quote auf die von den Bezirksämtern erkannten Geldstrafen. Dies trifft namentlich auf die abgewandelten zahlreichen Milchfälschungen in den großen Städten des Landes zu (§ 11 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879, § 87 a. des Polizeistrafgesetzbuches und Verordnung vom 17. Juni 1884, § 367 Ziffer 7 des Reichsstrafgesetzbuches). Anderenteils ist die Einnahmevermehrung die Folge der fortdauernd sich geltend machenden Wirkung des Gebührengesetzes vom 15. Juni 1894, teils beruht sie auf einer Zunahme der taxpflichtigen Konzessionen (§ 25 Ziffer 15, 19, 21 und 31 des Verwaltungsgebührengesetzes); sodann ist sie auf die Einführung neuer Taxen für gewisse Nachsichtsbewilligungen seitens des Justizministeriums (Artikel 38 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Gesetzes- und Verordnungsblatt 1899 Seite 245) zurückzuführen.

Zu § 13. Der Wenigerertrag im Jahre 1900 ist gleich dem Mehrertrag des Jahres 1901, durch welchen der erstere bis auf den unbedeutenden Betrag von 131 ℳ aufgewogen wird, auf Zufälligkeiten zurückzuführen.

Zu § 14. Grund der Mehreinnahme: Ständige Zunahme der Zahl der zu versteuernden Hunde.

IV. Verschiedene Einnahmen.

Zu § 15 a. Die Mehreinnahme des Jahres 1900 ist wie die Wenigereinnahme des Jahres 1901 auf Zufälligkeiten zurückzuführen.

Das gleiche gilt von den Mehreinnahmen bei § 15 b.

Zu § 16. Grund der Mehreinnahme: Erhöhter Verkehr mit steuerpflichtigen Getränken.

Zu § 17. Die Ursache der Mehreinnahme ist die anhaltend zunehmende Inanspruchnahme der Steuerkommissäre durch Arbeiten für Gemeinden und Kirchenverbände.

Zu § 18. Die Mehreinnahme beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 19. Die Wenigereinnahme ist darauf zurückzuführen, daß die neu bewilligten Dienstwohnungen nur nach und nach zugewiesen werden konnten.

Zu § 20. Die Mehreinnahme rührt von Zufälligkeiten her.

Beilage 4.

Ausgabe Titel VII. und Einnahme Titel IV. Zollverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs-Soll. 1900.	1901.	Summe.	Dieses gegen jenes mehr.	weniger.
	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰
Ausgabe.						
A. Ordentlicher Etat.						
§ I. Zentralverwaltung.						
1. Gehalte	238 120 —	114 963 02	116 207 78	231 170 80	—	6 949 20
2. Wohnungsgeld	34 820 —	17 208 67	17 386 95	34 595 62	— —	224 38
3. Andere persönliche Ausgaben und zwar:						
a. Vergütungen und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	9 000 —	7 106 39	7 622 80	14 729 19	5 729 19	—
b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	5 520 —	4 500 32	3 173 97	7 674 29	2 154 29	— —
c. Sonstige persönliche Ausgaben	10 144 —	8 057 05	6 163 12	14 220 17	4 076 17	— —
4. Sachliche Amtsunkosten	18 040 —	10 577 93	10 191 43	20 769 36	2 729 36	— —
5. Versendungskosten:						
a. Postporto	2 488 —	1 397 34	1 672 49	3 069 83	581 83	— —
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 512 —	953 53	773 05	1 726 58	214 58	— —
c. Telegraphengebühren	60 —	42 05	33 40	75 45	15 45	— —
6. Verschiedene und zufällige Ausgaben	88 —	63 —	87 92	150 92	62 92	— —
Summe I.	319 792 —	164 869 30	163 312 91	328 182 21	15 563 79	7 173 58
					7 173 58	—
					8 390 21	
II. Bezirksverwaltung.						
7. Gehalte	2 867 030 —	1 422 847 17	1 444 767 —	2 867 614 17	584 17	— —
8. Wohnungsgeld	362 140 —	174 514 54	177 581 68	352 096 22	— —	10 043 78
Andere persönliche Ausgaben und zwar:						
9. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	488 340	231 642 74	239 187 14	470 829 88	— —	17 510 12
10. Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	29 140 —	26 522 93	25 726 24	52 249 17	23 109 17	— —
11. Aufwand für Dienstkleidung	69 400 —	36 120 34	37 550 24	73 670 58	4 270 58	— —
12. Umzugskosten	50 080 —	30 240 85	20 190 94	50 431 79	351 79	— —
13. Tagegelder und Reisekosten	347 840 —	161 544 62	161 817 52	323 362 14	— —	24 477 86
14. Sonstiger persönlicher Aufwand	5 936 —	4 564 58	3 313 49	7 878 07	1 942 07	— —
Sachliche Ausgaben und zwar:						
15. Sachliche Amtsunkosten	152 320 —	88 458 99	103 310 42	191 769 41	39 449 41	—
16. Besondere Kosten der Grenzzollverwaltung	8 700 —	2 403 50	3 047 31	5 450 81	— —	3 249 19
17. Besondere Kosten der Reichssteuern	5 840 —	3 019 72	2 462 63	5 482 35	— —	357 65
18. Kosten der Hafen- und Niederlageverwaltung	99 400 —	44 967 86	44 724 02	89 691 88	— —	9 708 12
19. Kosten der Strafgefälle	1 380 —	236 82	325 41	562 23	— —	817 77
20. Mietzinse	17 220 —	9 382 58	10 452 51	19 835 09	2 615 09	— —
21. Bauaufwand	104 000 —	56 598 98	52 831 78	109 430 76	5 430 76	— —
22. Brandversicherungsbeiträge	6 600 —	3 562 81	3 639 66	7 202 41	602 41	— —
23. Bewaffnung der Aufsichtsmannschaft und Pferdeausrüstung	26 176 —	12 748 23	13 257 45	26 005 68	— —	170 32
24. Versendungskosten:						
a. Postporto	46 728 —	24 762 31	34 592 47	59 354 78	12 626 78	— —
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	5 120 —	2 932 97	3 080 62	6 013 59	893 59	— —
c. Telegraphengebühren	92 —	57 35	59 39	116 74	24 74	— —
25. Verschiedene und zufällige Ausgaben	32 900 —	62 610 24	7 845 04	70 455 28	37 555 28	—
Summe II.	4 726 382 —	2 399 740 13	2 389 762 90	4 789 503 03	129 455 84	66 334 81
					66 334 81	
Hierzu					63 121 03	
Summe I.	319 792	164 869 30	163 312 91	328 182 21	8 390 21	— —
Summe A Ordentlicher Etat	5 046 174	2 564 609 13	2 553 075 81	5 117 685 24	71 511 24	— —

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
B. Außerordentlicher Etat.												
1. Budgetmäßige Ausgaben.												
a. Von der Etatperiode 1898/1899.												
§ 1. Anschaffung von Aktenschränken für die Registratur Großherzoglicher Zolldirektion	56	55	69	—	—	—	69	—	12	45	—	—
2. Umbau der Werftanlagen im alten Zollhafen in Mannheim	173 566	57	160 718	81	12 847	76	173 566	57	—	—	—	—
3. Neubau einer Zollniederlage mit Abfertigungsbureau in Bruchsal	72 000	—	—	—	42	20	42	20	—	—	71 957	80
4. Vergrößerung der für die Unterbringung des Hauptsteueramts in Baden erworbenen Gebäulichkeiten und ihre Einrichtung für die Zwecke des Hauptsteueramtes	22 015	24	22 015	24	—	—	22 015	24	—	—	—	—
5. Erstellung eines Anbaues an das Hauptsteueramtsgebäude in Lahr	14 887	92	6 378	23	1 381	—	7 759	23	—	—	7 128	69
6. Erweiterung der Diensträumlichkeiten im Hauptsteueramtsgebäude in Lörrach	4 099	22	3 193	56	3	50	3 197	06	—	—	902	16
7. Erbauung eines Hauptsteueramtsgebäudes in Mannheim	48 008	49	45 090	87	361	29	45 452	16	—	—	2 556	33
Summe a.	334 633	99	237 465	71	14 635	75	252 101	46	12	45	82 544	98
b. Von der Etatperiode 1900/1901.												
1. Erstellung eines Dienstwohngebäudes auf der Mühlau in Mannheim	200 000	—	23 889	23	115 213	06	139 102	29	—	—	60 897	71
2. Pflasterung der Übergänge der verlängerten Rhein- und Jungbuschstraße in Mannheim über die Gleise an den beiden Ufern des Verbindungskanals	12 000	—	—	—	13 517	04	13 517	04	1 517	04	—	—
3. Neubau einer Zollniederlage mit Abfertigungsbureau in Bruchsal	19 925	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 925	—
4. Umbau der Werftanlagen im alten Zollhafen in Mannheim	263 400	—	—	—	149 686	47	149 686	47	—	—	113 713	53
5. Neubau eines Dienstwohngebäudes in Singen	72 500	—	32 986	76	32 787	17	65 773	93	—	—	6 726	07
6. Neubau eines Nebenzollamtsgebäudes in Gaienhofen	62 000	—	31 012	46	28 134	36	59 146	82	—	—	2 853	18
7. Errichtung eines Dienstwohngebäudes auf dem Platze des sogenannten Magazingebäudes in Lörrach	103 500	—	42 628	43	45 733	38	88 361	81	—	—	15 138	19
8. Neubau eines Nebenzollamtsgebäudes in Grenzacherhorn	105 500	—	31 714	97	53 617	36	85 332	33	—	—	20 167	67
9. Neubau eines Nebenzollamtsgebäudes in Weil	71 000	—	24 423	21	34 530	84	58 954	05	—	—	12 045	95
10. Erwerbung eines Bauplatzes zu einem Dienstgebäude für das Nebenzollamt Inzlingen	2 300	—	2 215	29	33	48	2 248	77	—	—	51	23
Summe b.	912 125	—	188 870	35	473 253	16	662 123	51	1 517	04	251 518	53
Hierzu Summe a.	334 633	99	237 465	71	14 635	75	252 101	46	12	45	82 544	98
Summe B. 1.	1 246 758	99	426 336	06	487 888	91	914 224	97	1 529	49	334 063	51

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
B. **Außerordentlicher Etat.**												
2. Auf Administrativkredit.												
a. **Von der Etatperiode 1898/1899.**												
§ 1. Ankauf von Grundstücken zur Erstellung eines Nebenzollamtsgebäudes in Weil . .	—		83	27	—	—	83	27	83	27	—	—
2. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstwohngebäude für badische Zollbeamte in Schaffhausen	—	—	—	—	1	52	1	52	1	52	—	—
Summe a. . .	—	—	83	27	1	52	84	79	84	79	—	—
b. **Von der Etatperiode 1900/1901.**												
1. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstwohngebäude in Stetten	—	—	12 031	87	8	17	12 040	04	12 040	04	—	—
2. Vergrößerung des für die Unterbringung des Hauptsteueramtes in Baden erworbenen Gebäudes und dessen Einrichtung für die Zwecke des Hauptsteueramtes	—	—	12 433	03	4 883	25	17 316	28	17 316	28	—	—
3. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstwohngebäude in Herthen	—	—	—	—	3 010	64	3 010	64	3 010	64	—	—
4. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstwohngebäude in Grenzach	—	—	—	—	5 469	49	5 469	49	5 469	49	—	—
5. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstwohngebäude in Wyhlen	—	—	—	—	8 701	42	8 701	42	8 701	42	—	—
Summe b. . .	—	—	24 464	90	22 072	97	46 537	87	46 537	87	—	—
Hierzu „ a. . .	—	—	83	27	1	52	84	79	84	79	—	—
Summe B. 2. . .	—	—	24 548	17	22 074	49	46 622	66	46 622	66	—	—
Hierzu „ B. 1. . .	1 246 758	99	426 336	06	487 888	91	914 224	97	1 529	49	334 063	51
Summe B. Außerordentlicher Etat . .	1 246 758	99	450 884	23	509 963	40	960 847	63	48 152	15	334 063 48 152	51 15
Hierzu											285 911	36
Summe A. Ordentlicher Etat . .	5 046 174	—	2 564 609	43	2 553 075	81	5 117 685	24	71 511	24	—	—
Summe der Ausgabe . .	6 292 932	99	3 015 493	66	3 063 039	21	6 078 532	87	71 511	24	285 911 71 511	36 24
											214 400	12
Einnahme.												
A. **Ordentlicher Etat.**												
1. Vergütung des Reichs für die Kosten der Grenzzollverwaltung	2 517 124	—	1 242 731	75	1 255 972	61	2 498 704	36	—	—	18 419	64
2. Vergütung des Reichs für die Kosten der Verwaltung der Reichssteuern:												
a. der Tabaksteuer	576 000	—	240 527	44	255 022	76	495 550	20	—	—	80 449	80
b. der Zuckersteuer	155 600	—	89 470	68	81 088	52	170 559	20	14 959	20	—	—
c. der Salzsteuer	21 600	—	11 055	40	10 725	50	21 780	90	180	90	—	—
d. der Branntweinsteuer	649 340	—	351 318	38	294 604	14	645 922	52	—	—	3 417	48
e. der Wechselstempelsteuer	15 860	—	10 635	06	11 385	05	22 020	11	6 160	11	—	—
f. der Spielkartenstempelsteuer	300	—	142	73	189	82	332	55	32	55	—	—
g. der Reichsstempelabgabe	32 120	—	22 545	48	18 305	79	40 851	27	8 731	27	—	—
h. der statistischen Gebühr	3 100	—	2 023	47	1 910	03	3 933	50	833	50	—	—
3. Abgaben von Branntwein in den Zollausschlußgebieten	3 840	—	1 233	85	1 731	59	2 965	44	—	—	874	56
4. Brückengefälle	2 580	—	1 525	97	1 473	77	2 999	74	419	74	—	—
Übertrag . .	3 977 464	—	1 973 210	21	1 932 409	58	3 905 619	79	31 317	27	103 161	48

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat.												
§ Übertrag	3 977 464	—	1973 210	21	1 932 409	58	3 905 619	79	31 317	27	103 161	48
5. Niederlage- und Wagegebühren, sowie Verwaltungskostenbeiträge	371 200	—	166 850	27	167 928	88	334 779	15	—	—	36 420	85
6. Zoll- und Steuerstrafen und Konfiskate	23 600	—	9 736	34	13 986	65	23 722	99	122	99	—	—
7. Mietzinse	231 880	—	120 161	11	121 462	49	241 623	60	9 743	60	—	—
8. Ersatz für Dienstkleidungs- und Ausrüstungsstücke	660	—	392	95	330	94	723	89	63	89	—	—
9. Zufällige Einnahmen	22 360	—	11 747	66	11 597	77	23 345	43	985	43	—	—
Summe A. Ordentlicher Etat	4 627 164	—	2282 098	54	2 247 716	31	4 529 814	85	42 233	18	139 582	33
											42 233	18
B. Außerordentlicher Etat.											97 349	15
Außeretatmäßige Einnahmen.												
1. Umbau der Werftanlagen im alten Zollhafen in Mannheim	—	—	1 192	—	—	—	1 192	—	1 192	—	—	—
2. Vergrößerung der für die Unterbringung des Hauptsteueramtes in Baden erworbenen Gebäulichkeiten und ihre Einrichtung für die Zwecke des Hauptsteueramtes	—	—	173	30	156	39	329	69	329	69	—	—
3. Erstellung eines Anbaues an das Hauptsteueramtsgebäude in Lahr	—	—	—	—	13	29	13	29	13	29	—	—
4. Neubau eines Dienstwohngebäudes in Lörrach	—	—	500	—	—	—	500	—	500	—	—	—
Summe B. Außerordentlicher Etat	—	—	1 865	30	169	68	2 034	98	2 034	98	—	—
Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	4 627 164	—	2282 098	54	2 247 716	31	4 529 814	85	—		97 349	15
Summe der Einnahme	4 627 164	—	2283 963	84	2 247 885	99	4 531 849	83	2 034	98	97 349	15
											2 034	98
											95 314	17
Abschluß.												
Einnahme	4 627 164	—	2283 963	84	2 247 885	99	4 531 849	83	—	—	95 314	17
Ausgabe	6 292 932	99	3015 493	66	3 063 039	21	6 078 532	87	—	—	214 400	12
Mehrausgabe	1 665 768	99	731 529	82	815 153	22	1 546 683	04	—	—	119 085	95

Karlsruhe, den 2. August 1902.

Großherzogliche Zolldirektion.

Seubert. Köhler.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Zollverwaltung für 1900 und 1901 wird hiermit beurkundet.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

I. Zentralverwaltung.

Zu § 3 a. Infolge der Übertragung von zwei Kanzleiassistentenstellen — J. 7 — an die Domänenverwaltung waren zwei nicht etatmäßige Schreibgehilfen mehr verwendet, als vorgesehen waren (dem Mehraufwand steht eine Ersparnis bei §§ 1 und 2 gegenüber). Außerdem hat beim Rechnungsbureau wegen Geschäftsvermehrung ein weiterer nicht etatmäßiger Beamter eingestellt werden müssen.

Zu § 3 b. Durch die Versetzung eines Kollegialmitgliedes als Reichsbevollmächtigter für Zölle und Steuern nach Magdeburg ist ein größerer Aufwand an Umzugskosten entstanden. Im übrigen vermehrter Reisekostenaufwand für auswärtige Dienstgeschäfte.

Zu § 3 c. Mehraufwand infolge erhöhten Bedürfnisses an Dienstaushilfe auf der Revision und der Kanzlei, sowie wegen Herstellung eines amtlichen Inhaltsverzeichnisses zu den Gesetzen u. s. w. für die Großherzogliche Zoll- und Reichssteuerverwaltung.

Zu § 4. Die Vermehrung der Diensträume und der Beamten war die Ursache der Überschreitung.

Zu § 5. Mehraufwand infolge von Geschäftszunahme.

II. Bezirksverwaltung.

Zu § 9. Zur Überwachung der Privatlager für unversteuerten Tabak sind weniger Beamte notwendig gewesen, als vorgesehen waren.

Zu § 10. Der Mehraufwand ist auf Geschäftsvermehrung bei den Bezirksstellen und auf umfangreichere Stellvertretungen für erkrankte, beurlaubte und zu militärischen Übungen einberufene Beamte zurückzuführen.

Zu § 11. Die Anschaffung einer größeren Anzahl Mäntel für Aufseher und die Ausstattung der Abfertigungsbeamten an der Grenze mit Dienstkleidung hat die Überschreitung des nach dem durchschnittlichen Bedarf berechneten Betrages verursacht.

Zu § 13. Die Kosten der Tabakfelderaufnahme haben sich wegen Zurückganges des Tabakbaues vermindert.

Zu § 14. Der Aufwand für Unterstützungen der nicht etatmäßigen Beamten und für Zuwendungen an die Hinterbliebenen von infolge von Betriebsunfällen verstorbenen Beamten ist gestiegen.

Zu § 15. Mehraufwand ist verursacht durch vermehrten sachlichen Bedarf, durch die Steigerung der Preise für die Brennstoffe und für Schreibmittel, durch den Druck des amtlichen Inhaltsverzeichnisses zu den Gesetzen u. s. w. der Zoll- und Reichssteuerverwaltung und der Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen. Vergleiche auch Erläuterung zu § 16.

Zu § 16. Seit 1. Januar 1900 werden die hier vorgesehenen Kosten für die Heizung und Beleuchtung der Wachtstuben der Grenzaufseher unter § 15 gebucht.

Zu § 17. Die Zuckersteuer hat keinen Aufwand verursacht.

Zu § 18. Bei der Festsetzung des Budgetsatzes war angenommen worden, daß sich der Aufwand wie in den Vorjahren weiter erhöhe; die Annahme hat sich nicht als zutreffend erwiesen.

Zu § 19. Die Kredite der Oberzollinspektoren wegen der Maßnahmen gegen den Schleichhandel wurden nur in geringem Maße in Anspruch genommen.

Zu § 20. Es haben mehr Diensträume und Wohnungen für Beamte angemietet werden müssen als angenommen war.

Zu § 21. Unvorhergesehene größere Herstellungen sind die Ursache des Mehraufwandes.

Zu § 22. Die Zunahme des Aufwands hängt mit dem Zugang von Neubauten zusammen.

Zu § 24. Allgemeine Geschäftszunahme hat die Mehrkosten verursacht.

Zu § 25. Eine in früheren Jahren zu viel erhaltene Verwaltungskostenvergütung hat erst im Jahre 1900 statt, wie seiner Zeit angenommen war, in der Voranschlagsperiode 1898/1899 an die Reichskasse herausbezahlt werden müssen.

B. Außerordentlicher Etat.

1. Budgetmäßige Ausgaben.

a. Von der Etatperiode 1898/1899.

Zu § 3. Mit dem Bau hat erst im Jahre 1902 begonnen werden können. An Stelle des heimgefallenen Kreditrestes ist im Staatsvoranschlage für die Jahre 1902/1903 ein neuer Kredit vorgesehen.

Zu §§ 5, 6 und 7. Die Herstellungen sind vollendet. Ersparnisse infolge von Preisabgeboten bei den Arbeitenvergebungen, geringerem Ausmaß u. s. w.

b. Von der Etatperiode 1900/1901.

Zu §§ 1, 3 bis 9. Die Kreditreste kommen in der Etatperiode 1902/1903 zur Verwendung.

Zu § 2. Mehraufwand infolge von Preissteigerung bei Baustoffen und von größerem Ausmaß.

2. Auf Administrativkredit.

a. und b. Von den Etatperioden 1898/1899 und 1900/1901.

Wegen der Kredite wird auf die dem Landtage 1899/1900 und 1901/1902 vorgelegten Verzeichnisse der bewilligten Administrativkredite Bezug genommen.

Einnahme.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Eine für das Jahr 1901 erwartete Nachzahlung der Reichskasse von in früheren Jahren zu wenig vergüteten Zollverwaltungskosten von rund 3 400 ℳ ist erst im Jahre 1902 geleistet worden; außerdem war die Vergütung der Reichskasse für die zu ersetzenden Wohnungsgelder der Grenzzollbeamten höher veranschlagt als der tatsächliche Aufwand für die Verwaltung betragen hat.

Zu § 2 a. Minderung der Vergütung für die Anbaukontrolle und die Erhebung der Tabaksteuer infolge Zurückgangs des Tabakbaues.

Zu § 2 b. Die Vergütung wird nach dem Ertrag der Zuckersteuer und der Menge des hergestellten Zuckers bemessen; beides hat mehr als in den Vorjahren betragen.

Zu §§ 2 e. und g. Mit dem Ertrag der beiden Steuerarten sind auch die für ihre Verwaltung zu zahlenden Vergütungen in die Höhe gegangen.

Zu § 2 h. Mehrertrag beruht auf nachträglicher Anrechnung von in früheren Jahren entstandenen Versendungskosten.

Zu § 3. Die Übergangsabgabe für Branntwein hat abgenommen.

Zu § 4. Der Verkehr über die Kadelburger Fähre ist gewachsen.

Zu § 5. Die Pauschbeträge für die ständige Überwachung von Privatlagern und die für Abfertigung außerhalb ordentlicher Amtsstelle zu zahlenden Gebühren sind zurückgegangen (vergleiche in ersterer Hinsicht die Minderausgabe bei II. § 9). Der Hauptgrund dafür ist der Zurückgang des Tabakanbaues.

Zu § 7. Die vermieteten Lagerplätze in Mannheim haben einen höheren Ertrag abgeworfen.

Zu § 8. Es wurden mehr Dienstkleidungsstücke gegen Kostenersatz abgegeben, als angenommen war.

B. Außerordentlicher Etat.

Außeretatmäßige Einnahmen.

Zu §§ 1, 2 und 4. Erlös aus Abbruch und sonstigen unbrauchbaren Materialien.

Zu § 3. Herauszahlungen von Handwerkern an zu viel erhaltenen Arbeits- ꝛc. Löhnen.

Die übrigen Abweichungen zwischen Budgetsatz und Rechnungsergebnis beruhen auf Zufälligkeiten.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Sechste Abteilung.

Oberrechnungskammer.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
§ **Ordentlicher Etat.**												
1. Gehalte	179 780	—	92 562	50	90 927	77	183 490	27	3 710	27	—	—
2. Wohnungsgeld	20 740	—	10 949	88	10 873	83	21 823	71	1 083	71	—	—
3. Andere persönliche Ausgaben:												
a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	1 040	—	520	—	520	—	1 040	—	—	—	—	—
b. Sonstige persönliche Ausgaben	1 200	—	580	—	602	50	1 182	50	—	—	17	50
4. Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten	240	—	88	05	250	—	338	05	98	05	—	—
5. Für sachliche Amtsunkosten	5 640	—	2 680	95	2 718	45	5 399	40	—	—	240	60
6. Aufwand für das Dienstgebäude	1 400	—	361	33	812	22	1 173	55	—	—	226	45
7. Für das Rechnungsarchiv	130	—	—	—	52	80	52	80	—	—	77	20
8. Versendungskosten:												
a. Postporto	20	—	7	90	8	05	15	95	—	—	4	05
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	20	—	12	58	9	10	21	68	1	68	—	—
9. Verschiedene und zufällige Ausgaben	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	—
Summe	210 260	—	107 763	19	106 774	72	214 537	91	4 893	71	615	80
									615	80		
									4 277	91		
Einnahme.												
Ordentlicher Etat.												
1. Mietzins aus dem Dienstgebäude	532	—	266	—	266	—	532	—	—	—	—	—
2. Aus Materialien	72	—	36	—	36	—	72	—	—	—	—	—
3. Verschiedene und zufällige Einnahmen	260	—	—	—	1 001	28	1 001	28	741	28	—	—
Summe	864	—	302	—	1 303	28	1 605	28	741	28	—	—
Abschluß.												
Ausgabe	210 260	—	107 763	19	106 774	72	214 537	91	4 277	91	—	—
Einnahme	864	—	302	—	1 303	28	1 605	28	741	28	—	—
Mehrausgabe	209 396	—	107 461	19	105 471	44	212 932	63	3 536	63	—	—

Karlsruhe, den 5. November 1902.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos. Vdt. Mathis.

Erläuterungen.

Ausgabe.

Zu §§ 1 und 2. Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Hauptabteilung 1., Staatsministerium, Seite 1.

Zu § 4. Die budgetmäßigen Bewilligungen betragen für 1890/1901 zusammen . . . 1 222 M — Pf

darauf wurden verwendet 1896 . . . 100 M — Pf

1900/1901 . . . 338 „ 05 „

438 „ 05 „

somit Ersparnis auf 1. Januar 1902 . . . 783 M 95 Pf

Zu § 5. Die Ersparnis entfällt auf die im Budget vorgesehenen sonstigen Amtsunkosten von jährlich 300 M.

Zu § 6. Der wirkliche Aufwand läßt sich bei Aufstellung der Baurelation nicht genau vorausbestimmen.

Zu § 7. Ein Aufwand für Reinigungsarbeiten ist in der abgelaufenen Budgetperiode nicht entstanden.

Einnahme.

Zu § 3. Die Mehreinnahme rührt von einer Abschlagszahlung auf im Jahr 1902 verkaufte Rechnungsmaterialien her.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Siebente Abteilung.

Zusammenstellung

der

Ergebnisse der sechs vorhergehenden Abteilungen.

Inhalt.

I. Vergleichende Darstellung des ordentlichen Etats.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900.		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
I. Staatsministerium	42 206 944	—	21109679	20	22416904	71	43 526 583	91	1 319 639	91	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	551 300	—	271 688	92	318 654	73	590 343	65	39 043	65	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	35 562 238	—	18303887	37	19225998	15	37 529 885	52	1 967 647	52	—	—
IV. Ministerium des Innern	29 054 848	—	14432447	61	15017969	87	29 450 417	48	395 569	48	—	—
V. Finanzministerium	43 264 196	—	22310100	12	23624152	12	45 934 552	24	2 670 356	24	—	—
VI. Oberrechnungskammer	210 260	—	107 763	19	106 774	72	214 537	91	4 277	91	—	—
Summe der Ausgabe	150 849 786	—	76535866	41	80710454	30	157 246 320	71	6 396 534	71	—	—
Einnahme.												
I. Staatsministerium	33 344 300	—	16050595	80	17158439	59	33 209 035	39	—	—	135 264	61
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	10 133 814	—	5 249 614	47	5 259 860	47	10 509 474	94	375 660	94	—	—
IV. Ministerium des Innern	7 544 790	—	3 857 200	74	3 895 806	56	7 753 007	30	208 217	30	—	—
V. Finanzministerium	99 282 940	—	57374907	26	58966652	55	116 341 559	81	17058619	81	—	—
VI. Oberrechnungskammer	864	—	302	—	1 303	28	1 605	28	741	28	—	—
Summe der Einnahme	150 306 708	—	82532620	27	85282062	45	167 814 682	72	17643239	33	135 264	61
									135 264	61		
									17507974	72		
Abschluß.												
Ausgabe	150 849 786	—	76535866	41	80710454	30	157 246 320	71	6 396 534	71	—	—
Einnahme	150 306 708	—	82532620	27	85282062	45	167 814 682	72	17507974	72	—	—
Mehrausgabe	543 078	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mehreinnahme	—	—	5 996 753	86	4 571 608	15	10 568 362	01	11111440	01	—	—

II. Vergleichende Darstellung des außerordentlichen Etats.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	1 055 001	65	774 171	28	337 408	54	1 111 579	82	56 578	17	—	—
IV. Ministerium des Innern	2 363 515	91	1 284 980	14	876 787	70	2 161 767	84	—	—	201 748	07
V. Finanzministerium	523 673	13	491 449	78	72 944	44	564 394	22	40 721	09	—	—
Summe α.	3 942 190	69	2 550 601	20	1 287 140	68	3 837 741	88	97 299	26	201 748	07
											97 299	26
											104 448	81
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
I. Staatsministerium	—	—	6 857	14	—	—	6 857	14	6 857	14	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	651 875	—	507 237	20	139 189	66	646 426	86	—	—	5 448	14
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	4 469 810	—	1 829 711	28	2 456 710	58	4 286 421	86	—	—	183 388	14
IV. Ministerium des Innern	6 363 569	—	2 145 042	69	2 210 541	42	4 355 584	11	—	—	2 007 984	89
V. Finanzministerium	2 175 975	—	853 955	20	692 432	80	1 546 388	—	—	—	629 587	—
Summe β.	13 661 229	—	5 342 803	51	5 498 874	46	10 841 677	97	6 857	14	2 826 408	17
											6 857	14
											2 819 551	03
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	17 603 419	69	7 893 404	71	6 786 015	14	14 679 419	85	—	—	2 923 999	84
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
V. Finanzministerium	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
V. Finanzministerium	1 362 698	—	517 536	18	795 691	99	1 313 228	17	—	—	49 469	83
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	—	—	75 883	56
Hierzu												
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	17 603 419	69	7 893 404	71	6 786 015	14	14 679 419	85	—	—	2 923 999	84
Summe der Ausgabe	19 412 616	11	8 686 800	43	7 725 932	28	16 412 732	71	—	—	2 999 883	40

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	126 694	—	100 000	—	—	—	100 000	—	—	—	26 694	—
IV. Ministerium des Innern	396 188	12	195 924	78	30 962	78	226 887	56	—	—	169 300	56
Summe α.	522 882	12	295 924	78	30 962	78	326 887	56	—	—	195 994	56
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	—	—	15	—	—	—	15	—	15	—	—	—
IV. Ministerium des Innern	202 509	—	31 498	99	67 725	89	99 224	88	—	—	103 284	12
V. Finanzministerium	—	—	1 865	30	6 800	68	8 665	98	8 665	98	—	—
Summe β.	202 509	—	33 379	29	74 526	57	107 905	86	8 680	98	103 284	12
											8 680	98
											94 603	14
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	725 391	12	329 304	07	105 489	35	434 793	42	—	—	290 597	70
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.												
α. Von der Etatperiode 1898/1899.												
V. Finanzministerium	446 498	42	275 859	54	144 225	15	420 084	69	—	—	26 413	73
β. Von der Etatperiode 1900/1901.												
V. Finanzministerium	1 362 698	—	517 536	18	795 691	99	1 313 228	17	—	—	49 469	83
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	1 809 196	42	793 395	72	939 917	14	1 733 312	86	—	—	75 883	56
Hierzu Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	725 391	12	329 304	07	105 480	35	434 793	42	—	—	290 597	70
Summe der Einnahme	2 534 587	54	1 122 699	79	1 045 406	49	2 168 106	28	—	—	366 481	26
Abschluß.												
Ausgabe	19 412 616	11	8 686 800	43	7 725 932	28	16 412 732	71	—	—	2 999 883	40
Einnahme	2 534 587	54	1 122 699	79	1 045 406	49	2 168 106	28	—	—	366 481	26
Mehrausgabe	16 878 028	57	7 564 100	64	6 680 525	79	14 244 626	43	—	—	2 633 402	14

III. Zusammenstellung des ordentlichen und außerordentlichen Etats.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe												
A. Ordentlicher Etat	150849 786	—	76535866	41	80710454	30	157246 320	71	6396 534	71	—	—
B. Außerordentlicher Etat	19 412 616	11	8686800	43	7725932	28	16 412 732	71	—	—	2999 883	40
Summe aller Ausgaben	170262 402	11	85222666	84	88436386	58	173659 053	42	6396 534	71	2999 883	40
									2999 883	40		
									3396 651	31		
Einnahme.												
A. Ordentlicher Etat	150306 708	—	82532620	27	85282062	45	167814 682	72	17507974	72	—	—
B. Außerordentlicher Etat	2 534 587	54	1122699	79	1045406	49	2 168 106	28	—	—	366 481	26
Summe aller Einnahmen	152841 295	54	83655320	06	86327468	94	169982 789	—	17507974	72	366 481	26
									366 481	26		
									17141493	46		
Hauptabschluß.												
Summe aller Ausgaben	170262 402	11	85222666	84	88436386	58	173659 053	42	3396651	31	—	
Summe aller Einnahmen	152841 295	54	83655320	06	86327468	94	169982 789	—	17141493	46	—	—
Mehrausgabe	17 421 106	57	1567346	78	2108917	64	3 676 264	42	—	—	—	
Mehreinnahme	—	—	—	—	—	—	—	—	13744842	15	—	—

Karlsruhe, im Februar 1903.

Kontrollbureau Großherzoglichen Finanzministeriums.
A. A.:
Jäger.

Vorstehende Zusammenstellung nebst Hauptabschluß wurde geprüft und richtig befunden. Wo gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Mai 1900, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1900 und 1901 betreffend, auf außerordentliche Kredite aus der Budgetperiode 1898/1899 gegriffen wurde, ist dies in den Spezialdarstellungen besonders nachgewiesen, und es sind bei den hierher bezüglichen Rechnungsergebnissen als Budgetsätze diejenigen Beträge aufgeführt, welche nach der im zweiten Beilagenheft zu den Verhandlungen des Landtags 1901/1902 enthaltenen Vergleichung der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse für 1898/1899 als Restkredite bei den betreffenden Positionen sich ergeben.

Ferner wird beurkundet, daß andere als in den Spezialdarstellungen und deren Beilagen nachgewiesenen außeretatmäßigen Einnahmen und Ausgaben, Etatüberschreitungen und sonstige Abweichungen vom genehmigten Budget nicht konstatiert worden sind.

Abweichungen von den Bestimmungen der auf die Staatseinnahmen und -Ausgaben oder auf die Erwerbung, Benützung und Veräußerung von Staatseigentum bezüglichen Gesetze und wichtigeren Vorschriften im Sinne des Artikels 18 Ziffer 2 des Gesetzes vom 25. August 1876, die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer betreffend, haben wir nicht hervorzuheben.

Karlsruhe, den 24. Juni 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lenz.

Vergleichung

der

Budgetsätze mit dem Rechnungs-Soll

für die Etatjahre

1900 und 1901.

Zweiter Abschnitt.

Inhalt.

Vorbemerkung: Wegen der gemeinsamen Erläuterung zu sämtlichen Gehalts- und Wohnungsgeldetats vergleiche Abschnitt I, erste Abteilung, Staatsministerium Seite 1.

I. Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
Titel I. Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten. §												
1. a. Gehalte	16 675 000	—	8098 224	98	8 307 086	53	16 405 311	51	—	—	269 688	49
b. Wohnungsgeld	2 139 000	—	964 509	35	1 035 975	55	2 000 484	90	—	—	138 515	10
Summe Titel I.	18 814 000	—	9062 734	33	9 343 062	08	18 405 796	41	—	—	408 203	59
Titel II. Andere ständige persönliche Ausgaben und Löhne.												
2. a. Vergütungen und andere ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals	4 404 000	—	1 805 770	17	2 193 148	61	3 998 918	78	—	—	405 081	22
b. Nebengehalte etatmäßiger Beamten (nicht für den Hauptdienst)	150 000	—	67 761	42	75 203	49	142 964	91	—	—	7 035	09
c. für zeitweise Geschäftsaushilfe	475 400	—	299 499	47	386 914	43	686 413	90	211 013	90	—	—
3. Tag- und Akkordlöhne (ausschließlich Bahnunterhaltungs- und Werkstättearbeiter)	12 186 000	—	6723 417	94	7 440 194	92	14 163 612	86	1977 612	86	—	—
Summe Titel II.	17 215 400	—	8896 449	—	10095461	45	18 991 910	45	2 188 626 412 116	76 31	412 116	31
									1776 510	45		
Titel III. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, sowie andere Nebenbezüge.												
4. a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	536 000	—	339 653	69	354 730	10	694 383	79	158 383	79	—	—
b. Stellvertretungskosten und Kommandogelder	1 945 600	—	1215 645	15	1 326 193	46	2 541 838	61	596 238	61	—	—
5. Fahr-, Stunden- und Nachtgelder	3 860 000	—	2027 717	63	2 174 994	18	4 202 711	81	342 711	81	—	—
6. Prämien für Materialersparnisse, für Entdeckung von Rad-, Achs- und Schienenbrüchen und dergleichen	696 000	—	357 337	66	411 362	23	768 699	89	72 699	89	—	—
7. Verlustentschädigungen für Kassenführer (Mankogelder)	63 000	—	30 826	50	31 164	24	61 990	74	—	—	1 009	26
8. Außerordentliche Belohnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Insgemein	156 200	—	74 152	97	71 645	77	145 798	74	—	—	10 401	26
Summe Titel III.	7 256 800	—	4045 333	60	4370 089	98	8 415 423	58	1 170 034 11 410	10 52	11 410	52
									1 158 623	58		
Titel IV. Für Wohlfahrtszwecke.												
10. Kosten für den bahnärztlichen Dienst und für sonstige ärztliche Untersuchung und Behandlung des Personals	74 000	—	39 729	89	41 639	79	81 369	68	7 369	68	—	—
11. Pensionen und Zuschüsse zur Hinterbliebenenversorgung einschließlich der Leistungen auf Grund des Beamtenfürsorgegesetzes	2 451 200	—	1 246 256	63	1 350 060	56	2 596 317	19	145 117	19	—	—
12. Zuschüsse zu Krankenkassen	376 000	—	199 337	59	222 871	61	422 209	20	46 209	20	—	—
13. Zahlungen auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes	202 000	—	114 962	94	125 971	88	240 934	82	38 934	82	—	—
14 Zuschüsse zu Arbeiterpensions- und Unterstützungskassen, soweit sie nicht unter § 13 zu verrechnen sind	217 000	—	151 158	45	188 771	19	339 929	64	122 929	64	—	—
15. Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	368 400	—	169 653	92	199 255	94	368 909	86	509	86	—	—
16. Besondere Verwaltungskosten auf Grund der Unfallversicherungsgesetze, sowie des Invalidenversicherungsgesetzes	1 000	—	248	61	184	45	433	06	—	—	566	94
17. Unterstützungen	254 000	—	134 101	67	144 777	49	278 879	16	24 879	16	—	—
Summe Titel IV.	3 943 600	—	2055 449	70	2273 532	91	4 328 982	61	385 949 566	55 94	566	94
									385 382	61		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Ausgabe.												
Titel V. Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände, sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien.												
§												
18. Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände	1 072 130	—	784 228	02	824 485	19	1 608 713	21	536 583	21	—	—
19. Beschaffung der Betriebsmaterialien:												
1. Drucksachen, Schreib- und Zeichenmaterialien	1 061 200	—	543 911	45	635 010	28	1 178 921	73	117 721	73	—	—
2. Brenn-, Schmier-, Putz- und sonstige Betriebsmaterialien	13 398 000	—	7 803 087	62	9 077 214	08	16 880 301	70	3 482 301	70	—	—
20. Bezug von Wasser, Gas und Elektrizität von fremden Werken	712 000	—	367 002	95	422 821	96	789 824	91	77 824	91	—	—
Summe Titel V.	16 243 330	—	9 498 230	04	10959531	51	20 457 761	55	4 214 431	55	—	—
Titel VI. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen.												
21. Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter, Beschaffung der Baumaterialien (ausschließlich Oberbaumaterialien) und sonstige Ausgaben, einschließlich der Kosten kleinerer Ergänzungen	8 898 220	—	4 998 365	14	6 153 870	40	11 152 235	54	2 254 015	54	—	—
22. Beschaffung der Oberbaumaterialien:												
1. Schienen	4 180 000	—	3 566 830	62	1 604 212	23	5 171 042	85	991 042	85	—	—
2. Kleineisenzeug	1 256 000	—	1 410 164	91	654 355	02	2 064 519	93	808 519	93	—	—
3. Weichen und deren Bestandteile, Herzstücke und Kreuzungen	676 000	—	352 576	21	432 191	26	784 767	47	108 767	47	—	—
4. Schwellen	4 818 000	—	3 507 862	04	1 308 243	20	4 816 105	24	—	—	1 894	76
23. Kosten erheblicherer Ergänzungen	2 483 500	—	915 114	90	1 333 917	16	2 249 032	06	—	—	234 467	94
Summe Titel VI.	22 311 720	—	14750913	82	11486789	27	26 237 703	09	4 162 345	79	236 362	70
									236 362	70		
									3 925 983	09		
Titel VII. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen.												
24. Löhne der Werkstättenarbeiter	6 100 000	—	3 090 200	12	3 501 240	45	6 591 440	57	491 440	57	—	—
25. Beschaffung der Werkstättenmaterialien	5 240 000	—	1 883 195	47	1 607 218	59	3 490 414	06	—	—	1 749 585	94
26. Sonstige Ausgaben	2 051 850	—	687 941	51	1 085 141	08	1 773 082	59	—	—	278 767	41
27. Beschaffung ganzer Fahrzeuge:												
1. Lokomotiven	3 127 000	—	2 448 989	62	747 743	—	3 196 732	62	69 732	62	—	—
2. Motorwagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Personenwagen	—	—	50 292	—	—	—	50 292	—	50 292	—	—	—
4. Gepäck- und Güterwagen	30 000	—	—	—	21 973	—	21 973	—	—	—	8 027	—
Summe Titel VII.	16 548 850	—	8 160 618	72	6 963 316	12	15 123 934	84	611 465	19	2 036 380	35
											611 465	19
											1 424 915	16
Titel VIII. Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten.												
28. Vergütung für gepachtete Bahnstrecken	332 000	—	252 042	54	251 351	27	503 393	81	171 393	81	—	—
29. Vergütung für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten anderer Verwaltungen oder der Besitzer von Anschlußgleisen, sowie für Wahrnehmung des Betriebsdienstes auf der eigenen Strecke oder in gemeinsamen Verkehren durch andere Verwaltungen	1 206 000	—	659 100	77	683 397	05	1 342 497	82	136 497	82	—	—
Übertrag	1 538 000	—	911 143	31	934 748	32	1 845 891	63	307 891	63	—	—

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
Titel VIII. Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten.												
Übertrag	1 538 000	—	911 143	31	934 748	32	1 845 891	63	307 891	63	—	—
§ 30. Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	98 000	—	58 399	13	64 998	24	123 397	37	25 397	37	—	—
31. Sonstige Vergütungen (Ertragsanteile der Privatbahnen)	800 000	—	316 643	50	272 148	88	588 792	38	—	—	211 207	62
Summe Titel VIII	2 436 000	—	1 286 185	94	1 271 895	44	2 558 081	38	333 289	—	211 207	62
									211 207	62		
									122 081	38		
Titel IX. Für Benützung fremder Betriebsmittel.												
32. Miete und Leihgeld für Lokomotiven	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33. Miete und Leihgeld für Wagen	4 886 000	—	2 656 809	57	2 179 263	09	4 836 072	66	—	—	49 927	34
Summe Titel IX.	4 886 000	—	2 656 809	57	2 179 263	09	4 836 072	66	—	—	49 927	34
Titel X. Verschiedene Ausgaben.												
34. Steuern, Gemeindeabgaben und öffentliche Lasten	2 600	—	2 563	70	3 343	89	5 907	59	3 307	59	—	—
35. Entschädigungen auf Grund des Haftpflichtgesetzes	316 000	—	221 373	48	1 045 869	26	1 267 242	74	951 242	74	—	—
36. Ersatzleistungen	130 800	—	92 992	07	123 393	98	216 386	05	85 586	05	—	
37. Entschädigungen für Benützung fremder Grundstücke, Miete für Dienstgebäude und Dienstwohnungen	48 000	—	27 627	91	33 282	22	60 910	13	12 910	13	—	—
38. a. Postporto	9 200	—	5 230	94	5 445	09	10 676	03	1 476	03	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 860	—	2 264	97	1 004	99	3 269	96	1 409	96	—	—
c. Telegraphengebühren (auch Fernsprechgebühren)	14 000	—	8 991	30	10 819	38	19 810	68	5 810	68	—	—
d. Gerichts- und Bekanntmachungskosten, Feuer- und andere Versicherungsbeiträge, Kosten des Geldverkehrs	143 200	—	86 058	18	90 322	04	176 380	22	33 180	22	—	—
39. Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	155 000	—	44 621	78	42 388	89	87 010	67	—	—	67 989	33
Summe Titel X	820 660	—	491 724	33	1 355 869	74	1 847 594	07	1 094 923	40	67 989	33
									67 989	33		
									1 026 934	07		
Zusammenstellung.												
Summe Titel I.	18 814 000	—	9 062 734	33	9 343 062	08	18 405 796	41	—	—	408 203	59
" " II.	17 215 400	—	8 896 449	—	10 095 461	45	18 991 910	45	1 776 510	45	—	—
" " III.	7 256 800	—	4 045 333	60	4 370 089	98	8 415 423	58	1 158 623	58	—	—
" " IV.	3 943 600	—	2 055 449	70	2 273 532	91	4 328 982	61	385 382	61	—	—
" " V.	16 243 330	—	9 498 230	04	10 959 531	51	20 457 761	55	4 214 431	55	—	—
" " VI.	22 311 720	—	14 750 913	82	11 486 789	27	26 237 703	09	3 925 983	09	—	—
" " VII.	16 548 850	—	8 160 618	72	6 963 316	12	15 123 934	84	—	—	1 424 915	16
" " VIII.	2 436 000	—	1 286 185	94	1 271 895	44	2 558 081	38	122 081	38	—	—
" " IX.	4 886 000	—	2 656 809	57	2 179 263	09	4 836 072	66	—	—	49 927	34
" " X.	820 660	—	491 724	33	1 355 869	74	1 847 594	07	1 026 934	07	—	—
Summe der Ausgabe	110 476 360	—	60 904 449	05	60 298 811	59	121 203 260	64	12 609 946	73	1 883 046	09
									1 883 046	09		
									10 726 900	64		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
Titel I. Personen- und Gepäckverkehr.												
§												
1. Für Beförderung von Personen, ausschließlich Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	36 000 000	—	21498056	14	21457153	73	42 955 209	87	6 955 209	87	—	—
2. Für Beförderung von Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	800 000	—	476 824	33	447 114	12	923 938	45	123 938	45	—	—
3. Für Beförderung von Gepäck	1 800 000	—	1016 773	25	1042 889	46	2 059 662	71	259 662	71	—	—
4. Für Beförderung von Hunden	42 000	—	24 866	11	26 879	94	51 746	05	9 746	05	—	—
5. Für bestellte Sonderzüge nach besonderem Tarif	36 000	—	43 785	90	26 760	40	70 546	30	34 546	30	—	—
6. Nebenerträge	180 000	—	105 099	26	110 840	48	215 939	74	35 939	74	—	—
Summe Titel I.	38 858 000	—	23165404	99	23111638	13	46 277 043	12	7 419 043	12	—	—
Titel II. Güterverkehr.												
7. Für Beförderung von Eil- und Expreßgut, Milch im Abonnement, einschließlich Fahrzeuge aller Art	4 183 000	—	2 180 454	30	2 198 655	23	4 379 109	53	196 109	53	—	—
8. Für Beförderung von Frachtgut einschließlich Fahrzeuge aller Art	75 080 000	—	41019766	35	37838324	29	78 858 090	64	3 778 090	64	—	—
9. Für Beförderung von Postgut	76 000	—	39 617	50	40 287	76	79 905	26	3 905	26	—	—
10. Für Beförderung von Militärgut auf Militärfahrscheine oder Frachtbriefe einschließlich Pferde und Fahrzeuge	184 000	—	84 821	87	94 616	61	179 438	48	—	—	4 561	52
11. Für Beförderung von Vieh, einschl. Pferde, auch Luxuspferde, ausgenommen Hunde	1 434 000	—	800 481	84	888 822	26	1 689 304	10	255 304	10	—	—
12. Für Beförderung von Leichen	56 000	—	36 236	26	36 476	92	72 713	18	16 713	18	—	—
13. Für Beförderung von frachtpflichtigem Dienstgut	94 000	—	80 634	34	96 395	37	177 029	71	83 029	71	—	—
14. Nebenerträge	2 196 000	—	1 183 486	36	1 144 198	67	2 327 685	03	131 685	03	—	—
Summe Titel II.	83 303 000	—	45425498	82	42337777	11	87 763 275	93	4464 837	45	4 561	52
									4 561	52		
									4 460 275	93		
Titel III. Für Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen für Dritte.												
15. Vergütung für verpachtete Bahnstrecken	36 000	—	18 721	96	16 440	54	35 162	50	—	—	837	50
16. Vergütungen fremder Bahnverwaltungen oder Besitzer von Anschlußgleisen u. s. w., für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten, sowie für Wahrnehmung des Dienstes in fremden oder gemeinschaftlichen Verkehren	1 514 800	—	976 985	42	1 244 540	41	2 221 525	83	706 725	83	—	—
17. Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	48 000	—	27 563	71	20 698	60	48 262	31	262	31	—	—
18. Vergütungen für die in den Werkstätten ausgeführten Arbeiten	400 000	—	665 341	11	230 713	23	896 054	34	496 054	34	—	—
19. Andere Vergütungen der Postverwaltung	440 200	—	209 661	95	212 812	90	422 474	85	—	—	17 725	15
20. Andere Vergütungen der Neubauverwaltung oder sonstiger Zweige der Verkehrsanstalten	13 000	—	18 566	46	14 342	98	32 909	44	19 909	44	—	—
21. Sonstige Vergütungen	400	—	5 214	94	4 838	15	10 053	09	9 653	09	—	—
Summe Titel III.	2 452 400	—	1 922 055	55	1 744 386	81	3 666 442	36	1 232 605	01	18 562	65
									18 562	65		
									1 214 042	36		
Titel IV. Für Überlassung von Betriebsmitteln.												
22. Miete und Leihgeld für Lokomotiven	40 000	—	49 707	94	12 376	33	62 084	27	22 084	27	—	—
23. Miete und Leihgeld für Wagen	3 930 000	—	2 032 754	74	1 873 718	27	3 906 473	01	—	—	23 526	99
Summe Titel IV.	3 970 000	—	2082 462	68	1 886 094	60	3 968 557	28	22 084	27	23 526	99
											22 084	27
											1 442	72

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme												
Titel V. Erträge von Veräußerungen												
24. Aus dem Verkauf und der Abgabe von Materialien und Materialabfällen, sowie von sonstigen Gegenständen	6 052 100	—	4082 226	10	3508 751	79	7 590 977	89	1538 877	89	—	—
25. Aus der Abgabe von Wasser, elektrischem Strom, Gas und dergleichen	308 600	—	129 668	90	167 789	44	297 458	34	—	—	11 141	66
Summe Titel V	6 360 700		4211 895	—	3676 541	23	7 888 436	23	1538 877	89	11 141	66
									11 141	66		
Titel VI. Verschiedenes.									1527 736	23		
26. Telegraphengebühren	106 000		59 033	32	55 519	29	114 552	61	8 552	61	—	
27. Pacht- und Mietzinse, sowie wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken	1 831 400		861 657	53	1 032 300	30	1 893 957	83	62 557	83	—	—
28. Einnahmen an Brücken- und Fährgeld	190 000		113 237	92	112 674	18	225 912	10	35 912	10	—	—
29. Pensionsbeiträge	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30. Zinsen und Kursgewinne	104 000	—	79 132	36	148 330	36	227 462	72	123 462	72	—	—
31. Sonstige Einnahmen	173 600		125 730	42	110 264	20	235 994	62	62 394	62	—	—
Summe Titel VI	2 405 000		1 238 791	55	1 459 088	33	2 697 879	88	292 879	88	—	—
Zusammenstellung.												
Summe Titel I	38 858 000	—	23165404	99	23111638	13	46 277 043	12	7 419 043	12	—	—
" " II	83 303 000	—	45425498	82	42337777	11	87 763 275	93	4460 275	93	—	—
" " III	2 452 400	—	1 922 055	55	1 744 386	81	3 666 442	36	1214 042	36	—	—
" " IV.	3 970 000		2 082 462	68	1 886 094	60	3 968 557	28	—	—	1 442	72
" " V	6 360 700		4211 895	—	3 676 541	23	7 888 436	23	1 527 736	23	—	—
" " VI	2 405 000		1 238 791	55	1 459 088	33	2 697 879	88	292 879	88	—	—
Summe der Einnahme	137 349 100		78046108	59	74215526	21	152261 634	80	14913977	52	1 442	72
									1 442	72		
Abschluß.									14912534	80		
Einnahme	137 349 100		78046108	59	74215526	21	152 261 634	80	14912534	80	—	—
Ausgabe	110 476 360		60904449	05	60298811	59	121 203 260	64	10726900	64	—	—
Mehreinnahme	26 872 740		17141659	54	13916714	62	31 058 374	16	4 185 634	16	—	—

Karlsruhe, im Juni 1902.

Großherzogliche Generaldirektion der Staatseisenbahnen.
Eisenlohr.

Daß vorstehende vergleichende Darstellung nach stattgehabter Prüfung richtig und mit den genehmigten Budgetsätzen, sowie den Hauptrechnungen der Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1900 und 1901 übereinstimmend befunden wurde, wird mit dem Anfügen beurkundet, daß bei der Rechnungsabhör folgende Ausgabeverrechnungen als vom genehmigten Budget abweichend festgestellt worden sind:

1. **auf § 21 b. ist der Kaufpreis für ein zum neuen Bahnhof Achern erworbenes Grundstück mit 5 743 ℳ 14 ₰;**
2. **auf § 21 d. ist der Mehraufwand für ein Dienstwohngebäude für technische Beamte in Mannheim mit 3 967 ℳ 72 ₰ verrechnet worden, obwohl für diese Baugegenstände die Mittel im Eisenbahnbaubudget vorgesehen waren;**
3. **auf § 21 b. wurde der Betrag von 12 168 ℳ 27 ₰ für Anlage eines Schottergewinnungsplatzes bei Thiengen, wofür unter § 23 die Mittel bewilligt waren, verausgabt und**
4. **ist unter § 26 e. der Betrag von 4 715 ℳ 22 ₰ (Teilaufwand für 1901) für Erstellung des Fundaments zu einer Drehscheibe zur Verrechnung gekommen, während derselbe unter § 21 d. hätte erscheinen sollen.**

Den Erläuterungen zu vorstehender Darstellung wird ergänzend beigefügt, daß in der Ausgabesumme unter § 21 b. auch ein Kostenbetrag von 104 409 ℳ 52 ₰ (Teilaufwand für 1901) für Ausführung des außerordentlichen Gleisumbaues auf der Strecke Stahringen-Überlingen aus Anlaß der Instandsetzung dieser Bahnlinie für den Normalbetrieb inbegriffen ist.

Karlsruhe, den 12. August 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

1. Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Allgemeine Vorbemerkung.

Die rechnungsmäßige Mehreinnahme der Jahre 1900 und 1901 übersteigt den im Budget vorgesehenen Betrag von 26 872 740 ℳ um . . . . . . 4 185 634 ℳ 16 ₰

Dieses Mehr setzt sich zusammen aus einem Mehr an Verkehrseinnahmen von . . . . 11 879 319 ℳ 05 ₰
" " " bei den übrigen Einnahmen von . . . . 3 033 215 " 75 "
" " Weniger an Gehalt und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten von . . . . 408 203 " 59 "
" " " der Ausgabe für Betriebsmittel und maschinelle Anlagen von . . . . 1 424 915 " 16 "
" " " an Ausgabe für Benützung fremder Betriebsmittel von . . . . 49 927 " 34 "

zusammen . . 16 795 580 ℳ 89 ₰

und einer Mehrausgabe an anderen persönlichen Ausgaben mit . . . . 3 320 516 ℳ 64 ₰
und an sachlichen Ausgaben mit . . . . 9 289 430 " 09 "

12 609 946 " 73 "

Rest wie oben . . 4 185 634 ℳ 16 ₰

Ausgabe.

Titel II. Andere ständige persönliche Ausgaben und Löhne.

Zu § 2a. Der Minderaufwand, der sich auf 9,2% berechnet, hat seinen Grund darin, daß die für 1900/1901 neu bewilligten Stellen erst Mitte des Jahres 1900 besetzt wurden und daß einzelne Stellen zeitweise auch unbesetzt gelassen werden konnten.

Zu § 2b. Die Voraussetzungen zur Gewährung des vorgesehenen Nebengehaltes sind in einzelnen Fällen während der Budgetperiode fortgefallen, in anderen Fällen konnten die Beträge ermäßigt werden, besonders für Beihilfe durch Familienangehörige im Falle der Anstellung von Gehilfen auf Stationen mit zunehmendem Verkehr.

Zu § 2c. Die Überschreitung des Budgetsatzes um 44% ist wegen weiteren Personalbedarfs, der in der Vermehrung der Stellen für 1902/1903 seinen Ausdruck gefunden hat, entstanden.

Zu § 3. Der Mehraufwand ist veranlaßt durch die Ausdehnung des Bahnnetzes und Betriebs, durch Personalvermehrungen und Lohnerhöhungen, durch Vermehrung der Ablösungen und Beurlaubungen und Herabsetzung der Dienstzeit.

Die Lohnerhöhungen waren geboten mit Rücksicht auf die Löhne bei der Privatindustrie und die Notwendigkeit der Erhaltung eines tüchtigen und zufriedenen Arbeiterstandes.

Titel III. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, sowie andere Nebenbezüge.

Zu § 4a. Der Mehraufwand an Tagegeldern rührt von der ab 1. Dezember 1899 in Kraft getretenen Erhöhung der Gebühren für die auswärtigen Geschäfte der Bahnmeister und von den infolge der gesteigerten Bautätigkeit zahlreicheren Dienstreisen auch der übrigen technischen Beamten her. Soweit letzterer Aufwand den Bauetat betrifft, erfolgt Rückvereinnahmung unter § 20 der Betriebsrechnung.

Auch die Zugskosten zeigen gegen frühere Jahre eine unerwartet starke Zunahme, was großenteils auf der Eröffnung der neuen Bahnstrecken beruht.

Zu § 4b. Der Mehraufwand entfällt mit rund 513 000 ℳ in der Hauptsache auf die Ablösung des Strecken- und des Stationspersonals, sodann mit rund 39 000 ℳ auf die Stellvertretung Beurlaubter und Erkrankter und mit rund 44 000 ℳ auf Kommandogebühren des Fahrpersonals.

Zu §§ 5 und 6. Dem Budgetsatz für 1900 wurden . . . . 28 723 000 Lokomotivkilometer
" " " 1901 " . . . . 30 856 000 "
zugrunde gelegt, während tatsächlich zurückgelegt wurden:
im Jahre 1900 . . . . 30 784 220 "
im Jahre 1901 . . . . 33 230 394 "
Hiernach ist die Mehrausgabe auf Ausdehnung des Betriebs zurückzuführen.

Zu § 9. Der Minderaufwand beruht auf dem eingetretenen Verkehrsrückgang.

Titel IV. Für Wohlfahrtszwecke.

Zu § 10. Die Vermehrung des Personals veranlaßte den Mehraufwand.

Zu § 11. Der nach dem Budget der allgemeinen Kassenverwaltung hier eingestellte Aufwand war zu nieder bemessen.

Zu § 12. Die Überschreitung ist darauf zurückzuführen, daß einerseits eine stärkere Personalvermehrung, als ursprünglich angenommen, nötig geworden ist und anderseits infolge Änderung der bezüglichen Kassenstatutbestimmungen mit Wirkung vom 1. Juni 1900 die Werkstättearbeiter in eine höhere Lohnklasse eingereiht werden mußten.

Zu § 13. Die Überschreitung bei der Abteilung A ist in erster Reihe auf die Einführung der V. Lohnklasse durch das neue, vom 1. Januar 1900 an gültige Invalidenversicherungsgesetz zurückzuführen, was bei Aufstellung des Budgets noch nicht berücksichtigt werden konnte. Auch hat sich die geschätzte Steigerung der Mitgliederzahl für allgemeinen Verkehrszuwachs als unzulänglich erwiesen.

Zu § 14. Die Überschreitung bei der Abteilung B. findet, abgesehen von dem über die ursprüngliche Annahme hinausgehenden Anwachsen der Mitgliederzahl, ihre Ursache hauptsächlich in dem außerordentlichen Zugang von Mitgliedern (1684 Personen) auf Grund der erst im Dezember 1899, also nach Aufstellung des Budgets beschlossenen Übergangsbestimmung des § 71 Absatz 2 der Satzungen

Für den Mehrzuwachs an Mitgliedern beziffert sich der Aufwand auf rund 31 000 ℳ, während durch den nachträglichen Zugang auf Grund von § 71 Absatz 2 der Satzungen für das Jahr 1900 ein Mehraufwand von rund 44 000 ℳ und für das Jahr 1901 ein solcher von rund 48 000 ℳ erforderlich wurde.

Zu § 16. Diese Kosten lassen sich zum voraus nicht genau ermessen, zumal sie früher nicht besonders ausgeschieden waren.

Zu § 17. Von der Überschreitung der Budgetsätze um 24 879 ℳ entfallen auf § 17,1 — Ersatz an die Generalstaatskasse für die aus dem Unterstützungsfonds Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und für Unterstützungen an etatmäßige Beamte 16 142 ℳ, auf § 17, 2 — Unterstützungen und Belohnungen an nicht etatmäßige Beamte und Arbeiter ɩc. 8 737 ℳ. Der Mehraufwand wurde durch die Vermehrung des Eisenbahnbetriebspersonals um etwa 2 700 Köpfe in den Jahren 1900 und 1901 bedingt.

Titel V. Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien.

Zu § 18. Nach Unterpositionen entziffert sich der Budgetsatz beziehungsweise das Rechnungsergebnis wie folgt:

	Budget für zwei Jahre.	Rechnungsergebnis.	letzteres gegen jenes mehr.	weniger.
a. Dienstkleidung	336 000 ℳ	405 291 ℳ	69 291 ℳ	—
b. Handkassenkredit (Generaldirektion)	12 000 "	9 994 "	— "	2 006 ℳ
c. Sonstiger Aufwand	724 130 "	1 193 428 "	469 298 "	—

Der Mehrbetrag bei Unterposition a. ist durch die Ausdehnung der Lieferung freier Dienstkleidung auf weitere Gattungen von Aushilfspersonal, sowie durch die Lieferung von Dienstkleidungsstücken zu ermäßigtem Preise an Arbeiter hervorgerufen worden.

Bei Unterposition c. ist der Mehrbetrag hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß eine genaue Veranschlagung des Aufwandes deshalb nicht möglich war, weil die jetzige Buchungsposition § 18 c. aus Teilbeträgen der verschiedenartigsten Positionen des früheren Betriebs- Werkstatte- und Magazinsbudgets gebildet wurde und bei der Veranschlagung — vergleiche das Budget — bei den meisten Posten, aus denen sich die jetzige Position § 18 c zusammengesetzt, die Zuflucht zu Schätzungen genommen werden mußte.

Zu § 19, 1. Der (hauptsächlich das Jahr 1901 betreffende) Mehraufwand wurde im wesentlichen hervorgerufen durch vermehrte Druckkosten und größeren Bedarf an Vordrucken infolge der Erweiterung des Bahnnetzes, Zunahme des Kilometerheftverkehrs und Einführung der Hefte für 500 Kilometer.

Zu § 19, 2. Von dem Mehr entfallen auf:

A. Brennmaterialien	3 103 367 ℳ
B. Schmiermaterialien	9 785 „
C. Putzmaterialien	107 744 „
D. Sonstige Betriebsmaterialien	261 405 „
Zusammen	3 482 301 ℳ

A. Bei Aufstellung des Budgets wurde als voraussichtliche Gesamtleistung der Lokomotiven angenommen:

1900	28 723 000		Lokomotivkilometer
1901	30 856 000		
Zusammen		59 579 000	

die tatsächliche Leistung hat betragen:

1900	30 784 220		Lokomotivkilometer.
1901	33 230 394		
Zusammen		64 014 614	

Somit tatsächlich mehr 4 435 614 Lokomotivkilometer.

Der Mehrverbrauch an Steinkohlen und Brikets für Lokomotiven gegenüber dem angenommenen Verbrauch hat betragen:

1900	26 085 Tonnen
1901	17 424 „
Zusammen	43 509 Tonnen

Als Beschaffungspreise wurden bei Aufstellung des Budgets mit Berücksichtigung der voraussichtlichen Preissteigerungen vorgesehen für 1900/1901:

Ruhrkohlen, 1 Tonne	14 ℳ 10 ₰
Brikets, 1 Tonne	16 „ 30 „

Infolge der außerordentlichen Preissteigerungen stellten sich die Kosten auf:

	1900	1901
Ruhrkohlen, 1 Tonne	15 ℳ 49 ₰	16 ℳ 94 ₰
Brikets, 1 Tonne	17 „ 30 „	20 „ 68 „

B., C., D. Der Mehraufwand ist zumteil durch Mehrverbrauch infolge Verkehrszunahme, zum größten Teil aber durch Preissteigerungen hervorgerufen.

Zu § 20. Für die Beschaffung von Wasser, Gas und Elektrizität waren für das Jahr 1901 folgende Beträge vorgesehen:

a. Wasser	105 000 ℳ
b. Gas	237 500 „
c. Elektrizität	15 000 „

Der im gleichen Jahre stattgehabte Verbrauch belief sich auf:

a. Wasser	62 845 ℳ 40 ₰
b. Gas	269 116 „ 60 „
c. Elektrizität	90 859 „ 96 „

Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt,

daß in a. keine Überschreitung,

in b. eine solche von . . . . 31 616 ℳ 60 ₰

und in c. eine solche von . . . . 75 859 „ 96 „

stattgefunden hat.

Der höhere Aufwand für Gasbeschaffung wird erklärt durch die Verkehrszunahme sowie durch das allgemein erheblich gesteigerte Lichtbedürfnis. Fast in allen mit Gasbeleuchtung versehenen Bahnhöfen mußten die vorhandenen Einrichtungen erweitert werden; diese Erweiterungen bedingten naturgemäß einen erhöhten Gasverbrauch.

Bei Bestimmung des Voranschlags wurde einer Steigerung des Verbrauchs zwar Rechnung getragen, deren Größe aber unterschätzt.

Die erhebliche Überschreitung von c. wurde zumteil verursacht durch einen Zustand, den die unvorhergesehene Steigerung des Stromverbrauchs in den Mannheimer Bahnhöfen geschaffen hatte; daselbst reichten die bahneigenen Elektrizitätswerke nicht mehr aus, und es mußten Einrichtungen getroffen werden, welche gestatteten, einen Teil des erforderlichen Stromes von der Stadt Mannheim zu beziehen, bis das neue bahneigene Werk fertiggestellt war und die Lieferung des ganzen Strombedarfs übernehmen konnte. An die Stadt wurden 38 164 ℳ bezahlt, welcher Betrag von 1903 ab in Wegfall kommt. Ferner kamen Anfang 1901 die elektrischen Beleuchtungseinrichtungen der Bahnhöfe Heidelberg, Achern und Singen in Betrieb, für deren Strombezug weitere 20 966 ℳ verausgabt wurden. Der Rest muß ebenfalls dem allgemein gesteigerten Lichtbedürfnis zugeschrieben werden.

Titel VI. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen.

Zu § 21. Der Mehraufwand verteilt sich auf die einzelnen Unterabteilungen wie folgt:

§ 21 a.	Unterbau	mit	11 %
§ 21 b	Oberbau	„	38 %
§ 21 c. 1.	Elektrische Telegraphen und Signale	„	14 %
§ 21 c. 2.	Optische Signale und Stellwerke	„	6 %
§ 21 d.	Hochbauten	„	30 %
§ 21 e.	Schneebeseitigung	„	1 %

Die Fortführung des verstärkten Oberbaues bedingte die demselben angepaßte Ausgestaltung des Bahnkörpers auf größere Strecken als in Aussicht genommen war, und die schwereren, mit größerer Geschwindigkeit verkehrenden Züge machten die Verstärkung und den Umbau eiserner Brücken in größerer Zahl, als vorgesehen, notwendig. Auch ergab sich bei dem gesteigerten Verkehr das Bedürfnis kleinerer Stationserweiterungen in weit höherem Maße als vorausgesehen werden konnte.

Der weitaus höhere Bedarf an gebrauchten Oberbaumaterialien für neue Bahnen, Stationserweiterungen und Anschlußgleise mußte durch Gleisumbau auf der freien Strecke in größerer Ausdehnung, als vorgesehen, gedeckt werden. Auch erforderte die Erhaltung einer den schweren und schnellfahrenden Zügen genügende Unterlage die Ausdehnung der Bettungsbereinigung in erheblich größerem Umfange. Ebenso ist der Mehraufwand für Hochbauten dem gesteigerten Verkehr zuzuschreiben, der unverschiebliche Herstellungen und bauliche Änderungen an Aufnahmsgebäuden, Güterhallen, Maschinenhäusern, Werkstätten und Magazinsgebäuden notwendig machte, für die bei Aufstellung des Budgets das Bedürfnis noch nicht feststand oder die weitere Hinausschiebung als tunlich erscheinen ließ. Auch die Herstellung einiger größerer Drehscheiben, die Erweiterung einer großen Zahl von Bahnsteigen und die Herstellung und Erweiterung von Verladerampen gestaltete sich infolge des in kurzer Zeit stark angewachsenen Verkehrs so dringend, daß die Zurückstellung dieser Einrichtungen und Arbeiten, wollten geordnete Zustände aufrecht erhalten werden, unzulässig war.

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte die Ausführung mehrerer Wasserversorgungen für Stationen, Dienst- und Wärtergebäude, in der Regel im Anschluß an Gemeindewasserleitungen, zu deren Herstellung sich die Gemeinden erst im Laufe der Budgetperiode entschlossen haben.

Auf § 21 wurden auch jene, den Bauetat betreffenden, für Erdarbeiten und Brückenbauten auf dem Gebiete des zweiten Gleises der oberen Rheintalbahn aufgewendeten 186 500 ℳ verrechnet, welche zufolge der Bewilligung unter § 13 des Eisenbahnbaubudgets für 1902/1903 beim Betriebsetat wieder zur Ausgleichung kommen.

Zu § 22 Ziffer 1. Der Mehraufwand wurde durch größere Ausdehnung des Gleisumbaues, dessen Notwendigkeit unter § 21 erläutert ist, verursacht.

Zu § 22 Ziffer 2. Der Mehraufwand beruht auf den gleichen Ursachen, wie jener unter § 22 Ziffer 1. Außerdem zeigte sich beim Gleisumbau, daß eine größere Menge von Kleineisenzeug zur Wiederverwendung nicht mehr geeignet war und durch neues ersetzt werden mußte.

Zu § 22 Ziffer 3. Beim Gleisumbau durch Stationen wurden auch die in den Hauptgleisen gelegenen Weichen, deren Belassung anfänglich tunlich erschien und beabsichtigt war, zur Erzielung einer gleichmäßigeren und dauerhafteren Gleislage durch 140 mm hohen Oberbau ersetzt. Die hierbei gewonnenen Weichen aus 129 mm hohen Schienen wurden auf den neuen Bahnen und zur Unterhaltung in Bahnhöfen verwendet.

Zu § 23. Der Minderaufwand hat seine Ursache in unvollendeten Bauarbeiten, für welche die verbliebenen Kreditreste auf die Budgetperiode 1902/1903 übertragen worden sind.

Titel VII. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen.

Zu § 24. Der Mehrverbrauch ist:

a. eine Folge vermehrter Arbeiten an Lokomotiven und Güterwagen nach deren stärkeren Beanspruchung im gesteigerten Verkehr der Jahre 1900 und 1901. Die von den Lokomotiven gelaufenen Kilometer haben erheblich zugenommen. Es betragen bei den badischen Wagen die zurückgelegten Achskilometer:

im Jahr 1899 . . . . 573 298 414
„ „ 1900 . . . . 591 717 450
„ „ 1901 . . . . 695 881 816

Der darauf entfallende Aufwand für Unterhaltung betrug:

im Jahr 1899 . . . . 2 491 541 ℳ
„ „ 1900 . . . . 2 613 230 „
„ „ 1901 . . . . 2 858 661 „

b. Ferner wurden bei Aufstellung des Budgets nach der neuen Buchungsordnung Beträge auf § 26 eingesetzt, die auf § 24 hätten gesetzt werden sollen Aus diesem Grunde ist die Verwendung auf § 26 stark unter dem Budgetsatz zurückgeblieben.

Zu § 25. Bei Aufstellung des Budgets nach der neuen Buchungsordnung wurden in § 25 Beträge vorgesehen, welche auf § 26 hätten gesetzt werden sollen. Ferner ist der Minderverbrauch auch eine Folge der ermäßigten Materialpreise.

Zu § 26. Der Minderverbrauch ist auf zu hohe Annahmen bei der Aufstellung des Budgets nach der neuen Buchungsordnung zurückzuführen, da Beträge auf § 26 aufgenommen wurden, welche auf § 24 verrechnet werden mußten und dort den Mehrverbrauch teilweise veranlaßt haben.

Zu § 27 Ziffer 1 Der Mehrverbrauch ist darauf zurückzuführen, daß zwei Lokomotiven VIII d., welche beim Abschluß des Budgets 1898/1899 noch nicht abgeliefert, auf dessen Mittel aber zu verrechnen waren, im folgenden Budgetjahr 1900 verrechnet werden mußten.

Zu § 27 Ziffer 3. Der Verbrauch von 50 292 ℳ rührt davon her, daß zwei vierachsige Personenwagen, welche vor Abschluß des Budgets 1898/1899, auf dessen Mittel sie zu verrechnen waren, nicht mehr abgeliefert werden konnten und der entsprechende Kostenbetrag, welcher also 1898/1899 erübrigt wurde, im folgenden Budgetjahre 1900 verrechnet werden mußte.

Zu § 27 Ziffer 4. Der Minderverbrauch rührt von Erübrigungen infolge niederer Preise bei Beschaffung der im Budget vorgesehenen Güterwagen her.

VIII. Für Benutzung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten.

Zu § 28. Der Mehrbetrag betrifft fast ausschließlich die Murgtalbahn. Da diese mit 1. Januar 1900 gegen eine feste jährliche Vergütung in Miete genommen wurde, erschien es aus rechnerischen und statistischen Gründen als richtiger, die Miete hier statt unter § 31 zu buchen Auf § 31 hat sich eine entsprechende Minderung der Ausgaben ergeben.

Zu § 29. Von dem Mehrbetrag betreffen rund 100 000 ℳ den Bahnhof Würzburg mit Strecke Würzburg—Heidingsfeld, hervorgerufen durch allgemeine Steigerung der Ausgaben und durch Erneuerung des Oberbaues auf der genannten Strecke.

Der Rest verteilt sich auf verschiedene Bahnhöfe.

Zu § 30. Diese Ausgaben sind Schwankungen unterworfen und lassen sich im voraus nicht genau ermessen.

Zu § 31. Die Minderausgabe betrifft hauptsächlich (mit rund 163 000 ℳ) die Murgtalbahn, für welche die Vergütung unter § 28 erscheint. (Vergleiche die Erläuterungen zu § 28).

Auch sind die Betriebsergebnisse der Lahrer Bahn und der Karlsruhe—Maxauer Bahn (letzterer infolge der Eröffnung des neuen Rheinhafens) hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Titel IX. Für Benutzung fremder Betriebsmittel.

Zu § 33. Die Minderausgabe ist eine Folge der im Jahre 1901 eingetretenen unvorhergesehenen Abnahme des Güterverkehrs und der damit in Verbindung stehenden geringeren Verwendung fremder Güterwagen auf der Badischen Bahn.

Titel X. Verschiedene Ausgaben.

Zu § 34. Diese Ausgaben unterliegen großen Schwankungen und sind zum voraus nicht genau zu ermitteln.

Zu § 35. Der Mehraufwand ist in der Hauptsache auf den Zusammenstoß bei Heidelberg—Karlstor am 7. Oktober 1900 und die Entgleisung bei Hegne am 29. August 1900 zurückzuführen.

Zu § 36. Von obigem Budgetsatz von 130 800 ℳ entfallen auf Entschädigungen aus Beförderungsvertrag je 51 000 ℳ also für 2 Jahre . . . . 102 000 ℳ

Gezahlt wurden:

im Jahre 1900 . . . . 73 234 ℳ 61 ₰
„ „ 1901 . . . . 54 386 „ 41 „

Summe . . 127 621 ℳ 02 ₰

mithin Überschreitung . . . . 25 621 ℳ 02 ₰

Diese ist auf die Verkehrssteigerung im Jahre 1900, sowie darauf zurückzuführen, daß in zahlreichen Fällen aus Frachtverträgen früherer Jahre erst 1900/1901 die Entschädigung bezahlt wurde.

Die weitere Überschreitung von 59 965 ℳ betrifft hauptsächlich die infolge von Betriebsunfällen bezahlten Entschädigungen für verlorene, verdorbene und beschädigte Gegenstände.

Zu § 37. Die Überschreitung ist durch Ausdehnung des Betriebs (Zugsvermehrung ꝛc.) und die dadurch bedingte Vermehrung des Personals, durch welche weitere Diensträume, sowie Aufenthalts- und Übernachtlokale angemietet werden mußten, entstanden. In einigen Städten sind weitere Annahmestellen für Expreßgut eingerichtet und in Privatgebäuden untergebracht worden. Auch sind vielfache Steigerungen der Mietpreise für fragliche Räume eingetreten.

Zu § 38 a. Der Mehraufwand ist auf den vermehrten, durch die Post zu vermittelnden Verkehr beziehungsweise Schriftwechsel zurückzuführen.

Zu § 38 b. Der nach dem Rechnungsdurchschnitt gebildete Budgetsatz hat sich als nicht ausreichend erwiesen.

Zu § 38 c. Die Überschreitung beruht auf der Vermehrung der Fernsprechanschlüsse.

Zu § 38 d. Von der Überschreitung entfallen auf die

Gerichtskosten rund	5 000 ℳ
Bekanntmachungskosten rund	11 400 „
Feuerversicherungskosten rund	3 700 „
Kosten des Geldverkehrs rund	13 100 „

Die Gerichts- und Geldverkehrskosten sind großen Schwankungen unterworfen und daher nicht genau vorauszubestimmen. An der Überschreitung bei den Bekanntmachungskosten ist hauptsächlich die seit 1900 geänderte Verrechnung schuld, indem diese Kosten, soweit sie Lieferungen und Bauherstellungen betrafen, früher auf die nämlichen Paragraphen wie diese verrechnet wurden, während jetzt alle den Betriebsetat betreffenden Bekanntmachungskosten auf § 38 d. gebucht werden.

Zu § 39 Die hierher verrechneten Kosten waren früher nicht besonders ausgeschieden und daher im voraus nicht genau zu bemessen.

Einnahme.

Titel I. Personen und Gepäckverkehr.

Zu § 1. Die Mehreinnahme beruht auf der Steigerung des Personenverkehrs.

Auf Kilometerhefte entfallen:

1900	4 732 958 ℳ
1901	5 526 782 „

Zu § 2. Die Militäreinberufungen und -Entlassungen waren infolge der Vermehrung der Garnisonsorte im Bereiche des XIV. Armeekorps viel umfangreicher als in den Rechnungsdurchschnittsjahren.

Zu §§ 3 und 4. Die Mehreinnahmen stehen mit jenen aus der Personenbeförderung in engem Zusammenhang.

Zu § 5. Die Einnahme aus Sonderzügen beruht auf Zufälligkeiten.

Zu § 6. Diese Einnahmen stehen mit denen in §§ 1 und 3 in engem Zusammenhang.

Titel II. Güterverkehr.

Zu § 7. Die Einnahmen betragen für:

	1900.	1901.
Eilgut	1 177 805 ℳ	1 153 907 ℳ
Expreßgut	857 893 „	887 706 „
Fahrzeuge	6 035 „	7 094 „
Milch	138 721 „	149 948 „
	2 180 454 ℳ	2 198 655 ℳ

Die Mehreinnahme entfällt auf Expreßgut.

Zu § 8. Die Mehreinnahme fällt fast ausschließlich auf das Jahr 1900, während das Ergebnis für 1901 infolge des eingetretenen Verkehrsrückganges dem Budgetsatz nur nahekommt.

Zu § 9. Die Vergütung für die Postbeförderung wird jeweils im Benehmen mit der Reichspostverwaltung auf Grund statistischer Ermittelung festgesetzt.

Zu § 10. Die Mindereinnahme betrifft das Jahr 1900 und rührt daher, daß in diesem Jahre nur Divisionsmanöver bei Mosbach und im Oberelsaß stattgefunden haben, zu denen keine Artillerie auf der Bahn befördert wurde, während dies in anderen Jahren immer der Fall war

Zu § 11. Die Mehreinnahme ist durch Aufschwung der badischen Tierzucht und das allmähliche Nachlassen der den Tierverkehr beschränkenden Krankheiten in Baden verursacht.

Zu § 12. Diese Einnahmen hängen von Zufälligkeiten ab.

Zu § 13. Die Einnahmen sind jeweils von der Größe und dem Umfang der ausgeführten Bahnbauten abhängig und in ihrer Höhe nicht sicher zu veranschlagen.

Zu § 14. Die erhebliche Mehreinnahme an Nebengebühren steht im Verhältnis zu den gesteigerten Einnahmen aus dem gesamten Güterverkehr des Jahres 1900.

Titel III. Für Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen für Dritte.

Zu § 16. Der Mehrbetrag betrifft mit rund 500 000 ℳ die Vergütung der preußisch-hessischen Staatsbahnen für Mitbenützung der Mannheimer Bahnhofanlagen Die Vergütung mußte seiner Zeit sehr vorsichtig veranschlagt werden, da bei Aufstellung des Budgets erst die 1897er Ergebnisse bekannt waren und eine Neuregelung des Vertragsverhältnisses bevorstand, deren Wirkungen sich damals nicht übersehen ließen.

Der Rest verteilt sich auf verschiedene Bahnhöfe.

Zu § 18. Die Mehreinnahme beruht in der Hauptsache darauf, daß der Wert der auf Ende 1899 vorhandenen Werkstättematerialien mit rund 458 000 ℳ, welcher richtiger in der 1899er Werkstätterechnung zu vereinnahmen gewesen wäre, erst für 1900 und zwar auf § 18 der Betriebsrechnung vereinnahmt und gleichzeitig unter § 25 verausgabt wurde.

Zu § 19 Die Mindereinnahme ist zurückzuführen auf den Wegfall der Vergütung für Mitbesorgung des Postdienstes auf den Stationen Eubigheim, Steinsfurth und Seckach und durch Verminderung der Anzahl Postbeiwagen infolge Einführung weiterer Bahnpostkurse.

Zu § 20. Die Mehreinnahme betrifft den erhöhten Ersatz des Bauetats für Tagegelder (vergleiche Erläuterung zu § 4a. der Ausgabe).

Zu § 21. Die Mehreinnahme ist hauptsächlich durch leihweise Abgabe der beschafften Dampfstraßenwalze veranlaßt.

Titel IV. Für Überlassung von Betriebsmitteln.

Zu § 22. Die Steigerung ist hauptsächlich durch vermehrte Inanspruchnahme der Lokomotiven für Zwecke des Bauetats veranlaßt.

Zu § 23. Die Mindereinnahme rührt nur von der unvorhergesehenen starken Abnahme des Güterverkehrs im Jahre 1901 und der damit im Zusammenhange stehenden schwächeren Benutzung der badischen Güterwagen auf auswärtigen Bahnen her (siehe § 33 der Ausgabe).

Titel V. Erträge von Veräußerungen.

Zu § 24. Die Mehreinnahmen auf § 24 rühren zumteil von der vermehrten Abgabe von neuem Material auf Ersatz an den Bauetat und an den Dampfschiffahrtsetat her. Die Zunahme beträgt gegenüber der Budgetperiode 1898/1899 bei dem Bauetat 1 283 000 ℳ, bei dem Dampfschiffahrtsetat 40 000 ℳ Ferner ist ein Mehrerlös aus versteigerten Altmaterialien zu verzeichnen von rund 133 000 ℳ gegenüber der vorausgegangenen Budgetperiode. Im Jahre 1900 wurden ziemlich hohe Preise für Altmaterial erzielt und im Jahre 1901 fanden zwei Versteigerungen von Altmaterial statt gegen nur eine in den vorausgegangenen Jahren.

Auch sind in der Budgetperiode 1900/1901 mehr als noch einmal soviel Kohlen an Beamte für den Hausbedarf abgegeben worden als in den Jahren 1898/1899. Der Mehrerlös beträgt hier rund 270 000 ℳ

Zu § 25. Diese Einnahmen waren früher nicht auf besonderem Paragraphen ausgeschieden und ließen sich daher bei Aufstellung des Budgets 1900/1901 nicht genau schätzen.

Titel VI. Verschiedenes.

Zu § 26. Die Mehreinnahme entstand durch Telegrammvermehrung aus dem in den Erläuterungen zum § 26 Seite 35 des Budgets angegebenen Grunde.

Zu § 27. Die Mehreinnahmen rühren in der Hauptsache her aus dem Mehrertrag neu vergebener Bahnhofwirtschaften, sowie aus Mieterträgnissen neu erbauter Dienstwohngebäude.

Zu § 28. Der Mehrbetrag betrifft im wesentlichen die Mannheim-Ludwigshafener Brücke und ist auf das Anwachsen der Bevölkerungszahl der Städte Mannheim und Ludwigshafen zurückzuführen.

Zu § 30. Die bei der Bank in Basel in den Jahren 1900 und 1901 aufgekommenen Guthaben von unvorhergesehener Höhe konnten namentlich im letzteren Jahre günstig verkauft werden

Zu § 31. Die Mehreinnahme beruht auf einigen größeren Entschädigungen für abgebrannte Eisenbahngebäude und Beiträge für verschiedene Bauherstellungen.

11. Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenes mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
Titel I. Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten.												
§												
1. Gehalte	147 000	—	73 440	82	73 313	06	146 753	88	—	—	246	12
2. Wohnungsgeld	26 000	—	10 983	33	11 418	06	22 401	39	—	—	3 598	61
Summe Titel I.	173 000	—	84 424	15	84 731	12	169 155	27	—	—	3 844	73
Titel II. Andere persönliche Ausgaben.												
3. Tag- und Akkordlöhne	95 000	—	42 980	09	46 926	69	89 906	78	—	—	5 093	22
4. Fahrt- und andere Gebühren	56 000	—	28 311	72	27 977	12	56 288	84	288	84	—	—
5. Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen	800	—	550	—	468	—	1 018	—	218	—	—	—
6. Zuschüsse zur Betriebskrankenkasse	1 600	—	701	12	726	67	1 427	79	—	—	172	21
7. Invalidenversicherung	1 900	—	922	74	947	33	1 870	07	—	—	29	93
8. Sonstige persönliche Ausgaben	26 000	—	14 258	90	11 780	99	26 039	89	39	89	—	—
Summe Titel II.	181 300	—	87 724	57	88 826	80	176 551	37	546	73	5 295	36
											546	73
											4 748	63
Titel III. Allgemeine sachliche Ausgaben.												
9. Sachliche Amtsunkosten	12 000	—	3 348	92	3 164	67	6 513	59	—	—	5 486	41
10 Versendungs- und Insertionskosten:												
a. Postporto	20	—	13	47	16	80	30	27	10	27	—	—
b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten, Telegraphengebühren und Insertionskosten	500	—	208	98	224	09	433	07	—	—	66	93
11. Umlagen und Feuerversicherungsbeiträge	200	—	45	40	49	95	95	35	—	—	104	65
12. Ersatz, Entschädigung und Nachlaß	400	—	48	50	79	86	128	36	—	—	271	64
13. Verschiedene und zufällige Ausgaben	600	—	514	15	2 224	80	2 738	95	2 138	95	—	—
Summe Titel III.	13 720	—	4 179	42	5 760	17	9 939	59	2 149	22	5 929	63
											2 149	22
											3 780	41
14. Titel IV. Bauliche Unterhaltung der Anlagen auf dem Lande	9 900	—	1 456	37	8 587	37	10 043	74	143	74	—	—
15. Titel V. Bauliche Unterhaltung der Schiffe und Zubehör	157 000	—	73 824	18	92 558	27	166 382	45	9 382	45	—	—
16. Titel VI. Schiffahrt und Transport	220 000	—	104 630	68	143 918	61	248 549	29	28 549	29	—	—
17. Titel VII. Für Unterhaltung eines Dampfschiffbetriebs auf dem Untersee, Staatsbeitrag	7 360	—	3 680	—	4 680	—	8 360	—	1 000	—	—	—
Zusammenstellung.												
Summe Titel I.	173 000	—	84 424	15	84 731	12	169 155	27	—	—	3 844	73
" " II.	181 300	—	87 724	57	88 826	80	176 551	37	—	—	4 748	63
" " III.	13 720	—	4 179	42	5 760	17	9 939	59	—	—	3 780	41
" " IV.	9 900	—	1 456	37	8 587	37	10 043	74	143	74	—	—
" " V.	157 000	—	73 824	18	92 558	27	166 382	45	9 382	45	—	—
" " VI.	220 000	—	104 630	68	143 918	61	248 549	29	28 549	29	—	—
" " VII.	7 360	—	3 680	—	4 680	—	8 360	—	1 000	—	—	—
Summe der Ausgaben	762 280	—	359 919	37	429 062	34	788 981	71	39 075	48	12 373	77
									12 373	77		
									26 701	71		

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
Titel I. Transportgefälle.												
§												
1. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	440 000	—	286 439	87	269 519	29	555 959	16	115 959	16	—	—
2. Aus dem Güterverkehr	280 000	—	151 537	91	142 705	17	294 243	08	14 243	08	—	—
Summe Titel I.	720 000	—	437 977	78	412 224	46	850 202	24	130202	24	—	—
3. Titel II. Sonstige Einnahmen	5 600	—	1 653	91	1 865	75	3 519	66	—	—	2 080	34
Summe der Einnahmen	725 600	—	439 631	69	414 090	21	853 721	90	130 202	24	2 080	34
									2 080	34		
									128 121	90		
Abschluß.												
Summe der Einnahmen	725 600		439 631	69	414 090	21	853 721	90	128 121	90	—	—
" " Ausgaben	762 280	—	359 919	37	429 062	34	788 981	71	26 701	71	—	—
Mehreinnahme	—	—	79 712	32	—	—	64 740	19	101 420	19	—	—
Mehrausgabe	36 680	—	—	—	14 972	13	—	—	—	—	—	—

Karlsruhe, im Juni 1902.

Großherzogliche Generaldirektion der Staatseisenbahnen.
Eisenlohr.

Daß vorstehende vergleichende Darstellung nach stattgehabter Prüfung richtig und mit dem genehmigten Budget, sowie den Hauptrechnungen der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung für 1900 und 1901 übereinstimmend befunden wurde, beurkundet

Karlsruhe, den 12. August 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.
Joos.

Vdt. Lenz.

Erläuterungen.

II. Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung.

Allgemeine Vorbemerkung.

Statt der im Budget angenommenen Mindereinnahme von	36 680 *M* — *Pf*
ergab sich ein Einnahmeüberschuß von	64 740 „ 19 „
daher Mehreinnahme	101 420 *M* 19 *Pf*

Das bessere Ergebnis ist hauptsächlich den Mehreinnahmen aus dem Personenverkehr zu verdanken.

Ausgabe.

Titel II. Andere persönliche Ausgaben.

Zu § 3. Die angenommenen Fahrtvermehrungen waren noch nicht eingetreten.

Titel III. Allgemeine sachliche Ausgaben

Zu § 9. Von dem Minderbetrage entfallen rund 3 000 *M* auf Heizung, Beleuchtung, Reinigung der Bureaux; der Rest auf sonstigen Aufwand. Der Minderbetrag für Heizung, Beleuchtung und Reinigung rührt daher, daß der auf Beleuchtung der Bureauräumlichkeiten der Dampfschiffahrtsverwaltung entfallende Anteil am Aufwand für den Betrieb der elektrischen Zentrale in Konstanz (von einzelnen unter § 3 erscheinenden Lohnbeträgen abgesehen) nicht besonders ausgeschieden, also in der Eisenbahnbetriebsrechnung enthalten ist.

Zu § 13. Diese Ausgaben lassen sich, weil großenteils auf Zufälligkeiten beruhend und in ihrer Höhe sehr wandelbar, im voraus nicht genau berechnen.

Titel V. Bauliche Unterhaltung der Schiffe.

Zu § 15. Der Mehrverbrauch rührt davon her, daß an einigen Dampfschiffen unvorhergesehener Weise größere Maschinenteile ersetzt werden mußten und auf zwei Schiffen eine Einrichtung zur Rauchverminderung getroffen wurde.

Titel VI. Schiffahrt und Transport.

Zu § 16. Der Mehrverbrauch ist eine Folge der höheren Preise für das Feuerungs-, Schmier- und Reinigungsmaterial.

Titel VII. Für Unterhaltung eines Dampfschiffbetriebs auf dem Untersee. Staatsbeitrag.

Zu § 17. Das Mehr der Ausgabe ist dadurch entstanden, daß der für Unterhaltung des Dampfbootbetriebs auf dem Untersee der Schweizer Dampfbootgesellschaft in Schaffhausen zu leistende Staatsbeitrag von jährlich 3 680 *M* im Jahre 1901 infolge der Ausführung weiterer Fahrten um 1 000 *M* erhöht wurde. Dieser Erhöhung stehen Beiträge der Gemeinden Radolfzell mit 400 *M* (bisher 500 *M*, für 1901 900 *M*) und Reichenau mit 100 *M*, zusammen 500 *M*, die unter § 3 g. Dampfschiffahrt der Einnahmen erscheinen, gegenüber.

Einnahme.

Titel I. Transportgefälle.

Zu § 1. Der Verkehr auf dem Bodensee hat sich allgemein gesteigert, wodurch die Mehreinnahme erzielt wurde.

Zu § 2. Die mäßige Steigerung entspricht den im Bodenseeorts- wie Durchgangsverkehr entwickelten Verkehrsverhältnissen. Für die mittelst der Trajektverbindung Konstanz-Bregenz (jene zwischen Konstanz und Lindau ist seit 2. Oktober 1899 eingestellt) beförderten Güter betragen die in die Eisenbahnkasse geflossenen Seefrachtanteile

im Jahre 1900	115 435 ℳ 09 ₰
„ „ 1901	115 258 „ 55 „
zusammen	230 693 ℳ 64 ₰

während die von der Eisenbahn an die Dampfschiffahrtskasse für die Ausführung der Trajektfahrten geleisteten, nach den Selbstkosten bemessenen Vergütungen betragen haben:

im Jahre 1900	90 551 ℳ
„ „ 1901	92 376 „
zusammen	182 927 ℳ

Titel II. Sonstige Einnahmen.

Zu § 3. Der Einnahmeausfall ist der Hauptsache nach auf den gegen Erwarten geringen Erlös aus Altmaterialien der Werftwerkstätte zurückzuführen.

III. Anteil Badens am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
§ 1. Anteil am Reinertrag	1 608 240	–	928 282	39	821 250	81	1 749 533	20	141 293	20	–	–
Ausgabe.												
1. Zuschuß zum Diensteinkommen der badischen Beamten der Main-Neckarbahn:												
a. der etatmäßigen	49 400	–	19 246	24	17 782	91	37 029	15	–	–	12 370	85
b. der nicht etatmäßigen	1 520	–	394	60	342	05	736	65	–	–	783	35
2. Ruhegehalte der badischen Beamten der Main-Neckarbahn und Beiträge zu Hinterbliebenenbezügen	74 080	–	55 695	93	52 084	99	107 780	92	33 700	92	–	–
Summe der Ausgabe	125 000	–	75 336	77	70 209	95	145 546	72	33 700 13 154	92 20	13 154	20
									20 546	72		
Verglichen mit der Einnahme	1 608 240	–	928 282	39	821 250	81	1 749 533	20	141 293	20	–	
Bleibt Reineinnahme	1 483 240	–	852 945	62	751 040	86	1 603 986	48	120 746	48	–	–

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Seidenadel.

Nach vollzogener Prüfung wird beurkundet, daß diese Darstellung richtig und mit den genehmigten Budgetsätzen sowie den Rechnungsauszügen und Schlußabrechnungen der Main-Neckar-Eisenbahnverwaltung für 1900 und 1901 übereinstimmend befunden wurde.

Karlsruhe, den 12. August 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Lentz.

Erläuterungen.

Einnahme.

Zu § 1. Die Mehreinnahme gehört dem Jahre 1900 an, das aus dem Gesamtmehrertrag dieses Jahres von 438 351 ℳ für Baden einen um 147 413 ℳ höheren Anteil lieferte, während der Anteil im Jahr 1901 um 6 120 ℳ hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist.

In Anlage 1 ist die Verteilung der Betriebsüberschüsse aus den Jahren 1900 und 1901 im Verhältnis der Größe der Baukapitalien der drei beteiligten Staaten dargestellt. Hiernach sind diese Baukapitalien, die im Jahr 1899 durchschnittlich . . . . . 24 558 759 ℳ 24 ₰

betragen haben, bis Ende des Jahres 1901 auf durchschnittlich . . . . . 24 939 631 „ 64 „

angewachsen, haben also zugenommen um . . . . . 380 872 ℳ 40 ₰

Von dieser Erhöhung entfallen:

a. auf das preußische Baukapital . . . . . — ℳ — ₰

b. auf das hessische Baukapital . . . . . 143 114 „ 41 „

veranlaßt durch Erweiterungs- und Umbauten auf Station Zwingenberg, Erwerbung von Gelände für die Erweiterung des Bahnhofs Darmstadt und Herstellung eines Gleises nach Stadt Neu-Isenburg;

c. auf das badische Baukapital . . . . . 237 757 „ 99 „

veranlaßt durch den Bau eines zweiten Gleises zwischen Friedrichsfeld und Schwetzingen und Verbreiterung des Personenbahnhofs Weinheim.

Nach Anlage 2 betrug der Einnahme-Überschuß:

	1900	1901
	2 623 054 ℳ 60 ₰	2 319 187 ℳ 71 ₰
Zur Verteilung sind gelangt . .	2 623 661 „ 15 „	2 319 819 „ 55 „
also mehr	606 ℳ 55 ₰	631 ℳ 84 ₰
Der Mehrbetrag von	1 238 ℳ 39 ₰	

ist gleich dem Unterschied zwischen dem Guthaben von 1900 von . . . . . 3 492 ℳ 15 ₰

und dem in das Jahr 1902 übertragenen Guthaben von . . . . . 2 253 „ 76 „

mit wieder . . . . . 1 238 ℳ 39 ₰

Die zur Verteilung gelangten Überschüsse ergeben eine Verzinsung der Baukapitalien im Jahr

	1900	1901
für die Bahngemeinschaft zu	10,60 %	9,30 %
für das badische Baukapital, nach Abzug der auf alleinige Rechnung Badens übernommenen Leistungen, zu	9,74 %	8,50 %

Ausgabe.

Zu § 1 a. Wegen der in Aussicht genommenen Vereinfachung der Verwaltung der Main-Neckarbahn wurden einige erledigte Amtsstellen nicht wieder besetzt.

Zu § 1 b. In der Budgetperiode waren weniger Erkrankungen nicht etatmäßiger Beamten eingetreten.

Zu § 2. Die Zahl der Ruhegehaltsempfänger sowohl wie die Höhe der zugegangenen Ruhegehalte ist stärker angewachsen, als angenommen war.

Anlage 1.

Main-Neckar-Eisenbahn.

Auszug aus den Abrechnungen über den Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn in den Jahren 1900 und 1901.

Rechnungsperiode.	Verteilter Betriebs-überschuß. ℳ	₰		Durchschnittliche Bau-kapitalien der beteiligten Staaten. ℳ	₰	Ertrags-anteile. ℳ	₰	Bemerkungen.
1900 . .	2 623 661	15	Preußen	5 657 799	12	599 853	68	
			Hessen	10 332 954	47	1 095 525	08	
			Baden	8 755 527	27	928 282	39	
				24 746 280	86	2 623 661	15	
1901	2 319 819	55	Preußen	5 657 799	12	526 273	73	
			Hessen	10 452 829	96	972 295	01	
			Baden	8 829 002	56	821 250	81	
				24 939 631	64	2 319 819	55	
1900 u. 1901 zusammen	4 943 480	70	Preußen	—	—	1 126 127	41	
			Hessen	—	—	2 067 820	09	
			Baden	—	—	1 749 533	20	
				—	—	4 943 480	70	

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
Seidenadel.

Anlage 2.

Main-Neckar-Eisenbahn-Betriebsverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll.						Dieses gegen jenes			
			1900		1901.		Summe.		mehr.		weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Einnahme.												
Titel.												
I. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	8 443 000	—	4 498 838	55	4 643 742	80	9 142 581	35	699 581	35	—	—
II. Aus dem Güterverkehr	7 225 600	—	3 574 545	99	3 362 094	63	6 936 640	62	—	—	288 959	38
III. Für Überlassung von Bahnanlagen und für Leistungen zugunsten Dritter	518 000	—	323 893	35	326 047	13	649 940	48	131 940	48	—	—
IV. Für Überlassung von Betriebsmitteln	394 600	—	187 404	26	160 577	49	347 981	75	—	—	46 618	25
V. Erträge aus Veräußerungen	86 400	—	173 102	77	219 349	58	392 452	35	306 052	35	—	—
VI. Verschiedene Einnahmen	76 800	—	44 157	94	43 407	64	87 565	58	10 765	58	—	—
Summe der Einnahme	16 744 400	—	8 801 942	86	8 755 219	27	17 557 162	13	1 148 339	76	335 577	63
									335 577	63		
									812 762	13		
Ausgabe.												
I. Besoldungen (Gehälter), Wohnungsgeldzuschüsse, Stellen- und andere persönliche Zulagen der etatmäßigen Beamten und Bediensteten	2 706 800	—	1 284 850	84	1 273 805	84	2 558 656	68	—	—	148 143	32
II. Bezüge und Löhne der nicht etatmäßigen Bediensteten sowie der Arbeiter	1 226 600	—	573 912	90	581 997	11	1 155 910	01	—	—	70 689	99
III. Taggelder, Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge	660 200	—	310 637	98	301 183	80	611 821	78	—	—	48 378	22
IV. Für Wohlfahrtszwecke	128 000	—	72 073	90	72 031	93	144 105	83	16 105	83	—	—
V. Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien	1 733 700	—	1 009 269	77	1 062 542	80	2 071 812	57	338 112	57	—	—
VI. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen	1 663 500	—	866 667	49	883 383	88	1 750 051	37	86 551	37	—	—
VII. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und der maschinellen Anlagen	2 204 700	—	998 352	38	1 029 408	56	2 027 760	94	—	—	176 939	06
VIII Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistung fremder Beamten	1 129 000	—	648 517	49	821 184	95	1 469 702	44	340 702	44	—	—
IX Für Benützung fremder Betriebsmittel	720 000	—	379 481	85	364 151	—	743 632	85	23 632	85	—	—
X. Verschiedene Ausgaben	91 400	—	35 123	66	46 341	69	81 465	35	—	—	9 934	65
Summe der Ausgabe	12 263 900	—	6 178 888	26	6 436 031	56	12 614 919	82	805 105	06	454 085	24
									454 085	24		
									351 019	82		
Abschluß.												
Summe der Einnahme	16 744 400	—	8 801 942	86	8 755 219	27	17 557 162	13	812 762	13	—	—
" " Ausgabe	12 263 900	—	6 178 888	26	6 436 031	56	12 614 919	82	351 019	82	—	—
Einnahmeüberschuß	4 480 500	—	2 623 054	60	2 319 187	71	4 942 242	31	461 742	31	—	—

Karlsruhe, im November 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Seidenadel.

Erläuterungen.

Main-Neckar-Eisenbahn-Betriebsverwaltung.

Einnahme.

Zu Titel I. Die Mehreinnahme aus dem Personenverkehr hat das dem Budgetsatz zugrunde gelegte Rechnungsergebnis von 1898 nicht nur um die angenommenen 1,5 Prozent, sondern um nahezu 4 Prozent überholt, obgleich sich aus der Gepäckbeförderung eine Mindereinnahme ergeben hat, weil seit 1899 für verschiedene Verkehre Freigepäck bis zu 25 kg gewährt wurde.

Zu Titel II. Die nicht erhebliche Mindereinnahme im Jahr 1900 ist noch eine Folge der erst nach und nach vollzogenen Umleitung des Durchgangsverkehrs auf die Hessische Ludwigsbahn, während der bedeutendere Einnahmeausfall im Jahr 1901 dem allgemeinen Verkehrsrückgang im Handel und der Industrie zuzuschreiben ist.

Zu Titel III. Die Mehreinnahme ist bezüglich eines Betrags von 95 174 ℳ nur eine scheinbare, da dieser Posten, der früher an der Ausgabe des Titel VIII. abgesetzt worden war, nun dort in Ausgabe gebucht und hier vereinnahmt wurde. Die weitere Mehreinnahme rührt von der Vergütung für Werkstättearbeiten für die Hessischen Nebenbahnen her.

Zu Titel IV. Infolge Rückgangs des Güterverkehrs sind weniger Wagen der Main-Neckarbahn auf andere Bahnen übergegangen.

Zu Titel V. An die Hessischen Nebenbahnen und zum Bau von Privatanschlußgleisen fanden außergewöhnlich große Abgaben von Oberbaumaterialien statt. Sodann war der Erlös aus den an erstere Bahnen abgegebenen Kohlen, sowie aus dem Verkauf von abgängigen Lokomotiven im Voranschlag nicht vorgesehen.

Zu Titel VI. Die Verpachtung neu hergerichteter Lagerplätze veranlaßte die höhere Einnahme.

Ausgabe.

Zu Titel I. Die Minderverwendungen auf Gehalte sind teilweise auf die Besetzung von Stellen durch Beamte mit geringerem Gehalt, als im Etat vorgesehen war, zurückzuführen, teilweise sind sie eine Folge der unterlassenen Besetzung von Stellen mit etatmäßigen Beamten, um dadurch die nach Vereinbarung mit Preußen und Hessen bei der Zentralverwaltung in Aussicht genommene Verminderung der Stellenzahl vorzubereiten.

Zu Titel II. Durch die Versehung etatmäßiger Stellen durch nicht etatmäßiges Personal, dessen geringere Bezüge unter Titel I. verrechnet wurden und dadurch teilweise unterbliebenen Ersatz dieses Personals konnte die Ersparnis unter Titel II. erzielt werden.

Zu Titel III. Die Dienstreisen und Kommandierungen waren auf das im dienstlichen Interesse unbedingt erforderliche Maß beschränkt worden, auch ergab sich durch den verminderten Güterverkehr eine Ersparnis an den Fahrgeldern.

Zu Titel IV. Die Zahl der zu unterstützenden invaliden Arbeiter hat sich vermehrt und die Unterstützungen wurden in höheren Beträgen verwilligt.

Zu Titel V. Die Kosten für die in den Werkstätten gefertigten Inventar- und Ausrüstungsgegenstände waren im Voranschlag unter Titel VII. vorgesehen, aber nach den neuen Buchungsvorschriften unter Titel V. zu verrechnen, daher zeigt auch Titel VII eine Minderverwendung. Sodann hat die stärkere Belastung der Züge einen größeren Verbrauch an Kohlen, die zudem im Preis gestiegen waren, veranlaßt. Auch hat die Zunahme des Personenverkehrs einen höheren Aufwand für die Gasbeleuchtung der Wagen herbeigeführt.

Zu Titel VI. Im Voranschlag war die Aufstellung von Ausfahrtsignalen und die elektrische Streckenblockierung, welche Vorkehrungen zur Sicherung der Bahnzüge mit Genehmigung der beteiligten Regierungen zur Ausführung kamen, nicht vorgesehen; sie hatten einen Aufwand von rund 50 600 ℳ verursacht. Der Rest des Mehraufwandes entfällt auf die Kosten für Beschaffung von Oberbaumaterialien, wovon ein Teil wieder die Mehreinnahme unter Titel V. geliefert hat.

Zu Titel VII. Wegen der Minderverwendung wird auf die Erläuterung zu Titel V. erster Satz der Ausgabe verwiesen.

Zu Titel VIII. Von der Mehrausgabe entfallen zunächst 95 174 ℳ auf die Mehreinnahme unter Titel III. Die weiteren Mehrausgaben betreffen die höheren Anteile der Main-Neckarbahn an den Kosten aus der Bahnhofgemeinschaft in Heidelberg und Schwetzingen, sowie der Mitbenützung des Bahnhofs in Frankfurt; auch zu dem Umbau des Gemeinschaftsgleises Friedrichsfeld—Heidelberg hatte die Bahn an die badische Verwaltung ihren Anteil zu zahlen.

Zu Titel IX. Die Zahl der von fremden Personenwagen auf der Bahn zurückgelegten Achskilometer hatte sich infolge der Zunahme des Personenverkehrs vermehrt.

Zu Titel X. Ein Pachtzins für Benutzung von Gelände durch die Bahn ist weggefallen, und die sonstigen unvorhergesehenen Ausgaben hatten sich vermindert.

IV. Badanstaltenverwaltung.

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		Rechnungs-Soll. 1901.		Rechnungs-Soll. Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		Dieses gegen jenen weniger.	
	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf
Ausgabe.												
§ **A. Ordentlicher Etat.**												
1. Öffentliche Abgaben und andere Lasten	10 764	—	5 368	21	5 191	77	10 559	98	—	—	204	02
2. Unterhaltung der Gebäude	72 652	—	27 136	14	86 625	57	113 761	71	41 109	71	—	—
3. Unterhaltung der Wege, Anlagen und Wasserleitungen	75 400	—	36 826	47	42 046	99	78 873	46	3 473	46	—	—
4. Betrieb der Bäder:												
a. Gehalte	43 600	—	18 957	49	19 722	38	38 679	87	—	—	4 920	13
b. Wohnungsgeld	8 500	—	2 788	89	3 156	25	5 945	14	—	—	2 554	86
c. Andere persönliche Ausgaben	100 600	—	53 481	11	51 524	59	105 005	70	4 405	70	—	—
d. Sachlicher Aufwand	157 000	—	89 224	14	93 171	78	182 395	92	25 395	92	—	—
5. Betrieb des Inhalatoriums:												
a. Persönlicher Aufwand	2 400	—	1 210	56	1 204	50	2 415	06	15	06	—	—
b. Sachlicher Aufwand	11 200	—	3 908	83	3 657	39	7 566	22	—	—	3 633	78
6. Betrieb der Trinkhalle:												
a. Gehalte	3 120	—	1 560	—	1 560	—	3 120	—	—	—	—	—
b. Wohnungsgeld	500	—	250	—	250	—	500	—	—	—	—	—
c. Andere persönliche Ausgaben	2 100	—	970	16	1 130	16	2 100	32	—	32	—	—
d. Sachlicher Aufwand	10 388	—	4 131	73	4 440	31	8 572	04	—	—	1 815	96
7. Betrieb des Theaters:												
a. Gehalte	5 000	—	2 500	—	2 587	50	5 087	50	87	50	—	—
b. Wohnungsgeld	500	—	—	—	62	50	62	50	—	—	437	50
c. Andere persönliche Ausgaben	4 300	—	2 043	92	2 043	92	4 087	84	—	—	212	16
d. Sonstiger Aufwand	58 780	—	29 746	08	29 596	08	59 342	16	562	16	—	—
8. Kosten der Verwaltung	11 240	—	6 398	61	6 269	53	12 668	14	1 428	14	—	—
9. Zuschuß an die Stadt Baden	94 300	—	77 150	—	27 846	96	104 996	96	10 696	96	—	—
10. Zuschuß für Badenweiler	20 580	—	10 290	—	10 290	—	20 580	—	—	—	—	—
11. Ruhegehalte, Versorgungsgehalte und ähnliche Verwilligungen	8 400	—	4 928	60	5 136	39	10 064	99	1 664	99	—	—
12. Unterstützungen und Belohnungen:												
a. für etatmäßige Beamte	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200	—
b. für das übrige Personal	200	—	—	—	250	—	250	—	50	—	—	—
13. Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 936	—	410	69	1 596	74	2 007	43	71	43	—	—
Summe A.	703 660	—	379 281	63	399 361	31	778 642	94	88 961	35	13 978	41
									13 978	41		
									74 982	94		
B. Außerordentlicher Etat.												
a. Aus der Etatperiode 1898/1899.												
1. Errichtung eines Inhalatoriums in Baden, II. Rate	25 299	58	6 220	63	—	—	6 220	63	—	—	19 078	95
b. Aus der Etatperiode 1900/1901.												
1. Bauherstellungen an Badfondsgebäuden	100 000	—	19 893	27	—	—	19 893	27	—	—	80 106	73
Summe B.	125 299	58	26 113	90	—	—	26 113	90	—	—	99 185	68
Hierzu „ A.	703 660	—	379 281	63	399 361	31	778 642	94	74 982	94	—	—
Summe der Ausgabe	828 959	58	405 395	53	399 361	31	804 756	84	74 982	94	99 185	68
											74 982	94
											24 202	74

Budgets- und Rechnungs-Rubriken.	Budgetsatz für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs-Soll. 1900.		1901.		Summe.		Dieses gegen jenen mehr.		weniger.	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Einnahme.												
§ **Ordentlicher Etat.**												
1. Zinsen aus Aktivkapitalien	50 000	—	31 322	05	33 004	17	64 326	22	14 326	22	—	—
2. Ertrag von Grundstücken und Gebäuden	89 800	—	45 302	29	49 582	73	94 885	02	5 085	02	—	—
3. Staatszuschuß für das Landesbad	69 100	—	34 550	—	34 550	—	69 100	—	—	—	—	—
4. Ertrag der Bäder	460 000	—	251 678	60	262 588	20	514 266	80	54 266	80	—	—
5. Ertrag des Inhalatoriums	14 000	—	7 130	66	9 025	10	16 155	76	2 155	76	—	—
6. Ertrag der Trinkhalle	13 480	—	6 142	45	6 281	95	12 424	40	—	—	1 055	60
7. Verschiedene und zufällige Einnahmen	7 280	—	4 827	44	4 329	16	9 156	60	1 876	60	—	—
Summe der Einnahmen	703 660	—	380 953	49	399 361	31	780 314	80	77 710	40	1 055	60
									1 055	60		
									76 654	80		

Karlsruhe, im Oktober 1902.

Oberrevision Großherzoglichen Ministeriums des Innern.

Weigel.

Die Richtigkeit vorstehender Darstellung und deren Übereinstimmung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen der Badanstaltenverwaltung für 1900 und 1901 wird andurch beurkundet.

Karlsruhe, den 4. März 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos.

Vdt. Leutz.

Erläuterungen.

Badanstaltenverwaltung.

Ausgabe.

A. Ordentlicher Etat.

Zu § 2. Neben dem Voranschlagssatz für Bauunterhaltung von jährlich 36 326 ℳ waren im außerordentlichen Etat 100 000 ℳ für größere Herstellungen vorgesehen. Man hatte nämlich angenommen, es werde sich ein höherer Bauunterhaltungsaufwand als jährlich 36 326 ℳ aus den Einkünften der Badanstalten nicht decken lassen. Infolge des günstigen Einnahmeergebnisses konnte jedoch ein namhafter Teil des Aufwands für jene größeren Herstellungen, nämlich 45 305 ℳ 84 ₰ auf den ordentlichen Etat § 2 übernommen werden. Hieraus erklärt sich die Mehrausgabe unter vorstehendem Paragraphen

Zu § 3. Die Überschreitung der Budgetbewilligung ist durch Erhöhung von Materialpreisen und Taglöhnen, vermehrte Instandhaltungsarbeiten infolge heftiger Gewitterregen sowie eine Beitragsleistung an die Stadt Baden zur Herstellung der Sauersbergstraße bei der Molkenanstalt veranlaßt worden.

Zu § 4 c. Es wurden die Vergütungen von drei nicht etatmäßigen Beamten, welche etatmäßige Stellen versahen, mit zusammen 2 984 ℳ im Jahr 1900 hier, statt auf den Gehaltsetat — § 4 a. — verrechnet. Im übrigen ist der Mehraufwand auf Personalvermehrung infolge gesteigerten Besuchs der Badanstalten zurückzuführen.

Zu § 4 d. Von dem Mehraufwand von 25 395 ℳ entfallen auf:

das Friedrichsbad und Kaiserin Augustabad	9 830 ℳ
das Landesbad	14 565 „
die Zentralwaschanstalt mit Kesselhaus	1 000 „

Derselbe ist einerseits auf die Steigerung der Kohlenpreise und den Mehrbedarf an Badwäsche infolge erhöhter Frequenz der Bäder zurückzuführen, woran sämtliche genannte Anstalten teilnehmen, andererseits durch die Anschaffung eines weiteren heilgymnastischen Apparats, eines neuen Bodenbelegs und neuer Store für den Heilgymnastiksaal des Friedrichsbades, ferner die Herausgabe einer neuen Auflage der illustrierten Badeschrift und endlich den höheren Verköstigungsaufwand im Landesbad wegen vermehrter Krankenaufnahme veranlaßt.

Zu § 5 b. Die Mittel für sachliche Aufwendungen für das Inhalatorium waren im Budget zu hoch angesetzt.

Zu § 6 d. Die Nachfrage nach fremdem Mineralwasser war geringer als in der Durchschnittsperiode 1896/1898; daher der geringere Aufwand hier und der Wenigerertrag unter § 6 der Einnahme.

Zu § 7. Die Mehrausgaben unter a. und d. decken sich mit den Wenigerausgaben unter b. und c. Die Bewilligung für das Theater in Baden ist eine feste Dotation, welche insoweit, als sie nicht für Bau- und Inventarunterhaltung, Heizung, Beleuchtung und für Bezahlung der Theaterbediensteten erfordert wird, der Großherzoglichen Hofbühne zur Bestreitung ihrer Aufwendungen zukommt.

Zu § 8. Infolge Neubesetzung der Badfondsgärtnerstelle, die bis zum Sommer 1900 von einem Hofbeamten im Nebenamt versehen und nach dessen Ausscheiden dem Dienstnachfolger als Hauptdienst übertragen wurde, muß eine höhere Vergütung als vorher bezahlt werden. Sodann war das Honorar des Hausarztes des Landesbades wegen größerer Inanspruchnahme dieses Beamten, sowie das Dienstanshilfe-Aversum der Badanstaltenkasse wegen Geschäftszunahme entsprechend zu erhöhen. Endlich

sind anläßlich der geplanten Erweiterung und Neueinrichtung der Abteilung für Kaltwasserkuren im Friedrichsbad durch die Entsendung zweier Beamten zur Besichtigung auswärtiger Kuranstalten Diäten und Reisekosten erwachsen, die in den vorgesehenen Mitteln ihre Deckung nicht finden konnten.

Zu § 9. Der Mehrausgabe hier steht eine gleich große Wenigerausgabe im Staatsbudget Titel XI. B. § 7 „Zuschuß an die Stadt Baden zur Förderung der Kurinteressen“ gegenüber.

Zu § 11. Die Mehrausgabe ist durch die Zahlung von Zuschüssen gemäß Artikel 17 Absatz 3 des Etatgesetzes infolge Neuanstellung oder Ablebens von Beamten, durch Leistung von Ersatz an die gleiche Kasse (Beamtenwitwenkasse) für die aufgehobenen Witwenkassenbeiträge sowie durch Gewährung eines Unterstützungsgehalts an einen dienstunfähig gewordenen Badwärter verursacht.

B. Außerordentlicher Etat.

Zu a. § 1. Für die Einführung kohlensäurehaltiger Bäder im Friedrichsbad und Kaiserin-Augustabad sowie die Erbauung eines Inhalatoriums waren in den Budgets für 1896/1897 und 1898/1899 im ganzen . . . . bewilligt.	270 100 *ℳ* — *₰*
Die wirklichen Kosten beliefen sich, hauptsächlich infolge günstiger Submissionsangebote, auf nur	251 021 „ 05 *₰*
Von der Erübrigung mit	19 078 *ℳ* 95 *₰*
entfallen auf die kohlensäurehaltigen Bäder 4 556 *ℳ* 63 *₰*, auf das Inhalatorium 14 522 *ℳ* 32 *₰*.	
Zu b. § 1. Über den im Rest verbliebenen Betrag von	80 106 *ℳ* 73 *₰*
abzüglich der nach der Erläuterung zu § 2 der Ausgabe des ordentlichen Etats dorthin übertragenen . .	45 305 „ 84 „
mit	34 800 *ℳ* 89 *₰*

wird in der Budgetperiode 1902/1903 verfügt werden.

Einnahme.

Ordentlicher Etat.

Zu § 1. Die angelegten Kapitalien des Badfonds wurden nicht in dem Maß in Anspruch genommen, als bei der Budgetaufstellung angenommen war. Außerdem wurde der Zinsfuß einiger ausgeliehener Kapitalien im Laufe der Budgetperiode 1900/1901, den damaligen Geldmarktverhältnissen entsprechend, erhöht.

Zu § 2. Die Mehreinnahme rührt von höheren Pachtzinsen und einem außerordentlichen Holzhieb her.

Zu § 4. Die Einnahmen aus dem Betrieb der Bäder waren

	für das Friedrichsbad und Kaiserin Augustabad	für das Landesbad
nach dem abgerundeten Ergebnis des Jahres 1898 (180 000 *ℳ* und 50 000 *ℳ*) für beide Jahre zusammen veranschlagt	360 000 *ℳ* — *₰*	100 000 *ℳ* — *₰*
sie betrugen in Wirklichkeit	374 893 „ 70 „	139 373 „ 10 „
das ist mehr	14 893 „ 70 „	39 373 „ 10 „
Gegenüber dem tatsächlichen Ergebnis von 1898 (186 305 *ℳ* 55 *₰* und 51 906 *ℳ* 30 *₰*, zusammen 238 211 *ℳ* 85 *₰*) für 2 Jahre gerechnet mit .	372 611 „ 10 „	103 812 „ 60 „
stellen sich jedoch die Mehreinnahmen nur auf	2 282 „ 60 „	35 560 „ 50 „

Der Ertrag des Friedrichsbades und Kaiserin Augustabades hat sich hiernach im Vergleich mit dem Jahre 1898 nur wenig gehoben. Dagegen weist das Landesbad eine Einnahmesteigerung von 34% auf, die daher rührt, daß die Zahl der Verpflegten von 792 im Jahre 1898 auf 990 im Jahre 1900 und auf 1096 im Jahre 1901 gestiegen ist und weitere Einnahmen aus neu hinzugetretenen Kurmitteln (Tallermansche Behandlung, elektrische Lichtbäder) hinzugetreten sind. (Vergleiche hierzu den Mehraufwand unter A. § 4 d.)

Zu § 5. Für die Bemessung des Budgetsatzes mangelte es an Erfahrung, da das Inhalatorium erst seit Juni 1899 im Betrieb ist.

Zu § 6. Vergleiche die Erläuterung zu § 6 d. der Ausgabe.

Zu § 7. Die Mehreinnahme rührt hauptsächlich von dem Verkauf einer größeren Menge abgängiger Inventarstücke und Materialien her.

Zu vorstehender vergleichenden Darstellung der aus der Hauptstaatsrechnung ausgeschiedenen Verwaltungszweige (II. Abschnitt dieses Beilagenheftes) wird ferner beurkundet, daß andere als die in den Spezialdarstellungen nachgewiesenen Abweichungen vom genehmigten Budget für 1900 und 1901 bei der Rechnungsabhör nicht festgestellt worden, auch keine weiteren Abweichungen von den Bestimmungen der auf die Staatseinnahmen und -Ausgaben oder auf die Erwerbung, Benützung und Veräußerung von Staatseigentum bezüglichen Gesetze und wichtigeren Vorschriften im Sinne des Artikels 18 Ziffer 2 des Gesetzes vom 25. August 1876, die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer betreffend, hervorzuheben sind.

Karlsruhe, den 12. August 1903.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

Joos. Vdt. Leutz.

